

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

• Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte • Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung • Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung • Preise • Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände



9/2009

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11 / 75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71 / 93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Druck: Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Oktober 2009

Einzelpreis: EUR 15,90 [D] (Print)

Jahresbezugspreis: EUR 137,80 [D] (Print)

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-09109-1 – ISSN 0043-6143 (Print)

ISBN: 978-3-8246-0856-0 (Print)

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.

Preis: EUR 7,50 [D] (Download)

Bestellnummer: 1010200-09109-4 – ISSN 1619-2907 (Download)

ISBN: 978-3-8246-0857-7 (Download)



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11 / 75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11 / 75 33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	831
Textteil		
<i>Dr. Norbert R�ath, Albert Braakmann</i>	Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2009	841
<i>Winfried Hammes, Stefan P. R�ubenach</i>	Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung	873
<i>Dr. Martina Rengers</i>	Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung im Jahr 2008	886
	Preise im August 2009	908
<i>Dr. Gerhard Fürst (historischer Beitrag)</i>	Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände	913
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	947
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	831
Texts		
<i>Dr. Norbert R�th,</i> <i>Albert Braakmann</i>	Gross domestic product in the first half of 2009	841
<i>Winfried Hammes,</i> <i>Stefan P. R�benach</i>	Households and ways of life of the population	873
<i>Dr. Martina Rengers</i>	Underemployment and part-time employment in 2008	886
	Prices in August 2009	908
<i>Dr. Gerhard Fürst</i> <i>(historischer Beitrag)</i>	Enterprises, kind-of-activity units and local units as a basis for the statistical presentation of economic facts	913
	List of the contributions published in the current year	947
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
 Table des matières		 Pages
	Informations sommaires	831
Textes		
<i>Dr. Norbert R�th,</i> <i>Albert Braakmann</i>	Produit intérieur brut au premier semestre de 2009	841
<i>Winfried Hammes,</i> <i>Stefan P. R�benach</i>	M�nages et formes de vie de la population	873
<i>Dr. Martina Rengers</i>	Sous-emploi et emploi � temps partiel en 2008	886
	Prix en août 2009	908
<i>Dr. Gerhard F�rst</i> <i>(historischer Beitrag)</i>	Entreprises, unités d'activité des entreprises et unités locales comme base pour la représentation des faits économiques	913
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	947
Tableaux		
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

10 Jahre Zweigstelle Bonn

Vor 10 Jahren, am 6. August 1999, wurde die Zweigstelle Bonn des Statistischen Bundesamtes offiziell mit einem Festakt eröffnet. Heute sind dort rund 700 der insgesamt rund 2800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes beschäftigt und leisten einen wichtigen Beitrag zur Wahrnehmung der Bundesbehörde als innovativer Informationsdienstleister in Deutschland.

Im Rahmen des Umzuges des Bundesministeriums des Innern (BMI) nach Berlin war 1991 die Verlagerung der Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes von Berlin nach Bonn beschlossen und 1994 im Berlin/Bonn-Gesetz festgeschrieben worden. Die Zweigstelle Berlin war 1950 im Westteil der Stadt gegründet worden und beschäftigte bis zur deutschen Vereinigung zuletzt rund 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nach der deutschen Vereinigung übernahm die Zweigstelle rund 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ehemaligen Statistischen Amtes der DDR und zog an den Alexanderplatz um.

Der Aufbau der Zweigstelle Bonn erfolgte stufenweise: Bei der offiziellen Eröffnung nahmen rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit auf, insgesamt wechselten bis Anfang 2002 im Rahmen des Personaltausches 690 Kolleginnen und Kollegen ins Statistische Bundesamt. Sie kamen vorwiegend vom Bundesministerium des Innern, von der Bundestagsverwaltung, aus Abgeordnetenbüros und Arbeitsstäben der Bundestagsfraktionen. Es

folgte eine im Statistischen Bundesamt beispiellose Qualifikationsoffensive: Fortbildungsveranstaltungen, Blockunterricht, Training-on-the-Job – alles mit dem Ziel, die notwendige termingerechte und qualifizierte Aufgabenerledigung aller Fachbereiche zu sichern. Im Jahr 2001 wurden auch die Arbeitsbereiche Einkommens- und Verbrauchstichproben sowie die Landwirtschaftsstatistik, die zunächst noch in Berlin verblieben waren, nach Bonn verlegt.

Die zunächst fachfremden Bonner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten sich rasch und engagiert in ihre neuen Aufgaben ein, sodass trotz der zahlreichen Umzüge und trotz mehrfachen Personaltauschs die Statistikproduktion ohne Einbrüche fortgesetzt werden konnte.

Beim Aufbau der Zweigstelle wurde darauf geachtet, statistische Zukunftsaufgaben nach Bonn zu verlegen, auch um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Tauschbehörden Perspektiven für ihre berufliche Entwicklung zu geben. Pionierarbeit wurde beispielsweise beim Aufbau der Dienstleistungsstatistik und den europäischen Erhebungen über Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen und privaten Haushalten geleistet. Erfolge waren auch bei der Konsolidierung der Umweltstatistik, der Modernisierung der Landwirtschaftsstatistik oder beim Ausbau der Gesundheitsberichterstattung zu verzeichnen. Bereits in der Anfangszeit waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Mikrozensus und bei den Wirtschaftsrechnungen mit der neuen Armuts- und Reichtumsberichterstattung aufs Äußerste gefordert. Die vom wachsenden deutschen Export geprägte Außenhandelsstatistik musste arbeitsteilig zwischen Wiesbaden und Bonn bewältigt werden. 2006 wurde das Aufgabenspektrum der Zweigstelle

Bonn um Teile des Aufgabenbereiches Standardkosten-Modell erweitert.

Eine zum 10-jährigen Bestehen der Zweigstelle herausgegebene Broschüre skizziert wichtige Meilensteine des Aufbaus der Zweigstelle und liefert Einblicke in das tägliche Geschehen in der Bonner Dienststelle des Statistischen Bundesamtes.

10 Jahre i-Punkt Berlin

Sein 10-jähriges Bestehen feierte am 23. September 2009 auch der i-Punkt Berlin. Er wurde als Servicestelle des Statistischen Bundesamtes für den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung, für Botschaften und ausländische Vertretungen sowie Verbände und Wissenschaft in der deutschen Hauptstadt eingerichtet und berät und informiert über die gesamte Themenbreite der amtlichen Statistik.

In Kooperation mit den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes beantwortet der Hauptstadtservice jährlich 1 500 meist sehr umfangreiche Anfragen politischer Institutionen, mehr als achtmal so viele wie im Jahr 2000. Doch der i-Punkt bietet nicht nur Daten über Deutschland an.

Der EDS Europäischer Datenservice stellt auf der Basis von Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) Ländervergleiche innerhalb der Europäischen Union zur Verfügung. Er wird in Kooperation mit Eurostat geführt und beantwortet pro Jahr etwa 9 000 Anfragen. 2007 kam zum EDS das Aufgabengebiet der internationalen Statistik hinzu. Seitdem können hier statistische Informationen zu fast allen Ländern der Welt aus einer Hand erfragt und zusammengestellt werden.

Für den Bildungssektor und die breite Öffentlichkeit steht eine Infothek zur Verfügung mit einem umfangreichen Bestand an statistischen Printpublikationen, Online-Rechercheplätzen und Beratungshilfen für Nutzer über den Umgang mit statistischen Datenbanken.

Für die nächsten zehn Jahre wünscht sich der i-Punkt Berlin weiterhin neugierige Kunden, spannende Fragen und interessierte Datenbanknutzer.

Sind Sie neugierig geworden?

Statistisches Bundesamt beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung 2009

Am 22. und 23. August 2009 hatte die Bundesregierung zum elften Mal zum Tag der offenen Tür in Berlin eingeladen. Das Bundeskanzleramt, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie die Bundesministerien hatten ihre Türen von 10 bis 18 Uhr geöffnet und etwa 160 000 Besucher nutzten die Möglichkeit, hinter die Kulissen der Bundespolitik zu blicken.

Der i-Punkt Berlin war zum achten Mal als offizieller Repräsentant des Statistischen Bundesamtes mit einem Informationsstand im Bundesministerium des Innern vertreten. Viele Besucher informierten sich über das Datenangebot der deutschen, europäischen und internationalen Statistik. Besonderes Interesse galt der CD-ROM „Fakten über Deutschland – 60 Jahre Bundesrepublik“, die eine Vielzahl aktueller Veröffentlichungen sowie historische Ergebnisse zur Entwicklung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in den letzten 60 Jahren in Deutschland enthält. Bei den Online-Vorführungen stand vor allem der persönliche Inflationsrechner im Mittelpunkt des Interesses. Darüber hinaus konnten sich die Besucher zu Fragen rund um das Thema Bürokratiekosten und -abbau informieren.

Auf der Veranstaltung konnte sich das Statistische Bundesamt wie in den Vorjahren der breiten Öffentlichkeit in der Hauptstadt als moderner Informationsdienstleister vorstellen.

Warenkorb zum Anfassen – das Preis-Kaleidoskop

Die Inflationsrate lag im August 2009 bei 0,0 % – der Verbraucherpreisindex für Deutschland hat sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat nicht verändert. Dennoch lagen bei vielen Waren und Dienstleistungen die Preise im August 2009 deutlich höher oder niedriger als im August 2008. Die „Null“ kommt dadurch zustande, dass sich Preisanstiege und Preissenkungen gegenseitig ausgeglichen haben. Denn die Inflationsrate wird als gewichteter Mittelwert aller Verbraucherpreisänderungen berechnet.

Das neue Preis-Kaleidoskop des Statistischen Bundesamtes ermöglicht einen schnellen Überblick über die Preisentwicklung und die Gewichte verschiedener Gütergruppen im Verbraucherpreisindex. Die Farbe der Teilstücke in der Darstellung zeigt an, wie stark sich die Preise einer Gütergruppe verändert haben. Die Größe der Teilstücke spiegelt das Gewicht wider, mit dem die Preisentwicklung der Gütergruppe in den Verbraucherpreisindex eingeht.

Die neu entwickelte Anwendung bietet einerseits einen schnellen Überblick über die Bedeutung der Gütergruppen und über deren Preisentwicklungen. Andererseits kann man sich bei Interesse auch ein sehr detailliertes Bild über die Preisentwicklungen in bestimmten Bereichen verschaffen, indem man hineinzoomt und so von einer größeren zu einer feineren Betrachtungsebene wechselt. Die Darstellungsform macht die komplexe Indexkonstruktion der Preisstatistik intuitiv verständlich.

Sie finden das Preis-Kaleidoskop auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) unter der Rubrik „Interaktive Anwendungen“.

Aus dem Inland

Annahmen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Das Statistische Bundesamt bereitet turnusgemäß die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vor. Sie wird auf dem Bevölkerungsstand Ende 2008 basieren und sich bis zum Jahr 2060 erstrecken. Für die Berechnungen sind Annahmen zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung und der Wanderungen erforderlich.

Geburtenhäufigkeit

Es werden drei verschiedene Annahmen zugrunde gelegt. Zum einen wird davon ausgegangen, dass die gegenwärtige Geburtenhäufigkeit (zusammengefasste Geburtenziffer) von knapp 1,4 Kindern je Frau auf diesem Niveau weiterhin verharrt. Die altersspezifischen Trends setzen sich bis 2020 fort, wobei das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder zunimmt. Danach bleibt die Geburtenhäufigkeit annähernd konstant. Um die Auswirkungen von Veränderungen im Geburtenverhalten auf die Bevölkerungsentwicklung zu verdeutlichen, wird das Hauptszenario um zwei andere Annahmen erweitert: Zum einen wird ein Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer auf 1,6 bis zum Jahr 2025 mit anschließender Konstanz und zum anderen ein Absinken auf 1,2 Kinder je Frau bis zum Jahr 2060 angesetzt. Alle drei Annahmen beruhen auf Untersuchungen zum altersspezifischen Geburtenverhalten.

Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist in Deutschland in den letzten 130 Jahren aus verschiedenen Gründen erheblich angestiegen. Für die Vorausberechnung wird davon ausgegangen, dass sie auch weiter zunehmen wird. In der Basisannahme zur Lebenserwartung wird für das Jahr 2060 von einer durchschnittlichen Lebenserwartung neugeborener Jungen von 85,0 Jahren und neugeborener Mädchen von 89,2 Jahren ausgegangen. Mit einer zusätzlichen hohen Annahme werden die Folgen einer noch stärkeren Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung, ähnlich der Entwicklung der letzten Jahrzehnte, bis auf 87,7 Jahre (Jungen) bzw. 91,2 Jahre (Mädchen) betrachtet. Heute liegt die Lebenserwartung Neugeborener bei 77,2 bzw. 82,4 Jahren.

Für 65-jährige Männer bzw. Frauen ergeben sich nach der Basisannahme im Jahr 2060 noch 22,5 bzw. 25,5 Jahre und nach der hohen Annahme 25,3 bzw. 27,4 Jahre an weiterer Lebenserwartung. Heute beträgt diese sogenannte „fernere Lebenserwartung“ 65-jähriger Männer 17,1 Jahre und diejenige gleichaltriger Frauen 20,4 Jahre.

Außenwanderungen

Die Wanderungen über die Grenzen Deutschlands haben in der Vergangenheit stark geschwankt. Es werden daher zwei Annahmen getroffen, die langfristig jährliche Wanderungs-

überschüsse von 100 000 bzw. 200 000 Personen (Deutsche und Ausländer zusammen) vorsehen. Angesichts der aktuell niedrigen Wanderungssalden wird von einem allmählichen Anstieg auf diese Werte ausgegangen. Daraus ergibt sich ein Korridor, innerhalb dessen sich das langfristige Wanderungsgeschehen abspielen dürfte.

Die Annahmen wurden im Expertenkreis „Bevölkerungsvorausberechnungen“ beraten. Dem Expertenkreis gehören Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft, Fachleute, die eigene Vorausberechnungen durchführen, und besonders interessierte Nutzer an.

Die Ergebnisse der Vorausberechnung für Deutschland werden voraussichtlich im November 2009 im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlicht. Im ersten Quartal 2010 wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung auf Länderebene verfügbar sein.

Gebrauchsvermögen in privaten Haushalten

Die privaten Haushalte in Deutschland besaßen am Jahresanfang 2009 langlebige Gebrauchsgüter im Wert von fast einer Billion Euro. Das waren durchschnittlich 23 500 Euro je Haushalt. Fahrzeuge machen mehr als ein Drittel des Gebrauchsvermögens aus, Möbel und Teppiche ein weiteres Drittel. Das restliche Gebrauchsvermögen umfasst elektrische Haushaltsgroßgeräte, audiovisuelle, fotografische und EDV-Geräte sowie Güter für Kommunikation, Gesundheit, Unterhaltung und Freizeit; Uhren und Schmuck. Nicht dazu zählen Goldbarren, Münzen, Antiquitäten und ähnliche Güter einschließlich eines Teils des Schmucks, die nicht zu Gebrauchszwecken, sondern in erster Linie als Wertaufbewahrungsmittel dienen.

Der Zeitwert des privaten Gebrauchsvermögens ist von 578 Mrd. Euro am Jahresanfang 1991 auf 943 Mrd. Euro am Jahresanfang 2009, das heißt um nahezu zwei Drittel gestiegen. Während die anderen Gütergruppen teilweise recht stark an Wert zugelegt haben, hat sich der Bestand an audiovisuellen, fotografischen und EDV-Geräten seit 1991 wertmäßig nur geringfügig von 57 Mrd. auf 58 Mrd. Euro erhöht. Das liegt vor allem daran, dass die Preise in dieser Gütergruppe stark gesunken sind.

Preisbereinigt hat sich der Neuwert des Bestandes an audiovisuellen, fotografischen und EDV-Geräten seit 1991 mehr als verdreifacht und damit gegenüber den anderen Gütergruppen weit überproportional entwickelt. Dies deutet darauf hin, dass die Ausstattung der Haushalte mit moderner Informations- und Unterhaltungstechnik stetig voranschreitet. Die reale Entwicklung des Gebrauchsvermögens zum Neuwert liefert Anhaltspunkte dafür, in welchem Umfang den privaten Haushalten langlebige Gebrauchsgüter zur Nutzung zur Verfügung stehen, unabhängig davon, in welchem Ausmaß sie bereits verbraucht, das heißt abgeschrieben sind. Sie enthält nach Ausschaltung des Preiseinflusses neben der Mengenentwicklung der Ausstattung der Haushalte mit den entsprechenden Gütern auch noch die Qualitätsentwicklung.

Die rein mengenmäßige Entwicklung in Form von Stückzahlen zeigt sich in den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Danach besaßen 75 % der privaten Haushalte Anfang 2008 einen Personalcomputer, während es Anfang 1993 erst 21 % waren. Der Bestand an Computern in den privaten Haushalten ist in diesem Zeitraum auf das Sechsfache – von rund 8 Mill. auf knapp 48 Mill. Geräte – gestiegen. Demgegenüber stieg der Anteil der Haushalte, die einen Fotoapparat besitzen, im Zeitraum 1993 bis 2008 vergleichsweise geringfügig, von 79 auf 85 %. Da die Haushalte zunehmend mehr als einen Fotoapparat ihr Eigen nennen, ist der Bestand an Fotoapparaten allerdings von 41 Mill. auf 60 Mill. angewachsen. Aufgrund der sich häufenden Mehrfachausstattung ist in diesem Zeitraum auch die Zahl der Fernsehgeräte in den privaten Haushalten von 45 Mill. auf 58 Mill. gestiegen.

Die Entwicklung des Gebrauchsvermögens privater Haushalte seit 1991 wird in einer Tabelle im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de, Pfad: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen → Vermögensrechnung) dargestellt.

Weitere Auskünfte erteilt

Dr. Oda Schmalwasser, Telefon 06 11 / 75 26 80,
E-Mail: vgr-vermoegen@destatis.de.

Forschungsdatenzentren

Anonymisierte Mikrodaten der Verdienststrukturerhebung als Scientific-Use-File verfügbar

Ab sofort stehen der Wissenschaft Mikrodaten der Verdienststrukturerhebung 2006 in faktisch anonymisierter Form (als sogenanntes Scientific-Use-File) zur Verfügung. In einem gemeinsamen Projekt haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Daten zu Verdiensten in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches so anonymisiert, dass sie einerseits den strengen gesetzlichen Anforderungen des Datenschutzes gerecht werden und andererseits ausreichend Analysepotenzial für die wissenschaftliche Forschung bieten.

Mit den Daten für das Jahr 2006 liegen Angaben für gut 28 600 Betriebe und knapp 3,2 Mill. Beschäftigte vor. Eine zentrale Herausforderung des Projektes war, die Angaben der Beschäftigten und der Betriebe zu schützen. Dabei wurde das Potenzial für wissenschaftliche Analysen in einer Form erhalten, bei der die Angaben der Beschäftigten im Kontext ihres Betriebes untersucht werden können. Es sind Berechnungen differenziert nach fünf Regionen, 28 Wirtschaftszweigen und 55 Berufsgruppen möglich. Auf der Grundlage des erstellten Datenmaterials ist es der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung nun möglich, die Daten der Verdienststrukturerhebung in faktisch anonymisierter Form am eigenen Arbeitsplatz zu nutzen.

Die Verdienststrukturerhebung (bis 2001: Gehalts- und Lohnstrukturerhebung) wird alle vier Jahre als Stichprobe in den Betrieben des Produzierenden Gewerbes und ausgewählter Dienstleistungsbereiche durchgeführt. Die Statistik enthält Informationen zur Person, zur Tätigkeit und zum Verdienst. Auf Betriebs- bzw. Unternehmensebene gibt es zusätzlich Angaben darüber, ob die öffentliche Hand beteiligt ist, sowie Angaben zur Zahl der Beschäftigten differenziert nach Geschlecht.

Die Verdienststrukturerhebung ist ein Linked-Employer-Employee-Datensatz, das heißt die Angaben zu den Beschäftigten lassen sich mit den Merkmalen des Betriebes verknüpfen. Der Datensatz eignet sich zum Beispiel gut zur Analyse geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede sowie zur Untersuchung der Verdienstunterschiede in tarifgebundenen Betrieben im Vergleich zu solchen, die nach freier Vereinbarung vergüten.

In Verbindung mit dem seit Anfang 2007 verfügbaren Scientific-Use-File der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2001 sind nun auch Analysen im Zeitverlauf möglich.

Weitere Auskünfte erteilen die

Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder,
Christopher Gürke (Statistisches Bundesamt),
Telefon 06 11 / 75 23 78,
E-Mail: forschungsdatenzentrum@destatis.de,
sowie Dr. Hans-Peter Hafner
(Hessisches Statistisches Landesamt),
Telefon 06 11 / 38 02 81 5,
E-Mail: forschungsdatenzentrum@statistik-hessen.de.

Neuerscheinungen

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich erschienen

Sei es die PISA-Studie, die Verkürzung der Gymnasialzeit oder der Lehrstellenmangel – das Thema Bildung steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Wie sieht die Altersverteilung der Lehrkräfte in den einzelnen Bundesländern aus, verglichen mit der in Deutschland und der in den OECD-Staaten? Wie hoch ist der Anteil der internationalen Studierenden in den einzelnen Bundesländern? Wie viele Frauen haben einen Hochschulabschluss?

Diese und weitere Fragen beantwortet die neue Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“.

In der Gemeinschaftsveröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ werden ausgewählte Indikatoren der OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ in einer Gliederung nach Bundesländern dargestellt. Die Indikatoren stammen aus den Themenbereichen Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungsverlauf,

Lernumfeld und Organisation von Schulen sowie Bildungsergebnisse und Bildungserträge.

Die Veröffentlichung steht im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) sowie im gemeinsamen Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistik-portal.de) zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Gesundheitsrisiko Arbeitsplatz

6,3 % der Erwerbstätigen, das sind etwa 2,4 Mill. Personen, leiden an erwerbsbedingten Gesundheitsbeschwerden. Dies ist eines der Ergebnisse einer Zusatzerhebung zur harmonisierten Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union aus dem Jahr 2007, bei der rund 80 000 Personen zu Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Gesundheitsbeschwerden sowie psychisch und physisch belastenden Faktoren der Arbeit befragt wurden.

Personen mit erwerbsbedingten gesundheitlichen Problemen gaben weit überwiegend Beschwerden des Bewegungsapparates an, wobei Rückenleiden bei knapp einer Million der Erwerbstätigen (2,6 %) im Vordergrund standen. Stress oder Beklemmungen, die dem Bereich psychischer Erkrankungen zuzuordnen sind, wurden von 0,6 % der Erwerbstätigen (rund 215 000 Personen) in der Befragung angegeben.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme mit zunehmendem Alter der Erwerbstätigen verstärkt auftreten. Dabei spielt das Geschlecht keine entscheidende Rolle. Ein bedeutender Einflussfaktor für das Entstehen von Gesundheitsproblemen ist die ausgeübte Tätigkeit. So sind Anlagen- und Maschinenbediener sowie Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Berufen am häufigsten von rein körperlichen Erkrankungen betroffen. Auch bei Führungskräften und Wissenschaftlern sind Beschwerden des Bewegungsapparates das häufigste Gesundheitsproblem, doch treten bei Letzteren vergleichsweise häufiger auch psychische Erkrankungen auf.

Ausführlichere Informationen zu arbeitsbedingten Gesundheitsproblemen sowie physischen und psychischen Belastungsfaktoren der Arbeit enthält eine neue Ausgabe des STATmagazins des Statistischen Bundesamtes „Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz“ (www.destatis.de, Pfad: STATmagazin).

Kompakt

Lebenserwartung in Deutschland steigt weiter an

Nach der neuen Sterbetafel 2006/2008 beträgt die Lebenserwartung in Deutschland für neugeborene Jungen 77,2 Jahre und für neugeborene Mädchen 82,4 Jahre und ist damit weiter angestiegen. Nach der vorherigen Sterbetafel 2005/2007 waren es 76,9 bzw. 82,3 Jahre.

Auch für ältere Menschen hat die Lebenserwartung weiter zugenommen. Nach der Sterbetafel 2006/2008 beläuft sich die fernere Lebenserwartung von 60-jährigen Männern auf weitere 20,9 Jahre, zuvor waren es 20,7 Jahre. 60-jährige Frauen können statistisch gesehen mit weiteren 24,7 Jahren rechnen. Nach der Sterbetafel 2005/2007 konnten sie von weiteren 24,6 Jahren ausgehen.

Die Sterbetafeln der amtlichen Statistik basieren auf den Daten über die Gestorbenen und die Durchschnittsbevölkerung der letzten drei Jahre. Es handelt sich hierbei um eine Momentaufnahme der Sterblichkeitsverhältnisse der gesamten Bevölkerung für diesen Zeitraum. Die fernere Lebenserwartung gibt daher an, wie viele weitere Lebensjahre Menschen eines bestimmten Alters nach den in der aktuellen Berichtsperiode – zum Beispiel 2006/2008 – geltenden Sterblichkeitsverhältnissen im Durchschnitt noch leben könnten.

Aus der Sterbetafel 2006/2008 lässt sich auch ablesen, dass nach den aktuellen Sterblichkeitsverhältnissen statistisch gesehen jeder zweite Mann in Deutschland wenigstens 80 Jahre alt werden und jede zweite Frau sogar ihren 85. Geburtstag erleben kann. Zumindest das 60. Lebensjahr erreichen 94 % der Frauen und 89 % der Männer.

Nach wie vor ist die Lebenserwartung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) etwas höher als in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost). Der Abstand beträgt bei neugeborenen Jungen 1,3 Jahre (Westen: 77,4 Jahre, Osten: 76,1 Jahre). Bei den neugeborenen Mädchen ist der Unterschied mit 0,3 Jahren zugunsten der im Westen geborenen Kinder geringer.

Detaillierte Informationen und lange Zeitreihen zur Sterbetafel können kostenfrei in GENESIS-Online, der Auskunftsdatenbank des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) über die Tabelle 12621-0001 abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erteilt

Dieter Emmerling, Telefon 06 11 / 75 28 61,
E-Mail: demografie@destatis.de.

70 000 Tonnen Pflaumen von guter Qualität erwartet

Bei der Ernte von pflaumenartigen Früchten in Deutschland – zu den Früchten dieser Gattung zählen neben Pflaumen und Zwetschen auch Mirabellen und Renekloden – ist 2009 bundesweit im deutschen Marktobstbau mit einer Erntemenge von gut 70 000 Tonnen (t) zu rechnen.

Im Vergleich zum deutlich schlechteren Erntejahr 2008, als nur rund 36 000 t geerntet wurden, entspricht das einem Zuwachs von rund 97 %. Je Hektar wird für 2009 ein Ertrag von 13,8 t erwartet. 2008 konnte dagegen ein nur halb so hoher Flächenertrag von 7,0 t je Hektar erzielt werden.

Auch im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2008 werden im Jahr 2009 voraussichtlich fast 13 000 t oder gut 22 % mehr Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen und Renekloden geerntet.

Nach Einschätzung der amtlichen Berichtersteller/-innen sind die Früchte von guter Qualität.

Weitere Auskünfte erteilt
Bettina Hilf, Telefon 06 11 / 75 86 35,
E-Mail: ernte@destatis.de.

Studienanfänger im Wintersemester 2008/2009

An deutschen Hochschulen haben im Wintersemester 2008/2009 insgesamt 455 300 Studierende ein Studium im ersten Fachsemester begonnen; das waren 12 % mehr als im Vorjahr. 66 % aller Studienanfängerinnen und -anfänger (301 800) schrieben sich in einen Bachelorstudiengang ein. Damit nahm die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester eines Bachelorstudiums im Vergleich zum vorhergehenden Wintersemester um 25 % zu.

Relativ weit fortgeschritten ist die Umstellung auf das zweistufige Studiensystem mit Bachelor- und Masterstudiengängen bei den Fachhochschulen. Von 156 000 Studienanfängerinnen und -anfängern, die einen Abschluss an Fachhochschulen anstreben, schrieben sich 83 % in einen Bachelorstudiengang ein. Dagegen immatrikulierten sich von 249 100 Studienanfängerinnen und -anfängern an Universitäten nur 65 % in einen Bachelorstudiengang. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester eines Bachelorstudiums bei den Fachhochschulen um 30 %, bei den Universitäten dagegen nur um 22 % zu.

Weitere Auskünfte erteilt
Thomas Feuerstein, Telefon 06 11 / 75 41 40,
E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

Erste Ergebnisse der Krankenhausstatistik 2008

Ein Krankenhausaufenthalt dauerte für Patientinnen und Patienten im Jahr 2008 durchschnittlich 8,1 Tage (2007: 8,3 Tage). 17,4 Mill. Menschen wurden im Jahr 2008 vollstationär im Krankenhaus behandelt, das waren 200 000 Behandelte mehr als im Jahr zuvor.

In den 2 067 Krankenhäusern Deutschlands standen insgesamt 500 000 Betten zur Verfügung. Im Vergleich zu 2007 gab es 20 Krankenhäuser und 7 500 Betten weniger. Diese Veränderungen gehen in erster Linie auf Häuser in öffentlicher Trägerschaft zurück. Die Zahl der öffentlichen Krankenhäuser sank um 17 auf 660 Häuser, die Zahl der dort verfügbaren Betten um 7 200 auf 243 000 Betten. Damit wurde 2008 weiterhin annähernd jedes zweite Krankenhausbett (48,7 %, Vorjahr: 49,4 %) von einem öffentlichen Träger unterhalten. Nur jedes sechste Krankenhausbett (79 600 bzw. 15,9 %) steht in einem privat geführten Krankenhaus.

Die Bettenauslastung lag mit 77,4 % geringfügig über dem Vorjahresniveau (2007: 77,2 %).

804 000 Vollkräfte, davon 127 000 im ärztlichen Dienst und 677 000 im nichtärztlichen Dienst, kümmerten sich um die Versorgung der Patientinnen und Patienten während ihres Krankenhausaufenthaltes. Allein im Pflegedienst waren 298 000 Vollkräfte im Einsatz.

Der stationäre Aufenthalt der 2,0 Mill. Patientinnen und Patienten in den 1 227 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen Deutschlands im Jahr 2008 dauerte wie im Vorjahr im Durchschnitt 25,3 Tage. Die Zahl der Betten sank um 1 800 auf 169 000 Betten; mit 81,1 % lag die Bettenauslastung um 1,7 Prozentpunkte über der des Vorjahres (79,4 %).

Die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen insgesamt ging im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 % zurück, die Zahl der verfügbaren Betten um 1,1 %. Hier waren von den Veränderungen vornehmlich die Einrichtungen in privater Trägerschaft betroffen, deren Zahl sich um 16 Häuser mit 1 700 Betten verringerte. Dennoch stehen nach wie vor zwei Drittel aller Betten in einer privat geführten Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung. 56,2 % aller Einrichtungen werden von privaten Trägern unterhalten, ein Viertel (26,0 %) von freigemeinnützigen Trägern.

8 000 Vollkräfte im ärztlichen Dienst und 84 000 Vollkräfte im nichtärztlichen Dienst, darunter 21 000 Pflege-Vollkräfte, versorgten 2008 die vollstationären Patientinnen und Patienten in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

Weitere Auskünfte erteilt
Ute Bölt, Telefon 06 11 / 75 81 07,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Todesursachenstatistik 2008

Im Jahr 2008 verstarben in Deutschland insgesamt 844 439 Menschen (397 651 Männer und 446 788 Frauen); das waren 2 % mehr als im Jahr 2007.

Die häufigste Todesursache war wie auch in den Vorjahren eine Erkrankung des Herz-/Kreislaufsystems, die bei über 43 % aller Verstorbenen (151 904 Männer und 211 881 Frauen) vorlag. Besonders bei älteren Menschen waren Herz-/Kreislaufkrankungen Todesursache Nummer eins: Über 91 % der hieran Verstorbenen waren älter als 65 Jahre. Frauen erreichen im Durchschnitt ein höheres Lebensalter und starben daher häufiger an einer Herz-/Kreislaufkrankung. An einem Herzinfarkt, der zu dieser Krankheitsgruppe gehört, verstarben 62 670 Menschen, davon waren 54 % Männer (34 066 Verstorbenen) und 46 % Frauen (28 604 Verstorbenen).

Über ein Viertel aller Verstorbenen (114 855 Männer und 99 452 Frauen) erlag im Jahr 2008 einem Krebsleiden, der zweithäufigsten Todesursache. Bei den Männern hatten bösartige Neubildungen der Verdauungsorgane (36 584 Verstorbenen) und der Atmungsorgane (30 853 Verstorbenen) in diesem Bereich die größte Bedeutung. Bei den verstorbenen Frauen dominierten ebenfalls die bösartigen Neubildungen der Verdauungsorgane mit 31 837 Sterbefällen,

gefolgt von den bösartigen Neubildungen der Brustdrüse mit 17 014 Sterbefällen.

3,6% aller Todesfälle sind auf eine nichtnatürliche Todesursache (Verletzung oder Vergiftung) zurückzuführen. Hieran starben 30 687 Menschen (18 965 Männer und 11 721 Frauen). 9 331 Personen schieden im Jahr 2008 freiwillig aus dem Leben. Der Anteil der Männer war dabei mit 75% dreimal so hoch wie der der Frauen mit 25%. Das durchschnittliche Sterbealter der Suizidenten betrug bei Männern 54 Jahre, bei Frauen 58 Jahre.

Weitere Auskünfte erteilt
Silvia Schelo, Telefon 06 11 / 75 81 02,
E-Mail: gesundheitsstatistiken@destatis.de.

Asylbewerberleistungen 2008

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) betragen im Jahr 2008 in Deutschland 842,48 Mill. Euro. Seit Bestehen der Asylbewerberleistungsstatistik (1994) lagen sie damit erstmals unter der Milliardengrenze. Gegenüber dem Vorjahr (1,03 Mrd. Euro) gingen sie um rund ein Fünftel (– 18,4%) zurück.

Ungefähr drei Viertel (71,8%) der Bruttoausgaben wurden für Leistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs (sogenannte Regelleistungen) ausgegeben, ungefähr ein Viertel (28,2%) für besondere Leistungen, vorwiegend Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt.

Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 28,68 Mill. Euro – größtenteils Erstattungen anderer Sozialleistungsträger – betragen die Nettoausgaben rund 813,80 Mill. Euro, rund ein Fünftel weniger als 2007 (– 19,2%). Im Jahr 2008 wurden in Deutschland für Asylbewerberleistungen pro Kopf der Gesamtbevölkerung rechnerisch knapp 10 Euro netto aufgewendet, 2007 waren es noch über 12 Euro netto je Einwohner.

Mit den Ausgaben ging auch die Zahl der Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zurück. Nach den noch vorläufigen Ergebnissen erhielten zum 31. Dezember 2008 in Deutschland rund 128 000 Personen entsprechende Regelleistungen. Gegenüber 2007 ist damit die Zahl der Leistungsempfänger um 16,6% gesunken. Dies ist der bisher niedrigste Empfängerstand seit Bestehen der Asylbewerberleistungsstatistik. Der bisherige Höchststand wurde Ende 1996 mit 490 000 Personen verzeichnet; seitdem ist die Zahl der Leistungsbezieher in jedem Jahr gesunken.

Rund 41 000 Menschen erhielten nach vorläufigen Daten zum Jahresende 2008 neben den Regelleistungen besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (– 21,5% gegenüber 2007).

Weitere Auskünfte erteilt
Anna Katharina Winkeler, Telefon 06 11 / 75 81 44,
E-Mail: sozialhilfe@destatis.de.

Gewerbesteuerhebesätze 2008

Der durchschnittliche Hebesatz aller Gemeinden in Deutschland lag im Jahr 2008 für die Gewerbesteuer bei 388% und damit um einen Prozentpunkt niedriger als im Vorjahr. Bei den durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesätzen in den Bundesländern ergaben sich gegenüber dem Vorjahr Veränderungen zwischen einer Abnahme um 5 Prozentpunkte für Bayern und einer Zunahme um 14 Prozentpunkte für Mecklenburg-Vorpommern.

Die durch die Gemeinden festgesetzten Hebesätze zur Gewerbesteuer sowie zur Grundsteuer A und B entscheiden maßgeblich über die Höhe der Realsteuereinnahmen in den Gemeinden. Das Gewerbesteueraufkommen 2008 betrug in Deutschland 41,1 Mrd. Euro; es ist damit gegenüber 2007 um 2,4% gestiegen. Zweistellige prozentuale Zuwächse gegenüber dem Vorjahr wurden in den Ländern Bremen (+ 26,0%), Thüringen (+ 15,1%) und Sachsen (+ 12,2%) erzielt. In drei Ländern lag das Gewerbesteueraufkommen knapp unter dem Vorjahreswert: Nordrhein-Westfalen (– 1,2%), Berlin (– 0,4%) und Baden-Württemberg (– 0,2%).

Bei der Grundsteuer A, die bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft erhoben wird, lag der Hebesatz im Jahr 2008 bei durchschnittlich 296% und damit einen Prozentpunkt über dem Wert von 2007. Das Aufkommen der Grundsteuer A betrug 2008 insgesamt 354,6 Mill. Euro (+ 0,2% gegenüber 2007).

Der durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B (für Grundstücke) hat sich bundesweit mit 400% für das Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Das Aufkommen der Grundsteuer B lag bei 10,4 Mrd. Euro und war um 0,8% höher als 2007.

Die Hebesätze der Realsteuern (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer) für sämtliche Gemeinden Deutschlands im Jahr 2008 werden über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) im Excel-Format kostenfrei zum Download angeboten.

Weitere Auskünfte erteilt
Klaus Jürgen Hammer, Telefon 06 11 / 75 23 80,
E-Mail: steuern@destatis.de.

Durchschnittsalter staatlicher Bauten steigt überdurchschnittlich

Das Durchschnittsalter der staatlichen Bauten stieg in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark an. Am Jahresanfang 1991 waren die öffentlichen Bauten im Durchschnitt 22 Jahre, am Jahresanfang 2009 bereits 28 Jahre alt. Ihr Durchschnittsalter stieg damit im betrachteten Zeitraum um sechs Jahre. Im gleichen Zeitraum nahm das Durchschnittsalter aller Bauten in Deutschland nur halb so stark – von knapp 24 auf knapp 27 Jahre – zu.

Ein relativ starker Anstieg des Durchschnittsalters ist bei allen staatlichen Bauarten, wie Straßen, sonstigen öffentlichen Tiefbauten und Hochbauten, zu beobachten. Dage-

gen ist das Alter von Wohnbauten und auch aller nichtstaatlichen Bauten zwischen 1991 und 2009 im Durchschnitt nur um knapp zweieinhalb Jahre angestiegen.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes werden auch die im Zusammenhang mit den aktuellen Konjunkturpaketen des Bundes und der Länder beschlossenen Infrastrukturmaßnahmen keine Trendwende beim Durchschnittsalter der öffentlichen Bauten einleiten.

Detaillierte Ergebnisse zum Altersaufbau des Anlagevermögens enthält Tabelle 3.1.5 in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.4 „Inlandsproduktsberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Stand August 2009“, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung steht (www.destatis.de/publikationen).

Eine animierte Alterspyramide, die die Altersstruktur von Anlagegütern getrennt nach Ausrüstungen und sonstigen Anlagen sowie Bauten und Wohnbauten darstellt, ergänzt zudem seit kurzem das Thema Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Vermögensrechnung im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes.

Weitere Auskünfte erteilt
Michael Schidlowski, Telefon 06 11 / 75 27 82,
E-Mail: vgr-vermoegen@destatis.de.

Wasserverbrauch 2007

Im Jahr 2007 haben die 5 972 Wasserversorgungsunternehmen in Deutschland insgesamt 3,6 Mrd. Kubikmeter (m³) Trinkwasser an Haushalte und Kleingewerbe abgegeben. Bezogen auf die versorgte Bevölkerung ist der durchschnittliche Wasserverbrauch auf 122 Liter (l) je Einwohner und Tag gesunken. Das sind 4 l weniger als im Jahr 2004, damals lag die Wasserabgabe an Haushalte und Kleingewerbe bei insgesamt 3,8 Mrd. m³. Damit setzt sich der langjährige Trend rückläufigen Wasserverbrauchs fort.

Der durchschnittliche Wasserverbrauch variiert in der Regel regional sehr stark, so auch im Jahr 2007. Es fällt auf, dass in den fünf neuen Bundesländern 2007 der Pro-Kopf-Verbrauch nicht die 100 l Marke überschritt. Der bundesweit geringste Pro-Kopf-Verbrauch war in Sachsen mit 85 l zu zeichnen.

Im Jahr 2007 betrug der Anschlussgrad der Bevölkerung an die öffentliche Wasserversorgung 99,2%, das entspricht 81,6 Mill. Einwohnern. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Vorerhebung aus dem Jahr 2004 liegt der Anschlussgrad auf unverändert hohem Niveau.

Die gesamte öffentliche Wasserförderung belief sich im Jahr 2007 auf 5,1 Mrd. m³, ein Minus von 0,2 Mrd. m³ oder 4,8% gegenüber 2004. 70% der Wassermenge stammten aus Grund- und Quellwasser. 22% des Trinkwassers für die öffentliche Wasserversorgung wurden aus Oberflächenwasser – aus Fluss-, See- und Talsperrenwasser sowie angereichertem Grundwasser – entnommen. Die Restmenge von 0,4 Mrd. m³ oder 8% stammte aus Uferfiltrat.

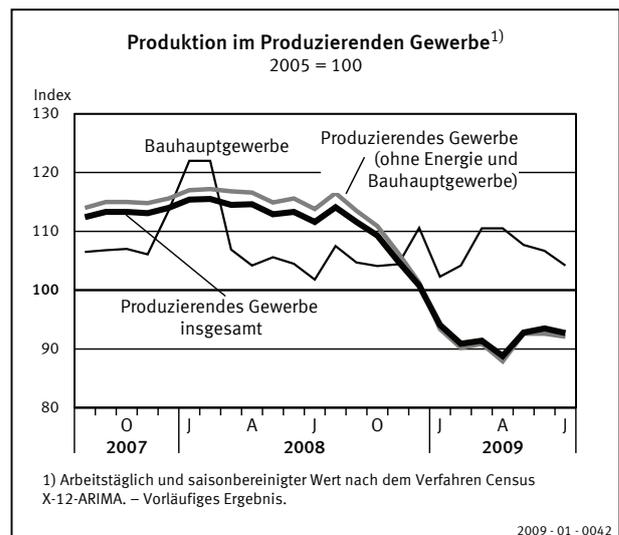
Detaillierte Angaben zu Wasserverbrauch, Anschlussgrad und Wassergewinnung im öffentlichen Bereich enthält die aktuelle Ausgabe der Fachserie 19 „Umwelt“, Reihe 2.1 „Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2007“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) kostenlos erhältlich ist.

Weitere Auskünfte erteilt
Thorsten Ohl, Telefon 06 11 / 75 83 03,
E-Mail: wasser@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

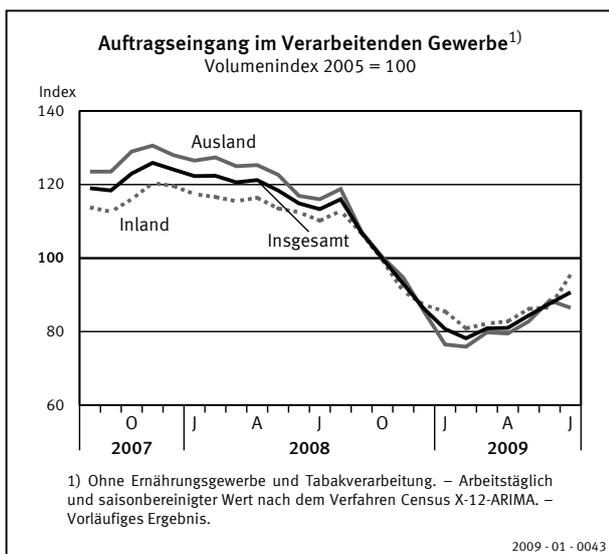
Produzierendes Gewerbe

Die *Erzeugung* im Produzierenden Gewerbe ist im Juli 2009 vorläufigen Angaben zufolge preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) um 0,9% zurückgegangen, nachdem sie im Vormonat aufwärts revidiert um 0,8% angestiegen war. Dabei sind die Ergebnisse durch einen Ferientageeffekt etwas unterzeichnet. Während die Erzeugung im Bauhauptgewerbe zuletzt spürbar rückläufig war (-2,3%), schwächte sich die Industrieproduktion [Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauhauptgewerbe)] leicht um 0,5% ab. Innerhalb der industriellen Hauptgruppen schränkten die Hersteller von Investitionsgütern – insbesondere wegen der schwachen Entwicklung im Maschinenbau und im Kraftfahrzeugbereich – ihren Ausstoß deutlich um 3,2% ein. Vorleistungsgüterproduzenten konnten dagegen ihre Erzeugung um 1,8% ausweiten, während die Konsumgüterproduktion stagnierte (0,0%).



Die *Auftragseingänge* in der Industrie sind vorläufigen Angaben zufolge im Juli 2009 preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) erneut kräftig um 3,5% angestiegen. Im Vormonat hatten sie abwärts revidiert um

3,8% zugenommen. Das gute Ergebnis im Juli wurde durch überdurchschnittliche Großaufträge begünstigt. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich dadurch um 10,3%. Die Ordertätigkeit aus dem Ausland nahm demgegenüber um 2,3% ab. Besonders dynamisch entwickelte sich weiterhin die Bestelltätigkeit bei den Herstellern von Vorleistungsgütern mit einer Zunahme um 5,2%. Bei den Herstellern von Investitionsgütern gingen 3,2% mehr Aufträge ein, obwohl die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen einen Rückgang um 5,4% verbuchen mussten. Die Konsumgüterproduzenten hatten ein weiteres Auftragsminus von 1,5% zu verzeichnen.



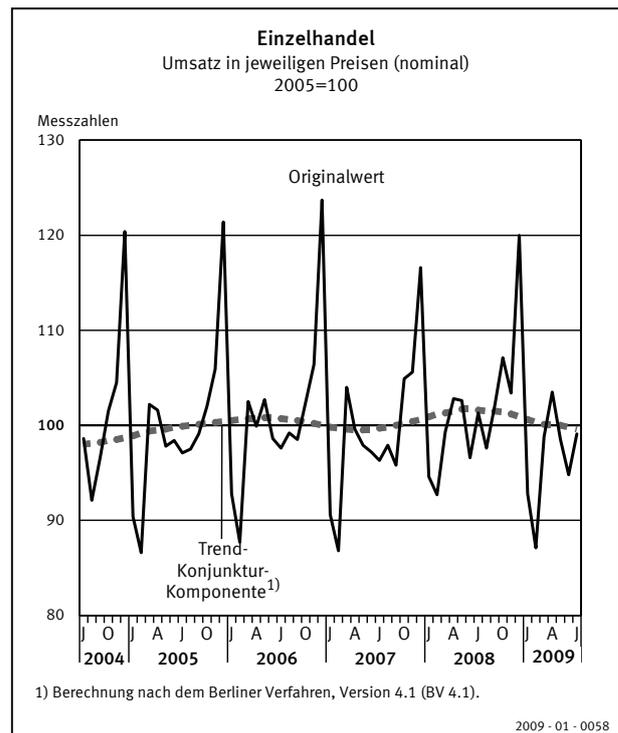
Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im *Juli 2009* nominal 2,2% und real 0,8% weniger um als im Juli 2008. Beide Monate hatten jeweils 27 Verkaufstage.

Im Vergleich zum Juni 2009 sank der Umsatz im Einzelhandel unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 0,2% und stieg real um 0,7%.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im Juli 2009 nominal 0,9% weniger und real 0,2% mehr um als im Juli 2008. Dabei wurde bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten nominal 0,8% weniger und real 0,4% mehr und beim Facheinzelhandel mit Lebensmitteln nominal 1,7% und real 2,6% weniger als im Vorjahresmonat abgesetzt.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln lag der Umsatz im Berichtsmonat nominal 2,1% und real 1,1% niedriger als im Juli 2008. Drei Branchen erzielten hier Umsatzsteigerungen: Der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren steigerte seine Erlöse nominal um 2,8% und real um 2,7%. Beim Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten, Baubedarf stieg der Umsatz nominal um 2,3% und real um 0,8% und der Einzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizi-



nischen Produkten verbuchte eine nominale Umsatzsteigerung in Höhe von 2,4%. Real ging jedoch der Umsatz dieser Branche um 0,8% zurück.

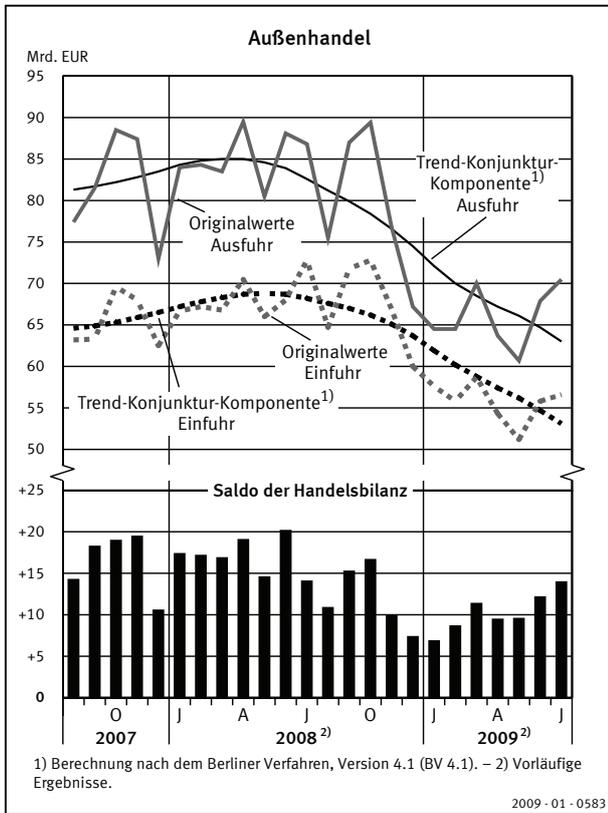
Von Januar bis Juli 2009 wurde im Einzelhandel nominal 2,2% und real 2,0% weniger umgesetzt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Außenhandel

Im *Juli 2009* gingen die deutschen Ausfuhren verglichen mit dem Vorjahresmonat erneut zurück. Sie sanken um 18,7% auf 70,5 Mrd. Euro. Noch stärker zurückgegangen sind die deutschen Einfuhren mit einem Minus von 22,3% auf 56,6 Mrd. Euro. Die Preise der Außenhandelsgüter sind im gleichen Zeitraum ebenfalls gefallen. Gegenüber dem Vorjahresniveau verbilligten sich die Importgüter im Juli 2009 um 12,6%. Sieht man von einer Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen ab, betrug der Preisrückgang für Einfuhren 6,8%. Die Preise der ausgeführten Güter gingen gegenüber Juli 2008 um 3,6% zurück.

Der Außenhandelsbilanzüberschuss betrug im Juli 2009 13,9 Mrd. Euro; im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahresmonat (+14,0 Mrd. Euro) ist er damit leicht zurückgegangen. Aus dem Außenhandelsüberschuss ergibt sich nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank zusammen mit dem positiven Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+4,3 Mrd. Euro) und den negativen Salden der anderen Teilbilanzen der Zahlungsbilanz, der Dienstleistungsbilanz (-3,3 Mrd. Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (-2,7 Mrd. Euro) und der Bilanz der Ergänzungen zum Außenhandel (-1,2 Mrd. Euro) im Juli

2009 ein Leistungsbilanzüberschuss von + 11,0 Mrd. Euro. Dieser ist etwas niedriger als der Aktivsaldo der Leistungsbilanz im gleichen Vorjahresmonat (+ 11,3 Mrd. Euro).



Nominal stiegen die deutschen Ausfuhr im Juli 2009 gegenüber dem Vormonat um + 3,9% und die Einfuhr um + 1,4%. Saison- und kalenderbereinigt ergibt sich ein geringeres Plus, für die Exporte im Juli gegenüber Juni 2009 von + 2,3%, für die Importe von + 0,0%. [u](#)

Dr. Norbert R ath, Dipl.- konom Albert Braakmann sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2009

Vorläufige Ergebnisse

Wie immer zu diesem Zeitpunkt gibt das Statistische Bundesamt einen umfassenden Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die erste Hälfte des laufenden Jahres. Die Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung, hat sich nach aktueller Datenlage in der Verlaufsbeurteilung (gegenüber dem jeweiligen Vorquartal) im ersten Vierteljahr 2009 um $-3,5\%$ vermindert und im zweiten Quartal um $+0,3\%$ erhöht. Damit ist die deutsche Wirtschaft zum ersten Mal nach vier Quartalen wieder leicht gewachsen. Allerdings ist es verfrüht, bereits von einem Ende der schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg zu sprechen, wie das in vielen Medien derzeit schon getan wird. Im Vorjahresvergleich verringerte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Halbjahr 2009 um $-6,8\%$, im ersten Vierteljahr 2009 um $-6,4\%$ und im zweiten Vierteljahr um $-7,1\%$. Nach rechnerischer Ausschaltung von Kalendereinfl ssen (im ersten Quartal standen 0,6 Arbeitstage mehr und im zweiten Quartal standen drei Arbeitstage weniger zur Verfügung als in den entsprechenden Vorjahreszeitrumen) kehrt sich diese Abstufung um, sodass sich das kalenderbereinigte Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresvergleich auf $-6,7\%$ (im ersten Quartal) und $-5,9\%$ (im zweiten Quartal) beläuft. Insgesamt ist also festzustellen, dass die wirtschaftlichen Belastungen durch die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nach wie vor negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaftsleistung zeigen, aber eine gewisse Stabilisierung auf dem niedrigen Niveau des Vorquartals stattfand.

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Vierteljahr 2009 wurde von rund 40,2 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 25 000 Personen oder $0,1\%$ weniger als ein Jahr zuvor. Vor

dem Hintergrund der aktuellen Schwäche der Gesamtwirtschaft ist damit erstmals seit dem dritten Quartal 2005 die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Vorjahresvergleich wieder zurückgegangen. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, war um $7,1\%$ niedriger als im zweiten Quartal des Vorjahres. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet ging die Arbeitsproduktivität allerdings nur um $2,4\%$ zurück, weil die Zahl der Arbeitsstunden mit einem Rückgang um $4,8\%$ erheblich stärker rückläufig war als die Zahl der Erwerbstätigen.

Das Volkseinkommen, das die Summe der von den inländischen Wirtschaftseinheiten empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen angibt, war im zweiten Quartal 2009 um $7,4\%$ niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Während das Arbeitnehmerentgelt fast unverändert geblieben ist ($-0,1\%$), waren die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um $20,7\%$ niedriger als im zweiten Quartal 2008. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte hat sich im zweiten Vierteljahr 2009 nur geringfügig um $0,1\%$ geändert. Bei einem leichten Anstieg der nominalen Konsumausgaben um $0,2\%$ errechnet sich für die Sparquote der privaten Haushalte ein Wert von $10,5\%$, das waren $0,2$ Prozentpunkte weniger als im zweiten Vierteljahr 2008.

Vorbemerkung

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten umfassenden Überblick über die vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die erste Jahreshälfte 2009. Die hier vorgelegten Berechnungen beruhen auf den bis Mitte August 2009 verfügbaren Daten

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt

Jahr Vierteljahr	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt			
	neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis	Differenz		neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis	neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis
			(Sp. 1 – 2)	(Sp. 3 : 2)				
	1	2	3	4	5	6	7	8
Mrd. EUR			%	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2006	2 325,1	2 321,5	+3,6	+ 0,2	+3,7	+3,5	+3,2	+3,0
2007	2 428,2	2 422,9	+5,3	+ 0,2	+4,4	+4,4	+2,5	+2,5
2008	2 495,8	2 491,4	+4,4	+ 0,2	+2,8	+2,8	+1,3	+1,3
2008 1. Vj ..	609,7	608,0	+1,7	+ 0,3	+3,4	+3,4	+2,1	+2,1
2. Vj ..	625,6	625,6	+0,0	+ 0,0	+4,8	+4,8	+3,4	+3,4
3. Vj ..	634,4	632,1	+2,3	+ 0,4	+2,8	+2,8	+1,4	+1,4
4. Vj ..	626,1	625,7	+0,4	+ 0,1	+0,2	+0,5	-1,7	-1,7
2009 1. Vj ..	579,5	577,1	+2,4	+ 0,4	-5,0	-5,1	-6,4	-6,7
2. Vj ..	588,8	X	X	X	-5,9	X	-7,1	X

aus kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken. Wie jedes Jahr zu diesem Zeitpunkt wurden die Berechnungen für die zurückliegenden vier Jahre (jetzt ab 2005) überprüft und anhand des neu angefallenen statistischen Ausgangsmaterials überarbeitet. Deshalb ergaben sich Änderungen gegenüber dem letzten Veröffentlichungsstand vom Mai 2009 (siehe Reihe 1.4 „Detaillierte Jahresergebnisse“ der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“). Tabelle 1 zeigt eine Gegenüberstellung der neuen und der bisherigen Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt.

Änderungen ergaben sich insbesondere durch die Einbeziehung der Ergebnisse der jährlichen Umsatzsteuerstatistik für 2007, der jährlichen Unternehmens- und Kostenstrukturhebungen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau, Baugewerbe sowie in der Energiewirtschaft für 2007, durch die Jahreshebungen im Handel und Gastgewerbe 2006, ferner durch die jährliche Dienstleistungsstatistik für 2007 sowie die Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen für 2006. Weiterhin wurden bei den Neuberechnungen aktuellere Jahresabschlüsse der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie von Großunternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen (z.B. Eisenbahn, Nachrichtenübermittlung, Rundfunk- und Fernsehanstalten) eingearbeitet. Ferner wurden die verbesserten Informationen über den Staatssektor aus der Finanz- und Steuerstatistik und die von der Deutschen Bundesbank vorgenommenen Korrekturen der Zahlungsbilanz berücksichtigt. Änderungen bei den Vierteljahreswerten resultierten außerdem aus der Einbeziehung neuer oder überarbeiteter unterjähriger Datenquellen. Für die hier vorgelegten Ergebnisse ist weiterhin von Bedeutung, dass auch die Deflationierung zur Berechnung der preisbereinigten Aggregate turnusmäßig überprüft wurde. Hierfür stand überarbeitetes Zahlenmaterial auf der Basis revidierter Ergebnisse der Input-Output-Rechnung zur Verfügung. Darüber hinaus wurden neue Preisangaben aus der Preisstatistik in die Rechenwerke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingearbeitet.

Die Neuberechnungen ergaben beim preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (Ursprungswerte) nur eine leichte Anhebung der Wachstumsrate für das Jahr 2006 (von +3,0% auf +3,2%), die Wachstumsraten für die anderen überarbeiteten Jahre (2005, 2007 und 2008) blieben im Jahresergebnis

unverändert. In jeweiligen Preisen gerechnet kam es infolge der Neuberechnung zu einer leichten Anhebung des Niveaus um 0,2 Prozentpunkte. Darüber hinaus wurden die Quartalsergebnisse des realen Bruttoinlandsprodukts ab 2005 um maximal 0,3 Prozentpunkte revidiert. Die Korrekturen am aktuellen Rand der Zeitreihe ergaben sich vor allem aufgrund von Korrekturen von vorläufigen kurzfristigen Statistiken (Monatserhebungen) oder durch nachlaufende kurzfristige Indikatoren, die bei den ersten aktuellen Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts noch nicht zur Verfügung standen. Weitere Änderungen bei den saison- und kalenderbereinigten Veränderungsdaten erfolgten durch Anpassungen der Saisonfaktoren an die überarbeiteten Zeitreihen. Diese Adjustierungen werden in der Regel einmal jährlich zu diesem Hauptberechnungstermin in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank vorgenommen. Bei diesem Rechentermin werden zudem turnusmäßig die auf monatlichen Indikatorreihen basierenden Kalenderfaktoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgrund neuer Erkenntnisse überarbeitet.

Diese regelmäßigen Korrekturen der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegen in der Natur der Berechnungen: Um möglichst frühzeitig aktuelle Zahlen veröffentlichen zu können, werden die Ergebnisse auf unvollständiger Datengrundlage berechnet und zum Teil geschätzt. Erst nach rund vier Jahren, wenn nahezu alle notwendigen Basisstatistiken vollständig vorliegen, gelten die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, vorbehaltlich sogenannter großer konzeptbedingter Revisionen, als „endgültig“ (zum jetzigen Termin also die Daten für 2005). Die regulären Revisionen des Bruttoinlandsprodukts liegen in einem der hohen Aktualität angemessenen und vertretbaren Rahmen und brauchen auch einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Im Übrigen sind diese Revisionen letztlich auch ein Ausdruck der Solidität der Berechnungen, weil Korrekturen nicht etwa im Hinblick auf möglicherweise zu erwartende Kritik in der Öffentlichkeit zurückgehalten werden. Weitere Angaben zur Datenqualität enthält der Qualitätsbericht für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der kostenfrei im Internet zu finden ist (www.destatis.de, Pfad: Publikationen → Qualitätsberichte → Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). Internationale Vergleiche können einer Datenquelle der Organisa-

tion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entnommen werden.¹⁾

Auch die bisher veröffentlichten Erwerbstätigenzahlen für die letzten vier Jahre wurden im Rahmen der turnusmäßigen Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überarbeitet. Dabei konnten zusätzliche erwerbsstatistische Informationen berücksichtigt werden. Am aktuellen Rand verbesserte sich die Datenbasis insbesondere durch die aktualisierten Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie über die Zahl der Zusatzjobs (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung). Für die Neuberechnung der Zahl der Beamten und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst konnten die nun vorliegenden endgültigen Ergebnisse der Personalstandstatistik 2008 herangezogen werden. Weiterhin wurden zusätzliche Angaben über Beschäftigte aus den jährlichen Unternehmens- und Kostenstrukturerhebungen verschiedener Wirtschaftsbereiche einbezogen sowie ergänzend für die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen Auswertungen aus dem kontinuierlichen Mikrozensus und der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit. Aus der Überarbeitung der bisher veröffentlichten Quartalergebnisse für die Zahl der Erwerbstätigen resultierte auf gesamtwirtschaftlicher Ebene für das erste Quartalergebnis des Jahres 2009 ein Änderungsbedarf von 0,3 Prozentpunkten und für den weiter zurückliegenden Revisionszeitraum bis zum vierten Quartal 2008 von maximal +/- 0,1 Prozentpunkten, bezogen auf die bisher veröffentlichten Veränderungsdaten.

1 Entstehung des Inlandsprodukts

Das *Bruttoinlandsprodukt*, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, hat sich nach aktueller Datenlage preis-, saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem jeweiligen Vorquartal im ersten Quartal 2009 um -3,5% verringert und im zweiten Quartal um 0,3% erhöht. Damit wurde die wirtschaftliche Abwärtsentwicklung der vier vorausgegangenen Quartale im zweiten Quartal 2009 zunächst einmal gestoppt. Das leicht positive Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2009 ist ein wenig auch vor dem Hintergrund einer Belebung der zu Jahresbeginn vom sehr kalten Winter gebremsten Bautätigkeit zu sehen, die neben den staatlichen Konjunkturprogrammen mit dazu führte, dass das Baugewerbe im zweiten Quartal dieses Jahres leichte Aufwärtstendenzen verzeichnen konnte.

Für das erste Halbjahr 2009 ergibt sich ein preis-, saison- und kalenderbereinigtes negatives Wirtschaftswachstum von -4,6% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2008. Auf Halbjahressicht hat somit die deutsche Wirtschaft – trotz des wieder ansteigenden Ergebnisses des zweiten Quartals – einen deutlichen Einbruch gezeigt. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass sich Deutschland in der schwersten Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs befindet, wobei für die weitere Entwicklung zwar Aufwärtsschancen, aber auch Abwärtsrisiken bestehen.²⁾

Bei der Interpretation der saison- und kalenderbereinigten Ergebnisse ist zu beachten, dass diese auch abhängig vom gewählten Saisonbereinigungsverfahren sind. Für die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Ergebnisse nach dem auch international bekannten Verfahren Census X-12-ARIMA bei der Kommentierung in den Vordergrund gestellt. Allerdings werden daneben auch Ergebnisse nach dem Standard-Verfahren des Statistischen Bundesamtes [Berliner Verfahren, Version 4.1 (BV4.1)] zur Verfügung gestellt und in einer gesonderten Reihe der Fachserie „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ veröffentlicht (Fachserie 18, Reihe 1.3).

2008				2009	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
+1,6	-0,6	-0,3	-2,4	-3,5	+0,3

Im Vorjahresvergleich verringerte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2009 gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres um 6,8%. In der Quartalsbetrachtung und im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal ist das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Vierteljahr 2009 um 6,4% und im zweiten Vierteljahr um 7,1% zurückgegangen. Die negativen Kalendereinflüsse haben im zweiten Quartal 2009 eine wesentliche Rolle gespielt, da drei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen als ein Jahr zuvor. Im ersten Quartal 2009 gab es dagegen 0,6 Arbeitstage mehr als im Vorjahresquartal.

2008				2009	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
+2,1	+3,4	+1,4	-1,7	-6,4	-7,1

Im internationalen Vergleich zeigt sich eine ausgeprägte Parallelität der Wirtschaftsentwicklung, die ein besonderes Kennzeichen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu sein scheint. Nach dem deutlichen Konjunkturerbruch im Winterhalbjahr (Endquartal 2008 und Anfangsquartal 2009) hat sich im zweiten Quartal 2009 eine wirtschaftliche Stabilisierung eingestellt, die sicherlich auch etwas mit den weltweit ergriffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen zu tun hat. Auffallend ist in diesem Zusammenhang ferner die Ähnlich-

	2008		2009	
	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
Deutschland	-0,3	-2,4	-3,5	+0,3
Eurozone	-0,4	-1,8	-2,5	-0,1
Europäische Union ..	-0,4	-1,9	-2,4	-0,2
Vereinigte Staaten ...	-0,7	-1,4	-1,6	-0,3
Japan	-1,3	-3,4	-3,3	+0,6

1) Saison- und kalenderbereinigt.

1) Siehe www.oecd.org, Pfad: statistics → National Accounts → Quarterly National Accounts → "OECD Quarterly National Accounts (QNA) – Main Economic Indicators (MEI) Revisions Database, August 2008".

2) Siehe hierzu Rätz, N.: „Rezessionen in historischer Betrachtung“ in WiSta 3/2009, S. 203 ff.

keit des Konjunkturmusters in Deutschland und Japan, die beide als ausgeprägte Exportnationen besonders stark von der Krise der Weltwirtschaft betroffen sind.

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2009 wurde von 40,2 Mill. *Erwerbstätigen* im Inland erbracht, 25 000 Personen oder 0,1 % weniger als ein Jahr zuvor. Vor dem Hintergrund der aktuellen Schwäche der Gesamtwirtschaft ist damit erstmals seit dem dritten Quartal 2005 die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Vorjahresvergleich wieder zurückgegangen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die vermehrte Inanspruchnahme von konjunktureller Kurzarbeit die negativen Effekte der Rezession abgemildert hat. Die auf Basis monatlicher Auswertungen der Arbeitskräfteerhebung nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ermittelte Zahl der Erwerbslosen lag im zweiten Quartal 2009 bei 3,25 Mill. Im Vergleich zum Vorjahr waren 29 000 Personen oder 0,9 % mehr erwerbslos. Die Erwerbslosenquote, die den Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose) misst, lag dementsprechend im zweiten Quartal 2009 mit 7,5 % wieder leicht über dem Ergebnis des Vorjahres von 7,4 %. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte auf 52,9 %.

Die gesamtwirtschaftliche *Arbeitsproduktivität*, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, ist im zweiten Quartal 2009 um 7,1 % gesunken. Der deutliche Rückgang resultiert daraus, dass die schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschland bisher nur begrenzte Auswirkungen auf die Zahl der erwerbstätigen Personen hatte, weil insbesondere die Kurzarbeit erheblich ausgeweitet wurde. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde ist mit -2,4 % nicht so stark zurückgegangen wie die Pro-Kopf-Produktivität. Das liegt neben der vermehrten Inanspruchnahme von konjunktureller Kurzar-

Tabelle 2: Erwerbstätige

Jahr Vierteljahr	Neues Ergebnis	Bis- heriges Ergebnis	Differenz		Neues Ergebnis	Bis- heriges Ergebnis
			(Sp. 1-2)	(Sp. 3:2)		
	1	2	3	4	5	6
	1 000		%		Veränderung ¹⁾ in %	
2006	39 075	39 097	-22	-0,1	+0,6	+0,6
2007	39 724	39 768	-44	-0,1	+1,7	+1,7
2008	40 279	40 330	-51	-0,1	+1,4	+1,4
2008 1. Vj .	39 764	39 815	-51	-0,1	+1,7	+1,7
2. Vj .	40 180	40 243	-63	-0,2	+1,5	+1,5
3. Vj .	40 433	40 498	-65	-0,2	+1,4	+1,4
4. Vj .	40 733	40 768	-35	-0,1	+1,1	+1,0
2009 1. Vj .	39 940	39 863	+77	+0,2	+0,4	+0,1
2. Vj .	40 155	X	X	X	-0,1	X

1) Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

arbeit und einem Arbeitstageeffekt – von April bis Juni 2009 standen drei Arbeitstage weniger zur Verfügung als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres – auch an dem Abbau von Überstunden und dem Abschmelzen von Arbeitszeitkonten. Allerdings kann aus diesem aktuellen Produktivitätsrückgang noch nicht auf eine dauerhafte Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geschlossen werden. Er ist zunächst nur ein Reflex auf die momentane Stabilität des Arbeitsmarktes.

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die *Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche*, die nach den international harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und der Produktionswert) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden. Gütersteuern und -subventionen sind solche monetären Transaktionen, die mengen-

Tabelle 3: Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität¹⁾

Jahr Vierteljahr	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose ²⁾	Geleistete Arbeitsstunden	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		
	insgesamt	darunter Arbeitnehmer			insgesamt, Kettenindex	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
	1 000		Mill. Std.	Index (2000 = 100)			
2006	39 075	34 684	4 250	55 858	106,27	106,46	109,69
2007	39 724	35 288	3 602	56 845	108,89	107,30	110,45
2008	40 279	35 845	3 141	57 583	110,26	107,15	110,40
2008 1. Vj .	39 764	35 343	3 410	14 526	109,00	107,30	108,17
2. Vj .	40 180	35 715	3 225	13 870	111,61	108,73	115,99
3. Vj .	40 433	35 991	3 002	14 701	111,83	108,27	109,65
4. Vj .	40 733	36 329	2 928	14 481	108,58	104,34	108,08
2009 1. Vj .	39 940	35 548	3 343	14 131	102,01	99,98	104,06
2. Vj .	40 155	35 730	3 254	13 203	103,66	101,05	113,18
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
2006	+0,6	+0,6	-7,1	+0,3	+3,2	+2,5	+2,9
2007	+1,7	+1,7	-15,2	+1,8	+2,5	+0,8	+0,7
2008	+1,4	+1,6	-12,8	+1,3	+1,3	-0,1	-0,0
2008 1. Vj .	+1,7	+1,8	-12,8	+0,7	+2,1	+0,4	+1,3
2. Vj .	+1,5	+1,7	-9,3	+3,0	+3,4	+1,9	+0,4
3. Vj .	+1,4	+1,6	-14,8	+1,8	+1,4	+0,0	-0,4
4. Vj .	+1,1	+1,3	-14,3	-0,2	-1,7	-2,7	-1,5
2009 1. Vj .	+0,4	+0,6	-2,0	-2,7	-6,4	-6,8	-3,8
2. Vj .	-0,1	+0,0	+0,9	-4,8	-7,1	-7,1	-2,4

1) Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100) je durchschnittlich Erwerbstätigen. – 2) Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z. B. Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) werden zum Ausgleich der unterschiedlichen Bewertungskonzepte zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global hinzugefügt.

Die Ergebnisse der Entstehungsrechnung zeigen, dass sich in der ersten Jahreshälfte 2009 das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland im Vorjahresvergleich erheblich abschwächte. Nach einem deutlichen Einbruch im ersten Quartal 2009 (-6,9%) hat die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal 2009 im Vorjahresvergleich nochmals um 8,0% abgenommen (siehe Tabelle 4). Dabei standen 2009 im ersten Quartal 0,6 Arbeitstage mehr und im zweiten Quartal drei Arbeitstage weniger zur Verfügung als ein Jahr zuvor, sodass in kalenderbereinigter Betrachtung das zweite Quartal (-6,7%) besser abschnitt als das erste Quartal 2009 (-7,1%). Gemessen an der preisbereinigten Bruttowertschöpfung fiel die wirtschaftliche Leistung im Produzierenden Gewerbe, zu dem das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, die Energie- und Wasserversorgung sowie der Bergbau zählen, im zweiten Quartal 2009

um -20,7% gegenüber dem zweiten Quartal 2008. Im ersten Quartal 2009 war ein Minus von 18,4% zu verzeichnen. Zu dem Ergebnis im zweiten Quartal 2009 trug entscheidend das Verarbeitende Gewerbe bei, dessen Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal 2009 um -24,5% unter der zwischen April und Juni des vergangenen Jahres lag, nach -21,8% im ersten Quartal 2009. Für das erste Halbjahr 2009, bei dem ein negativer Arbeitstageeffekt durch den Rückgang um 2,4 Arbeitstage zu verzeichnen war, zeigte sich im Verarbeitenden Gewerbe ein Rückgang um 18,7%, was das schwächste Halbjahresergebnis seit der deutschen Vereinigung war. Dabei hat sich das Auslandsgeschäft bei einer Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) von knapp 44% als stärker rückläufig erwiesen. Gemessen am Volumenindex des Umsatzes der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sank der Auslandsumsatz im ersten Halbjahr 2009 um 26,6%. Der Inlandsabsatz reduzierte sich dagegen um 19,1%, sodass insgesamt ein „reales“ Minus von 22,6% gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 zu verzeichnen war. Bei den Auftragseingängen waren die Inlands- und die Auslandsaufträge um -28,1 bzw. -35,7% rückläufig (Volumenindex). Während die Industrieproduktion im ersten Vierteljahr um 20,9% sank, reduzierte sie sich im zweiten Vierteljahr 2009 mit -24,0% noch stärker

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr Vierteljahr	Brutto- inlands- produkt	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
		Güter- steuern abzüglich Gütersub- ventionen	Brutto- wert- schöpfung		zu- sam- men	darunter		zu- sam- men	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finan- zierung, Vermietung und Unter- nehmens- dienst- leister	öffent- liche und private Dienst- leister
						Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe				
in jeweiligen Preisen											
Mrd. EUR											
2006	2325,1	227,9	2097,2	17,9	627,9	490,9	82,1	1451,4	368,1	613,3	470,0
2007	2428,2	251,6	2176,6	20,7	656,7	514,6	88,3	1499,2	379,6	639,4	480,3
2008	2495,8	256,6	2239,2	20,3	668,0	517,5	95,2	1551,0	397,4	659,2	494,5
2008 1. Vj ...	609,7	64,9	544,8	4,9	162,9	127,8	21,7	377,0	94,3	163,4	119,3
2. Vj ...	625,6	62,5	563,1	5,1	174,5	136,7	23,9	383,5	100,2	163,0	120,2
3. Vj ...	634,4	64,0	570,4	5,4	170,5	131,6	25,9	394,5	103,9	167,6	123,0
4. Vj ...	626,1	65,2	560,9	4,8	160,0	121,3	23,7	396,1	99,0	165,1	132,0
2009 1. Vj ...	579,5	63,7	515,8	4,3	132,1	97,4	21,6	379,4	89,4	165,5	124,5
2. Vj ...	588,8	63,5	525,3	4,5	137,8	100,7	24,3	383,1	93,8	164,3	125,1
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %											
2006	+3,7	+4,4	+3,6	+2,2	+6,4	+7,0	+2,4	+2,5	+3,0	+3,3	+1,0
2007	+4,4	+10,4	+3,8	+15,5	+4,6	+4,8	+7,6	+3,3	+3,1	+4,3	+2,2
2008	+2,8	+2,0	+2,9	-2,0	+1,7	+0,5	+7,9	+3,5	+4,7	+3,1	+2,9
2008 1. Vj ...	+3,4	+1,4	+3,6	+11,0	+3,9	+3,2	+6,1	+3,4	+5,9	+2,9	+2,4
2. Vj ...	+4,8	+2,3	+5,1	+1,0	+7,7	+7,6	+9,5	+4,1	+6,3	+3,2	+3,4
3. Vj ...	+2,8	+2,4	+2,8	-5,3	+2,2	+1,4	+6,6	+3,2	+5,3	+2,7	+2,3
4. Vj ...	+0,2	+1,8	+0,1	-12,0	-6,4	-9,4	+9,4	+3,1	+1,5	+3,6	+3,7
2009 1. Vj ...	-5,0	-1,8	-5,3	-12,4	-18,9	-23,8	-0,7	+0,6	-5,2	+1,3	+4,3
2. Vj ...	-5,9	+1,6	-6,7	-12,4	-21,1	-26,3	+1,4	-0,1	-6,5	+0,8	+4,1
preisbereinigt											
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %											
2006	+3,2	+3,4	+3,1	-3,2	+4,5	+6,7	-1,0	+2,6	+2,3	+3,9	+1,2
2007	+2,5	-1,4	+2,9	-1,5	+1,6	+2,5	+0,8	+3,5	+2,9	+4,8	+2,1
2008	+1,3	+0,2	+1,4	+3,8	+0,6	+0,5	+3,5	+1,7	+1,5	+1,6	+1,9
2008 1. Vj ...	+2,1	-0,2	+2,3	+4,4	+2,7	+2,8	+3,0	+2,1	+2,5	+2,3	+1,5
2. Vj ...	+3,4	+0,3	+3,7	+3,0	+6,4	+6,8	+6,8	+2,6	+3,6	+2,4	+2,0
3. Vj ...	+1,4	+0,2	+1,5	+4,5	+1,0	+1,1	+3,2	+1,7	+1,6	+1,4	+2,1
4. Vj ...	-1,7	+0,7	-2,0	+3,2	-7,4	-8,5	+0,7	+0,4	-1,5	+0,2	+2,0
2009 1. Vj ...	-6,4	-2,6	-6,9	+0,4	-18,4	-21,8	-6,1	-1,9	-6,0	-1,2	+0,4
2. Vj ...	-7,1	+1,1	-8,0	-0,8	-20,7	-24,5	-2,9	-2,5	-6,9	-1,8	+0,3

ker (gemessen am Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe, gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum). Dieser Trend im zweiten Vierteljahr resultierte aus einer besonders negativen Arbeitstagekonstellation. Bei der Betrachtung ausgewählter Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes zeigt sich, dass der Produktionsindex der Investitionsgüterproduzenten im ersten Halbjahr 2009 mit $-26,4\%$ deutlich zurückging, während bei den Verbrauchsgüterproduzenten eine im Vergleich dazu erheblich günstigere Entwicklung von $-5,0\%$ zu verzeichnen war. Dieses Bild passt gut zu den Ergebnissen der Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts, die trotz der wirtschaftlichen Talfahrt einen recht stabilen Konsum ausweist (siehe Abschnitt 2). Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes zeigt für die erste Jahreshälfte 2009 im Vorjahresvergleich vergleichsweise moderate Rückgänge, die möglicherweise auch auf staatliche Konjunkturprogramme zurückzuführen sind. Allerdings sind die Quartalsergebnisse mit $-6,1\%$ im ersten Vierteljahr und $-2,9\%$ für das zweite Vierteljahr im Vorjahresvergleich noch negativ. Anders sieht das Bild aber im saison- und kalenderbereinigten Vorquartalsvergleich aus, bei dem das Ergebnis für das erste Quartal 2009 und für das zweite Quartal 2009 jeweils einen Anstieg um $0,8\%$ zeigte.

Im zusammengefassten Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr fiel die Bruttowertschöpfung preisbereinigt im zweiten Quartal 2009 um $-6,9\%$. Die Handelsbereiche (Kraftfahrzeughandel, Großhandel, Einzelhandel) schrumpften um $-4,6\%$. Die Bruttowertschöpfung des Gastgewerbes sank im zweiten Quartal um $-4,5\%$, nach $-5,5\%$ im ersten Quartal 2009. Die Bruttowertschöpfung im Verkehr und der Nachrichtenübermittlung schwächte sich deutlich ab ($-11,9\%$). Hier zeigt sich wieder einmal der recht enge Zusammenhang zwischen der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe auf der einen und dem Transport von Gütern im Verkehrsbereich auf der anderen Seite.

Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister schnitt sowohl von Januar bis März ($-1,2\%$) als auch von April bis Juni 2009 ($-1,8\%$) deutlich besser als andere Wirtschaftsbereiche ab. Während die negative Entwicklung im Produzierenden Gewerbe offenkundig auch auf die unternehmensnahen Dienstleister ausstrahlte, deren reale Bruttowertschöpfung in den beiden ersten Quartalen 2009 abnahm, war die Veränderung der Bruttowertschöpfung im Kredit- und Versicherungsgewerbe positiv ($+2,8\%$ und $+2,4\%$). Als relativ konjunkturunabhängig erwies sich wie üblich der funktional abgegrenzte Teilbereich Wohnungsvermietung, der auch den Wert für die Nutzung des gesamten Wohnungsbestands (einschließlich der Eigentümerwohnungen) umfasst.

Für die öffentlichen und privaten Dienstleister ergaben sich in der ersten Jahreshälfte 2009 in beiden Quartalen im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung überdurchschnittliche Entwicklungen (erstes Quartal: $+0,4\%$, zweites Quartal: $+0,3\%$). Dieses Ergebnis wurde durch die reale Bruttowertschöpfung des Staates im (Kern-) Bereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ positiv beeinflusst. Bei den aktuellen Berechnungen in vielen Dienstleistungsbereichen wird mangels direk-

ter Outputangaben ersatzweise auf Erwerbstätigendaten und Angaben über geleistete Arbeitsstunden des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg zurückgegriffen. Mit diesen Informationen werden unter Berücksichtigung einer aus der Zeitreihe geschätzten Produktivitätsentwicklung die Wertschöpfungsgrößen der betreffenden Dienstleistungsbranche berechnet. Bei den jetzigen aktuellen Berechnungen sind die neuen Erkenntnisse aus der Auswertung der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 2007 in die Beurteilung der vergangenen Produktivitätsentwicklung eingeflossen; daraus ergab sich diesmal allerdings beim Vergleich mit den fortgeschriebenen Ergebnissen nur vergleichsweise wenig Bedarf für eine Anpassung der in der Fortschreibung zugrunde gelegten Produktivitätsansätze.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 4) verringerte sich im zweiten Quartal 2009 die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche insgesamt um $-6,7\%$ gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum; im ersten Vierteljahr lag das Minus bei $5,3\%$. In den nominalen Ergebnissen spiegeln sich neben der bereits beschriebenen preisbereinigten Wirtschaftsentwicklung die zurzeit moderaten, teilweise sogar rückläufigen Preisbewegungen in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider (zum Beispiel im Großhandel und im Verarbeitenden Gewerbe).

2 Verwendung des Inlandsprodukts

Die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war in der ersten Jahreshälfte 2009 vor allem geprägt durch den Einbruch bei den Exporten infolge der weltwirtschaftlichen Krise sowie durch eine relativ hohe Stabilität der privaten und staatlichen Konsumausgaben. Vom Außenbeitrag gingen stark negative Wirkungen aus, wenn man auf den Vorjahresvergleich abstellt und die Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt betrachtet (siehe Tabelle 5). Dabei können allerdings die weniger stark rückläufigen Importe, die auch im internationalen Vergleich zu beobachten sind, indirekt als ein Beitrag Deutschlands zur Stabilisierung der Weltkonjunktur angesehen werden. Charakteristisch war weiterhin ein massiver Rückgang bei den Investitionen, der vor allem die Ausrüstungsinvestitionen betraf und der im zweiten Vierteljahr von einem starken Lagerabbau geprägt war. Des Weiteren waren die Bauinvestitionen zum Jahresanfang noch zusätzlich witterungsbedingt negativ beeinflusst, wobei im zweiten Vierteljahr gewisse Besserungstendenzen absehbar sind, wenngleich auch die Bauinvestitionen noch unter dem Vorjahresniveau liegen. Die privaten Konsumausgaben wirkten demgegenüber – vor allem auch wegen der hohen Stabilität der Verbraucherpreise, der sich noch auswirkenden Lohnsteigerungen und der stabilen Arbeitsmarktlage – in der ersten Jahreshälfte 2009 eher positiv. Auch für die Konsumausgaben des Staates ist eine antizyklische Wirkung festzustellen. Diese Darstellung anhand der Ursprungswerte (im Vorjahresvergleich) ist allerdings zu ergänzen um eine saison- und kalenderbereinigte Verlaufsbeobachtung (im Vorquartalsvergleich), auf die im Folgenden bei den einzelnen Aggregaten ebenfalls eingegangen wird.

Tabelle 5: Verwendung des Inlandsprodukts

Jahr Vierteljahr	Brutto- inlands- produkt	Inländische Verwendung										Außen- beitrag	Nachrichtlich:	
		ins- gesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen					Vorrats- verände- rungen und Netto- zugang an Wert- sachen		Exporte	Importe
			zu- sammen	private Konsum- aus- gaben ¹⁾	Staat	zu- sammen	zu- sammen	Aus- rüstungen	Bauten	sonstige An- lagen ²⁾				
in jeweiligen Preisen														
Mrd. EUR														
2006	2 325,1	2 192,6	1 782,5	1 356,3	426,3	410,1	422,8	178,4	217,9	26,6	-12,7	132,5	1 054,9	922,5
2007	2 428,2	2 256,5	1 811,0	1 375,4	435,6	445,5	455,5	196,5	231,5	27,5	-10,0	171,7	1 139,5	967,8
2008	2 495,8	2 340,1	1 861,5	1 409,7	451,8	478,6	474,7	201,8	245,0	27,9	+3,9	155,7	1 179,4	1 023,7
2008 1. Vj	609,7	562,3	445,8	338,0	107,9	116,5	105,1	45,5	53,1	6,5	+11,4	47,4	295,9	248,6
2. Vj	625,6	577,8	461,9	352,0	109,9	115,8	124,1	52,4	64,9	6,8	-8,3	47,8	303,1	255,3
3. Vj	634,4	604,4	468,4	358,1	110,4	136,0	123,9	49,7	67,2	7,0	+12,2	30,0	299,3	269,3
4. Vj	626,1	595,6	485,3	361,7	123,6	110,3	121,7	54,3	59,8	7,6	-11,4	30,5	281,0	250,5
2009 1. Vj	579,5	558,8	451,1	337,7	113,4	107,7	93,6	35,9	51,3	6,4	+14,1	20,7	239,2	218,5
2. Vj	588,8	564,1	467,6	352,8	114,9	96,5	110,0	39,6	63,7	6,7	-13,5	24,7	233,3	208,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum														
in %														
2006	+3,7	+3,3	+2,2	+2,3	+1,6	+8,4	+8,4	+10,6	+7,1	+4,7	-0,9	+13,6	+14,4	+14,9
2007	+4,4	+2,9	+1,6	+1,4	+2,2	+8,6	+7,7	+10,2	+6,3	+3,4	+2,7	+39,2	+8,0	+4,9
2008	+2,8	+3,7	+2,8	+2,5	+3,7	+7,4	+4,2	+2,7	+5,8	+1,6	+13,9	-16,0	+3,5	+5,8
2008 1. Vj	+3,4	+3,0	+3,0	+3,0	+2,9	+2,9	+3,9	+3,7	+4,3	+2,0	-0,7	+3,8	+6,5	+6,1
2. Vj	+4,8	+4,5	+3,6	+3,3	+4,6	+8,3	+7,4	+6,3	+8,9	+2,1	+0,3	+4,0	+8,2	+8,0
3. Vj	+2,8	+4,3	+3,2	+3,0	+3,8	+8,5	+5,7	+5,3	+6,4	+1,6	+4,0	-7,9	+5,3	+9,4
4. Vj	+0,2	+3,0	+1,5	+0,8	+3,6	+10,3	+0,0	-3,5	+3,4	+0,7	+10,3	-15,9	-5,5	-0,1
2009 1. Vj	-5,0	-0,6	+1,2	-0,1	+5,1	-7,6	-11,0	-21,1	-3,4	-2,0	+2,7	-26,7	-19,2	-12,1
2. Vj	-5,9	-2,4	+1,2	+0,2	+4,5	-16,7	-11,4	-24,4	-1,9	-1,8	-5,2	-23,2	-23,0	-18,3
preisbereinigt														
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum														
in %														
2006	+3,2	+2,2	+1,2	+1,3	+1,0	+6,9	+7,8	+11,8	+4,6	+8,9	-0,2	+1,0	+13,0	+11,9
2007	+2,5	+1,0	+0,1	-0,3	+1,7	+4,9	+5,0	+11,0	+0,0	+6,5	+0,0	+1,5	+7,5	+4,8
2008	+1,3	+1,7	+0,8	+0,4	+2,1	+5,6	+3,1	+3,3	+2,6	+5,3	+0,4	-0,3	+2,9	+4,3
2008 1. Vj	+2,1	+1,1	+0,9	+0,8	+1,2	+1,8	+3,1	+4,5	+1,5	+6,5	-0,2	+1,0	+6,0	+4,5
2. Vj	+3,4	+2,3	+1,3	+0,9	+2,4	+6,4	+6,4	+7,2	+5,8	+4,7	+0,0	+1,3	+7,6	+5,7
3. Vj	+1,4	+1,8	+0,9	+0,4	+2,2	+5,4	+4,3	+5,8	+2,7	+5,6	+0,3	-0,4	+4,2	+5,8
4. Vj	-1,7	+1,7	+0,1	-0,6	+2,3	+9,4	-1,2	-3,0	+0,3	+4,7	+1,7	-3,3	-5,7	+1,2
2009 1. Vj	-6,4	-1,1	+0,6	-0,1	+2,6	-7,6	-11,1	-20,1	-5,6	+6,9	+0,4	-5,4	-17,2	-7,3
2. Vj	-7,1	-2,5	+0,9	+0,5	+2,3	-16,0	-10,9	-23,4	-2,9	+6,7	-0,9	-4,8	-20,5	-12,5

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden. – 3) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Der Wert der *privaten Konsumausgaben* betrug im ersten Quartal 2009 in Deutschland 338 Mrd. Euro und im zweiten Quartal 353 Mrd. Euro; das entsprach im ersten Quartal einem Rückgang um 0,1 % und im zweiten Quartal einer Erhöhung um 0,2 % gegenüber dem jeweils entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres (gemessen in jeweiligen Preisen). Da der implizite Preisindex der privaten Konsumausgaben im ersten Vierteljahr auf dem Stand des Vorjahres verblieb, ging der private Konsum preisbereinigt im ersten Vierteljahr ebenfalls – wie in jeweiligen Preisen – um 0,1 % zurück. Im zweiten Vierteljahr sank der implizite Preisindex sogar um 0,4 %, sodass preisbereinigt der private Konsum um 0,5 % anstieg (siehe Tabelle 5). Preis-, saison- und kalenderbereinigt erhöhte sich das Ausgabevolumen für den privaten Konsum im ersten Vierteljahr 2009 um 0,6 % gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres und im zweiten Vierteljahr 2009 um 0,7 % gegenüber dem Wert des ersten Quartals.

Die Preisentwicklung in der ersten Jahreshälfte 2009 war charakterisiert durch relativ geringe Preisveränderungen für die privaten Konsumausgaben. Überdurchschnittlich war der Preisanstieg für Pauschalreisen mit +3,7 % im ersten Quartal und mit +8,4 % im zweiten Quartal. Nachdem die Verbraucherpreise für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl insgesamt) im ersten Vierteljahr um +5,0 % angestiegen sind, waren sie im zweiten Quartal 2009 mit –2,1 % erstmals seit sieben Jahren wieder rückläufig. Wesentlich niedriger waren insbesondere die Durchschnittspreise für Kraftstoffe (–14,8 bzw. –15,3 %). Weiterhin gingen wie in den Vorjahren die Preise für audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte zurück (–8,5 bzw. –7,2 %), was aber maßgeblich auf eine höhere Qualität der Produkte zurückzuführen ist.

Die Ergebnisse nach wichtigen Verwendungszwecken untergliedert (siehe Tabelle 6) zeigen, dass die Ausgaben der privaten Haushalte bei vielen Verwendungszwecken im ers-

Tabelle 6: Private Konsumausgaben

Jahr Vierteljahr	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner
		zusammen	nachrichtlich: Käufe nach Verwendungszwecken ¹⁾						
			Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungszwecke ²⁾		
Mrd. EUR									
2006	1 356,3	1 319,9	185,0	309,8	224,7	120,2	450,1	36,3	16 466
2007	1 375,4	1 338,7	188,6	311,2	220,5	124,2	461,8	36,7	16 719
2008	1 409,7	1 372,4	195,2	325,3	222,5	125,6	469,1	37,3	17 166
2008 1. Vj .	338,0	328,6	46,6	82,7	52,5	29,9	110,8	9,4	4 112
2. Vj .	352,0	343,2	49,4	76,5	60,3	31,0	117,5	8,8	4 286
3. Vj .	358,1	348,7	49,1	78,8	57,2	31,0	118,1	9,4	4 361
4. Vj .	361,7	352,0	50,1	87,3	52,6	33,7	122,7	9,7	4 407
2009 1. Vj .	337,7	327,8	45,5	85,6	53,0	29,5	108,3	9,9	4 121
2. Vj .	352,8	343,4	49,9	76,6	62,4	30,8	115,4	9,4	4 307
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %									
2006	+2,3	+2,4	+1,6	+2,9	+4,8	+2,1	+1,9	-1,0	+2,4
2007	+1,4	+1,4	+2,0	+0,5	-1,9	+3,3	+2,6	+0,9	+1,5
2008	+2,5	+2,5	+3,5	+4,5	+0,9	+1,1	+1,6	+1,7	+2,7
2008 1. Vj .	+3,0	+3,1	+2,1	+4,2	+5,0	+1,6	+1,7	-0,7	+3,2
2. Vj .	+3,3	+3,3	+3,7	+4,4	+3,7	+1,8	+2,1	+3,7	+3,5
3. Vj .	+3,0	+3,1	+5,8	+5,6	+0,7	+1,4	+2,0	-0,1	+3,2
4. Vj .	+0,8	+0,7	+2,2	+4,0	-5,3	-0,2	+0,6	+4,1	+1,0
2009 1. Vj .	-0,1	-0,2	-2,3	+3,5	+1,0	-1,2	-2,3	+5,4	+0,2
2. Vj .	+0,2	+0,0	+1,0	+0,1	+3,5	-0,8	-1,8	+6,6	+0,5

1) Käufe der privaten Haushalte im Inland. – 2) Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

ten Quartal zurückgegangen sind. Nur die Ausgaben für das Wohnen (+3,5%) und für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+1,0%) sind angestiegen. Im zweiten Quartal erhöhten sich insbesondere die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung um +3,5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Zunahme in diesem Bereich wurde maßgeblich durch die von der Bundesregierung beschlossene Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen beeinflusst. Die am 14. Januar 2009 vom Bundeskabinett beschlossene Richtlinie sah vor, mithilfe einer Umweltprämie – umgangssprachlich auch Abwrackprämie genannt – die Verschrottung alter und den Kauf neuer Personenkraftwagen mit einem Zuschuss von 2 500 Euro zu fördern. Die Zahl der privaten Neuzulassungen von Personen-

kraftwagen stieg im ersten Vierteljahr 2009 um 78% und im zweiten sogar um 119% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. Betrachtet man die Konsumausgaben ohne Pkw-Käufe, so wären die Quartalsergebnisse für die privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen im ersten Vierteljahr 2009 um 0,8 Prozentpunkte und im zweiten Vierteljahr um 1,2 Prozentpunkte niedriger gewesen.

Die *Konsumausgaben des Staates* nahmen im ersten Halbjahr 2009 in jeweiligen Preisen um 4,8% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu (siehe Tabelle 7). Der Anstieg der Konsumausgaben der Sozialversicherung ist dabei wie im Vorjahr mit 5,6% höher ausgefallen als der der Konsumausgaben der Gebietskörperschaften (+4,2%). Auf

Tabelle 7: Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen

Jahr Halbjahr	Insgesamt	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung ¹⁾		Verkäufe von Waren und Dienstleistungen ²⁾	Soziale Sachleistungen	Nachrichtlich: Konsumausgaben des Staates für zivile Zwecke
		zusammen	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen	dar.: Arbeitnehmerentgelt			
Mrd. EUR									
2006	426,3	90,0	82,4	7,6	196,9	166,2	32,2	171,6	400,8
2007	435,6	92,6	84,8	7,8	199,0	166,6	34,2	178,2	410,4
2008	451,8	97,6	89,0	8,6	203,6	170,4	35,1	185,8	426,0
2008 1. Hj ..	217,8	44,7	40,8	4,0	98,2	81,5	16,8	91,6	206,0
2. Hj ..	234,0	52,8	48,2	4,6	105,4	88,9	18,4	94,1	220,1
2009 1. Hj ..	228,2	48,1	43,9	4,3	100,9	83,9	17,0	96,2	215,8
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %									
2006	+1,6	+2,9	+3,6	-4,2	-0,2	-0,6	-0,9	+2,5	+1,7
2007	+2,2	+2,9	+2,9	+2,9	+1,1	+0,3	+6,3	+3,8	+2,4
2008	+3,7	+5,4	+4,9	+10,3	+2,3	+2,2	+2,6	+4,2	+3,8
2008 1. Hj ..	+3,7	+5,3	+4,8	+11,2	+2,3	+2,3	+5,0	+4,7	+3,8
2. Hj ..	+3,7	+5,4	+5,0	+9,5	+2,3	+2,1	+0,5	+3,8	+3,9
2009 1. Hj ..	+4,8	+7,5	+7,6	+7,1	+2,8	+3,0	+1,3	+5,0	+4,8

1) Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen. – 2) Einschl. Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

Quartale aufgeteilt verzeichneten die Konsumausgaben folgende Entwicklung:

	Konsumausgaben in jeweiligen Preisen					
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %					
	2008				2009	
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
Konsumausgaben	+2,9	+4,6	+3,8	+3,6	+5,1	+4,5
Gebietskörperschaften .	+1,8	+4,0	+3,3	+3,8	+4,4	+4,0
Ziviler Bereich	+0,8	+4,5	+3,1	+4,3	+4,5	+3,8
Verteidigung	+11,1	-0,2	+5,4	-0,1	+3,9	+6,3
Sozialversicherung	+4,5	+5,3	+4,5	+3,4	+6,1	+5,1

Auch die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates sind im ersten und zweiten Quartal 2009 deutlich gestiegen. Der Zuwachs ist dabei mit 2,6 bzw. 2,3 % halb so hoch ausgefallen wie der Anstieg der Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 5).

Die Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen errechnen sich als Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen und für die Produktion staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates abzüglich der Einnahmen aus Verkäufen dieser Leistungen und abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Im Berichtshalbjahr stellte der Staat den privaten Haushalten deutlich höhere soziale Sachleistungen zur Verfügung (+ 5,0 %). Hierbei handelt es sich insbesondere um die sozialen Sachtransfers der Sozialversicherungen, zu denen deren Ausgaben für Arztleistungen, Krankenhausleistungen, Medikamente, Zahnersatz, Kuren, Unterbringung in Pflegeheimen usw. zählen. Der deutliche Anstieg resultiert dabei insbesondere aus höheren Ausgaben für ärztliche Leistungen sowie für Krankenhausleistungen, die wesentlich von Neuregelungen beeinflusst sind. So wurde für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte zum 1. Januar 2009 ein neues Vergütungssystem eingeführt und im Abrechnungssystem für Krankenhäuser wurden die Tarifierhöhungen 2008/2009 anteilig berücksichtigt. Für die in der Nichtmarktproduktion des Staates eingesetzten Arbeitnehmer/-innen zahlte der Staat im Berichtszeitraum 3,0 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Hier machten sich die in der Tarifrunde 2008 vereinbarte Erhöhung der Tabellenentgelte zum 1. Januar 2009 um 2,8 % sowie die Sonderzahlung von 225 Euro für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen bemerkbar. Deutlich gestiegen sind die Käufe des Staates an Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion (+ 7,5 %), wobei die Aufwendungen für Verteidigungsgüter etwas stärker (+ 8,7 %) zunahmen als diejenigen für zivile Zwecke (+ 7,4 %). Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion (einschließlich der Produktion für die Eigenverwendung) waren im Berichtshalbjahr um 1,3 % höher als vor Jahresfrist.

Die wirtschaftliche Talfahrt hat im Berichtshalbjahr auch zu einer erheblichen Investitionszurückhaltung der Investoren geführt. Die *Bruttoanlageinvestitionen*, die sich aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie sonstigen Anlagen zusammensetzen, sind in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2009 im Vorjahresvergleich erheblich gesunken: Sie nahmen in jeweiligen Preisen im ersten Quartal 2009 um 11,0 % und im zweiten Quartal um 11,4 % ab; preisberei-

nigt um 11,1 bzw. 10,9 %. Besonders stark gingen die preisbereinigten Investitionen in Ausrüstungsgüter mit - 20,1 % im ersten und - 23,4 % im zweiten Quartal 2009 zurück. Die Bauinvestitionen nahmen um 5,6 % im ersten Quartal und um 2,9 % im zweiten Quartal 2009 ab. Lediglich bei den sonstigen Anlagen waren Zuwächse von 6,9 bzw. 6,7 % zu verzeichnen.

	Bruttoanlageinvestitionen			
	Veränderungen in %			
	Ursprungswerte ¹⁾			
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt	Preis-komponente	preisbereinigt
2008 1. Vj	+3,9	+3,1	+0,8	+2,4
2. Vj	+7,4	+6,4	+1,0	-2,4
3. Vj	+5,7	+4,3	+1,3	+0,6
4. Vj	+0,0	-1,2	+1,3	-2,0
2009 1. Vj	-11,0	-11,1	+0,1	-7,7
2. Vj	-11,4	-10,9	-0,5	+0,8

1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. - 2) Nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Der über vierjährige Aufschwung bei den Ausgaben für *Ausrüstungsinvestitionen* ist im vierten Quartal 2008 durch die Finanzkrise abrupt beendet worden. In den folgenden beiden Quartalen des Jahres 2009 brachen die Investitionen in Ausrüstungen regelrecht ein und zeigten mit Veränderungs-raten von - 21,1 % und - 24,4 % in jeweiligen Preisen bisher beispiellose Rückgänge. Die preisbereinigten Daten bestätigen dieses Bild, denn trotz der implodierenden Nachfrage blieb der Preisrückgang für Ausrüstungen mit jeweils - 1,3 % in den ersten beiden Quartalen 2009 noch im Rahmen der seit nunmehr acht Jahren gewohnten Negativwerte. Daher liegen die Einbußen in den ersten beiden Quartalen 2009 preisbereinigt mit - 20,1 bzw. - 23,4 % dicht bei den nominalen Rekordwerten; die Ausgaben für Ausrüstungen sind somit derzeit wieder auf das Niveau des Jahres 2004 zurückgefallen. Eine interessante Zusatzinformation liefern die saison- und kalenderbereinigten realen Veränderungs-raten der Ausrüstungen: Im Vergleich zum Vorquartal zeigten sie für die ersten drei Quartale des Jahres 2008 recht geringe Ausschläge; die Veränderungsrate für das vierte Quartal lag mit - 4,2 % bereits erheblich niedriger, aber ein Absturz im Vergleich zum Vorquartal um - 18,8 % wie im ersten Quartal 2009 wurde noch nie gemessen. Bemerkenswert ist nun,

	Ausrüstungsinvestitionen			
	Veränderungen in %			
	Ursprungswerte ¹⁾			
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt	Preis-komponente	preisbereinigt
2008 1. Vj	+3,7	+4,5	-0,8	-0,6
2. Vj	+6,3	+7,2	-0,8	-0,8
3. Vj	+5,3	+5,8	-0,5	+1,5
4. Vj	-3,5	-3,0	-0,6	-3,7
2009 1. Vj	-21,1	-20,1	-1,3	-18,5
2. Vj	-24,4	-23,4	-1,3	-0,5

1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. - 2) Nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Tabelle 8: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr Vierteljahr	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen ¹⁾		
	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR												
2006	422,8	390,5	32,4	178,4	173,6	4,7	217,9	192,0	25,8	26,6	24,8	1,8
2007	455,5	421,2	34,3	196,5	192,1	4,4	231,5	203,6	27,9	27,5	25,5	2,0
2008	474,7	437,3	37,4	201,8	196,8	5,0	245,0	214,5	30,5	27,9	26,0	2,0
2008 1. Vj	105,1	98,2	6,9	45,5	44,7	0,8	53,1	47,4	5,7	6,5	6,2	0,3
2. Vj	124,1	114,7	9,4	52,4	51,4	1,0	64,9	56,9	8,1	6,8	6,5	0,4
3. Vj	123,9	113,6	10,3	49,7	48,6	1,1	67,2	58,4	8,8	7,0	6,6	0,4
4. Vj	121,7	110,8	10,8	54,3	52,2	2,1	59,8	52,0	7,9	7,6	6,7	0,8
2009 1. Vj	93,6	86,8	6,8	35,9	35,0	0,9	51,3	45,7	5,6	6,4	6,1	0,3
2. Vj	110,0	100,1	9,9	39,6	38,6	1,0	63,7	55,2	8,5	6,7	6,3	0,4
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %												
2006	+8,4	+8,5	+7,0	+10,6	+10,7	+7,0	+7,1	+7,1	+7,4	+4,7	+5,0	+1,7
2007	+7,7	+7,9	+6,0	+10,2	+10,7	-6,8	+6,3	+6,0	+8,1	+3,4	+3,0	+8,8
2008	+4,2	+3,8	+9,1	+2,7	+2,4	+13,4	+5,8	+5,4	+9,1	+1,6	+1,8	-1,5
2008 1. Vj	+3,9	+3,8	+5,0	+3,7	+3,5	+18,6	+4,3	+4,4	+3,6	+2,0	+2,1	+0,0
2. Vj	+7,4	+7,1	+10,6	+6,3	+6,0	+22,8	+8,9	+8,8	+9,5	+2,1	+1,9	+5,7
3. Vj	+5,7	+5,5	+8,0	+5,3	+5,3	+7,0	+6,4	+6,1	+8,5	+1,6	+1,7	+0,0
4. Vj	+0,0	-1,0	+11,5	-3,5	-4,0	+11,0	+3,4	+2,0	+13,9	+0,7	+1,5	-5,7
2009 1. Vj	-11,0	-11,7	-1,0	-21,1	-21,7	+10,8	-3,4	-3,4	-2,8	-2,0	-2,1	+0,0
2. Vj	-11,4	-12,7	+4,9	-24,4	-25,0	+5,2	-1,9	-2,9	+5,0	-1,8	-2,0	+2,7
preisbereinigt												
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %												
2006	+7,8	+8,0	+5,3	+11,8	+11,8	+11,3	+4,6	+4,6	+4,1	+8,9	+9,1	+6,7
2007	+5,0	+5,4	+1,3	+11,0	+11,4	-5,1	+0,0	-0,2	+1,6	+6,5	+6,1	+13,2
2008	+3,1	+2,8	+7,1	+3,3	+3,0	+17,0	+2,6	+2,2	+5,7	+5,3	+5,5	+3,5
2008 1. Vj	+3,1	+3,1	+3,8	+4,5	+4,2	+24,0	+1,5	+1,6	+0,7	+6,5	+6,4	+7,3
2. Vj	+6,4	+6,2	+9,3	+7,2	+6,8	+29,2	+5,8	+5,6	+6,6	+4,7	+4,4	+9,8
3. Vj	+4,3	+4,2	+5,5	+5,8	+5,8	+9,8	+2,7	+2,4	+4,7	+5,6	+5,7	+4,0
4. Vj	-1,2	-2,1	+8,8	-3,0	-3,6	+13,6	+0,3	-1,1	+10,1	+4,7	+5,5	-0,4
2009 1. Vj	-11,1	-11,7	-2,1	-20,1	-20,7	+14,3	-5,6	-5,7	-5,2	+6,9	+6,8	+8,3
2. Vj	-10,9	-12,2	+4,4	-23,4	-24,0	+8,4	-2,9	-3,7	+3,2	+6,7	+6,3	+13,4

1) Software (erworbene und selbsterstellte), Urheberrechte, andere immaterielle Anlagegüter, Nutztiere und Nutzpflanzungen.

dass die Veränderungsrate von -0,7% des zweiten Quartals 2009 wieder im Rahmen des Üblichen liegt, was die Vermutung nahelegt, dass nach einer Niveauverschiebung vor allem im ersten Quartal 2009 die Ausrüstungsinvestitionen auf einen normalen Entwicklungspfad zurückkehren könnten.

Bei den *Bauinvestitionen* zeigt sich ein differenziertes Bild: Insbesondere ein recht strenger Winter, aber auch die Investitionszurückhaltung der Investoren führten zu erheblich verminderten Bauaktivitäten im Bauhauptgewerbe im ersten Quartal 2009. Das Ausbaugewerbe ist dagegen witterungsunabhängiger und profitierte zudem von öffentlichen Förderprogrammen zur energetischen Sanierung von Gebäuden, sodass die Baunachfrage hier weniger beeinträchtigt wurde. Insgesamt ergab sich preisbereinigt eine Verringerung der Bauinvestitionen um 5,6% im Vorjahresvergleich. Im Vorquartalsvergleich allerdings zeigte sich bereits zum Jahresanfang – preis-, saison- und kalenderbereinigt – ein leichter Zuwachs von 0,2%, nachdem die Bauinvestitionen in den drei vorangegangenen Quartalen des Jahres 2008 rückläufig gewesen waren. Das zweite Quartal 2009 schließt sich mit einem weiteren Zuwachs zum Vorquartal an: Die Bauinvestitionen nahmen um 1,4% zu. Die Baupreise stiegen relativ moderat, im ersten Quartal 2009 um 2,4% und im zweiten Quartal um 1,0% (gemessen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal). Das Konjunk-

turprogramm der Bundesregierung zeigte im zweiten Quartal 2009 – im Vorjahresvergleich und preisbereinigt – bereits erste Wirkungen: Der öffentliche Bau legte real um 1,1% zu; nach Berücksichtigung von Käufen und Verkäufen des Staates von Land war ein Zuwachs von 3,2% zu verzeichnen. Dagegen nahmen die Investitionen im Wohnungsbau um 3,4% sowie im gewerblichen Bau um 3,5% (einschließlich der Käufe und Verkäufe von Land um 3,7%) ab.

	Bauinvestitionen Veränderungen in %			
	Ursprungswerte ¹⁾			
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt	Preis-komponente	Saison- und kalenderbereinigte Werte ²⁾ preisbereinigt
2008 1. Vj	+4,3	+1,5	+2,7	+5,9
2. Vj	+8,9	+5,8	+3,0	-4,3
3. Vj	+6,4	+2,7	+3,6	-0,4
4. Vj	+3,4	+0,3	+3,2	-1,0
2009 1. Vj	-3,4	-5,6	+2,4	+0,2
2. Vj	-1,9	-2,9	+1,0	+1,4

1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. – 2) Nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Die *Sonstigen Anlagen* setzten sich nach den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2008 zu fast vier

Fünfteln aus Softwareinvestitionen und zu einem Sechstel aus Investitionen in Urheberrechte zusammen; die Anteile der weiteren Positionen (Nutztiere und -pflanzungen, Suchbohrungen, Grundstücksübertragungskosten) betragen gemeinsam nur rund 5%. Über die unterjährige Entwicklung der Sonstigen Anlagen liegen keine statistisch abgesicherten Informationen vor; eine Interpretation der Berechnungsergebnisse sollte sich daher auf längere Zeiträume beziehen: Auf die starken Zuwächse der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre, der Frühblüte des IT-Zeitalters, folgte in den Jahren 2001 bis 2003 eine konjunkturbedingte Kontraktionsphase. Danach waren für die Sonstigen Anlagen bis zum Jahr 2008 Konsolidierungstendenzen mit positiven, aber gleichwohl moderaten Veränderungsraten zu beobachten. In den ersten beiden Quartalen des laufenden Berichtsjahres hingegen gingen die Sonstigen Anlagen mit -2,0% und -1,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sichtlich zurück und folgten insofern dem allgemeinen Trend. Diese in jeweiligen Preisen gemessene Schrumpfung der Investitionen in Sonstige Anlagen ist allerdings allein auf den für IT-Produkte typischen Preisrückgang zurückzuführen, der im Beobachtungszeitraum, verstärkt durch die schwache Nachfrage, etwa -10% betragen hat. Deshalb liegen die preisbereinigten Veränderungsraten der Sonstigen Anlagen nicht nur erheblich höher, sondern mit 6,9% für das erste und 6,7% für das zweite Quartal 2009 sogar weit

im Wachstumsbereich. Auch in der Krise scheint somit der Bedarf an Softwareinvestitionen fortzubestehen.

Der *Außenbeitrag* (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) fiel im ersten Halbjahr 2009 nur etwa halb so hoch aus wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Er nahm, wie Tabelle 9 zeigt, im ersten Quartal 2009 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum in jeweiligen Preisen um -26,7 Mrd. Euro ab und betrug 20,7 Mrd. Euro. Im zweiten Quartal sank der Außenbeitrag im Vorjahresvergleich mit -23,2 Mrd. Euro etwas geringer und belief sich auf 24,7 Mrd. Euro. Vergleichbare Rückgänge, gemessen in Absolutbeträgen, waren bisher seit der deutschen Vereinigung nicht zu verzeichnen gewesen.

Die Veränderungsraten der Exporte (nominal -19,2% im ersten, -23,0% im zweiten Quartal 2009, preisbereinigt -17,2% im ersten, -20,5% im zweiten Quartal 2009) waren rückläufig und verschlechterten sich im Verlauf des ersten Halbjahres. Das gilt auch für die Zuwachsraten der Importe (nominal -12,1% im ersten, -18,3% im zweiten Quartal 2009, preisbereinigt -7,3% im ersten, -12,5% im zweiten Quartal 2009), allerdings war hier die Verschlechterung noch ausgeprägter. Da die Importpreise sowohl im ersten als auch im zweiten Quartal 2009 (-5,2% im ersten, -6,6% im zweiten Quartal) deutlich stärker fielen als die

Tabelle 9: Exporte und Importe

Jahr Vierteljahr	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR							
2006	1054,9	908,8	146,1	922,5	746,8	175,7	132,5
2007	1139,5	981,0	158,5	967,8	782,0	185,8	171,7
2008	1179,4	1013,6	165,8	1023,7	832,3	191,4	155,7
2008 1. Vj	295,9	256,7	39,2	248,6	205,1	43,4	47,4
2. Vj	303,1	263,1	40,0	255,3	208,7	46,6	47,8
3. Vj	299,3	256,0	43,3	269,3	214,3	55,0	30,0
4. Vj	281,0	237,8	43,2	250,5	204,1	46,4	30,5
2009 1. Vj	239,2	202,1	37,1	218,5	175,5	43,0	20,7
2. Vj	233,3	196,1	37,2	208,6	165,2	43,5	24,7
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2006	+14,4	+14,2	+15,7	+14,9	+17,3	+5,8	+13,6
2007	+8,0	+7,9	+8,4	+4,9	+4,7	+5,8	+39,2
2008	+3,5	+3,3	+4,6	+5,8	+6,4	+3,0	-16,0
2008 1. Vj	+6,5	+6,5	+6,6	+6,1	+6,6	+3,8	+3,8
2. Vj	+8,2	+8,9	+3,5	+8,0	+8,4	+6,2	+4,0
3. Vj	+5,3	+4,8	+8,5	+9,4	+11,1	+3,3	-7,9
4. Vj	-5,5	-6,5	+0,4	-0,1	+0,1	-1,0	-15,9
2009 1. Vj	-19,2	-21,3	-5,4	-12,1	-14,5	-0,9	-26,7
2. Vj	-23,0	-25,5	-6,9	-18,3	-20,9	-6,6	-23,2
preisbereinigt Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % in Prozentpunkten ¹⁾							
2006	+13,0	+12,7	+14,3	+11,9	+13,7	+5,1	+1,0
2007	+7,5	+7,5	+7,6	+4,8	+4,8	+4,8	+1,5
2008	+2,9	+3,0	+1,9	+4,3	+5,0	+1,1	-0,3
2008 1. Vj	+6,0	+6,6	+2,4	+4,5	+5,1	+1,8	+1,0
2. Vj	+7,6	+8,8	+0,3	+5,7	+6,0	+4,3	+1,3
3. Vj	+4,2	+4,0	+5,2	+5,8	+7,1	+0,9	-0,4
4. Vj	-5,7	-6,6	-0,3	+1,2	+2,1	-2,4	-3,3
2009 1. Vj	-17,2	-19,9	+0,6	-7,3	-8,7	-0,5	-5,4
2. Vj	-20,5	-23,5	-0,7	-12,5	-14,0	-5,8	-4,8

1) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Exportpreise (-2,4% im ersten, -3,2% im zweiten Quartal), verbesserten sich die Terms of Trade, das heißt das Verhältnis der Entwicklung von Export- zu Importpreisen, im Vorjahresvergleich deutlich, und zwar um 3,0% im ersten und um 3,7% im zweiten Quartal 2009. Bei den Preisangaben ist zu beachten, dass es sich hier um konzeptionell modifizierte Ergebnisse im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen handelt und nicht um die originären Ergebnisse der Preisstatistiken (sogenannte Verpaaschung von Laspeyres-Indizes).

Der nominale – traditionell positive – Saldo, der im grenzüberschreitenden Warenverkehr erwirtschaftet wird, liegt nunmehr bereits seit dem dritten Quartal 2008 unter seinem jeweiligen Vorjahresstand. Im ersten Quartal 2009 nahm er gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 24,9 Mrd. Euro auf 26,6 Mrd. Euro, im zweiten Quartal um 23,5 Mrd. Euro auf nunmehr 31 Mrd. Euro ab. Demgegenüber fielen die Veränderungen im traditionell defizitären grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr kaum ins Gewicht. Während sich der Saldo im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr im ersten Vierteljahr nominal um rund -1,8 Mrd. Euro (im Vorjahresvergleich) auf -5,9 Mrd. Euro verschlechterte, verbesserte er sich im zweiten Vierteljahr 2009 um 0,3 Mrd. Euro auf -6,3 Mrd. Euro. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass der Nachweis der grenzüberschreitenden Dienstleistungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – ergänzend zu den in der Leistungsbilanzstatistik erfassten Transaktionen – Schätzungen für den Wert grenzüberschreitender Bankdienstleistungen einschließt. Diese werden in der Leistungsbilanzstatistik nicht von den grenzüberschreitenden Zinsströmen (Einkommensströmen) zu den Dienstleistungsströmen umgesetzt. Daraus ergeben sich zum Teil deutliche Einflüsse auf die Veränderungsrate im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. So lag etwa die Abnahme der Dienstleistungsausfuhr einschließlich der Entgelte für grenzüberschreitende Bankdienstleistungen mit -5,4% im ersten Quartal 2009 um einen Prozentpunkt über der Abnahme der Dienstleistungsausfuhr ohne Entgelte für grenzüberschreitende Bankdienstleistungen, die -6,4% betrug.

Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen
in jeweiligen Preisen
Mrd. EUR

	Waren	Dienstleistungen	Zusammen	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal
2008 1. Vj	+51,6	-4,2	+47,4	+3,8
2. Vj	+54,4	-6,6	+47,8	+4,0
3. Vj	+41,7	-11,7	+30,0	-7,9
4. Vj	+33,7	-3,2	+30,5	-15,9
2009 1. Vj	+26,6	-5,9	+20,7	-26,7
2. Vj	+31,0	-6,3	+24,7	-23,2

Die starke Abnahme der preisbereinigten Exporte insgesamt im ersten Quartal 2009 um -17,2% beruhte auf einer deutlichen Abnahme der Warenexporte um -19,9% und einer leichten Zunahme der Dienstleistungsexporte um 0,6%. Im zweiten Quartal sanken die Exporte insgesamt um 20,5%, wobei die Warenexporte im Vorjahresvergleich um -23,5%

und die Dienstleistungsexporte um -0,7% sanken. Die preisbereinigten Importe insgesamt nahmen im ersten Quartal 2009 mit -7,3% weniger ab als im zweiten Quartal mit -12,5% (jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal). Die Warenimporte sanken dabei im ersten Quartal 2009 um -8,7%, im zweiten Quartal verringerten sie sich noch stärker, nämlich um -14,0%. Auch für die Dienstleistungsimporte ergab sich mit -0,5% eine deutlich niedrigere Abnahme für das erste Quartal als für das zweite mit -5,8%.

Eine regionale Untergliederung der Warenexporte und -importe liefern die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) für das erste Halbjahr 2009 (in jeweiligen Preisen). Die Ausfuhren in die anderen 26 EU-Länder, die rund zwei Drittel der deutschen Warenausfuhr beziehen, sanken deutlich mit -23,9% (Eurozone: -22,1%). Auch die Warenausfuhren in Drittländer (-21,9%) blieben von dieser Abwärtsentwicklung nicht verschont, nahmen aber weniger stark ab. Die Warenimporte aus den Ländern der Europäischen Union, die gleichfalls mehr als 60% der gesamten deutschen Einfuhren ausmachen, sanken mit -17,3% (Eurozone: -16,7%) ebenso wie die Warenimporte aus Drittländern mit -18,0% jeweils weniger stark als die Warenausfuhren in die jeweiligen Länderregionen.

3 Gesamtwirtschaftliche Einkommen und Vermögensbildung, Verteilung des Volkseinkommens

Das *Bruttonationaleinkommen* als umfassende gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße ist im ersten Halbjahr 2009 um 5,3% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gesunken (siehe Tabelle 10). Aufgrund des im Vergleich zum ersten Halbjahr 2008 (11,3 Mrd. Euro) etwas höher ausgefallenen Saldos der empfangenen grenzüberschreitenden *Primäreinkommen* von +12,0 Mrd. Euro fiel der Rückgang des Bruttonationaleinkommens jedoch etwas geringer aus als der des Bruttoinlandsproduktes in jeweiligen Preisen (-5,4%).

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, werden Entwicklung und Niveau der grenzüberschreitenden Primäreinkommen von den *Vermögenseinkommen* geprägt. Im ersten Halbjahr 2009 sind sowohl die aus der übrigen Welt empfangenen Vermögenseinkommen (-15,7%) als auch die an die übrige Welt geleisteten Vermögenseinkommen (-17,2%) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich gesunken. Wirtschaftskrise und gesunkene Zinssätze haben dazu geführt, dass die grenzüberschreitenden Zinsströme – die weitaus gewichtigste Position der Vermögenseinkommen – um -11,9% bei den aus dem Ausland empfangenen Zinsen bzw. um -13,9% bei den an das Ausland geleisteten Zinsen im ersten Halbjahr 2009 niedriger lagen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bei den Zinsströmen ist zu beachten, dass in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die auf Kredite und Einlagen von Nichtbanken bei Banken gezahlten bzw. empfangenen grenzüberschreitenden Zinsen um Finanzserviceleistungen der Banken berei-

Tabelle 10: Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

Jahr Halbjahr	Brutto- inlands- produkt	Primär- einkom- men von der übrigen Welt (Saldo)	Brutto- national- einkom- men	Abschrei- bungen	Netto- national- einkom- men	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfü- gbares Einkom- men	Konsum- ausgaben	Sparen	Ver- mögens- transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Netto- investi- tionen	Finanzie- rungs- saldo	Nach- richtlich: Außen- beitrag
Mrd. EUR													
2006	2325,1	+ 49,3	2374,4	343,4	2031,0	- 27,6	2003,4	1782,5	220,9	+ 0,2	66,7	154,4	132,5
2007	2428,2	+ 49,5	2477,7	359,6	2118,1	- 29,1	2089,1	1811,0	278,1	+ 0,6	86,0	192,7	171,7
2008	2495,8	+ 41,2	2537,0	367,6	2169,4	- 31,1	2138,3	1861,5	276,9	- 0,2	111,1	165,6	155,7
2008 1. Hj	1235,3	+ 11,3	1246,6	185,3	1061,3	- 13,5	1047,8	907,7	140,1	+ 0,8	47,1	93,8	95,2
2. Hj	1260,5	+ 29,9	1290,4	182,3	1108,2	- 17,6	1090,5	953,8	136,8	- 1,0	64,0	71,8	60,5
2009 1. Hj	1168,3	+ 12,0	1180,3	185,7	994,5	- 13,7	980,9	918,7	62,1	- 0,6	18,5	43,1	45,4
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %													
2006	+ 3,7	X	+ 4,7	+ 2,2	+ 5,1	X	+ 5,2	+ 2,2	+ 38,3	X	+ 57,4	X	X
2007	+ 4,4	X	+ 4,4	+ 4,7	+ 4,3	X	+ 4,3	+ 1,6	+ 25,9	X	+ 28,8	X	X
2008	+ 2,8	X	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,4	X	+ 2,4	+ 2,8	- 0,4	X	+ 29,2	X	X
2008 1. Hj	+ 4,1	X	+ 3,8	+ 2,1	+ 4,0	X	+ 4,0	+ 3,3	+ 9,0	X	+ 21,4	X	X
2. Hj	+ 1,5	X	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,9	X	+ 0,8	+ 2,3	- 8,6	X	+ 35,6	X	X
2009 1. Hj	- 5,4	X	- 5,3	+ 0,2	- 6,3	X	- 6,4	+ 1,2	- 55,6	X	- 60,8	X	X

nigt sind und somit nicht den tatsächlichen Zinsen aus der bzw. an die übrige Welt – wie sie in der Zahlungsbilanzstatistik ausgewiesen sind – entsprechen.³⁾ Neben den Zinsen bestimmten die Ausschüttungen von Unternehmen im Besitz von Gebietsfremden an ihre Eigner und, in geringem Ausmaß, die reinvestierten Gewinne Niveau und Entwicklung der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen. Die an das Ausland geleisteten Ausschüttungen haben sich im ersten Halbjahr 2009 im Vergleich zur ersten Jahreshälfte des Vorjahres um gut 28 % verringert, die aus dem Ausland empfangenen Ausschüttungen um 22 %. Bei den grenzüberschreitenden Arbeitseinkommen der Ein- und Auspendler sowie den geleisteten Produktionsabgaben an die und den empfangenen Subventionen von der Europäischen Union – diese Positionen fallen gegenüber den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen quantitativ kaum ins Gewicht – waren die Entwicklungen im ersten Halbjahr 2009 unterschiedlich. So stieg das Arbeitnehmerentgelt der gebietsansässigen Auspendler (+ 3,5 %) während das der gebietsfremden Einpendler rückläufig war (- 1,4 %). Ebenfalls zurückgegangen sind die empfangenen grenzüberschreitenden Subventionen wie auch die geleisteten Produktions- und Importabgaben an die übrige Welt.

Grenzüberschreitende Primäreinkommen

	Veränderung gegenüber 1. Hj 2008	
	Mrd. EUR	%
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	105,72	- 15,2
Arbeitnehmerentgelt	3,86	+ 3,5
Vermögenseinkommen	101,71	- 15,7
Subventionen	0,15	- 42,3
Primäreinkommen an die übrige Welt	93,75	- 17,3
Arbeitnehmerentgelt	2,73	- 1,4
Vermögenseinkommen	88,03	- 17,2
Produktions- und Importabgaben	2,99	- 29,6

Da die Abschreibungen auch im ersten Halbjahr 2009 noch leicht zulegten (+ 0,2 %), fiel das *Nettonationaleinkommen*,

das dem Bruttonationaleinkommen minus der Abschreibungen entspricht, im ersten Halbjahr 2009 sogar um 6,3 % (siehe Tabelle 10). Der üblicherweise negative Saldo der laufenden Transfers von der und an die übrige Welt lag im ersten Halbjahr 2009 bei - 13,7 Mrd. Euro. Damit ergab sich ein Rückgang des *verfügbaren Einkommens* der gesamten Volkswirtschaft um 6,4 % gegenüber der ersten Jahreshälfte 2008. Ursachen für die per saldo an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers sind vor allem die an die Europäische Union (EU) gezahlten BNE-Eigenmittel (6,1 Mrd. Euro) zur Finanzierung des Haushalts der Europäischen Union. Hinzu kommen Heimatüberweisungen und Unterstützungszahlungen privater Haushalte an das Ausland sowie per saldo geleistete monetäre Sozialleistungen an im Ausland lebende Deutsche und andere ehemals in Deutschland beschäftigte Personen.

Während das verfügbare Einkommen der gesamten Volkswirtschaft im Vorjahresvergleich deutlich zurückging, haben sich die *Konsumausgaben* im ersten Halbjahr 2009 mit + 1,2 % noch leicht erhöht. Daraus resultiert ein Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Sparens um mehr als 55 % auf jetzt 62,1 Mrd. Euro. Getragen wurden die gesamtwirtschaftlichen Konsumausgaben vor allem von steigenden Konsumausgaben des Staates (+ 4,8 %). Die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck stagnierten dagegen nahezu.

Die *Nettoinvestitionen*, die sich aus den Bruttoinvestitionen minus der Abschreibungen errechnen, sind im ersten Halbjahr 2009 deutlich gefallen (- 60,8 %). Sie machten damit nur 30 % des gesamtwirtschaftlichen Sparens aus. Der *gesamtwirtschaftliche Finanzierungssaldo* weist im ersten Halbjahr 2009 einen Überschuss auf, ist aber im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (93,8 Mrd. Euro) mit jetzt 43,1 Mrd. Euro deutlich geringer. Ursache hierfür ist vor allem der krisenbedingte Rückgang beim grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr

3) Ausführliche Erläuterungen hierzu siehe Eichmann, W.: „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)“ in WiSta 7/2005, S. 710 ff.

(Außenbeitrag) auf jetzt nur noch +45,4 Mrd. Euro (erstes Halbjahr 2008: +95,2 Mrd. Euro). Die anderen grenzüberschreitenden Transaktionen führten in der Summe zu geringen finanziellen Abflüssen an die übrige Welt. Wie schon in den letzten Jahren lagen die per saldo empfangenen Primäreinkommen in der ersten Jahreshälfte 2009 im Plus (12,0 Mrd. Euro) und die per saldo empfangenen laufenden Transfers im Minus (-13,7 Mrd. Euro). Die quantitativ weniger bedeutenden per saldo empfangenen Vermögenstransfers wiesen ein leichtes Defizit von -0,6 Mrd. Euro auf.

Noch deutlicher als die anderen Makroaggregate ist das Volkseinkommen, das heißt die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten, mit -6,9% im ersten Halbjahr 2009 gefallen (siehe Tabelle 11). Dies liegt daran, dass der Saldo aus vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben minus vom Staat geleisteten Subventionen mit -2,2% deutlich weniger zurückging als das Nettonationaleinkommen (-6,3%). Der Saldo aus Produktions- und Importabgaben minus Subventionen wird zur Berechnung des Volkseinkommens vom Nettonationaleinkommen abgezogen. Da die vor allem auf Konsumgüter entfallenden Gütersteuern – dazu gehören die Mehrwertsteuer und spezielle Verbrauchsteuern – im Vorjahresvergleich sogar leicht zulegten (+0,8%), fiel der Rückgang des Volkseinkommens höher aus als der des Nettonationaleinkommens.

Das Arbeitnehmerentgelt stieg während der ersten sechs Monate des Jahres 2009 noch schwach um 0,4% auf 584,9 Mrd. Euro. Der starke wirtschaftliche Einbruch wirkt sich anscheinend zeitlich verzögert auf den Arbeitsmarkt und die Höhe der gezahlten Löhne und Gehälter aus. Der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen – die Lohnquote – lag in der ersten Jahreshälfte 2009 mit 68,3% deutlich über der Quote des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (63,3%), weil die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich stärker als die Arbeitnehmerentgelte von der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung betroffen waren.

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen – als zweite Säule des Volkseinkommens – gingen im ersten

Halbjahr 2009 um 19,6% zurück und erreichten einen Wert von 271,1 Mrd. Euro. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden nicht originär, sondern als Saldo aus Volkseinkommen und Arbeitnehmerentgelt berechnet. Eine solche Restgröße unterliegt naturgemäß vielen unterschiedlichen Einflüssen und ist entsprechend vorsichtig zu interpretieren.

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen. Tabelle 12 zeigt die Komponenten des Arbeitnehmerentgeltes. Die *Bruttolöhne und -gehälter* blieben gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 weitgehend unverändert. Die im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgelten schwächere Dynamik der Bruttolöhne und -gehälter wird überwiegend durch die geänderte Buchung der Beiträge zur Privaten Krankenversicherung verursacht (siehe Exkurs zu methodischen Fragen am Ende des Beitrags auf S. 861 f.). Die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter im ersten Halbjahr 2009 setzt sich aus dem nur noch leichten Anstieg der Arbeitnehmerzahl um 0,3% und einem schwachen Rückgang der Durchschnittsverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) um -0,4% zusammen.

Der Rückgang der Pro-Kopf-Verdienste ist zu großen Teilen auf die starken Zuwächse bei der Kurzarbeit zurückzuführen. Der Arbeitsausfall bei den rund 1,4 Mill. Kurzarbeitern belief sich zuletzt auf 36%. Diese Arbeitnehmer müssen sich daher mit deutlich niedrigeren Arbeitseinkommen begnügen. Zum Teil werden diese Einbußen aber durch das Kurzarbeitergeld, eine staatliche Sozialleistung, ausgeglichen. Diese Sozialleistung schlägt sich allerdings nicht im Arbeitseinkommen nieder.

Dem Rückgang der Pro-Kopf-Verdienste steht ein deutlicher Zuwachs der Stundenlöhne gegenüber. Der starke Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten führt insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe zu steigenden Stundenverdiensten. Die Arbeitnehmer erhalten jetzt die Entgeltbestandteile, auf die sie in konjunkturell besseren Zeiten verzichtet haben. Demzufolge steigen die Lohnstückkosten stark an (+7,6%) und die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen

Tabelle 11: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr Halbjahr	Nettonational- einkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subven- tionen ¹⁾	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	
	1	2	3	4	5	6
			Mrd. EUR			%
2006	2031,0	252,9	1778,1	1149,0	629,1	64,6
2007	2118,1	277,8	1840,3	1180,9	659,4	64,2
2008	2169,4	283,4	1886,0	1225,1	661,0	65,0
2008 1. Hj	1061,3	141,7	919,6	582,4	337,1	63,3
2. Hj	1108,2	141,7	966,5	642,6	323,8	66,5
2009 1. Hj	994,5	138,6	856,0	584,9	271,1	68,3
			Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %			
2006	+5,1	+6,1	+4,9	+1,7	+11,4	X
2007	+4,3	+9,9	+3,5	+2,8	+4,8	X
2008	+2,4	+2,0	+2,5	+3,7	+0,2	X
2008 1. Hj	+4,0	+1,9	+4,4	+3,7	+5,6	X
2. Hj	+0,9	+2,1	+0,8	+3,8	-4,8	X
2009 1. Hj	-6,3	-2,2	-6,9	+0,4	-19,6	X

1) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

Tabelle 12: Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

Jahr Halbjahr	Arbeitnehmer- entgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ¹⁾	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer ²⁾	
Mrd. EUR							
2006	1 149,0	222,8	926,2	321,5	159,2	162,4	604,7
2007	1 180,9	223,0	957,8	334,8	163,4	171,4	623,0
2008	1 225,1	229,2	995,8	353,1	171,8	181,3	642,7
2008 1. Hj	582,4	110,5	471,9	170,1	82,3	87,8	301,8
2. Hj	642,6	118,7	523,9	183,0	89,5	93,5	341,0
2009 1. Hj	584,9	113,2	471,7	173,4	86,7	86,6	298,3
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2006	+1,7	+2,3	+1,6	+3,8	+4,5	+3,2	+0,4
2007	+2,8	+0,1	+3,4	+4,1	+2,7	+5,5	+3,0
2008	+3,7	+2,8	+4,0	+5,5	+5,1	+5,8	+3,2
2008 1. Hj	+3,7	+2,4	+4,0	+5,4	+4,8	+6,0	+3,2
2. Hj	+3,8	+3,1	+3,9	+5,5	+5,4	+5,6	+3,1
2009 1. Hj	+0,4	+2,4	-0,0	+1,9	+5,3	-1,3	-1,1

1) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten u. Ä. –
2) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

geht bei kaum veränderter Beschäftigung deutlich zurück (-6,9%). Der Blick auf die stark unterschiedliche Entwicklung von Pro-Kopf- und Stundenverdiensten zeigt, dass hiervon abgeleitete Größen wie die Lohndrift, der Abstand zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung, zurzeit sehr vorsichtig interpretiert werden müssen. Auch die Verdienstentwicklung in den Wirtschaftsbereichen fällt ausgesprochen ungleichmäßig aus. Die Dienstleister profitieren von zum Teil bereits im letzten Jahr vereinbarten Tarifabschlüssen, während in anderen Bereichen die tariflich vereinbarten Anhebungen verschoben werden. In der Entwicklung der Tarifabschlüsse findet sich dieser Trend wieder. Nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) speist sich die aktuell berechnete durchschnittliche Tarifsteigerung für das Jahr 2009 von 3,0% zu einem guten Teil aus Abschlüssen, die bereits vor einiger Zeit geschlossen wurden. Demgegenüber wiesen die im ersten Halbjahr 2009 neu abgeschlossenen Tarifverträge mit einem Plus von 2,4% einen deutlich schwächeren Zuwachs aus. Darüber hinaus werden Sonderzahlungen gekürzt oder gestrichen und das Verhalten der nicht tarifgebundenen Unternehmen weicht gerade jetzt von der tariflich vorgezeichneten Entwicklung ab.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind im ersten Halbjahr 2009 um 2,4% gestiegen, während die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer um 5,3% zulegten. Beide Größen haben sich deutlich stärker als die Arbeitnehmerentgelte erhöht. Die Arbeitgebersozialbeiträge wuchsen, weil die bisher als Bestandteil der Bruttolöhne gebuchten Zuschüsse der Arbeitgeber zur privaten Krankenversicherung nunmehr den Arbeitgebersozialbeiträgen zugerechnet werden. Der noch stärkere Anstieg der Arbeitnehmerbeiträge ist auf die zusätzliche Berücksichtigung der Beitragszahlungen der privat versicherten Beamten an ihre Krankenversicherungsunternehmen zurückzuführen. Bisher wurden diese Zahlungen als private Versicherungsbeiträge behandelt. Jetzt stellen sie einen Arbeitnehmersozialbeitrag dar und beeinflussen damit auch die Höhe der Nettolohn- und -gehaltsumme. Die weiteren Änderungen, wie die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und die Erhöhung der Sätze zur Pflege- und Krankenversicherung, wirken in entgegengesetzte Richtungen und treten gegenüber den Auswirkungen

der Umbuchung der Beiträge zur Privaten Krankenversicherung in den Hintergrund.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer ab, so errechnen sich die *Nettolöhne und -gehälter*. Die Nettolöhne und -gehälter fielen im ersten Halbjahr 2009 um rund 3,4 Mrd. Euro (-1,1%) niedriger aus als im ersten Halbjahr 2008. Zusammen mit der beschriebenen Entwicklung bei den Arbeitnehmersozialbeiträgen hat sich die Wirtschaftskrise dämpfend auf die Entwicklung von Beschäftigung und Entgelten ausgewirkt. Der Rückgang des Lohnsteueraufkommens fiel mit -1,3% nur schwach aus. Die Kürzung von Sonderzahlungen und die Kurzarbeit dürften sich dämpfend auf die Steuerprogression ausgewirkt haben.

4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Beim *verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte* zeigt sich der wirtschaftliche Einbruch nicht unmittelbar. Es lag im ersten Halbjahr 2009 nahezu auf dem Niveau von vor Jahresfrist (siehe Tabelle 13). Bei den einzelnen Komponenten des verfügbaren Einkommens hinterlässt die wirtschaftliche Schwäche jedoch merkliche Spuren: In jeweiligen Preisen (nominal) sind die *Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit einschließlich der per saldo empfangenen Vermögenseinkommen* privater Haushalte vor Abzug von Steuern im ersten Halbjahr 2009 um 2,3% und die *Nettolöhne und -gehälter* in der Summe um 1,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gefallen.

Einzig die von den Haushalten *empfangenen monetären Sozialleistungen* sind – vor Abzug von Abgaben auf Sozialleistungen – um 7,5% gestiegen.

Mit einem Anteil von 59% an den monetären Sozialleistungen sind die Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen die größte Position. Insgesamt lagen die monetären Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen an private Haushalte im ersten Halbjahr 2009 um 3,9% über

Tabelle 13: Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹⁾

Jahr Halbjahr	Nettolöhne und -gehälter	Betriebs- überschuss/ Selbststän- digen- einkommen und Saldo der Vermögens- einkommen	Monetäre Sozial- leistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungs- ansprüche	Private Konsum- ausgaben	Sparen (Sp. 6 + 7 - 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Sp. 9 in % von Sp. 6 + 7)	
				Abgaben auf Sozial- leistungen ²⁾	Saldo der geleisteten und empfan- genen sonstigen laufenden Transfers ³⁾						
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Mrd. EUR											
2006	604,7	560,8	457,9	72,2	57,8	1 493,3	22,9	1 356,3	160,0	10,5	
2007	623,0	581,0	449,6	69,2	67,3	1 517,1	24,0	1 375,4	165,7	10,8	
2008	642,7	605,5	452,7	70,8	72,0	1 558,1	30,1	1 409,7	178,5	11,2	
2008 1. Hj	301,8	319,8	226,7	34,7	37,6	776,0	14,5	690,0	100,5	12,7	
2. Hj	341,0	285,7	226,0	36,1	34,4	782,1	15,7	719,7	78,0	9,8	
2009 1. Hj	298,3	312,4	243,6	41,7	36,7	775,9	15,7	690,5	101,1	12,8	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr											
		in %			in Mrd. EUR			in %			
2006	+0,4	+7,2	-0,3	-1,6	+9,8	+2,0	+31,9	+2,3	+2,8	X	
2007	+3,0	+3,6	-1,8	-4,2	+9,5	+1,6	+4,8	+1,4	+3,6	X	
2008	+3,2	+4,2	+0,7	+2,3	+4,7	+2,7	+25,3	+2,5	+7,7	X	
2008 1. Hj	+3,2	+6,4	+0,2	-0,3	+4,0	+3,4	+26,4	+3,2	+7,7	X	
2. Hj	+3,1	+1,9	+1,2	+4,9	+0,8	+2,0	+24,3	+1,9	+7,7	X	
2009 1. Hj	-1,1	-2,3	+7,5	+20,2	-0,9	-0,0	+8,6	+0,1	+0,7	X	

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen. – 3) Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadensversicherungen, Transfers an die übrige Welt; empfangene Schadensversicherungsleistungen.

dem Vorjahresniveau. Während die Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung – mit einem Anteil von rund 83 % die weitaus größte Ausgabenposition der gesetzlichen Sozialversicherung – im Vorjahresvergleich um 1,5 % zunahm, stiegen die Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung um gut 25 %. Darin sind neben den Zahlungen an Arbeitslose (ALG I) auch das Kurzarbeiter- und das Konkursausfallgeld enthalten. Die monetären Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, die quantitativ weniger ins Gewicht fallen, waren in der ersten Hälfte 2009 um knapp 7 % höher als im Vorjahr.

Die anderen Sozialleistungen, die zusammen 41 % der monetären Sozialleistungen ausmachten, haben sich im ersten Halbjahr 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 13 % erhöht. Dieser Sprung nach oben ist auch auf die Neuordnung der Beiträge zur Privaten Krankenversicherung und deren Leistungen an ihre Versicherten zurückzuführen. Von privaten Krankenkassen gezahlte Geldleistungen an privat krankenversicherte Personen werden seit Anfang 2009 den Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen zugerechnet (siehe hierzu auch Kapitel 3). Ohne diese notwendige Neuordnung wären die anderen Sozialleistungen in der Summe im ersten Halbjahr 2009 nur um knapp 5 % höher ausgefallen. Zu den anderen Sozialleistungen gehören Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, die um 45 % zulegten – ohne die darin erstmals enthaltenen Geldleistungen privater Krankenkassen wären es nur +1,6 % gewesen –, öffentliche Pensionen und Beihilfen (+3,8 %) sowie andere staatliche Sozialleistungen (+6,4 %), wie Sozialhilfe, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kindergeld und Wohngeld.

Da im ersten Halbjahr 2009 die *Abgaben auf Sozialleistungen* mit +20,2 % deutlich stärker anstiegen als die vor Steu-

ern und Abgaben empfangenen Sozialleistungen, erhöhten sich per saldo die monetären Sozialleistungen (netto) nur um 5,2 %. Der deutliche Anstieg der Abgaben auf Sozialleistungen ist auf die Neuordnung der Krankenkassenbeiträge an private Versicherungen als Sozialbeiträge und auf die Erhöhung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung zum Jahresanfang von durchschnittlich 14,9 auf 15,5 % zurückzuführen. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen – von besonderer Bedeutung sind hier die Beiträge der Rentner und Pensionäre zur Kranken- und zur Pflegeversicherung – sowie die Lohnsteuer auf Pensionen. Die Abgaben auf Sozialleistungen umfassen ferner die Sozialbeiträge, die vom Staat für Empfänger sozialer Leistungen abgeführt werden. Dazu gehören Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung.

Ebenfalls einkommensmindernd ist der *Saldo der empfangenen minus der geleisteten sonstigen laufenden Transfers*. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (37,6 Mrd. Euro) waren diese per saldo geleisteten Zahlungen privater Haushalte im ersten Halbjahr 2009 mit 36,7 Mrd. Euro um knapp 1 Mrd. Euro niedriger. Hinter dieser Größe verbergen sich vor allem die veranlagte Einkommensteuer, die Zinsabschlag- und Kapitalertragsteuer, die Nettoprämien für Schadensversicherungen abzüglich empfangener Schadensversicherungsleistungen sowie Übertragungen privater Haushalte an das bzw. aus dem Ausland.

Die *Konsumausgaben* der privaten Haushalte stagnierten nahezu (+0,1 %). Die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche privater Haushalte fiel im ersten Halbjahr 2009 im Vorjahresvergleich um 8,6 % höher aus, was unter anderem auf mehr staatlich geförderte Altersversorgungs-

verträge (Riester-Rente) und Zuwächse bei der betrieblichen Altersversorgung zurückzuführen ist. In das Sparen privater Haushalte geht neben der Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche (15,7 Mrd. Euro) die Differenz zwischen verfügbarem Einkommen und Konsum (85,4 Mrd. Euro) ein. Daraus ergab sich in den ersten sechs Monaten ein Sparen privater Haushalte in Höhe von 101,1 Mrd. Euro. Die Sparquote der privaten Haushalte erreichte damit in der ersten Hälfte dieses Jahres 12,8 %, nach 12,7 % im ersten Halbjahr 2008. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die Sparquote privater Haushalte in der ersten Jahreshälfte im Allgemeinen deutlich über der in der zweiten Jahreshälfte liegt, sodass die Halbjahreswerte nicht mit dem jahresdurchschnittlichen Ergebnis verglichen werden sollten.

5 Einnahmen und Ausgaben des Staates

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die *Einnahmen* des Staates definiert als Summe der Verkäufe sowie der vom Staat empfangenen Subventionen, Vermögenseinkommen, Steuern, Sozialbeiträge, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers. Die *Ausgaben* des Staates setzen sich zusammen aus Vorleistungen, Arbeitnehmerentgelt, vom Staat geleisteten Produktionsabgaben, Vermögenseinkommen, Subventionen, sozialen Sachleistungen, monetären Sozialleistungen, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers sowie aus Bruttoinvestitionen und dem Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. Die Eigenmittel der Europäischen Union (ohne die auf dem Bruttonationaleinkommen basierende Eigenmittelquelle) sowie die Direktsubventionen der EU zählen nicht zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates, son-

dern werden unmittelbar als Transfers zwischen der übrigen Welt und den jeweils leistenden/emfangenden inländischen Sektoren dargestellt. Als Saldo aus den Einnahmen und den Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo des Staates.

Die *Einnahmen* des Staates waren im ersten Halbjahr 2009 um 1,1 % niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (siehe Tabelle 14). Die Haupteinnahmequelle des Staates, die Steuern, wiesen dabei sogar einen Rückgang um 3,8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf. Deutliche Rückgänge waren auch bei den empfangenen Vermögenstransfers (-28,2 %) und den sonstigen laufenden Transfers (-12,3 %) zu verzeichnen. Höhere Einnahmen konnte der Staat vor allem bei Sozialbeiträgen (+3,4 %) erzielen. Hier sorgten insbesondere Tariflohnerhöhungen und ein höherer Beitragssatz zur Krankenversicherung, der sich stärker auswirkte als die erneute Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, für die positive Entwicklung. Auch aus Verkäufen (+0,8 %) und bei den Vermögenseinkommen (+4,5 %), zu denen Zinseinnahmen, der abgeführte Bundesbankgewinn sowie sonstige Ausschüttungen und Pachten zählen, konnte der Staat im ersten Halbjahr 2009 höhere Einnahmen erzielen. In der Summe reichten allerdings diese Einnahmezunächse nicht aus, um den Einbruch bei den Steuereinnahmen auszugleichen.

Die Steuereinnahmen einschließlich des EU-Anteils beliefen sich im ersten Halbjahr 2009 auf 289,9 Mrd. Euro, sie sind damit gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 um 4,1 % zurückgegangen. Hiervon entfielen 286,9 Mrd. Euro (-3,8 %) auf Steuern an den Staat (ohne vermögenswirksame Steuern). Daneben wurden 3,0 Mrd. Euro (-29,6 %) Steuern als Eigenmittel der EU vereinnahmt, die – wie bereits erwähnt – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrech-

Tabelle 14: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Gegenstand der Nachweisung	1. Hj 2008	2. Hj 2008	1. Hj 2009	Veränderung 1. Hj 2009 gegenüber 1. Hj 2008
	Mrd. EUR			in %
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung)	22,7	24,8	22,9	+0,8
+ sonstige Subventionen	0,1	0,2	0,2	+57,1
+ Vermögenseinkommen	11,9	6,4	12,4	+4,5
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	298,1	294,5	286,9	-3,8
+ Sozialbeiträge	197,0	211,0	203,8	+3,4
+ sonstige laufende Transfers	7,2	7,6	6,3	-12,3
+ Vermögenstransfers	5,4	4,7	3,9	-28,2
= Einnahmen	542,5	549,3	536,4	-1,1
Vorleistungen	49,0	57,6	52,6	+7,3
+ Arbeitnehmerentgelt	82,3	89,8	84,8	+3,0
+ sonstige Produktionsabgaben	0,0	0,0	0,0	+0,0
+ Vermögenseinkommen	34,0	33,1	32,1	-5,8
+ Subventionen	13,5	14,5	15,0	+11,2
+ soziale Sachleistungen	91,6	94,1	96,2	+5,0
+ monetäre Sozialleistungen	211,2	210,4	220,5	+4,4
+ sonstige laufende Transfers	20,4	19,8	19,4	-4,8
+ Vermögenstransfers	17,5	15,7	17,0	-2,9
+ Bruttoinvestitionen	16,3	21,2	16,7	+2,4
+ Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	-0,7	-0,7	-0,6	X
= Ausgaben	535,2	555,6	553,7	+3,5
				in Mrd. EUR
Finanzierungssaldo	7,3	-6,3	-17,3	-24,6

nungen direkt an die übrige Welt fließen und nicht in die Einnahmen des Staates eingerechnet werden.

Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht, veränderten sich die Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) nach Steuerarten unterschiedlich:

Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)		
	1. Hj 2009	Veränderung gegenüber 1. Hj 2008
	Mrd. EUR	%
Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) .	289,9	-4,1
Steuern an den Staat	286,9	-3,8
Einkommensteuern	133,3	-6,7
Lohnsteuer	89,1	-1,2
Veranlagte Einkommensteuer	21,0	-2,3
Körperschaftsteuer	5,7	-46,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ...	13,7	-16,9
Sonstige direkte Steuern	3,7	-9,2
Produktions- und Importabgaben	153,6	-1,0
Umsatzsteuer (ohne EU-Anteil)	85,6	+1,4
Gewerbsteuer	19,1	-9,8
Verbrauchssteuern	31,5	+2,1
darunter:		
Mineralölsteuer	19,4	+2,4
Stromsteuer	3,1	+1,4
Tabaksteuer	7,0	+2,5
Versicherungsteuer	6,5	+0,5
Übrige Produktions- und Importabgaben	11,0	-11,4
Steuern an die übrige Welt (EU)	3,0	-29,6
dar.: Umsatzsteuer (EU-Anteil)	1,0	-52,7

Im ersten Halbjahr 2009 sind die *Steuereinnahmen des Staates*, das heißt ohne den EU-Anteil, um 3,8% geringer ausgefallen als vor Jahresfrist, nach +4,4% im ersten und +1,3% im zweiten Halbjahr des Vorjahres. Die Einkommensteuern sind dabei mit -6,7% besonders stark zurückgegangen. Hier wirkte sich vor allem der Einbruch bei der Körperschaftsteuer aus, deren Aufkommen sich im ersten Halbjahr 2009 nahezu halbierte (-46,0%). Auch die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Zinsabschlagsteuer und vor allem Steuern auf Dividenden) sind um rund ein Sechstel (-16,9%) hinter dem Aufkommen des entsprechenden Vorjahreszeitraumes zurückgeblieben. Für die Entwicklung der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag dürfte zum einen die zum 1. Januar erfolgte Neuregelung bei der Kapitalertragsteuer relevant sein, mit der ein einheitlicher Steuersatz von 25% auf Kapitalerträge eingeführt wurde. Vorher betrug beispielsweise der Steuersatz auf Zinsen für Kontoguthaben und Wertpapiere in Depotverwaltung 30%. Zum anderen sind die Dividendenausschüttungen und Marktzinsen zuletzt deutlich niedriger gewesen.

Vergleichsweise stabil blieben hingegen noch die Einnahmen aus der Lohnsteuer (-1,2%) und der veranlagten Einkommensteuer (-2,3%). Dabei ist allerdings zu beachten, dass in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Lohnsteuer brutto, das heißt einschließlich des Kindergeldes, das zum 1. Januar 2009 erhöht wurde, und des im Rahmen des Konjunkturpaketes II gewährten Kinderbonus (Einmalzahlung von 100 Euro je Kind), dargestellt wird. Die im ersten Halbjahr 2009 stark gestiegene Zahl von Kurzarbei-

tern hat demgegenüber das Aufkommen aus der Lohnsteuer merklich gedämpft, da das ihnen gewährte Kurzarbeitergeld eine steuerfreie Leistung des Staates darstellt.

Die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben sind im ersten Halbjahr 2009 um 1,0% geringer ausgefallen als im ersten Halbjahr 2008. Der Rückgang resultierte dabei aus dem deutlichen Einbruch bei der Gewerbesteuer, deren Aufkommen um 9,8% zurückgegangen ist, während die ebenfalls zu den Produktions- und Importabgaben zählende Umsatzsteuer (+1,4%) und die Verbrauchsteuern (+2,1%) noch leichte Zuwächse verzeichneten. Der Zuwachs bei der Mehrwertsteuer wurde dabei allein von der Entwicklung der Steuern vom Umsatz getragen, die um 10,9% gestiegen sind, während die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer im ersten Halbjahr 2009 um ein Viertel (-24,8%) hinter dem entsprechenden Vorjahresergebnis zurückblieben. Hier ist allerdings zu beachten, dass die niedrigere Einfuhrumsatzsteuer auch zu einem geringeren Vorsteuerabzug bei den Steuern vom Umsatz führt. In dem guten Ergebnis bei den Steuern vom Umsatz dürfte sich auch die hohe Nachfrage nach Neuwagen aufgrund der gewährten Umweltprämie widerspiegeln.

Bei den Einnahmen aus den Verbrauchsteuern wurde im ersten Halbjahr 2009 ein Zuwachs von 2,1% verzeichnet. Dabei zeigten alle aufkommensstarken Verbrauchsteuern eine positive Entwicklung. So stiegen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer um 2,4%, aus der Tabaksteuer um 2,5% und aus der Stromsteuer um 1,4%. Das Aufkommen aus der Versicherungsteuer (+0,5%) bewegte sich auf dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes.

Die *Sozialbeiträge*, mit einem Anteil von knapp 40% die zweite große Einnahmekategorie des Staates, lagen im ersten Halbjahr 2009 um 3,4% über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Die einzelnen Beitragsarten wiesen im Berichtshalbjahr die folgenden Veränderungsrate auf:

Sozialbeiträge an den Staat

	1. Hj 2009	Veränderung gegenüber 1. Hj 2008
	Mrd. EUR	%
Sozialbeiträge an den Staat	203,8	+3,4
Tatsächliche Sozialbeiträge	191,4	+3,6
Arbeitgeberbeiträge	79,3	+1,9
Arbeitnehmerbeiträge	73,8	+1,5
Sonstige tatsächliche Sozialbeiträge	38,3	+12,2
Unterstellte Sozialbeiträge	12,3	+0,0

Die tatsächlichen Sozialbeiträge sind um 3,6% gestiegen, wobei die Beiträge der Arbeitgeber mit 1,9% etwas stärker stiegen als die Arbeitnehmerbeiträge mit 1,5%. Der leicht höhere Anstieg der Arbeitgeberbeiträge ist unter anderem im Zusammenhang mit der deutlichen Ausdehnung der Kurzarbeit im ersten Halbjahr 2009 zu sehen. In der gesetzlichen Kranken-, Renten- und sozialen Pflegeversicherung sind das tatsächlich gezahlte Arbeitsentgelt und der sogenannte Fiktivlohn, das sind 80% des Entgeltausfalls, beitragspflichtig. Allerdings trägt der Arbeitgeber die Sozialbeiträge für den

Fiktivlohn allein.⁴⁾ Die sonstigen tatsächlichen Sozialbeiträge (+ 12,2%), zu denen vor allem die Beiträge des Staates für die Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen und Beiträge der Selbstständigen, Hausfrauen usw. zählen, sind deutlich gestiegen.

Die *Ausgaben* des Staates sind im ersten Halbjahr 2009 mit einem Plus von 3,5% wieder stärker gestiegen. Dabei waren bei allen bedeutenden Ausgabepositionen deutliche Zuwächse festzustellen. Insbesondere die Ausgaben für Vorleistungen (+ 7,3%), soziale Sachleistungen (+ 5,0%) und monetäre Sozialleistungen (+ 4,4%) erhöhten sich überdurchschnittlich. Bei den beiden letztgenannten Ausgabepositionen machten sich einige Neu- bzw. Sonderregelungen, wie die Honorarreform für niedergelassene Ärzte, die Berücksichtigung der anteiligen Erhöhungsrates für Tarifsteigerungen im Preissystem (Landesbasisfallwerte) für Krankenhäuser, die Erhöhung des Kindergeldes sowie der einmalig gewährte Kinderbonus, bemerkbar.

Die Ausgaben für das Arbeitnehmerentgelt sind um 3,0% gestiegen. Der Anstieg der Subventionen (+ 11,2%) ist wesentlich auf die Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für die von den Unternehmen bei Kurzarbeitern zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen. Diese Erstattungen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen den sonstigen Subventionen zugeordnet. Geringere Ausgaben waren im ersten Halbjahr 2009 bei den geleisteten Vermögenseinkommen (- 5,8%), den sonstigen Transfers (- 4,8%) und den Vermögenstransfers (- 2,9%) zu verzeichnen. Letztere waren im ersten Halbjahr des Vorjahres u. a. wegen der Buchung einiger staatlicher Stützungsmaßnahmen zugunsten von Banken höher ausgefallen.

Die Transfers des Staates an andere Sektoren nahmen im Berichtszeitraum um 3,5% gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 zu. Zu beachten ist, daß die vom Staat an alle Marktproduzenten geleisteten Gütersubventionen (2,8 Mrd. Euro, - 0,4%) – ebenso wie die von den EU gezahlten Gütersubventionen (0,1 Mrd. Euro, - 28,6%) – im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht auf die einzelnen empfangenden Sektoren aufgeteilt werden. Die übrigen vom Staat geleisteten Transfers werden dagegen nach empfangenden Sektoren dargestellt, wie die nebenstehende Übersicht zeigt.

Die *Kapitalgesellschaften* empfangen vom Staat (ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen) um 3,4% höhere Transfers als im ersten Halbjahr 2008. Ursache für den deutlichen Anstieg sind vor allem die im ersten Halbjahr 2009 auf 10,7 Mrd. Euro (+ 10,0%) gestiegenen sonstigen Subventionen, da hier, wie bereits erwähnt, die von der Bundesagentur für Arbeit gewährten Erstattungen für die Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeiter nachgewiesen werden. Die sonstigen laufenden Transfers (- 15,9%) und die Vermögenstransfers (- 2,2%) sind dagegen niedriger ausgefallen.

Ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen sind die Transfers an *private Haushalte* (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) um 4,7% gestie-

An andere Sektoren geleistete Transfers des Staates

	1. Hj 2009	Veränderung gegenüber 1. Hj 2008
	Mrd. EUR	%
An andere Sektoren geleistete Transfers des Staates	271,8	+ 3,5
Gütersubventionen	2,8	- 0,4
an Kapitalgesellschaften	19,7	+ 3,4
Sonstige Subventionen	10,7	+ 10,0
Sonstige laufende Transfers	0,7	- 15,9
Vermögenstransfers	8,3	- 2,2
an private Haushalte und private Organisationen	237,3	+ 4,7
Sonstige Subventionen	1,3	+ 57,8
Monetäre Sozialleistungen	217,7	+ 4,4
Sonstige laufende Transfers	10,3	+ 14,5
Vermögenstransfers	8,0	- 4,5
an die übrige Welt	11,9	- 14,3
Monetäre Sozialleistungen	2,8	+ 3,3
Sonstige laufende Transfers	8,4	- 20,4
Vermögenstransfers	0,7	+ 11,1
Nachrichtlich:		
Subventionen der EU	0,2	- 42,3
Gütersubventionen der EU	0,1	- 28,6
Sonstige Subventionen der EU	0,1	- 47,4

gen. Verantwortlich hierfür waren die um 4,4% höheren monetären Sozialleistungen und die um 14,5% gestiegenen sonstigen laufenden Transfers. Die von den privaten Haushalten empfangenen sonstigen Subventionen für die Produktion der privaten Haushalte (Einzelunternehmen aller Wirtschaftszweige von den Landwirten über Handwerker und Einzelhändler bis hin zu den Selbstständigen der Freien Berufe) waren um 57,8% höher (Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit). Die Transfers des Staates an die *übrige Welt* sind wegen geringerer BNE-Eigenmittelzahlungen an den Haushalt der Europäischen Union um ein Siebtel (- 14,3%) zurückgegangen.

Innerhalb der Übertragungen des Staates an private Haushalte nehmen die *monetären Sozialleistungen* (+ 4,4%) den größten Anteil ein. Sie werden brutto nachgewiesen, enthalten also noch die Lohnsteuer auf Pensionen, die Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie die Eigenbeiträge dieser Personengruppen zur Sozialversicherung. Die von der Deutschen Rentenversicherung gezahlten Renten, die zusammen etwas mehr als die Hälfte der sozialen Leistungen an inländische private Haushalte ausmachen, sind im Berichtshalbjahr um 1,5% gestiegen und damit doppelt so stark wie im ersten Halbjahr 2008 (+ 0,7%). Die Ausgaben für Pensionen stiegen um 4,0% und diejenige für gewährte Beihilfen um 2,0%.

Bei den von der *Arbeitslosenversicherung* gewährten Geldleistungen zeigt sich die in den letzten Quartalen anhaltende konjunkturelle Talfahrt besonders deutlich. Im Berichtshalbjahr sind diese Geldleistungen um ein Viertel (+ 25,4%) höher ausgefallen als im ersten Halbjahr 2008. Die Zahlungen für Arbeitslosengeld sind dabei um ein Siebtel (+ 14,7%) gestiegen. Das gewährte Kurzarbeitergeld hat sich sogar mehr als verfünffacht (+ 431,0%). Insgesamt wendete die Bundesagentur für Arbeit im ersten Halbjahr 2009 9,3 Mrd. Euro für Arbeitslosengeld und 1,5 Mrd. Euro für

4) Der Arbeitgebersozialbeitrag auf den Fiktivlohn wird dem Arbeitgeber zu einem bestimmten Prozentsatz erstattet (siehe Exkurs am Ende des Aufsatzes auf S. 861 f.). Die Erstattung stellt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Subvention dar.

Kurzarbeitergeld auf. Die Zahlungen beim Konkursausfallgeld haben sich verdoppelt (+ 100,0%) und liegen nun bei 0,6 Mrd. Euro. Die Zuschüsse an Arbeitnehmer für Berufsförderung sind um 8,4% auf 3,2 Mrd. Euro gestiegen.

Monetäre Sozialleistungen der Bundesagentur für Arbeit

	1. Hj 2009 Mrd. EUR	Veränderung gegenüber 1. Hj 2008	
			%
Geldleistungen der Bundesagentur für Arbeit	14,8	+25,4	
Arbeitslosengeld	9,3	+14,7	
Konkursausfallgeld	0,6	+100,0	
Kurzarbeitergeld	1,5	+431,0	
Zuschüsse an Arbeitnehmer für Berufsförderung	3,2	+8,4	

Die sonstigen sozialen Geldleistungen des Staates sind im ersten Halbjahr 2009 deutlich um 6,4% gestiegen, nachdem sie in den vorangegangenen Halbjahren wegen der niedrigen Zahlungen für ALG II teilweise spürbar zurückgegangen und zuletzt stabil geblieben waren. Entscheidend war dabei der starke Anstieg beim Kindergeld, das zum 1. Januar 2009 erhöht und durch einen einmaligen Kinderbonus von 100 Euro je Kind ergänzt wurde. Die Zahlungen für Kindergeld stiegen um 14,2% auf 19,5 Mrd. Euro. Gestiegen sind auch die Zahlungen für ALG II (+ 1,1%), Sozialhilfe (+ 2,9%) und für Ausbildungsbeihilfen (+ 6,0%). Dagegen sind die Ausgaben für das Erziehungsgeld, die in den letzten Jahren hohe Zuwächse verzeichneten, um 9,1% zurückgegangen. Auch für Wohngeld (- 2,9%) und für die Versorgung von Kriegsopfern (- 11,8%) wurde weniger ausgegeben.

Als Saldo aus Einnahmen und Ausgaben ergab sich für den Staat im ersten Halbjahr 2009 ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 17,3 Mrd. Euro. Es hat sich damit im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres um 24,6 Mrd. Euro verschlechtert. Damals wurde noch ein Überschuss von 7,3 Mrd. Euro erzielt.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (1 168,3 Mrd. Euro) errechnet sich aus dem negativen Finanzierungssaldo eine Defizitquote von - 1,5% im Berichtshalbjahr. Im ersten Halbjahr 2008 belief sich die entsprechende Quote, wegen des damals erzielten Überschusses, auf + 0,6%. Die hier definierte Quote unterscheidet sich nur um die Einnahmen/Ausgaben aus Swap-Geschäften von der Quote, die für das europäische Verfahren bei einem übermäßigen staatlichen Defizit (Maastricht-Vertrag) maßgeblich ist. Wegen des unterschiedlichen Verlaufs können allerdings keine Rückschlüsse von der unterjährigen Quote für das erste Halbjahr auf die zu erwartende Defizitquote des Staates im Kalenderjahr 2009 und damit für das Defizitverfahren gezogen werden.

Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen vergrößerte sich das Defizit des Bundes um 4,5 Mrd. auf 11,5 Mrd. Euro. Für die Länder ergab sich für das erste Halbjahr 2009 ein negativer Finanzierungssaldo in Höhe von 6,2 Mrd. Euro, ein Jahr zuvor hatten sie im entsprechenden Zeitraum noch einen Überschuss von 3,6 Mrd. Euro erzielt. Der Finanzierungssaldo der Gemeinden betrug + 0,5 Mrd. Euro und lag damit noch knapp im positiven Bereich, derjenige der Sozialver-

sicherung lag mit - 0,2 Mrd. Euro knapp im Minus. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum hat sich der Finanzierungssaldo der Gemeinden um 5,2 Mrd. Euro und der der Sozialversicherung um 5,1 Mrd. Euro verschlechtert.

Finanzierungssaldo des Staates

	Mrd. EUR		Veränderung 1. Hj 2009 gegenüber 1. Hj 2008
	1. Hj 2008	1. Hj 2009	
Staat	+7,3	-17,3	-24,6
Gebietskörperschaften	+2,4	-17,1	-19,5
Bund	-7,0	-11,5	-4,5
Länder	+3,6	-6,2	-9,8
Gemeinden	+5,7	+0,5	-5,2
Sozialversicherung	+4,9	-0,2	-5,1

6 Nationales Veröffentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in einem regelmäßigen, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden Turnus – abhängig unter anderem von den Lieferverpflichtungen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) – in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und veröffentlicht (z. B. in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Auskunftsdatenbank GENESIS-Online sowie in ausgewählten Tabellen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de). Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen, das Jahresergebnis zusätzlich in einer Pressekonferenz, bekanntgegeben und kommentiert. Das erste vorläufige Jahresergebnis für das abgelaufene Jahr wird bereits Mitte Januar veröffentlicht. Die Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden jeweils – auf europäischer Ebene weitestgehend harmonisiert – etwa 45 Tage, die ausführlichen Ergebnisse etwa 55 Tage nach Ende des Berichtsquartals veröffentlicht, also jeweils Mitte Mai (erstes Quartal), Mitte August (zweites Quartal), Mitte November (drittes Quartal) und Mitte Februar (viertes Quartal). Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung der Ergebnisse vorangegangener Vierteljahre, zum Sommertermin der maximal vier zurückliegenden Jahre und entsprechenden Vierteljahre (sog. laufende Revisionen).

Die Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ enthält das gewohnte Tabellenprogramm der VGR-Veröffentlichungen. Die in diesem Aufsatz dargestellten sowie tiefer untergliederten Ergebnisse finden sich in:

- Reihe 1.2 „Vierteljahresergebnisse“ (nur elektronisch; Artikelnummer 2180120)
- Reihe 1.3 „Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1“ (nur elektronisch; Artikelnummer 2180130)
- Reihe 1.4 „Detaillierte Jahresergebnisse, Stand: August 2009“ (gedruckt und elektronisch; Artikelnummer 2180140)

Alle elektronischen Ausgaben der Fachserie sowie der überwiegende Teil aller Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes über den Publikationsservice bzw. über die Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kostenlos erhältlich (www.destatis.de). Ergänzend sei auch auf die im Anhang zu diesem Aufsatz dargestellten Tabellen auf S. 863 ff. verwiesen.

7 Exkurs: Aktuelle Methodenfragen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

7.1 Die Umweltprämie (Abwrackprämie)

Am 14. Januar 2009 hat die Bundesregierung mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ das sogenannte Konjunkturpaket II beschlossen. Bestandteil der darin beschlossenen Maßnahmen ist unter anderem die Gewährung einer Abwrackprämie an Privatpersonen, sofern diese ein Neufahrzeug oder einen Jahreswagen erwerben und im Gegenzug ein Altfahrzeug, dessen Erstzulassung spätestens neun Jahre vor dem 31. Dezember 2009 erfolgt sein muss, verschrotten. Die zunächst bereitgestellten Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. Euro wurden inzwischen auf insgesamt 5 Mrd. Euro aufgestockt. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die vom Staat gewährte Abwrackprämie bei den Ausgaben des Staates unter der Position sonstige laufende Transfers (an private Haushalte) nachgewiesen. Die Abwrackprämie erhöht somit das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Die Ausgaben der privaten Haushalte für die im Zusammenhang mit der Abwrackprämie erworbenen Personenkraftwagen gehen in vollem Umfang in deren Konsumausgaben ein (einschließlich Abwrackprämien).

7.2 Das Kurzarbeitergeld

Durch Kurzarbeit bleibt das Beschäftigungsverhältnis unberührt. Die von Kurzarbeit betroffenen Mitarbeiter sind weiter als Arbeitnehmer in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung versichert. Die Sozialversicherungspflicht besteht auch dann, wenn über einen längeren Zeitraum ganze Arbeitstage ausfallen oder neben dem Kurzarbeitergeld vom Unternehmen kein Arbeitsentgelt bezahlt wird. Bei der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeiter wird zwischen dem weiterhin vom Arbeitgeber gezahlten Arbeitsentgelt und einem sogenannten fiktiven Arbeitsentgelt, das sich auf 80% des Entgeltausfalls beläuft, unterschieden. Während für die Beiträge auf das gezahlte Arbeitsentgelt unverändert Arbeitgeber- und Arbeitnehmersozialbeiträge anfallen, besteht für das fiktive Arbeitsentgelt eine alleinige Beitragspflicht des Arbeitgebers. Für das fiktive Arbeitsentgelt sind allerdings nur Beiträge zur Renten-, Kranken- und sozialen Pflegeversicherung zu entrichten. Sozialversicherungsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung sind nur für das tatsächlich vom

Arbeitgeber gezahlte Arbeitsentgelt zu entrichten. Mit dem Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416) wurden die Arbeitgeber von den auf das fiktive Arbeitsentgelt zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträgen entlastet. Für die Zeit vom 1. Februar 2009 bis zum 31. Dezember 2010 werden den Arbeitgebern die Sozialversicherungsbeiträge auf den Fiktivlohn zu 50% – bei Qualifizierungsmaßnahmen zu 100% – von der Bundesagentur für Arbeit erstattet. Seit dem 1. Juli 2009 werden dem Arbeitgeber die vollen Sozialversicherungsbeiträge auf den Fiktivlohn erstattet, wenn Kurzarbeitergeld länger als sechs Monate bezogen wird. Die im Zusammenhang mit der Kurzarbeit zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in voller Höhe gebucht. Die Aufteilung der geleisteten Sozialversicherungsbeiträge auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgt dabei nach der tatsächlichen Belastungswirkung, das heißt bei Kurzarbeitern werden die Sozialbeiträge auf die tatsächlich geleistete Arbeit anteilig von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen, während die Beiträge auf den Fiktivlohn in voller Höhe als Sozialbeiträge der Arbeitgeber nachgewiesen werden. Die Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit werden als sonstige Subventionen an Unternehmen gebucht, da sie an die Beschäftigung von Kurzarbeitern gekoppelt sind. Das von der Bundesagentur für Arbeit gezahlte Kurzarbeitergeld stellt eine monetäre Sozialleistung der Sozialversicherung dar und schlägt sich daher nicht in den Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer nieder. Dies führt bei unveränderten Tarifverdiensten und durch die Kurzarbeit gedämpften Effektivverdiensten zu einer negativen Lohndrift.

7.3 Die neue Krankenversicherungspflicht

Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz⁵⁾ haben sich die Rahmenbedingungen für die Krankenversicherung grundlegend geändert. Seit Januar 2009 besteht für alle Arbeitnehmer und Selbstständigen eine Versicherungspflicht. Darüber hinaus müssen die privaten Krankenkassen einen sogenannten Basistarif anbieten. Der Basistarif darf nicht teurer sein als das teuerste Angebot der Gesetzlichen Krankenversicherung und muss die gleiche Leistung bieten. Die ansonsten in der Privaten Krankenversicherung übliche Gesundheitsprüfung muss entfallen. Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz enthält damit zwei für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wichtige Elemente:

- Die individuelle Entscheidung, ob eine Krankenversicherung abgeschlossen wird, entfällt. Wie in der Gesetzlichen Krankenversicherung herrscht Versicherungspflicht.
- Die Private Krankenversicherung erhält mit dem Basistarif und der fehlenden Gesundheitsprüfung Umverteilungsregelungen.

Aufgrund dieser Änderungen wird die Private Krankenversicherung von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Bestandteil der Sozialschutzsysteme eingestuft.

⁵⁾ Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz – GKV-WSG) vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 378).

Tabelle 15: Quantitative Auswirkungen der Neuordnung der Beiträge zur Privaten Krankenversicherung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab dem 1. Januar 2009

Jahr Halbjahr	Arbeitnehmer- entgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ¹⁾	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer ²⁾	
Mrd. EUR							
2008 1. Hj	582,4	110,5	471,9	170,1	82,3	87,8	301,8
2. Hj	642,6	118,7	523,9	183,0	89,5	93,5	341,0
2009 1. Hj	584,9	113,2	471,7	173,4	86,7	86,6	298,3
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2008 1. Hj	+3,7	+2,4	+4,0	+5,4	+4,8	+6,0	+3,2
2. Hj	+3,8	+3,1	+3,9	+5,5	+5,4	+5,6	+3,1
2009 1. Hj	+0,4	+2,4	-0,0	+1,9	+5,3	-1,3	-1,1
nachrichtlich: Vergleich mit der bisherigen Methodik Mrd. EUR							
2009 1. Hj	584,9	112,3	472,6	171,0	84,4	86,6	301,6
Neu zu alt	-	+0,9	-0,9	+2,4	+2,4	-	-3,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2009 1. Hj	+0,4	+1,6	+0,1	+0,5	+2,5	-1,3	-0,1
Neu zu alt	-	+0,8	-0,2	+1,4	+2,9	-	-1,1

1) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten u. Ä. –
2) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

Diese Klassifizierung hat auch Auswirkungen auf die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen: Während die Arbeitnehmer bisher aus ihrem Nettoeinkommen Prämien an ihr Krankenversicherungsunternehmen entrichteten, werden jetzt Sozialbeiträge gebucht, die das Nettoentgelt der Beschäftigten schmälern. Die Änderungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beschränken sich nicht nur auf die Beiträge. Spiegelbildlich müssen auch die Leistungen neu klassifiziert werden. An die Stelle von Schadenversicherungsleistungen treten Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen. Damit ändert sich beim Übergang vom Jahr 2008 auf das Jahr 2009 das Niveau der Bruttolöhne und -gehälter, der Sozialbeiträge sowie der Nettolöhne und -gehälter:

- Die Bruttolöhne und -gehälter fallen niedriger aus, weil der bisher den Bruttolöhnen und -gehältern zugeordnete Arbeitgeberzuschuss zur Privaten Krankenversicherung nunmehr zu den Arbeitgebersozialbeiträgen zählt.
- Die Nettolöhne und -gehälter sinken, weil jetzt auch die Arbeitnehmerzahlungen an die Krankenversicherungsunternehmen einen Sozialbeitrag darstellen.

Das Arbeitnehmerentgelt und das Bruttoinlandsprodukt sind von der Veränderung nicht betroffen.

Tabelle 15 bietet einen Überblick zu den wichtigsten Auswirkungen der neuen Buchung der Beiträge zur Privaten Krankenversicherung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab dem 1. Januar 2009. [uu](#)

Anhangtabelle 1: Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen (Pro-Kopf-Angaben)

Jahr, Vierteljahr ¹⁾	Bruttoinlandsprodukt						Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen	
	in jeweiligen Preisen			preisbereinigt			in jeweiligen Preisen			
	insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Einwohner	insgesamt, Kettenindex	je Erwerbs- tätigen	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner
	Mrd. EUR	EUR		Index (2000 = 100)			Mrd. EUR	EUR	Mrd. EUR	EUR
1991	1 534,60	39 735	19 186	85,36	86,52	87,71	1 541,55	19 273	1 192,57	14 910
1992	1 646,62	43 265	20 431	87,26	89,75	88,99	1 652,70	20 506	1 269,78	15 755
1993	1 694,37	45 117	20 872	86,56	90,22	87,64	1 696,96	20 904	1 287,66	15 862
1994	1 780,78	47 467	21 871	88,86	92,72	89,69	1 771,21	21 753	1 341,00	16 470
1995	1 848,45	49 160	22 636	90,54	94,25	91,12	1 834,76	22 468	1 397,22	17 110
1996	1 876,18	50 034	22 909	91,44	95,45	91,77	1 866,29	22 789	1 417,73	17 311
1997	1 915,58	51 133	23 346	93,09	97,26	93,25	1 901,71	23 177	1 438,62	17 533
1998	1 965,38	51 842	23 960	94,98	98,07	95,16	1 945,02	23 711	1 466,09	17 873
1999	2 012,00	52 363	24 511	96,89	98,71	97,01	1 990,47	24 248	1 487,26	18 118
2000	2 062,50	52 690	25 095	100,00	100,00	100,00	2 043,16	24 860	1 524,43	18 548
2001	2 113,16	53 748	25 664	101,24	100,80	101,06	2 092,15	25 409	1 560,85	18 956
2002	2 143,18	54 818	25 984	101,24	101,36	100,88	2 116,64	25 662	1 576,12	19 109
2003	2 163,80	55 875	26 222	101,02	102,11	100,62	2 148,67	26 038	1 599,61	19 385
2004	2 210,90	56 865	26 798	102,24	102,93	101,85	2 232,08	27 055	1 672,30	20 270
2005	2 242,20	57 737	27 190	103,01	103,83	102,66	2 268,83	27 513	1 694,68	20 551
2006	2 325,10	59 504	28 229	106,27	106,46	106,04	2 374,36	28 827	1 778,13	21 588
2007	2 428,20	61 127	29 518	108,89	107,30	108,79	2 477,68	30 119	1 840,26	22 370
2008	2 495,80	61 963	30 392	110,26	107,15	110,35	2 536,99	30 894	1 886,04	22 967
2007 1. Vj .	589,70	15 076	7 166	106,81	106,88	106,68	603,01	7 328	444,04	5 396
2007 2. Vj .	596,70	15 070	7 254	107,97	106,74	107,87	598,46	7 275	436,94	5 312
2007 3. Vj .	617,20	15 474	7 504	110,32	108,26	110,23	630,28	7 663	470,63	5 722
2007 4. Vj .	624,60	15 499	7 594	110,45	107,29	110,37	645,93	7 853	488,65	5 941
2008 1. Vj .	609,70	15 333	7 419	109,00	107,30	109,01	621,84	7 567	460,32	5 601
2008 2. Vj .	625,60	15 570	7 617	111,61	108,73	111,69	624,72	7 606	459,24	5 591
2008 3. Vj .	634,40	15 690	7 726	111,83	108,27	111,94	647,24	7 883	482,23	5 873
2008 4. Vj .	626,10	15 371	7 630	108,58	104,34	108,75	643,19	7 838	484,25	5 901
2009 1. Vj .	579,50	14 509	7 071	102,01	99,98	102,30	590,00	7 199	430,57	5 254
2009 2. Vj .	588,80	14 663	7 190	103,66	101,05	104,03	590,27	7 208	425,39	5 194

1) Rechenstand 8/2009.

Anhangtabelle 2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Bevölkerung (Einwohner)	Erwerbspersonen	Erwerbslose ²⁾	Erwerbstätige Inländer			Nachrichtlich	
				insgesamt	Arbeitnehmer	Selbstständige ³⁾	Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung	Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen
				Durchschnitt in 1 000			%	
1991	79 984	40 823	2 159	38 664	35 144	3 520	51,0	5,3
1992	80 594	40 600	2 534	38 066	34 489	3 577	50,4	6,2
1993	81 179	40 598	3 057	37 541	33 916	3 625	50,0	7,5
1994	81 422	40 811	3 323	37 488	33 763	3 725	50,1	8,1
1995	81 661	40 774	3 228	37 546	33 797	3 749	49,9	7,9
1996	81 896	40 939	3 505	37 434	33 692	3 742	50,0	8,6
1997	82 052	41 198	3 808	37 390	33 574	3 816	50,2	9,2
1998	82 029	41 566	3 732	37 834	33 969	3 865	50,7	9,0
1999	82 087	41 742	3 403	38 339	34 482	3 857	50,9	8,2
2000	82 188	42 175	3 137	39 038	35 123	3 915	51,3	7,4
2001	82 340	42 402	3 193	39 209	35 226	3 983	51,5	7,5
2002	82 482	42 517	3 523	38 994	34 991	4 003	51,5	8,3
2003	82 520	42 551	3 918	38 633	34 560	4 073	51,6	9,2
2004	82 501	42 956	4 160	38 796	34 574	4 222	52,1	9,7
2005	82 464	43 314	4 573	38 741	34 386	4 355	52,5	10,6
2006	82 366	43 246	4 250	38 996	34 605	4 391	52,5	9,8
2007	82 263	43 258	3 602	39 656	35 220	4 436	52,6	8,3
2008	82 120	43 361	3 141	40 220	35 786	4 434	52,8	7,2
2007 1. Vj	82 288	43 025	3 910	39 115	34 706	4 409	52,3	9,1
2007 2. Vj	82 261	43 082	3 557	39 525	35 065	4 460	52,4	8,3
2007 3. Vj	82 252	43 278	3 524	39 754	35 304	4 450	52,6	8,1
2007 4. Vj	82 248	43 649	3 418	40 231	35 805	4 426	53,1	7,8
2008 1. Vj	82 180	43 178	3 410	39 768	35 347	4 421	52,5	7,9
2008 2. Vj	82 132	43 341	3 225	40 116	35 651	4 465	52,8	7,4
2008 3. Vj	82 109	43 314	3 002	40 312	35 870	4 442	52,8	6,9
2008 4. Vj	82 059	43 604	2 928	40 676	36 272	4 404	53,1	6,7
2009 1. Vj	81 957	43 287	3 343	39 944	35 552	4 392	52,8	7,7
2009 2. Vj	81 895	43 362	3 254	40 108	35 683	4 425	52,9	7,5

1) Rechenstand 8/2009. – 2) Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren. – 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger.

Anhangtabelle 3: Bruttoinlandsprodukt und Nationaleinkommen
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Bruttoinlands- produkt	Primäreinkommen			Bruttonational- einkommen (Sp. 1 + 2)	Abschreibungen	Nettonational- einkommen (Sp. 5 – 6)
		Saldo (Sp. 3 – 4)	aus der übrigen Welt	an die übrige Welt			
		1	2	3			
1991	1 534,60	6,95	68,89	61,94	1 541,55	214,43	1 327,12
1992	1 646,62	6,08	70,98	64,90	1 652,70	234,47	1 418,23
1993	1 694,37	2,59	70,95	68,36	1 696,96	250,09	1 446,87
1994	1 780,78	-9,57	65,12	74,69	1 771,21	260,77	1 510,44
1995	1 848,45	-13,69	67,07	80,76	1 834,76	270,48	1 564,28
1996	1 876,18	-9,89	70,63	80,52	1 866,29	276,10	1 590,19
1997	1 915,58	-13,87	77,99	91,86	1 901,71	283,16	1 618,55
1998	1 965,38	-20,36	80,48	100,84	1 945,02	290,22	1 654,80
1999	2 012,00	-21,53	90,92	112,45	1 990,47	297,05	1 693,42
2000	2 062,50	-19,34	118,28	137,62	2 043,16	308,48	1 734,68
2001	2 113,16	-21,01	104,36	125,37	2 092,15	316,41	1 775,74
2002	2 143,18	-26,54	106,53	133,07	2 116,64	321,88	1 794,76
2003	2 163,80	-15,13	113,19	128,32	2 148,67	323,03	1 825,64
2004	2 210,90	21,18	144,08	122,90	2 232,08	328,25	1 903,83
2005	2 242,20	26,63	170,78	144,15	2 268,83	335,92	1 932,91
2006	2 325,10	49,26	213,73	164,47	2 374,36	343,38	2 030,98
2007	2 428,20	49,48	246,02	196,54	2 477,68	359,58	2 118,10
2008	2 495,80	41,19	249,87	208,68	2 536,99	367,56	2 169,43
2007 1. Vj	589,70	13,31	57,52	44,21	603,01	89,80	513,21
2. Vj	596,70	1,76	60,78	59,02	598,46	91,65	506,81
3. Vj	617,20	13,08	59,52	46,44	630,28	89,94	540,34
4. Vj	624,60	21,33	68,20	46,87	645,93	88,19	557,74
2008 1. Vj	609,70	12,14	61,57	49,43	621,84	91,36	530,48
2. Vj	625,60	-0,88	63,04	63,92	624,72	93,92	530,80
3. Vj	634,40	12,84	60,98	48,14	647,24	92,33	554,91
4. Vj	626,10	17,09	64,28	47,19	643,19	89,95	553,24
2009 1. Vj	579,50	10,50	55,43	44,93	590,00	91,99	498,01
2. Vj	588,80	1,47	50,29	48,82	590,27	93,75	496,52

1) Rechenstand 8/2009.

Anhangtabelle 4: Volkseinkommen und verfügbares Einkommen der Volkswirtschaft
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Volkseinkommen			Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen ²⁾	Nettonational- einkommen (Sp. 1 + 4)	Laufende Transfers		Verfügbares Einkommen (Sp. 5 + 6 – 7)
	insgesamt	Arbeitnehmer- entgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögens- einkommen (Sp. 1 – 2)			aus der übrige(n) Welt	an die übrige(n) Welt	
1991	1 192,57	847,01	345,56	134,55	1 327,12	4,95	26,58	1 305,49
1992	1 269,78	917,17	352,61	148,45	1 418,23	5,61	21,84	1 402,00
1993	1 287,66	938,77	348,89	159,21	1 446,87	5,61	24,61	1 427,87
1994	1 341,00	961,86	379,14	169,44	1 510,44	5,88	26,04	1 490,28
1995	1 397,22	997,02	400,20	167,06	1 564,28	6,40	23,41	1 547,27
1996	1 417,73	1 006,62	411,11	172,46	1 590,19	6,80	24,39	1 572,60
1997	1 438,62	1 010,69	427,93	179,93	1 618,55	7,68	26,42	1 599,81
1998	1 466,09	1 032,25	433,84	188,71	1 654,80	8,07	28,66	1 634,21
1999	1 487,26	1 059,51	427,75	206,16	1 693,42	9,26	29,00	1 673,68
2000	1 524,43	1 100,06	424,37	210,25	1 734,68	9,27	30,75	1 713,20
2001	1 560,85	1 120,61	440,24	214,89	1 775,74	9,53	31,62	1 753,65
2002	1 576,12	1 128,32	447,80	218,64	1 794,76	9,59	34,67	1 769,68
2003	1 599,61	1 132,08	467,53	226,03	1 825,64	9,05	35,40	1 799,29
2004	1 672,30	1 137,13	535,17	231,53	1 903,83	8,70	36,29	1 876,24
2005	1 694,68	1 129,86	564,82	238,23	1 932,91	10,48	38,70	1 904,69
2006	1 778,13	1 148,99	629,14	252,85	2 030,98	11,38	38,94	2 003,42
2007	1 840,26	1 180,86	659,40	277,84	2 118,10	13,20	42,25	2 089,05
2008	1 886,04	1 225,06	660,98	283,39	2 169,43	13,67	44,77	2 138,33
2007 1. Vj	444,04	274,86	169,18	69,17	513,21	2,03	11,29	503,95
2. Vj	436,94	286,73	150,21	69,87	506,81	6,61	10,12	503,30
3. Vj	470,63	292,61	178,02	69,71	540,34	2,47	9,90	532,91
4. Vj	488,65	326,66	161,99	69,09	557,74	2,09	10,94	548,89
2008 1. Vj	460,32	285,11	175,21	70,16	530,48	2,77	12,73	520,52
2. Vj	459,24	297,31	161,93	71,56	530,80	6,76	10,27	527,29
3. Vj	482,23	304,55	177,68	72,68	554,91	2,15	9,61	547,45
4. Vj	484,25	338,09	146,16	68,99	553,24	1,99	12,16	543,07
2009 1. Vj	430,57	287,97	142,60	67,44	498,01	2,25	12,97	487,29
2. Vj	425,39	296,91	128,48	71,13	496,52	5,12	8,07	493,57

1) Rechenstand 8/2009. – 2) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

Anhangtabelle 5: Bruttowertschöpfung

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
in jeweiligen Preisen								
Mrd. EUR								
1991	1 392,68	19,16	426,53	383,45	83,51	249,37	324,54	289,57
1992	1 493,13	19,20	430,67	387,04	99,19	263,55	359,11	321,41
1993	1 533,23	18,77	405,56	361,60	103,54	272,43	394,89	338,04
1994	1 604,23	19,98	414,82	370,93	112,32	287,49	416,70	352,92
1995	1 671,71	21,27	424,46	378,47	112,97	300,30	441,46	371,25
1996	1 697,89	22,34	423,31	376,57	107,18	299,65	461,32	384,09
1997	1 734,86	22,67	434,76	389,06	103,25	308,50	474,33	391,35
1998	1 778,06	22,04	450,72	404,16	99,21	322,45	481,98	401,66
1999	1 810,27	22,23	448,63	404,74	99,23	321,55	507,03	411,60
2000	1 856,20	23,46	465,34	425,99	96,21	337,27	510,94	422,98
2001	1 904,49	25,94	473,68	434,60	91,50	347,10	533,83	432,44
2002	1 933,19	22,16	474,71	433,00	88,79	347,59	553,43	446,51
2003	1 949,41	19,08	477,09	436,08	85,53	346,12	570,22	451,37
2004	1 998,36	21,90	501,55	452,14	83,26	353,41	581,02	457,22
2005	2 023,89	17,52	509,75	458,69	80,14	357,47	593,71	465,30
2006	2 097,17	17,90	545,84	490,94	82,08	368,10	613,26	469,99
2007	2 176,57	20,67	568,38	514,63	88,28	379,58	639,37	480,29
2008	2 239,24	20,25	572,72	517,45	95,23	397,43	659,16	494,45
2007 1. Vj	525,70	4,44	136,32	123,86	20,49	89,08	158,80	116,57
2. Vj	535,58	5,03	140,16	127,14	21,87	94,24	157,96	116,32
3. Vj	554,72	5,71	142,60	129,77	24,28	98,68	163,25	120,20
4. Vj	560,57	5,49	149,30	133,86	21,64	97,58	159,36	127,20
2008 1. Vj	544,82	4,93	141,15	127,83	21,73	94,30	163,40	119,31
2. Vj	563,10	5,08	150,60	136,74	23,94	100,22	163,04	120,22
3. Vj	570,41	5,41	144,61	131,55	25,89	103,91	167,62	122,97
4. Vj	560,91	4,83	136,36	121,33	23,67	99,00	165,10	131,95
2009 1. Vj	515,80	4,32	110,55	97,41	21,58	89,37	165,53	124,45
2. Vj	525,33	4,45	113,48	100,73	24,28	93,75	164,28	125,09
preisbereinigt								
Kettenindex 2000 = 100								
1991	84,82	97,11	97,12	97,66	108,46	82,10	71,81	82,57
1992	86,70	94,02	95,05	95,41	115,98	84,44	74,89	86,49
1993	85,83	92,50	88,12	87,73	113,92	83,57	78,34	87,74
1994	87,87	83,78	90,40	90,51	120,37	85,33	80,25	89,45
1995	89,81	88,10	90,14	89,70	115,89	87,03	85,32	91,40
1996	91,00	91,66	88,95	87,82	108,18	87,48	89,73	93,84
1997	92,73	94,74	92,16	91,67	105,59	89,57	91,49	94,48
1998	94,65	89,06	93,33	92,78	102,63	92,78	94,54	96,34
1999	96,45	100,41	94,10	93,65	103,42	95,57	96,46	98,03
2000	100	100	100	100	100	100	100	100
2001	101,48	103,79	101,09	101,68	94,35	102,88	103,08	100,37
2002	101,75	96,55	99,67	99,61	90,95	102,64	104,87	102,32
2003	101,60	91,23	100,09	100,32	86,46	102,41	105,24	102,24
2004	103,22	118,01	104,76	103,92	83,31	105,29	104,48	102,41
2005	104,15	103,25	106,25	106,06	79,32	106,85	106,13	103,14
2006	107,41	99,95	112,00	113,15	78,53	109,31	110,29	104,40
2007	110,50	98,50	113,98	115,96	79,19	112,52	115,63	106,58
2008	112,02	102,22	114,17	116,52	81,93	114,25	117,45	108,62
2007 1. Vj	107,97	94,92	112,07	114,17	73,55	107,15	113,84	105,34
2. Vj	109,78	101,40	112,28	114,44	79,22	113,01	114,31	106,41
3. Vj	112,14	100,29	113,58	116,09	85,88	115,85	117,88	107,23
4. Vj	112,13	97,38	117,99	119,17	78,11	114,06	116,50	107,35
2008 1. Vj	110,42	99,12	115,06	117,33	75,78	109,87	116,43	106,87
2. Vj	113,88	104,46	119,41	122,27	84,64	117,04	117,06	108,57
3. Vj	113,84	104,84	114,30	117,40	88,59	117,68	119,54	109,52
4. Vj	109,92	100,45	107,91	109,06	78,69	112,38	116,77	109,51
2009 1. Vj	102,85	99,54	91,72	91,75	71,17	103,29	115,03	107,31
2. Vj	104,73	103,58	91,26	92,35	82,18	108,92	114,93	108,93

1) Rechenstand 8/2009.

Anhangtabelle 6: Arbeitnehmerentgelt
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991	844,99	10,29	302,40	278,32	57,73	170,09	87,51	216,97
1992	916,07	8,69	317,27	291,66	65,58	187,39	98,72	238,42
1993	938,19	8,65	305,69	280,37	70,53	195,03	106,55	251,74
1994	961,70	8,97	305,12	280,55	76,52	197,48	112,56	261,05
1995	997,80	9,23	312,67	288,33	77,86	202,87	119,86	275,31
1996	1 007,60	8,93	311,03	286,94	75,26	203,10	125,36	283,92
1997	1 011,97	8,94	310,63	287,32	71,99	202,95	129,29	288,17
1998	1 033,56	9,01	317,64	294,70	68,73	205,69	138,12	294,37
1999	1 060,87	9,25	319,65	297,75	67,49	211,83	148,93	303,72
2000	1 101,66	9,27	334,48	312,42	65,66	218,28	163,34	310,63
2001	1 122,22	9,02	341,14	319,33	61,57	223,12	171,35	316,02
2002	1 129,61	8,54	338,32	317,38	58,15	224,48	175,15	324,97
2003	1 133,17	8,46	336,50	315,31	55,75	224,82	178,41	329,23
2004	1 137,79	8,42	337,57	316,12	53,80	224,39	181,49	332,12
2005	1 130,84	8,16	333,19	311,82	50,52	224,21	185,10	329,66
2006	1 149,28	8,17	342,45	320,69	50,54	226,91	189,81	331,40
2007	1 180,43	8,47	350,17	328,66	52,37	233,14	201,27	335,01
2008	1 224,01	8,90	361,84	339,78	52,75	242,29	211,80	346,43
2007 1. Vj	274,27	1,82	81,72	76,65	11,81	53,44	46,45	79,03
2. Vj	286,63	2,13	90,17	84,62	13,22	54,62	47,75	78,74
3. Vj	292,99	2,24	83,88	78,90	13,48	60,47	50,07	82,85
4. Vj	326,54	2,28	94,40	88,49	13,86	64,61	57,00	94,39
2008 1. Vj	284,37	1,93	85,35	80,17	12,01	55,13	49,01	80,94
2. Vj	297,09	2,22	93,38	87,74	13,33	56,01	50,29	81,86
3. Vj	304,79	2,36	86,62	81,56	13,52	64,28	52,98	85,03
4. Vj	337,76	2,39	96,49	90,31	13,89	66,87	59,52	98,60
2009 1. Vj	287,19	2,03	83,23	77,88	11,74	56,51	49,52	84,16
2. Vj	296,56	2,33	88,30	82,52	13,18	57,31	50,51	84,93

1) Rechenstand 8/2009.

Anhangtabelle 7: Bruttolöhne und -gehälter
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991	691,18	8,65	246,05	227,97	47,32	140,95	72,26	175,95
1992	748,83	7,26	257,64	238,56	53,91	155,03	81,42	193,57
1993	768,51	7,21	249,84	230,69	57,98	161,18	87,87	204,43
1994	779,99	7,42	246,27	227,74	62,58	161,72	92,33	209,67
1995	805,90	7,61	251,44	232,84	63,56	164,09	98,29	220,91
1996	814,95	7,36	251,05	232,73	60,91	166,03	102,05	227,55
1997	813,74	7,33	249,29	231,71	58,05	164,91	104,71	229,45
1998	830,75	7,39	254,70	237,48	55,65	167,16	111,69	234,16
1999	855,53	7,60	256,78	240,28	55,34	172,55	121,15	242,11
2000	884,52	7,62	263,99	248,29	53,98	179,34	131,34	248,25
2001	903,20	7,43	270,17	254,82	50,70	183,48	138,49	252,93
2002	909,05	7,07	268,66	253,22	47,90	185,28	140,89	259,25
2003	908,99	7,01	267,67	252,26	45,68	184,37	142,49	261,77
2004	914,93	6,97	269,39	253,67	44,18	184,42	145,63	264,34
2005	912,69	6,75	268,30	252,54	41,69	184,78	148,25	262,92
2006	926,28	6,77	272,25	256,52	41,60	186,86	154,38	264,42
2007	957,31	7,05	282,90	267,17	43,35	192,43	163,53	268,05
2008	994,73	7,41	292,58	276,43	43,82	200,73	172,62	277,57
2007 1. Vj	221,48	1,51	65,67	62,01	9,68	43,99	37,52	63,11
2. Vj	231,53	1,76	72,60	68,51	10,86	44,85	38,53	62,93
3. Vj	238,13	1,87	67,71	64,07	11,16	50,15	40,79	66,45
4. Vj	266,17	1,91	76,92	72,58	11,65	53,44	46,69	75,56
2008 1. Vj	230,38	1,60	68,77	64,99	9,89	45,58	39,78	64,76
2. Vj	240,61	1,84	75,28	71,11	11,00	46,21	40,74	65,54
3. Vj	248,44	1,97	70,02	66,32	11,24	53,57	43,33	68,31
4. Vj	275,30	2,00	78,51	74,01	11,69	55,37	48,77	78,96
2009 1. Vj	231,72	1,68	66,64	62,75	9,62	46,67	39,98	67,13
2. Vj	238,90	1,93	70,59	66,34	10,82	47,14	40,67	67,75

1) Rechenstand 8/2009.

Anhangtabelle 8: Erwerbstätige
Durchschnitt in 1 000

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991	38 621	1 515	11 331	10 591	2 805	9 318	3 736	9 916
1992	38 059	1 299	10 467	9 801	2 920	9 345	3 937	10 091
1993	37 555	1 192	9 738	9 118	3 032	9 332	4 086	10 175
1994	37 516	1 143	9 242	8 653	3 172	9 306	4 280	10 373
1995	37 601	1 079	9 005	8 443	3 236	9 297	4 445	10 539
1996	37 498	971	8 751	8 216	3 135	9 300	4 610	10 731
1997	37 463	952	8 596	8 096	3 009	9 307	4 793	10 806
1998	37 911	958	8 602	8 123	2 912	9 432	5 076	10 931
1999	38 424	946	8 491	8 039	2 859	9 589	5 429	11 110
2000	39 144	936	8 534	8 109	2 769	9 824	5 802	11 279
2001	39 316	925	8 544	8 140	2 598	9 885	5 985	11 379
2002	39 096	904	8 355	7 958	2 439	9 836	6 060	11 502
2003	38 726	880	8 140	7 750	2 322	9 718	6 127	11 539
2004	38 880	873	8 020	7 633	2 254	9 801	6 298	11 634
2005	38 835	853	7 894	7 515	2 179	9 776	6 363	11 770
2006	39 075	837	7 826	7 453	2 174	9 799	6 586	11 853
2007	39 724	850	7 911	7 543	2 209	9 953	6 821	11 980
2008	40 279	860	8 030	7 667	2 193	10 046	7 010	12 140
2007 1. Vj	39 116	784	7 834	7 466	2 151	9 775	6 681	11 891
2. Vj	39 594	871	7 864	7 496	2 204	9 928	6 762	11 965
3. Vj	39 886	888	7 935	7 567	2 240	10 012	6 873	11 938
4. Vj	40 300	853	8 014	7 645	2 242	10 098	6 964	12 129
2008 1. Vj	39 764	801	7 980	7 616	2 135	9 925	6 900	12 023
2. Vj	40 180	877	8 008	7 644	2 185	10 031	6 973	12 106
3. Vj	40 433	894	8 050	7 687	2 224	10 078	7 080	12 107
4. Vj	40 733	864	8 084	7 721	2 228	10 147	7 089	12 321
2009 1. Vj	39 940	814	7 929	7 574	2 130	9 950	6 890	12 227
2. Vj	40 155	888	7 864	7 507	2 165	10 035	6 901	12 302

1) Rechenstand 8/2009.

Anhangtabelle 9: Arbeitnehmer
Durchschnitt in 1 000

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991	35 101	756	11 000	10 263	2 545	8 145	3 263	9 392
1992	34 482	571	10 133	9 471	2 637	8 156	3 435	9 550
1993	33 930	509	9 398	8 782	2 737	8 127	3 555	9 604
1994	33 791	501	8 893	8 308	2 860	8 063	3 708	9 766
1995	33 852	496	8 667	8 108	2 899	8 038	3 853	9 899
1996	33 756	473	8 422	7 890	2 772	8 043	3 985	10 061
1997	33 647	474	8 256	7 758	2 647	8 043	4 115	10 112
1998	34 046	480	8 276	7 799	2 538	8 168	4 371	10 213
1999	34 567	483	8 184	7 734	2 468	8 345	4 714	10 373
2000	35 229	472	8 223	7 800	2 368	8 584	5 067	10 515
2001	35 333	460	8 231	7 828	2 186	8 640	5 237	10 579
2002	35 093	454	8 047	7 651	2 028	8 610	5 271	10 683
2003	34 653	449	7 831	7 442	1 908	8 496	5 288	10 681
2004	34 658	457	7 704	7 318	1 838	8 566	5 385	10 708
2005	34 480	441	7 563	7 185	1 738	8 521	5 428	10 789
2006	34 684	435	7 492	7 120	1 721	8 563	5 609	10 864
2007	35 288	445	7 593	7 226	1 751	8 709	5 834	10 956
2008	35 845	451	7 714	7 352	1 741	8 814	6 023	11 102
2007 1. Vj	34 707	393	7 510	7 143	1 693	8 538	5 692	10 881
2. Vj	35 134	463	7 542	7 175	1 744	8 676	5 770	10 939
3. Vj	35 436	476	7 619	7 252	1 780	8 762	5 886	10 913
4. Vj	35 874	445	7 704	7 336	1 785	8 860	5 986	11 094
2008 1. Vj	35 343	405	7 659	7 296	1 687	8 697	5 906	10 989
2. Vj	35 715	466	7 687	7 324	1 731	8 788	5 977	11 066
3. Vj	35 991	481	7 735	7 373	1 770	8 843	6 092	11 070
4. Vj	36 329	452	7 776	7 414	1 778	8 927	6 117	11 279
2009 1. Vj	35 548	415	7 624	7 269	1 679	8 742	5 911	11 177
2. Vj	35 730	478	7 560	7 203	1 712	8 830	5 914	11 236

1) Rechenstand 8/2009.

Anhangtabelle 10: Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Brutto- inlands- produkt	Inländische Verwendung							Außen- beitrag (Exporte minus Importe)	Exporte	Importe
		insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen					
			zusammen	private Konsum- ausgaben	Konsum- ausgaben des Staates	zusammen	Brutto- anlage- investi- tionen	Vorrats- verände- rungen ²⁾			
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR											
1991	1 534,60	1 540,69	1 172,46	879,86	292,60	368,23	356,75	11,48	-6,09	395,50	401,59
1992	1 646,62	1 654,10	1 268,98	946,60	322,38	385,12	387,81	-2,69	-7,48	396,43	403,91
1993	1 694,37	1 694,83	1 319,21	986,54	332,67	375,62	381,19	-5,57	-0,46	377,56	378,02
1994	1 780,78	1 778,19	1 378,02	1 031,10	346,92	400,17	401,83	-1,66	2,59	411,25	408,66
1995	1 848,45	1 839,78	1 429,01	1 067,19	361,82	410,77	404,95	5,82	8,67	442,79	434,12
1996	1 876,18	1 859,31	1 463,25	1 091,50	371,75	396,06	399,85	-3,79	16,87	467,09	450,22
1997	1 915,58	1 891,67	1 487,25	1 115,78	371,47	404,42	402,37	2,05	23,91	526,25	502,34
1998	1 965,38	1 938,56	1 513,87	1 137,51	376,36	424,69	414,50	10,19	26,82	563,24	536,42
1999	2 012,00	1 994,56	1 562,25	1 175,01	387,24	432,31	428,42	3,89	17,44	591,49	574,05
2000	2 062,50	2 055,25	1 606,07	1 214,16	391,91	449,18	442,43	6,75	7,25	688,39	681,14
2001	2 113,16	2 070,65	1 658,80	1 258,57	400,23	411,85	422,88	-11,03	42,51	735,60	693,09
2002	2 143,18	2 045,46	1 675,26	1 263,46	411,80	370,20	392,97	-22,77	97,72	765,70	667,98
2003	2 163,80	2 077,87	1 701,45	1 284,60	416,85	376,42	386,72	-10,30	85,93	771,31	685,38
2004	2 210,90	2 097,97	1 718,95	1 303,09	415,86	379,02	387,02	-8,00	112,93	849,92	736,99
2005	2 242,20	2 123,32	1 745,00	1 325,44	419,56	378,32	390,08	-11,76	118,88	921,82	802,94
2006	2 325,10	2 192,64	1 782,52	1 356,27	426,25	410,12	422,80	-12,68	132,46	1 054,91	922,45
2007	2 428,20	2 256,50	1 810,96	1 375,39	435,57	445,54	455,53	-9,99	171,70	1 139,49	967,79
2008	2 495,80	2 340,11	1 861,48	1 409,71	451,77	478,63	474,71	3,92	155,69	1 179,36	1 023,67
2007 1. Vj ..	589,70	546,12	432,86	328,03	104,83	113,26	101,15	12,11	43,58	277,91	234,33
2. Vj ..	596,70	552,83	445,89	340,81	105,08	106,94	115,56	-8,62	43,87	280,25	236,38
3. Vj ..	617,20	579,33	453,95	347,60	106,35	125,38	117,19	8,19	37,87	284,11	246,24
4. Vj ..	624,60	578,22	478,26	358,95	119,31	99,96	121,63	-21,67	46,38	297,22	250,84
2008 1. Vj ..	609,70	562,31	445,80	337,95	107,85	116,51	105,08	11,43	47,39	295,94	248,55
2. Vj ..	625,60	577,76	461,93	352,02	109,91	115,83	124,11	-8,28	47,84	303,12	255,28
3. Vj ..	634,40	604,44	468,44	358,07	110,37	136,00	123,85	12,15	29,96	299,30	269,34
4. Vj ..	626,10	595,60	485,31	361,67	123,64	110,29	121,67	-11,38	30,50	281,00	250,50
2009 1. Vj ..	579,50	558,80	451,11	337,73	113,38	107,69	93,56	14,13	20,70	239,22	218,52
2. Vj ..	588,80	564,11	467,61	352,76	114,85	96,50	109,98	-13,48	24,69	233,33	208,64
preisbereinigt Kettenindex 2000 = 100											
1991	85,36	85,87	84,41	84,34	84,65	90,88	85,14	X	X	59,95	60,37
1992	87,26	88,56	87,62	87,13	89,16	91,78	89,09	X	X	59,50	62,05
1993	86,56	87,88	88,17	87,83	89,25	86,85	85,24	X	X	56,59	59,14
1994	88,86	90,26	90,08	89,57	91,68	90,86	88,90	X	X	61,13	64,02
1995	90,54	92,00	91,97	91,52	93,39	92,07	88,72	X	X	65,01	68,19
1996	91,44	92,34	93,36	92,72	95,33	88,78	88,26	X	X	68,94	70,60
1997	93,09	93,14	94,06	93,50	95,81	89,92	89,14	X	X	77,01	76,40
1998	94,98	95,33	95,51	94,86	97,53	94,70	92,68	X	X	83,14	83,62
1999	96,89	97,89	97,92	97,68	98,65	97,79	97,08	X	X	88,08	90,77
2000	100	100	100	100	100	100	100	X	X	100	100
2001	101,24	99,49	101,54	101,87	100,53	92,16	96,35	X	X	106,44	101,23
2002	101,24	97,49	101,30	101,07	102,01	83,74	90,50	X	X	111,01	99,77
2003	101,02	98,07	101,50	101,20	102,40	85,78	90,23	X	X	113,74	105,12
2004	102,24	97,93	101,39	101,29	101,67	85,51	89,96	X	X	125,40	112,77
2005	103,01	97,93	101,74	101,63	102,04	84,19	90,73	X	X	135,07	120,27
2006	106,27	100,11	102,97	102,92	103,09	90,00	97,84	X	X	152,57	134,61
2007	108,89	101,14	103,12	102,56	104,84	94,42	102,77	X	X	164,01	141,10
2008	110,26	102,89	103,92	102,94	106,99	99,72	105,93	X	X	168,73	147,12
2007 1. Vj ..	106,81	99,01	99,83	98,57	103,79	96,65	91,23	X	X	160,31	137,17
2. Vj ..	107,97	99,94	102,20	102,01	102,78	92,12	103,89	X	X	160,82	136,97
3. Vj ..	110,32	103,56	103,59	103,48	103,91	104,20	105,48	X	X	163,30	143,52
4. Vj ..	110,45	102,06	106,84	106,18	108,89	84,69	110,49	X	X	171,63	146,75
2008 1. Vj ..	109,00	100,08	100,71	99,33	105,08	98,37	94,06	X	X	169,93	143,28
2. Vj ..	111,61	102,19	103,49	102,92	105,24	98,03	110,52	X	X	173,02	144,80
3. Vj ..	111,83	105,47	104,49	103,93	106,20	109,82	110,04	X	X	170,16	151,86
4. Vj ..	108,58	103,81	106,98	105,58	111,43	92,65	109,11	X	X	161,80	148,53
2009 1. Vj ..	102,01	98,94	101,27	99,23	107,78	90,86	83,63	X	X	140,68	132,85
2. Vj ..	103,66	99,66	104,47	103,46	107,62	82,39	98,46	X	X	137,56	126,74

1) Rechenstand 8/2009. – 2) Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

Anhangtabelle 11: Konsum

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt (Sp. 2 + 4 oder 6 + 7)	Konsumausgaben (Ausgabenkonzept)				Konsum (Verbrauchskonzept)		Nachrichtlich: Private Konsum- ausgaben je Einwohner
		Private Konsumausgaben		Konsumausgaben des Staates		Individual- konsum (Sp. 2 + 5)	Kollektiv- konsum (Sp. 4 - 5)	
		zusammen	dar.: private Haushalte	zusammen	dar.: Individual- konsum			
						1	2	
in jeweiligen Preisen								
Mrd. EUR								
1991	1172,46	879,86	859,35	292,60	158,08	1037,94	134,52	11 000
1992	1268,98	946,60	923,62	322,38	177,92	1124,52	144,46	11 745
1993	1319,21	986,54	961,48	332,67	182,83	1169,37	149,84	12 153
1994	1378,02	1031,10	1003,63	346,92	194,59	1225,69	152,33	12 664
1995	1429,01	1067,19	1037,62	361,82	205,64	1272,83	156,18	13 069
1996	1463,25	1091,50	1064,05	371,75	211,97	1303,47	159,78	13 328
1997	1487,25	1115,78	1087,33	371,47	212,26	1328,04	159,21	13 598
1998	1513,87	1137,51	1107,67	376,36	215,34	1352,85	161,02	13 867
1999	1562,25	1175,01	1142,65	387,24	219,83	1394,84	167,41	14 314
2000	1606,07	1214,16	1180,33	391,91	224,84	1439,00	167,07	14 773
2001	1658,80	1258,57	1224,28	400,23	231,86	1490,43	168,37	15 285
2002	1675,26	1263,46	1227,78	411,80	238,26	1501,72	173,54	15 318
2003	1701,45	1284,60	1247,23	416,85	242,36	1526,96	174,49	15 567
2004	1718,95	1303,09	1265,29	415,86	239,84	1542,93	176,02	15 795
2005	1745,00	1325,44	1288,76	419,56	246,82	1572,26	172,74	16 073
2006	1782,52	1356,27	1319,94	426,25	253,15	1609,42	173,10	16 466
2007	1810,96	1375,39	1338,72	435,57	259,46	1634,85	176,11	16 719
2008	1861,48	1409,71	1372,43	451,77	266,40	1676,11	185,37	17 166
2007 1. Vj	432,86	328,03	318,56	104,83	64,38	392,41	40,45	3 986
2. Vj	445,89	340,81	332,33	105,08	63,13	403,94	41,95	4 143
3. Vj	453,95	347,60	338,18	106,35	64,26	411,86	42,09	4 226
4. Vj	478,26	358,95	349,65	119,31	67,69	426,64	51,62	4 364
2008 1. Vj	445,80	337,95	328,55	107,85	65,65	403,60	42,20	4 112
2. Vj	461,93	352,02	343,23	109,91	65,50	417,52	44,41	4 286
3. Vj	468,44	358,07	348,66	110,37	65,66	423,73	44,71	4 361
4. Vj	485,31	361,67	351,99	123,64	69,59	431,26	54,05	4 407
2009 1. Vj	451,11	337,73	327,82	113,38	69,10	406,83	44,28	4 121
2. Vj	467,61	352,76	343,39	114,85	68,36	421,12	46,49	4 307
preisbereinigt								
Kettenindex 2000 = 100								
1991	84,41	84,34	84,72	84,65	77,17	83,15	95,33	X
1992	87,62	87,13	87,44	89,16	82,87	86,41	98,10	X
1993	88,17	87,83	88,01	89,25	83,68	87,13	97,14	X
1994	90,08	89,57	89,64	91,68	87,32	89,18	97,84	X
1995	91,97	91,52	91,50	93,39	90,25	91,29	97,81	X
1996	93,36	92,72	92,93	95,33	93,08	92,76	98,47	X
1997	94,06	93,50	93,68	95,81	95,13	93,74	96,75	X
1998	95,51	94,86	94,96	97,53	97,47	95,26	97,61	X
1999	97,92	97,68	97,72	98,65	98,21	97,76	99,23	X
2000	100	100	100	100	100	100	100	X
2001	101,54	101,87	101,96	100,53	101,36	101,79	99,41	X
2002	101,30	101,07	101,10	102,01	102,96	101,37	100,73	X
2003	101,50	101,20	101,20	102,40	104,17	101,67	100,02	X
2004	101,39	101,29	101,28	101,67	102,96	101,56	99,93	X
2005	101,74	101,63	101,69	102,04	105,60	102,25	97,29	X
2006	102,97	102,92	103,05	103,09	107,35	103,61	97,41	X
2007	103,12	102,56	102,64	104,84	110,09	103,72	97,85	X
2008	103,92	102,94	102,99	106,99	112,14	104,35	100,13	X
2007 1. Vj	99,83	98,57	98,59	103,79	111,49	100,55	93,55	X
2. Vj	102,20	102,01	102,08	102,78	107,51	102,86	96,48	X
3. Vj	103,59	103,48	103,59	103,91	111,00	104,64	94,47	X
4. Vj	106,84	106,18	106,32	108,89	110,37	106,84	106,90	X
2008 1. Vj	100,71	99,33	99,34	105,08	113,73	101,51	93,63	X
2. Vj	103,49	102,92	102,98	105,24	110,20	104,04	98,63	X
3. Vj	104,49	103,93	104,01	106,20	111,83	105,14	98,72	X
4. Vj	106,98	105,58	105,64	111,43	112,78	106,69	109,55	X
2009 1. Vj	101,27	99,23	99,16	107,78	116,80	101,88	95,95	X
2. Vj	104,47	103,46	103,47	107,62	112,76	104,89	100,77	X

1) Rechenstand 8/2009.

Anhangtabelle 12: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Ausstattungsinvestitionen			Bauinvestitionen					Sonstige Anlagen ³⁾
		zusammen	Maschinen und Geräte ²⁾	Fahrzeuge	zusammen	Wohnbauten	Nichtwohnbauten			
							zusammen	Hochbau	Tiefbau	
in jeweiligen Preisen										
Mrd. EUR										
1991	356,75	153,71	116,83	36,88	190,68	94,64	96,04	61,13	34,91	12,36
1992	387,81	150,72	116,52	34,20	223,34	110,76	112,58	71,00	41,58	13,75
1993	381,19	130,28	103,21	27,07	236,59	121,10	115,49	73,41	42,08	14,32
1994	401,83	128,27	100,74	27,53	258,28	138,31	119,97	75,52	44,45	15,28
1995	404,95	129,82	101,17	28,65	259,07	142,18	116,89	75,07	41,82	16,06
1996	399,85	131,87	101,66	30,21	250,79	141,71	109,08	70,61	38,47	17,19
1997	402,37	137,22	103,16	34,06	246,87	142,13	104,74	67,43	37,31	18,28
1998	414,50	150,06	112,96	37,10	244,13	142,36	101,77	66,16	35,61	20,31
1999	428,42	159,59	121,33	38,26	246,31	144,19	102,12	65,02	37,10	22,52
2000	442,43	176,66	132,49	44,17	241,85	140,92	100,93	64,18	36,75	23,92
2001	422,88	167,36	129,31	38,05	230,61	132,21	98,40	62,71	35,69	24,91
2002	392,97	151,85	116,44	35,41	216,59	124,39	92,20	58,10	34,10	24,53
2003	386,72	149,25	107,95	41,30	213,13	123,19	89,94	55,69	34,25	24,34
2004	387,02	154,51	108,83	45,68	207,73	121,01	86,72	53,73	32,99	24,78
2005	390,08	161,30	112,37	48,93	203,38	117,45	85,93	53,30	32,63	25,40
2006	422,80	178,35	121,77	56,58	217,85	126,61	91,24	56,80	34,44	26,60
2007	455,53	196,53	134,89	61,64	231,50	132,75	98,75	62,89	35,86	27,50
2008	474,71	201,79	141,33	60,46	244,99	137,29	107,70	70,05	37,65	27,93
2007 1. Vj .	101,15	43,88	29,41	14,47	50,89	29,37	21,52	14,48	7,04	6,38
2. Vj .	115,56	49,25	32,21	17,04	59,62	34,22	25,40	15,89	9,51	6,69
3. Vj .	117,19	47,14	33,04	14,10	63,13	36,25	26,88	16,88	10,00	6,92
4. Vj .	121,63	56,26	40,23	16,03	57,86	32,91	24,95	15,64	9,31	7,51
2008 1. Vj .	105,08	45,50	31,50	14,00	53,07	30,16	22,91	15,65	7,26	6,51
2. Vj .	124,11	52,36	35,97	16,39	64,92	36,29	28,63	18,35	10,28	6,83
3. Vj .	123,85	49,66	34,39	15,27	67,16	37,41	29,75	19,10	10,65	7,03
4. Vj .	121,67	54,27	39,47	14,80	59,84	33,43	26,41	16,95	9,46	7,56
2009 1. Vj .	93,56	35,90	51,28	29,35	21,93	15,36	6,57	6,38
2. Vj .	109,98	39,58	63,69	35,39	28,30	17,99	10,31	6,71
preisbereinigt										
Kettenindex 2000 = 100										
1991	85,14	82,43	79,16	94,76	89,77	77,67	106,50	111,13	98,82	46,35
1992	89,09	79,87	78,56	84,74	99,12	85,48	117,97	121,82	111,44	51,86
1993	85,24	68,33	69,21	65,14	101,01	89,30	117,24	121,01	110,82	54,84
1994	88,90	67,56	68,04	65,81	108,16	99,79	119,81	121,62	116,51	58,94
1995	88,72	69,08	69,46	67,67	106,25	100,16	114,75	118,14	108,88	62,33
1996	88,26	70,98	70,99	70,83	103,35	100,01	108,03	111,29	102,37	67,65
1997	89,14	74,51	73,04	79,34	101,84	100,41	103,85	105,47	100,96	71,86
1998	92,68	83,11	82,40	85,42	100,95	100,76	101,22	103,23	97,66	81,02
1999	97,08	90,36	91,20	87,79	102,46	102,54	102,36	102,22	102,60	92,67
2000	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
2001	96,35	96,33	100,06	85,15	95,40	93,93	97,45	97,66	97,09	106,19
2002	90,50	89,09	92,66	78,41	89,84	88,45	91,79	90,73	93,64	107,55
2003	90,23	90,12	89,40	91,36	88,37	87,60	89,46	86,62	94,44	110,18
2004	89,96	94,18	91,63	100,27	84,96	85,03	84,87	81,92	90,06	111,67
2005	90,73	99,28	96,45	106,06	82,40	81,80	83,24	80,27	88,45	117,12
2006	97,84	110,98	106,78	121,17	86,16	86,09	86,27	83,78	90,62	127,59
2007	102,77	123,17	121,08	128,19	86,16	84,80	88,06	87,14	89,59	135,94
2008	105,93	127,26	128,57	124,41	88,40	85,22	92,86	93,98	90,69	143,21
2007 1. Vj .	91,23	108,97	103,82	121,47	76,58	75,77	77,72	81,24	71,36	122,22
2. Vj .	103,89	122,26	114,28	141,69	88,97	87,63	90,85	88,26	95,36	132,00
3. Vj .	105,48	118,43	119,01	116,93	93,65	92,34	95,50	93,16	99,57	137,57
4. Vj .	110,49	143,02	147,21	132,69	85,41	83,44	88,16	85,90	92,09	151,96
2008 1. Vj .	94,06	113,91	112,99	116,21	77,73	75,81	80,40	85,35	71,35	130,11
2. Vj .	110,52	131,04	129,40	135,01	94,10	90,35	99,34	98,82	100,13	138,21
3. Vj .	110,04	125,34	125,45	125,28	96,16	92,19	101,69	101,54	101,83	145,33
4. Vj .	109,11	138,73	146,42	121,12	85,63	82,51	90,00	90,23	89,44	159,17
2009 1. Vj .	83,63	91,07	73,34	72,25	74,87	81,73	62,44	139,06
2. Vj .	98,46	100,40	91,39	87,27	97,15	95,95	99,14	147,47

1) Rechenstand 8/2009. – 2) Einschl. Textilien, Bekleidung, Leder-, Holz-, Kunststoff-, Glas-, Keramik- und Eisenwaren, Verlagszeugnissen. – 3) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Anhangtabelle 13: Exporte und Importe

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Sp. 1 – 4)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
	1	2	3	4	5	6	
in jeweiligen Preisen							
Mrd. EUR							
1991	395,50	343,11	52,39	401,59	326,55	75,04	-6,09
1992	396,43	344,43	52,00	403,91	322,00	81,91	-7,48
1993	377,56	325,31	52,25	378,02	292,91	85,11	-0,46
1994	411,25	357,07	54,18	408,66	317,68	90,98	2,59
1995	442,79	383,99	58,80	434,12	337,99	96,13	8,67
1996	467,09	402,13	64,96	450,22	347,74	102,48	16,87
1997	526,25	452,32	73,93	502,34	388,92	113,42	23,91
1998	563,24	486,36	76,88	536,42	417,11	119,31	26,82
1999	591,49	508,92	82,57	574,05	442,74	131,31	17,44
2000	688,39	596,11	92,28	681,14	533,47	147,67	7,25
2001	735,60	636,36	99,24	693,09	535,70	157,39	42,51
2002	765,70	652,57	113,13	667,98	516,02	151,96	97,72
2003	771,31	665,83	105,48	685,38	533,88	151,50	85,93
2004	849,92	734,82	115,10	736,99	580,79	156,20	112,93
2005	921,82	795,55	126,27	802,94	636,85	166,09	118,88
2006	1054,91	908,79	146,12	922,45	746,79	175,66	132,46
2007	1139,49	981,03	158,46	967,79	781,95	185,84	171,70
2008	1179,36	1013,57	165,79	1023,67	832,27	191,40	155,69
2007 1. Vj	277,91	241,09	36,82	234,33	192,48	41,85	43,58
2. Vj	280,25	241,61	38,64	236,38	192,51	43,87	43,87
3. Vj	284,11	244,15	39,96	246,24	192,95	53,29	37,87
4. Vj	297,22	254,18	43,04	250,84	204,01	46,83	46,38
2008 1. Vj	295,94	256,70	39,24	248,55	205,13	43,42	47,39
2. Vj	303,12	263,14	39,98	255,28	208,71	46,57	47,84
3. Vj	299,30	255,96	43,34	269,34	214,31	55,03	29,96
4. Vj	281,00	237,77	43,23	250,50	204,12	46,38	30,50
2009 1. Vj	239,22	202,11	37,11	218,52	175,48	43,04	20,70
2. Vj	233,33	196,10	37,23	208,64	165,15	43,49	24,69
preisbereinigt							
Kettenindex 2000 = 100							
1991	59,95	60,00	59,68	60,37	61,17	57,01	X
1992	59,50	59,75	57,91	62,05	62,34	60,73	X
1993	56,59	56,49	57,23	59,14	57,96	63,45	X
1994	61,13	61,59	58,23	64,02	62,91	68,06	X
1995	65,01	65,38	62,67	68,19	66,90	72,91	X
1996	68,94	68,91	69,12	70,60	69,07	76,23	X
1997	77,01	76,71	78,84	76,40	75,15	80,99	X
1998	83,14	83,10	83,39	83,62	83,45	84,20	X
1999	88,08	87,98	88,68	90,77	90,45	91,88	X
2000	100	100	100	100	100	100	X
2001	106,44	106,27	107,57	101,23	100,26	104,73	X
2002	111,01	109,99	117,66	99,77	99,94	99,23	X
2003	113,74	113,40	116,20	105,12	106,60	100,13	X
2004	125,40	125,43	125,45	112,77	115,78	102,73	X
2005	135,07	135,01	135,73	120,27	123,95	108,01	X
2006	152,57	152,22	155,08	134,61	140,94	113,53	X
2007	164,01	163,60	166,92	141,10	147,76	118,94	X
2008	168,73	168,58	170,01	147,12	155,19	120,20	X
2007 1. Vj	160,31	160,68	158,22	137,17	145,93	107,78	X
2. Vj	160,82	160,30	164,42	136,97	144,44	112,02	X
3. Vj	163,30	162,87	166,33	143,52	145,89	136,01	X
4. Vj	171,63	170,57	178,73	146,75	154,76	119,95	X
2008 1. Vj	169,93	171,25	161,97	143,28	153,31	109,70	X
2. Vj	173,02	174,36	164,92	144,80	153,17	116,87	X
3. Vj	170,16	169,44	175,03	151,86	156,31	137,22	X
4. Vj	161,80	159,27	178,11	148,53	157,96	117,02	X
2009 1. Vj	140,68	137,13	162,88	132,85	139,96	109,15	X
2. Vj	137,56	133,35	163,83	126,74	131,76	110,05	X

1) Rechenstand 8/2009.

Anhangtabelle 14: Verfügbares Einkommen, Sparen und Finanzierungssaldo der Volkswirtschaft
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Verfügbares Einkommen	Konsum	Sparen (Sp. 1 – 2)	Vermögens- transfers aus der übrigen Welt	Vermögens- transfers an die übrige Welt	Brutto- investitionen	Abschreibungen	Finanzierungs- saldo (Sp. 3 + 4 – 5 – 6 + 7)
	1	2	3	4	5	6	7	8
1991	1 305,49	1 172,46	133,03	0,68	2,99	368,23	214,43	- 23,08
1992	1 402,00	1 268,98	133,02	0,90	1,89	385,12	234,47	- 18,62
1993	1 427,87	1 319,21	108,66	1,17	2,12	375,62	250,09	- 17,82
1994	1 490,28	1 378,02	112,26	1,31	2,61	400,17	260,77	- 28,44
1995	1 547,27	1 429,01	118,26	1,24	3,17	410,77	270,48	- 23,96
1996	1 572,60	1 463,25	109,35	2,11	3,76	396,06	276,10	- 12,26
1997	1 599,81	1 487,25	112,56	2,53	2,44	404,42	283,16	- 8,61
1998	1 634,21	1 513,87	120,34	2,98	2,28	424,69	290,22	- 13,43
1999	1 673,68	1 562,25	111,43	2,82	2,95	432,31	297,05	- 23,96
2000	1 713,20	1 606,07	107,13	10,33	3,46	449,18	308,48	- 26,70
2001	1 753,65	1 658,80	94,85	2,06	2,37	411,85	316,41	- 0,90
2002	1 769,68	1 675,26	94,42	2,23	2,44	370,20	321,88	45,89
2003	1 799,29	1 701,45	97,84	2,86	2,55	376,42	323,03	44,76
2004	1 876,24	1 718,95	157,29	2,67	2,70	379,02	328,25	106,49
2005	1 904,69	1 745,00	159,69	3,04	3,53	378,32	335,92	116,80
2006	2 003,42	1 782,52	220,90	3,09	2,89	410,12	343,38	154,36
2007	2 089,05	1 810,96	278,09	3,59	3,00	445,54	359,58	192,72
2008	2 138,33	1 861,48	276,85	3,18	3,39	478,63	367,56	165,57
2007 1. Vj	503,95	432,86	71,09	0,67	0,57	113,26	89,80	47,73
2. Vj	503,30	445,89	57,41	0,98	0,66	106,94	91,65	42,44
3. Vj	532,91	453,95	78,96	0,89	0,63	125,38	89,94	43,78
4. Vj	548,89	478,26	70,63	1,05	1,14	99,96	88,19	58,77
2008 1. Vj	520,52	445,80	74,72	1,36	0,89	116,51	91,36	50,04
2. Vj	527,29	461,93	65,36	0,91	0,63	115,83	93,92	43,73
3. Vj	547,45	468,44	79,01	0,42	0,74	136,00	92,33	35,02
4. Vj	543,07	485,31	57,76	0,49	1,13	110,29	89,95	36,78
2009 1. Vj	487,29	451,11	36,18	0,57	0,67	107,69	91,99	20,38
2. Vj	493,57	467,61	25,96	0,13	0,58	96,50	93,75	22,76

1) Rechenstand 8/2009.

Dipl.-Kaufmann Winfried Hammes, Dipl.-Volkswirt Stefan P. Rübenaach

Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung

Ergebnisse des Mikrozensus 2008

Im Jahr 2008 gab es in Deutschland 40,1 Mill. Haushalte mit rund 82,3 Mill. Haushaltsmitgliedern. Im Vergleich zum April 1991 ist damit die Zahl der Privathaushalte um knapp 14 %, die Zahl der Haushaltsmitglieder um 3 % gestiegen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ging dagegen zurück: Lebten im April 1991 noch durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt, waren es 2008 nur noch 2,05 Personen.

Die durchschnittliche Zahl der minderjährigen Kinder in Familien mit Kind(ern) unter 18 Jahren betrug im Jahr 2008 in Deutschland 1,61. Im Jahr 1996 hatte diese noch bei 1,65 minderjährigen Kindern gelegen.

In 24 % der Haushalte in Deutschland wohnten im Jahr 2008 ausschließlich Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren. Im April 1991 hatte dieser Anteil noch 20 % betragen. In 6 % aller Haushalte lebten ältere mit jüngeren Menschen zusammen. Somit befand sich in 30 % aller Haushalte in Deutschland mindestens eine Person im Seniorenalter.

In 30 % der Haushalte lebten im Jahr 2008 zwei oder mehr Generationen unter einem Dach. Bei den Mehrgenerationenhaushalten handelte es sich fast ausnahmslos um Zweigenerationenhaushalte. Zwischen 1991 und 2008 sank der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte – gemessen an allen Haushalten – um knapp 9 Prozentpunkte. Im April 1991 hatte der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte noch bei 39 % gelegen.

Im Jahr 2008 lebte in 97 % der Haushalte in Deutschland nur eine Lebensform, beispielsweise ein Ehepaar. Die Zahl

der Ehepaare hat zwischen 1996 und 2008 um knapp 6 % abgenommen. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Lebensgemeinschaften um 40 % erhöht. Die Zahl der Alleinerziehenden wie auch diejenige der Alleinstehenden sind um jeweils 19 % gestiegen.

Mit diesem Beitrag wird die regelmäßige Berichterstattung zum Thema Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung aus dem Mikrozensus fortgesetzt.

Vorbemerkung

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Seit 1957 (in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1991) wird jährlich rund 1 % der Bevölkerung Deutschlands zu seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage befragt. Damit ist der Mikrozensus die größte jährliche Haushaltsbefragung in Deutschland und Europa. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen.¹⁾ Er ist damit eine unverzichtbare Informationsquelle für die Politik, die Wissenschaft sowie für die breite Öffentlichkeit.

Im nachfolgenden Aufsatz werden die aktuellen Ergebnisse der Mikrozensus-Befragung 2008 über Haushalte und Lebensformen dargestellt.²⁾ Neben den gesamtdeutschen Daten werden auch Ergebnisse über die Entwicklung im frü-

1) So erfasst der Mikrozensus jährlich u. a. Angaben zur Erwerbstätigkeit, Bildung und Migration; in vierjährlichem Abstand werden themenspezifische Zusatzprogramme, z. B. zur Wohnsituation oder zur Krankenversicherung, durchgeführt.

2) Erste Ergebnisse der Erhebung 2008 wurden im Juli 2009 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt. Diese Informationen stehen unter www.destatis.de, Pfad: Presse → Pressekonferenzen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

heren Bundesgebiet ohne Berlin-West und in den neuen Ländern und Berlin vorgestellt. Bei einem Zeitvergleich der Mikrozensusergebnisse ist zu beachten, dass mit dem Mikrozensusgesetz 2005³⁾ neben inhaltlichen auch verschiedene methodische Änderungen vorgenommen wurden.⁴⁾ Zu Letztgenannten gehören insbesondere die Einführung einer unterjährigen (kontinuierlichen) Erhebungsform mit gleitender Berichtswoche und die Neugestaltung der Hochrechnung. Hierbei wurde der Hochrechnungsrahmen ab 2005 durch zusätzliche Hochrechnungsterme erweitert. Im Rahmen der Hochrechnung des Mikrozensus erfolgt in der Regel eine Anpassung der Stichprobenverteilungen ausgewählter Hilfsvariablen (u. a. Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit) an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters.⁵⁾

Durch diese Maßnahmen soll insbesondere den veränderten demografischen Entwicklungen Rechnung getragen werden. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge von Jahr zu Jahr aufweisen. Im nachfolgenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittsergebnisse präsentiert.

Im Mikrozensus wird jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, auch Einzeluntermieter), als (Privat-)Haushalt gezählt. Dabei können zum Haushalt sowohl verwandte als auch familienfremde Personen gehören (beispielsweise Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte (z. B. Pflegeheime, Wohnheime usw.) gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. den Haushalt des Anstaltsleiters). Personen mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Haupt- und mindestens einem Nebenwohnsitz) werden dabei – da sie an jedem Wohnsitz Ressourcen (z. B. öffentlichen Personennahverkehr) in Anspruch nehmen – in der Regel mehrfach gezählt. Insofern beziehen sich alle im Folgenden präsentierten Ergebnisse zu Haushalten und Haushaltsmitgliedern – sofern nicht anders vermerkt – auf Privathaushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz. In einem Haushalt können grundsätzlich mehrere Familien oder Lebensformen ohne Kind leben.

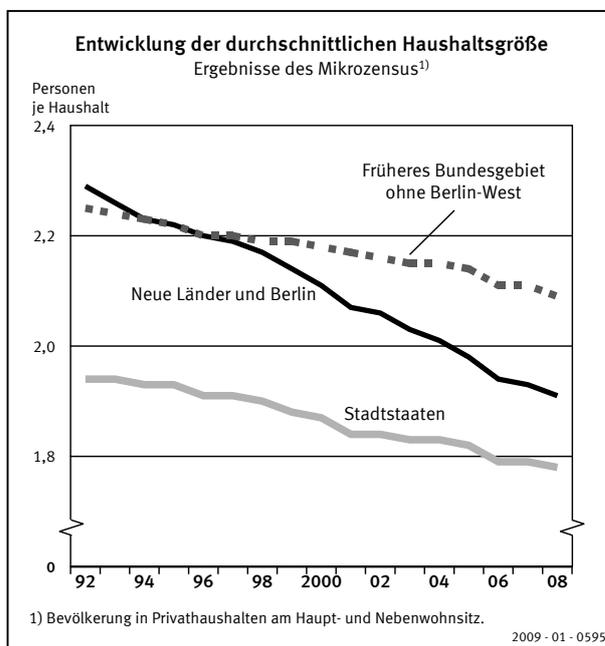
Seit dem Mikrozensus 2005 erfolgt die statistische Auswertung und Präsentation der Ergebnisse für Haushalte über den sogenannten Haupteinkommensbezieher im Haushalt. Vor 2005 wurde die Bezugsperson des Haushalts verwendet. Der Haupteinkommensbezieher ist die Person mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen im Haushalt.⁶⁾ Die Bezugsperson war die erste im Fragebogen eingetragene Person.⁷⁾

Rund 40 Mill. Privathaushalte

Im Jahr 2008 gab es in Deutschland 40,1 Mill. Privathaushalte; das waren 14 % mehr als im April 1991. Im gleichen Zeitraum ist auch die Zahl der Haushaltsmitglieder gestiegen: Wohnten im April 1991 noch rund 80,2 Mill. Menschen in Privathaushalten, so waren es 2008 bereits rund 82,3 Mill. (+ 3 %). Aufgrund des überproportionalen Anstiegs der Zahl der Privathaushalte im Vergleich zur Entwicklung bei den Haushaltsmitgliedern sank die durchschnittliche Anzahl der in einem Haushalt lebenden Personen: Hatten im April 1991 noch durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt gelebt, so waren es 2008 nur noch 2,05 Personen.

Die Zahl der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung entwickelte sich im Westen und Osten Deutschlands gegenläufig: Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin hat sie seit 1991 (mit Ausnahme der Jahre 1998, 2005 und 2006) stetig zugenommen.⁸⁾ Im Jahr 2008 lebten dort 65,8 Mill. Menschen in Privathaushalten; das waren 6 % mehr als im April 1991. Die Zunahme der Zahl der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung war gleichzeitig mit einem Anstieg der Zahl der Privathaushalte verbunden. So gab es 2008 im Westen Deutschlands 31,5 Mill. Privathaushalte, 15 % mehr als im April 1991. Während im April 1991 noch durchschnittlich 2,26 Personen in einem Haushalt lebten, waren es 2008 nur noch 2,09 Personen.

Schaubild 1



3) Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350).

4) Zur weiterführenden Information über inhaltliche und methodische Änderungen siehe Iversen, K.: „Das Mikrozensusgesetz 2005 und der Übergang zur Unterjährigkeit“ in WiSta 1/2007, S. 38 ff., Lotze, S./Breiholz, H.: „Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus Teil 1“ in WiSta 5/2002, S. 359 ff., sowie Lotze, S./Breiholz, H.: „Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus Teil 2“ in WiSta 6/2002, S. 454 ff.

5) Siehe hierzu Iversen, K.: „Auswirkungen der neuen Hochrechnung für den Mikrozensus ab 2005“ in WiSta 8/2007, S. 739 ff.

6) Sofern mehrere Haushaltsmitglieder über das gleiche monatliche Nettoeinkommen verfügen, entscheidet die Reihenfolge, in der die Personen im Fragebogen eingetragen sind.

7) Personen unter 15 Jahren waren als Haushaltsbezugsperson ausgeschlossen.

8) Seit der Einführung der kontinuierlichen Erhebungsform des Mikrozensus ab 2005 sind die Zahlen für Haushalte und Familien/Lebensformen infolge ungleichmäßiger Verteilung des Befragungsvolumens auf die Referenzzeiträume nicht zu vernachlässigenden Schwankungen unterworfen.

Demgegenüber ist in den neuen Ländern und Berlin seit 1991 eine rückläufige Entwicklung der Zahl der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zu beobachten: Im Jahr 2008 lebten hier 16,5 Mill. Personen in Privathaushalten, 9 % weniger als 17 Jahre zuvor. Wie im Westen ist auch hier die Zahl der Privathaushalte zwischen 1991 und 2008 (mit Ausnahme des Jahres 1992) kontinuierlich gestiegen: Im Jahr 2008 gab es in den neuen Ländern und Berlin 8,6 Mill. Privathaushalte und damit 10 % mehr als im April 1991. Diese Entwicklung schlug sich auch in der durchschnittlichen Personenzahl je Haushalt nieder: Diese sank zwischen 1991 und 2008 von 2,31 Personen auf 1,91 Personen.

Trend zu „kleineren“ Haushalten

Mit der Zunahme der Zahl der Haushalte ging auch eine „Strukturverschiebung“ hin zu kleineren Haushalten einher. Als „kleine“ Haushalte werden in diesem Zusammenhang Haushalte mit einer oder zwei Person(en) verstanden. Der Anteil dieser Haushalte an allen Haushalten ist in Deutschland in den letzten 17 Jahren um 8 Prozentpunkte gestiegen; 2008 waren gut 73 % aller 40,1 Mill. Haushalte Ein- oder Zweipersonenhaushalte (April 1991: 65%). Zu dieser Entwicklung haben insbesondere die Einpersonenhaushalte mit einem Anstieg ihres Anteils an allen Haushalten um 6 Prozentpunkte beigetragen (Anteil im April 1991: 34 %). Der Anteil der Zweipersonenhaushalte stieg von 31 % (April 1991) auf 34 % im Jahr 2008. Dagegen entwickelte sich der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen rückläufig: Er sank von 35 % im April 1991 auf knapp 27 % im Jahr 2008.

Sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands ist diese Verschiebung der Haushaltstruktur hin zu kleineren Haushalten festzustellen – im Osten allerdings stärker ausgeprägt als im Westen. 2008 waren von den 31,5 Mill. Haushalten im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West 39 % Einpersonenhaushalte, 34 % Zweipersonenhaushalte und 28 % Haushalte mit 3 und mehr Personen. Im Vergleich zum April 1991 sind die Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte hier um 4 bzw. 3 Prozentpunkte gestiegen.

Dagegen sank der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten um 7 Prozentpunkte.

In den neuen Ländern und Berlin waren im Jahr 2008 von den 8,6 Mill. Haushalten 42 % Einpersonenhaushalte, 35 % Zweipersonenhaushalte und knapp 23 % Haushalte mit drei und mehr Personen. Diese Anteile sind seit April 1991 um knapp 12 (Einpersonenhaushalte) bzw. 4 Prozentpunkte (Zweipersonenhaushalte) gestiegen; der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen sank im gleichen Zeitraum um 15 Prozentpunkte.

Die Tendenz zu immer kleiner werdenden Haushalten zeigte sich auch in den Stadtstaaten. Im Jahr 2008 waren hier mit 52 % mehr als die Hälfte aller Haushalte Einpersonenhaushalte. Im Gegensatz zum Westen und Osten Deutschlands sowie zu Deutschland insgesamt gab es hier im 17-Jahres-Vergleich neben einem Rückgang des Anteils der Haushalte mit drei und mehr Personen auch einen Rückgang des

Tabelle 1: Privathaushalte nach Haushaltsgröße
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾

Gebietsstand Erhebungszeitraum	Ins- gesamt	Einper- sonen- haus- halte	Mehrpersonenhaushalte		
			zu- sam- men	mit ... Personen	
				2	3 und mehr
1 000					
Deutschland					
Jahr 2008	40076	15791	24286	13636	10650
April 1991	35256	11858	23398	10863	12535
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West					
Jahr 2008	31453	12143	19310	10597	8714
April 1991	27423	9446	17977	8391	9586
Neue Länder und Berlin					
Jahr 2008	8623	3647	4976	3040	1936
April 1991	7833	2412	5421	2472	2949
nachrichtlich:					
Stadtstaaten					
Jahr 2008	3296	1707	1589	994	594
April 1991	2962	1322	1640	908	732
Flächenländer					
Jahr 2008	36781	14084	22697	12642	10055
April 1991	32294	10535	21758	9955	11804
%					
Deutschland					
Jahr 2008	100	39,4	60,6	34,0	26,6
April 1991	100	33,6	66,4	30,8	35,4
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West					
Jahr 2008	100	38,6	61,4	33,7	27,7
April 1991	100	34,4	65,6	30,6	35,0
Neue Länder und Berlin					
Jahr 2008	100	42,3	57,7	35,3	22,5
April 1991	100	30,8	69,2	31,6	37,7
nachrichtlich:					
Stadtstaaten					
Jahr 2008	100	51,8	48,2	30,2	18,0
April 1991	100	44,6	55,4	30,7	24,7
Flächenländer					
Jahr 2008	100	38,3	61,7	34,4	27,3
April 1991	100	32,6	67,4	30,8	36,6

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Anteils der Zweipersonenhaushalte um einen halben Prozentpunkt.

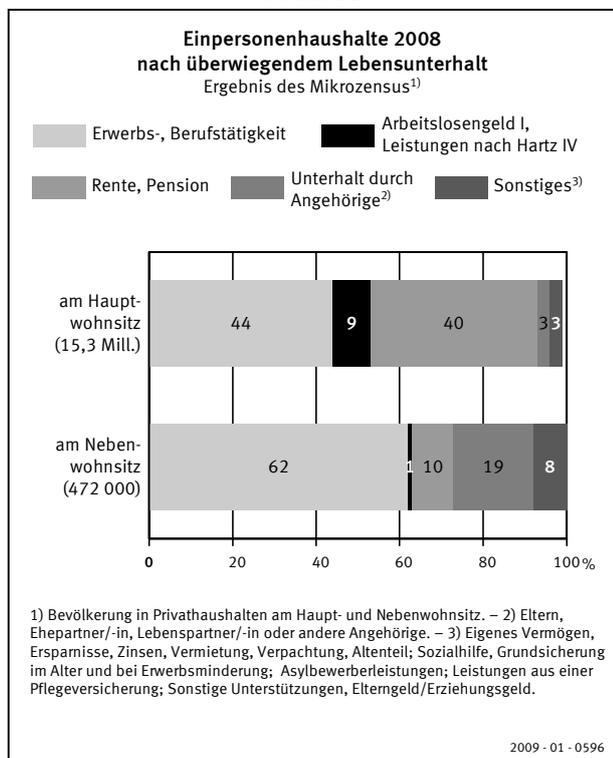
Einpersonenhaushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz

Fast drei Viertel (74 %) aller 639 000 Privathaushalte am Nebenwohnsitz waren 2008 Einpersonenhaushalte. Damit war der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten am Nebenwohnsitz deutlich höher als am Ort der Hauptwohnung. Für die 39,4 Mill. Haushalte am Hauptwohnsitz lag er nur bei 39 %. Der Grund hierfür dürfte vor allem in den von beruflich mobilen Erwerbstätigen eingerichteten Pendlerwohnungen liegen; für immer mehr Berufstätige fallen der Ort des Hauptwohnsitzes und der der Arbeitsstätte auseinander, sodass am Arbeitsort ein Nebenwohnsitz eingerichtet wird. Der bisherige Hauptwohnsitz wird als Familienwohnsitz und Ort des Lebensmittelpunktes beibehalten.

Diese Vermutung wird auch dadurch erhärtet, dass die Mehrzahl der 472 000 Einpersonenhaushalte am Nebenwohnsitz ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbs- und Berufstätigkeit bestreift (62 %), während der entsprechende Anteil bei den 15,3 Mill. Einpersonenhaushalten am Haupt-

wohnsitz lediglich 44% betrug. Auf den weiteren Plätzen folgten der Unterhalt durch Angehörige (19% der Einpersonenhaushalte am Nebenwohnsitz) – beispielsweise durch Eltern oder Ehe- bzw. Lebenspartner/-innen) – und der Unterhalt durch Rente oder Pension (10%).

Schaubild 2



Bei den Einpersonenhaushalten am Hauptwohnsitz waren Renten/Pensionen mit einem Anteil von 40% nach der Erwerbs- und Berufstätigkeit die zweitwichtigste Quelle des Lebensunterhalts, gefolgt vom Bezug von Arbeitslosengeld I oder durch Leistungen nach Hartz IV (9%).

Die dargestellte Struktur gilt für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West wie für die neuen Länder und Berlin gleichermaßen.

Fast jeder dritte Haushalt ist ein Mehrgenerationenhaushalt

Von grundlegender Bedeutung für das Aufwachsen und die Betreuung von Kindern sowie die Pflege älterer Menschen ist die Generationenstruktur der Haushalte. Im Jahr 2008 waren 30% der 40,1 Mill. Haushalte in Deutschland Mehrgenerationenhaushalte; hierbei handelt es sich um Haushalte, in denen mindestens zwei Generationen leben.⁹⁾ Bei den Mehrgenerationenhaushalten handelte es sich im Jahr 2008 ganz überwiegend um Zweigenerationenhaushalte, nur in knapp 2% der Mehrgenerationenhaushalte lebten

drei oder mehr Generationen zusammen. Knapp 70% der Haushalte in Deutschland waren Einpersonenhaushalte oder Mehrpersonenhaushalte, in denen keine in gerader Linie miteinander verwandte Personen lebten.

Im Vergleich zum April 1991 ist der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte an allen Haushalten in Deutschland um fast 9 Prozentpunkte zurückgegangen; damals hatte der Anteil der Haushalte ohne geradlinig miteinander Verwandte an allen Haushalten 61% betragen. Obwohl auch schon 1991 die Mehrgenerationenhaushalte zum größten Teil Zweigenerationenhaushalte gewesen waren, hatte der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Generationen mit 3% noch um gut einen Prozentpunkt höher gelegen als im Jahr 2008.

Die rückläufige Entwicklung des Anteils der Mehrgenerationenhaushalte war in den neuen Ländern und Berlin

Tabelle 2: Privathaushalte nach der Zahl der Generationen
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾

Gebietsstand Erhebungszeitraum	Ins- gesamt	Mehrgenerationen- haushalte		Sonstige Haus- halte ²⁾	
		zu- sammen	mit ... Generationen		
			2		3 und mehr
1 000					
Deutschland					
Jahr 2008	40076	12 146	11 925	221	
April 1991	35 256	13 772	13 343	429	
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West					
Jahr 2008	31 453	9 811	9 627	184	
April 1991	27 423	10 511	10 171	340	
Neue Länder und Berlin					
Jahr 2008	8 623	2 335	2 298	37	
April 1991	7 833	3 261	3 171	89	
nachrichtlich:					
Stadtstaaten					
Jahr 2008	3 296	747	738	9	
April 1991	2 962	858	843	14	
Flächenländer					
Jahr 2008	36 781	11 400	11 188	212	
April 1991	32 294	12 914	12 500	415	
%					
Deutschland					
Jahr 2008	100	30,3	29,8	0,6	
April 1991	100	39,1	37,8	1,2	
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West					
Jahr 2008	100	31,2	30,6	0,6	
April 1991	100	38,3	37,1	1,2	
Neue Länder und Berlin					
Jahr 2008	100	27,1	26,6	0,4	
April 1991	100	41,6	40,5	1,1	
nachrichtlich:					
Stadtstaaten					
Jahr 2008	100	22,7	22,4	0,3	
April 1991	100	28,9	28,5	0,5	
Flächenländer					
Jahr 2008	100	31,0	30,4	0,6	
April 1991	100	40,0	38,7	1,3	

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. – 2) Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne geradlinig miteinander Verwandte.

9) Die Zahl der Generationen im Haushalt bezieht sich auf das direkte, geradlinige Abstammungsverhältnis zur Bezugsperson des Haushalts (Haupteinkommensbezieher bzw. erste im Fragebogen eingetragene Person). Dreigenerationenhaushalte sind beispielsweise Haushalte, in denen drei in direkter Linie miteinander verwandte Generationen unter einem Dach leben (Eltern, ihre Kinder und deren Großeltern).

wesentlich stärker ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West: Betrug der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte an allen Haushalten im April 1991 hier noch 42 %, so waren es im Jahr 2008 nur noch 27 %. Während der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte im Osten 1991 noch um gut 3 Prozentpunkte über dem im Westen von 38 % gelegen hatte, lag er 17 Jahre später um 4 Prozentpunkte darunter. Korrespondierend hierzu ist im Osten Deutschlands der Anteil der Haushalte ohne geradlinig verwandte Personen um gut 14 Prozentpunkte angestiegen. Hierfür waren insbesondere die Einpersonenhaushalte ausschlaggebend.

Die Entwicklung in den Stadtstaaten folgt dieser Tendenz, allerdings weniger ausgeprägt. Hier lag der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte an allen Haushalten im Jahr 2008 bei knapp 23 %; das waren 6 Prozentpunkte weniger als im April 1991. Gleiches gilt für die Zweigenerationenhaushalte: Ihr Anteil an allen Haushalten lag im Jahr 2008 bei 22 % (April 1991: gut 28 %).

Tabelle 3: Privathaushalte mit und ohne Menschen im Alter von 65 Jahren und älter
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾

Gebietsstand Erhebungszeitraum	Insgesamt	Ohne ältere Menschen	Aus- schließlich mit älteren Menschen	Mit Älteren und Jüngeren
	1 000			
Deutschland				
Jahr 2008	40 076	28 068	9 547	2 460
April 1991	35 256	25 954	7 005	2 297
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West				
Jahr 2008	31 453	22 030	7 441	1 982
April 1991	27 423	20 069	5 481	1 873
Neue Länder und Berlin				
Jahr 2008	8 623	6 038	2 106	479
April 1991	7 833	5 885	1 524	425
nachrichtlich:				
Stadtstaaten				
Jahr 2008	3 296	2 452	698	145
April 1991	2 962	2 228	610	124
Flächenländer				
Jahr 2008	36 781	25 615	8 849	2 316
April 1991	32 294	23 726	6 395	2 173
	%			
Deutschland				
Jahr 2008	100	70,0	23,8	6,1
April 1991	100	73,6	19,9	6,5
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West				
Jahr 2008	100	70,0	23,7	6,3
April 1991	100	73,2	20,0	6,8
Neue Länder und Berlin				
Jahr 2008	100	70,0	24,4	5,6
April 1991	100	75,1	19,5	5,4
nachrichtlich:				
Stadtstaaten				
Jahr 2008	100	74,4	21,2	4,4
April 1991	100	75,2	20,6	4,2
Flächenländer				
Jahr 2008	100	69,6	24,1	6,3
April 1991	100	73,5	19,8	6,7

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Seit 1991 ist der Anteil der „Seniorenhaushalte“ gestiegen

Die steigende Lebenserwartung sowie der zunehmende Wunsch vieler älterer Bürger, weitgehend selbstständig im Alter im eigenen Haushalt zu leben, hat dazu geführt, dass die Zahl der „Seniorenhaushalte“ stetig zunimmt.¹⁰⁾ Hierbei handelt es sich in der Regel um kleinere Haushalte mit ein oder zwei Personen.

Im Vergleich zu 1991 hatte sich im Jahr 2008 der Anteil der Haushalte in Deutschland, in denen ausschließlich Personen im Alter von über 65 Jahren leben, um fast 4 Prozentpunkte erhöht (April 1991: 20 %). Gleichzeitig sank der Anteil der Haushalte ohne ältere Menschen um knapp 4 Prozentpunkte (April 1991: 74 %). Darüber hinaus wohnten im Jahr 2008 in 6 % der Haushalte Ältere und Jüngere zusammen; gegenüber April 1991 blieb dieser Anteil nahezu unverändert. Damit lebte in 30 % aller Haushalte in Deutschland mindestens eine Seniorin bzw. ein Senior über 65 Jahren. Demgegenüber wohnten in 70 % der 40,1 Mill. Haushalte ausschließlich Menschen unter 65 Jahren. Diese Anteile waren für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West sowie die neuen Länder und Berlin nahezu gleich.

In den Stadtstaaten haben sich die Strukturen weniger verändert. Hier ist der Anteil der Haushalte ohne Seniorinnen oder Senioren seit April 1991 nur um knapp einen Prozentpunkt gesunken. 1991 hatte dieser Anteil noch bei gut 75 % gelegen.

Haushalte und Lebensformen

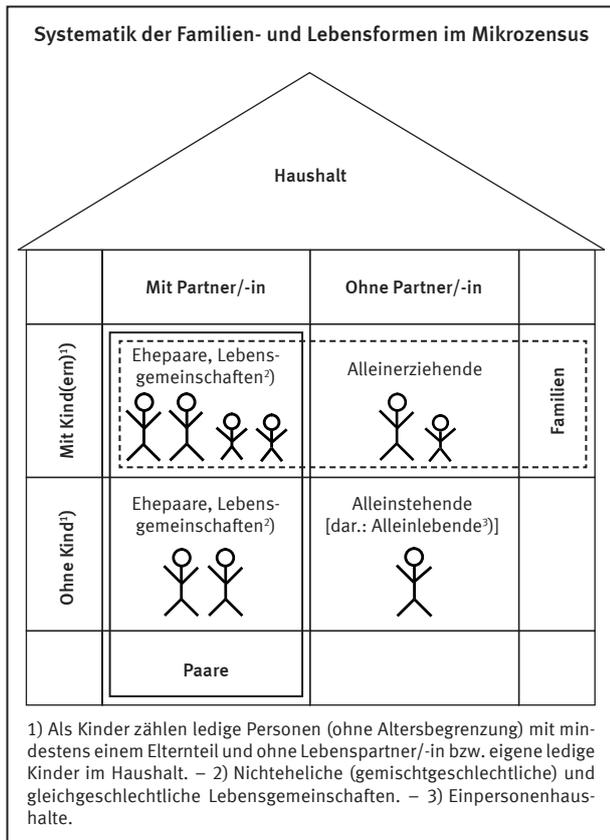
Die Entwicklung der Zahl der Privathaushalte und die Veränderungen der Haushaltsgrößen werden überwiegend durch die Haushalts- und Familiengründungsprozesse determiniert. Die in den Haushalten vorherrschenden Beziehungsgefüge führen zu verschiedenen Lebensformen der Bevölkerung. Schaubild 3 auf S. 878 zeigt die Systematik, nach der im Mikrozensus diese Lebensformen in der Regel dargestellt werden.

Zu den Lebensformen der Bevölkerung zählen Paare (Ehepaare und Lebensgemeinschaften) mit ledigem Kind bzw. mit ledigen Kindern und ohne Kind, alleinerziehende Elternteile [mit Kind(ern)] sowie alleinstehende Personen (ohne Partnerin bzw. Partner und ohne Kind im Haushalt). Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden als Alleinlebende bezeichnet.

Als Haushaltsbefragung konzentriert sich der Mikrozensus auf das Beziehungsgefüge der befragten Menschen in den „eigenen vier Wänden“, also auf einen gemeinsamen Haushalt. Entsprechend werden über Haushaltsgrenzen hinweg bestehende Eltern-Kind-Beziehungen oder Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung (das sogenannte „Living apart together“) nicht berücksichtigt.

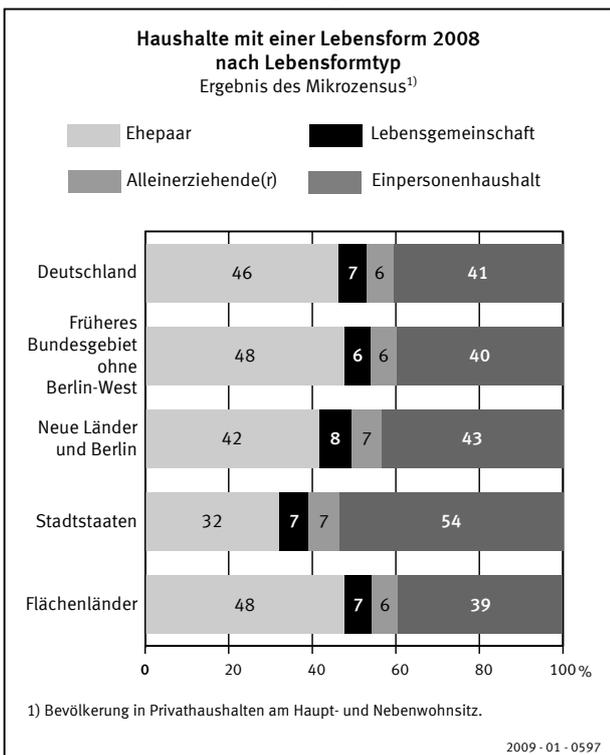
10) Siehe hierzu auch Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): „Demographischer Wandel in Deutschland, Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern“, Ausgabe 2007, S. 26 ff.

Schaubild 3



Im Jahr 2008 lebte in 97 % der 40,1 Mill. Haushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz in Deutschland nur eine Lebens-

Schaubild 4

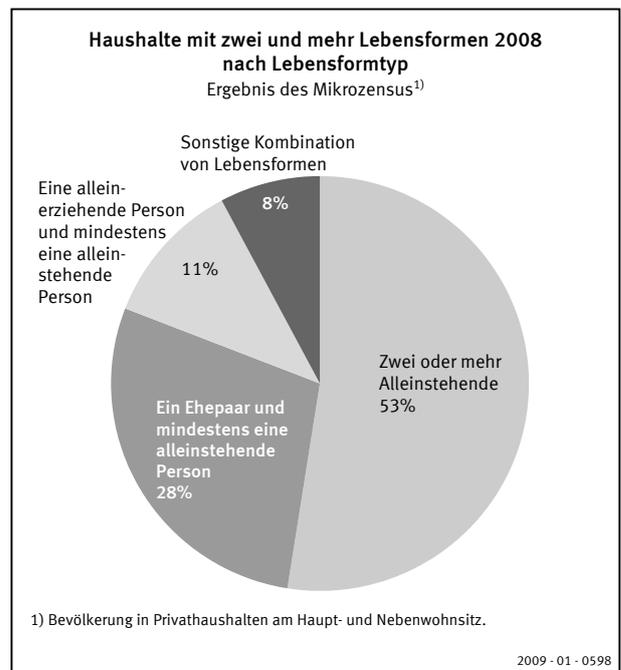


form. Mehrere Lebensformen – wie zum Beispiel ein Ehepaar und eine alleinstehende Person – wiesen nur knapp 3 % der Haushalte auf.

Gut 46% der 38,9 Mill. ausschließlich von einer Lebensform bewohnten Haushalte waren solche mit einem Ehepaar, 41% waren Einpersonenhaushalte und 6 bzw. knapp 7% dieser Haushalte wurden von einem alleinerziehenden Elternteil bzw. einer Lebensgemeinschaft geführt.

In über der Hälfte (knapp 53%) der Haushalte mit mindestens zwei Lebensformen wohnten und wirtschafteten zwei oder mehr Alleinstehende zusammen. Mit einem Anteil von gut 28% folgten häusliche Gemeinschaften mit einem Ehepaar und mindestens einem bzw. einer Alleinstehenden. 11% der Haushalte bewohnten ein alleinerziehender Elternteil und sein(e) Kind(er) mit mindestens einer oder einem Alleinstehenden. Die restlichen Haushalte (knapp 8%) wiesen andere Lebensformen auf.

Schaubild 5



Zahl der Ehepaare nimmt weiter ab

Während in den obigen Abschnitten die Haushaltsebene im Vordergrund stand, werden in den folgenden Ausführungen schwerpunktmäßig Ergebnisse auf der Familienebene dargestellt. Hier stehen die Entwicklung der Zahl der Ehepaare, der Lebensgemeinschaften, der Alleinerziehenden sowie der Alleinstehenden im Mittelpunkt der Betrachtung. Wurden auf der Haushaltsebene unter Infrastrukturaspekten sowohl der Haupt- als auch der Nebenwohnsitz betrachtet, so beziehen sich die folgenden Ausführungen auf die Familien und Lebensformen am Hauptwohnsitz. Auf diese Weise werden Doppelzählungen von Personen, die an verschiedenen Wohnsitzen leben, vermieden.

Im Jahr 2008 lebten in Deutschland 18,5 Mill. Ehepaare. Vier von fünf Ehepaaren (knapp 81%) wohnten im frühe-

ren Bundesgebiet ohne Berlin-West; rund jedes fünfte Ehepaar (3,6 Mill. bzw. 19 %) lebte in den neuen Ländern und Berlin.

Seit 1996¹¹⁾, als noch insgesamt 19,6 Mill. Ehepaare in Deutschland lebten, ist die Zahl der Ehepaare bis zum Jahr 2008 damit um knapp 6 % gesunken. Dieser Rückgang verlief im Westen und Osten Deutschlands unterschiedlich: Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West nahm die Zahl der Ehepaare in diesem Zeitraum um 3,6 % ab. In den neuen

Ländern und Berlin war der Rückgang der Zahl der Ehepaare mit knapp 14 % deutlich stärker.

Ehepaare nach Staatsangehörigkeit der Partner

Hinweise auf den Grad der Integration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland ergeben sich teilweise auch durch eine Betrachtung der Ehepaare nach der Staatsangehörigkeit der Ehegatten. Unter Staatsangehörigkeit wird hier

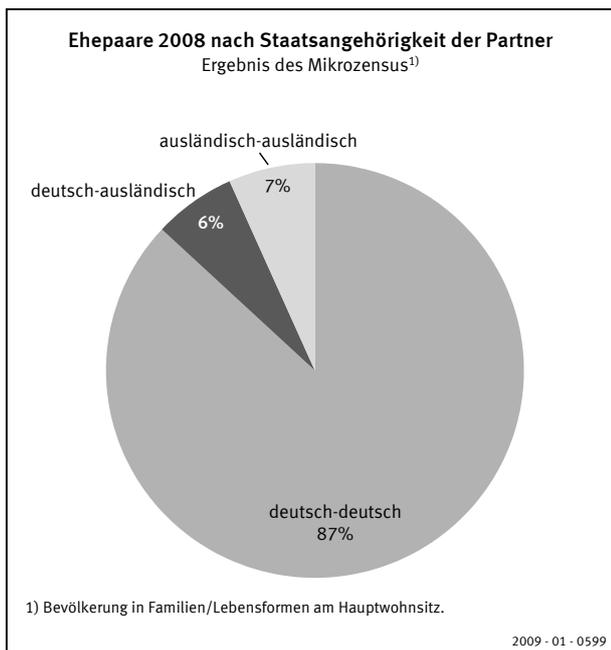
Tabelle 4: Deutsch-ausländische Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften nach Staatsangehörigkeit der ausländischen Partnerin bzw. des ausländischen Partners
Ergebnis des Mikrozensus 2008¹⁾

Staatsangehörigkeit des Partners	Insgesamt		Mit deutschem Mann und ausländischer Frau		Mit ausländischem Mann und deutscher Frau	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ehepaare						
Zusammen	1 187	100	655	100	532	100
EU-Staaten	497	41,9	260	39,7	237	44,5
darunter:						
Frankreich	31	2,6	17	2,6	14	2,6
Griechenland	19	1,6	6	0,9	13	2,4
Italien	84	7,1	20	3,1	64	12,0
Niederlande	38	3,2	16	2,4	22	4,1
Österreich	65	5,5	30	4,6	35	6,6
Polen	89	7,5	71	10,8	18	3,4
Rumänien	22	1,9	17	2,6	5	0,9
Spanien	23	1,9	12	1,8	11	2,1
Ungarn	17	1,4	8	1,2	9	1,7
Vereinigtes Königreich	36	3,0	12	1,8	24	4,5
Nicht-EU-Staaten	690	58,1	395	60,3	295	55,5
Europäische Nicht-EU-Staaten	403	34,0	207	31,6	196	36,8
darunter:						
Bosnien und Herzegowina	18	1,5	7	1,1	11	2,1
Kroatien	32	2,7	17	2,6	15	2,8
Russische Föderation	85	7,2	57	8,7	28	5,3
Schweiz	15	1,3	9	1,4	6	1,1
Serbien	24	2,0	9	1,4	15	2,8
Türkei	155	13,1	64	9,8	91	17,1
Sonstiges Osteuropa	14	1,2	8	1,2	6	1,1
Sonstige Nicht-EU-Staaten und Regionen	287	24,2	188	28,7	99	18,6
Afrika	66	5,6	31	4,7	35	6,6
darunter:						
Marokko	19	1,6	9	1,4	10	1,9
Sonstiges Nordafrika	18	1,5	6	0,9	12	2,3
Sonstiges Afrika	28	2,4	15	2,3	13	2,4
Amerika	79	6,7	49	7,5	30	5,6
darunter:						
Südamerika	31	2,6	25	3,8	6	1,1
Vereinigte Staaten	32	2,7	12	1,8	20	3,8
Nahe und Mittlerer Osten	64	5,4	34	5,2	30	5,6
Süd- und Südostasien	78	6,6	68	10,4	10	1,9
Ostasien	16	1,3	14	2,1	/	/
Übrige Welt ²⁾	10	0,8	6	0,9	/	/
Nichteheliche Lebensgemeinschaften³⁾						
Zusammen	186	100	78	100	108	100
EU-Staaten	110	59,1	43	55,1	67	62,0
darunter:						
Frankreich	7	3,8	/	/	/	/
Italien	28	15,1	6	7,7	22	20,4
Österreich	10	5,4	/	/	6	5,6
Polen	12	6,5	9	11,5	/	/
Vereinigtes Königreich	8	4,3	/	/	7	6,5
Nicht-EU-Staaten	76	40,9	35	44,9	41	38,0
Europäische Nicht-EU-Staaten	41	22,0	18	23,1	23	21,3
dar.: Türkei	11	5,9	/	/	9	8,3
Übrige Welt ⁴⁾	35	18,8	17	21,8	18	16,7

1) Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – 2) Australien und Ozeanien, staatenlos. – 3) Gemischtgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. – 4) Amerika, Afrika, Asien, Australien und Ozeanien, staatenlos.

11) Wegen der konzeptionellen Änderungen ist ein Zeitvergleich der Lebensformen – im Unterschied zur Entwicklung der Haushalte – erst ab 1996 möglich.

Schaubild 6



die rechtliche Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Staat verstanden.¹²⁾

Bei 87 % der 18,5 Mill. Ehepaare, die im Jahr 2008 in Deutschland lebten, besaßen beide Partner die deutsche Staatsangehörigkeit; in 7 % der Fälle hatten beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit, bei den restlichen 6 % besaß ein Ehegatte einen deutschen, der andere einen ausländischen Pass.

Eine Betrachtung der bevorzugten Ehepartner dieser letzten Gruppe zeigt auf, dass von den insgesamt 655 000 deutschen Ehemännern mit ausländischen Ehefrauen knapp 13 % mit Frauen aus Süd- und Südostasien bzw. Ostasien und 11 % mit einer polnischen Frau verheiratet waren; danach folgten türkische Ehefrauen (knapp 10 %) sowie Ehefrauen aus der Russischen Föderation (9 %). Bei den letztgenannten Frauen ist zu beachten, dass es sich hierbei zu einem großen Teil auch um Familienmitglieder handelt, die den bereits eingebürgerten, vormals der Russischen Föderation angehörigen Ehemännern im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland folgten.

Bei den insgesamt 532 000 ausländischen Ehemännern deutscher Ehefrauen handelte es sich in knapp einem Fünftel der Fälle (17 %) um türkische Männer, gefolgt von Italienern (12 %) und Österreichern (knapp 7 %).

Zahl der Lebensgemeinschaften steigt stetig an

Die Zahl der Lebensgemeinschaften ist in Deutschland seit 1996 um 40 % auf knapp 2,6 Mill. im Jahr 2008 gestie-

gen.¹³⁾ Im Westen Deutschlands nahm die Zahl der Lebensgemeinschaften seit April 1996 um knapp 44 % auf 1,9 Mill. zu. Im Osten Deutschlands gab es im Jahr 2008 mit 670 000 Lebensgemeinschaften knapp ein Drittel (+ 31 %) mehr Lebensgemeinschaften als im April 1996. Damit war der Anstieg der Zahl der Lebensgemeinschaften im Westen wesentlich stärker ausgeprägt als im Osten Deutschlands.

In den Stadtstaaten war der Anstieg der Zahl der Lebensgemeinschaften deutlich geringer (+ 16 % gegenüber 1996).

Tabelle 5: Nichteheliche Lebensgemeinschaften im Jahr 2008 nach Familienstand der Partner
Ergebnis des Mikrozensus¹⁾
1 000

Familienstand des Lebenspartners	Familienstand der Lebenspartnerin				
	insgesamt	ledig	verheiratet getrennt lebend	geschieden	verwitwet
Insgesamt	2 508	1 743	55	497	213
ledig	1 800	1 543	21	186	51
verheiratet getrennt lebend	67	24	13	23	6
geschieden	540	166	18	263	93
verwitwet	101	10	/	25	63

1) Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Gut 97 % der Lebensgemeinschaften waren im Jahr 2008 nichteheliche Lebensgemeinschaften. Zu diesen zählen im Mikrozensus unverheiratet zusammenlebende, gemischtgeschlechtliche Paare. In knapp 62 % der 2,5 Mill. nichtehelichen Lebensgemeinschaften lebten zwei ledige Partner zusammen; mit deutlichem Abstand folgten Lebensgemeinschaften von zwei geschiedenen Partnern (gut 10 % aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften). In jeweils 7 % der nichtehelichen Lebensgemeinschaften war ein Partner geschieden, der andere ledig. Knapp 3 % der nichtehelichen Lebensgemeinschaften bestanden aus Partnern, die beide verwitwet waren.

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften stellen im Mikrozensus Lebenspartnerschaften dar, bei der zwei Lebenspartner gleichen Geschlechts mit oder ohne Trauschein bzw. mit oder ohne notarielle Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften.

Über die Frage zur Lebenspartnerschaft (im Folgenden als Fragekonzept bezeichnet) wurden im Mikrozensus für das Jahr 2008 rund 69 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften nachgewiesen; zwei Drittel dieser Lebensgemeinschaften wurden von Männern geführt. Knapp 19 000 aller gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften waren gleichzeitig eingetragene Lebenspartnerschaften, das waren 27 % aller Lebensgemeinschaften von Partnern gleichen Geschlechts. Wegen der Freiwilligkeit der Auskunftserteilung und der relativ geringen Fallzahlen sind die Ergebnisse aus dem Fragekonzept mit Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl dürften sie jedoch eine untere

12) Im folgenden Abschnitt werden Personen, die sowohl die deutsche als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit aufweisen, als Deutsche nachgewiesen.

13) Zu den Lebensgemeinschaften zählen nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Tabelle 6: Entwicklung der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften
Ergebnisse des Mikrozensus
1 000

Erhebungszeitraum	Schätzkonzept ¹⁾	Fragekonzept ²⁾³⁾		
		zusammen	männlich/männlich	weiblich/weiblich
April 1996	124	38	23	15
April 1997	114	39	22	17
April 1998	134	44	25	19
April 1999	128	41	25	16
Mai 2000	142	47	27	20
April 2001	147	50	29	21
April 2002	148	53	31	22
Mai 2003	159	58	32	26
März 2004	160	56	30	26
Jahr 2005	173	60	36	24
Jahr 2006	177	62	39	23
Jahr 2007	176	68	44	24
Jahr 2008	186	69	46	23

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. – 2) Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – 3) Seit 1996 wird im Mikrozensus die Frage nach einem Lebenspartner bzw. einer Lebenspartnerin im Haushalt gestellt, deren Beantwortung freiwillig ist. Zwischen 1996 und 2004 richtete sich diese an alle nicht mit der Haushaltsbezugsperson (erste im Fragebogen eingetragene Person) verwandten oder verschwägerten Haushaltsmitglieder. Seit 2005 wird diese Frage allen mindestens 16-jährigen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartner/-in im Haushalt gestellt.

Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland darstellen.

Um eine obere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Paare zu bestimmen, wird im Mikrozensus ein Schätzverfahren eingesetzt. Hierbei werden Haushalte mit möglichen gleichgeschlechtlichen Paaren ausgezählt. Konkret handelt es sich um Haushalte, in denen mindestens zwei nicht miteinander verwandte 16-jährige oder ältere Personen gleichen Geschlechts leben. Bei diesen Personen dürfen zusätzlich keine Ehepartner oder gegengeschlechtliche Lebenspartner im Haushalt wohnen. Auf Basis dieses Schätzverfahrens wurden im Jahr 2008 in Deutschland 186 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften ermittelt. Das waren 2,7-mal so viele gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften wie nach dem Fragekonzept. Auch diese Ergebnisse sind mit Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl dürften sie als obere Grenze für die Gesamtzahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften angesehen werden, da beispielsweise auch Wohngemeinschaften von Studierenden ohne partnerschaftlichen Hintergrund in diese Zahl eingehen.

Trotz der eingeschränkten Aussagekraft der Ergebnisse nach diesen beiden Konzepten zeigt sich gleichermaßen seit 1996 eine Zunahme der Zahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften in Deutschland.

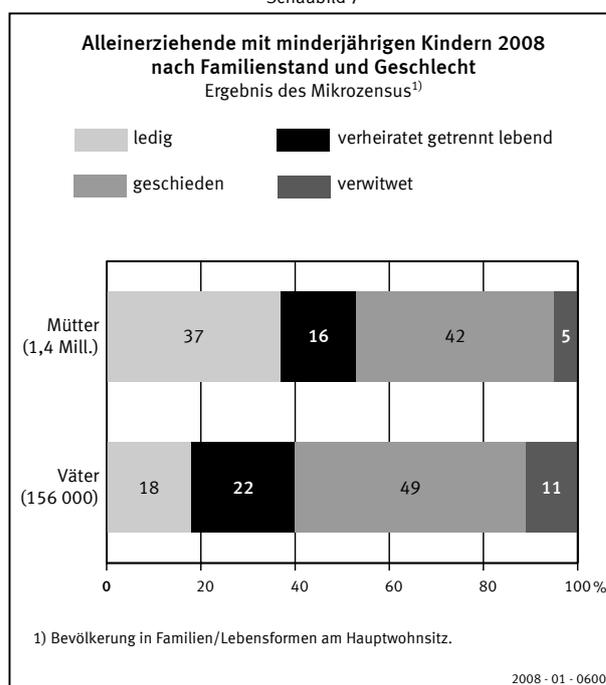
Ein Fünftel mehr Alleinerziehende seit 1996

Neben den Lebensgemeinschaften prägen zunehmend auch alleinerziehende Mütter und Väter das Familienleben in Deutschland. Im Jahr 2008 gab es 2,7 Mill. alleinerziehende Elternteile; das war knapp ein Fünftel mehr als im April 1996. 60% bzw. drei von fünf Alleinerziehenden hatten Kinder unter 18 Jahren.

Der Frauenanteil an den Alleinerziehenden ist im Westen Deutschlands von 83% im April 1996 auf knapp 87% im Jahr 2008 gestiegen. Im Osten Deutschlands gibt es anteilig mehr alleinerziehende Mütter: 1996 und 2008 waren hier jeweils 88% aller Alleinerziehenden Frauen.

Die folgenden Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die knapp 1,6 Mill. alleinerziehenden Mütter und Väter, die mindestens ein im Haushalt lebendes minderjähriges Kind betreuen. Von diesen Alleinerziehenden lebten 1,2 Mill. im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West und 378 000 in den neuen Bundesländern und Berlin. 90% dieser Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern waren im Jahr 2008 Frauen. Das waren knapp 3 Prozentpunkte mehr als im April 1996.

Schaubild 7

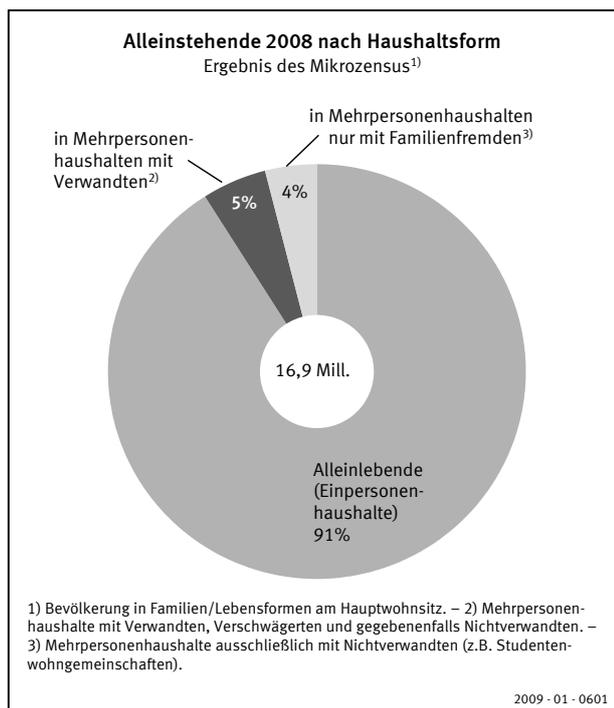


Am häufigsten werden alleinerziehende Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern aufgrund einer Ehescheidung zu Alleinerziehenden: Im Jahr 2008 waren 42% dieser Frauen und 49% dieser Männer geschieden. Bei den alleinerziehenden Frauen folgen danach die Ledigen mit einem Anteil von 37%, die verheiratet getrennt Lebenden mit einem Anteil von 16% und die Verwitweten mit einem Anteil von 5%. Bei den alleinerziehenden Männern haben die verheiratet getrennt Lebenden einen Anteil von 22%, erst danach folgen die Ledigen und die Verwitweten mit Anteilen von 18 bzw. 11%.

Nahezu ein Fünftel der Bevölkerung lebt allein in einem Haushalt

Im Mikrozensus werden ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Personen, die ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne Kind in einem Einpersonen- oder Mehrpersonenhaushalt leben, als

Schaubild 8



Alleinstehende bezeichnet. Diese Personen können zusammen mit ausschließlich familienfremden Personen (Nichtverwandten) in einem Haushalt leben, beispielsweise in einer studentischen Wohngemeinschaft oder bei einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie einen Haushalt mit verwandten Personen teilen, beispielsweise mit einer Tante/einem Onkel, einer Schwester/einem Bruder oder mit einer Cousine/einem Cousin. Zu den Alleinlebenden zählen

im Mikrozensus solche Alleinstehenden, die in Einpersonenhaushalten leben.

5 % der Alleinstehenden lebten im Jahr 2008 in Mehrpersonenhaushalten mit Verwandten, beispielsweise einer Tante oder einem Onkel, zusammen. 4 % der Alleinstehenden lebten mit familienfremden Personen (d. h. ausschließlich nicht miteinander verwandten oder verschwägerten Haushaltsmitgliedern) zusammen in einem Haushalt. Somit lebten 9 % der Alleinstehenden mit anderen Menschen in einem Haushalt zusammen.

Im Jahr 2008 waren 15,3 Mill. (90,5 %) der insgesamt 16,9 Mill. Alleinstehenden Alleinlebende. Das war knapp ein Fünftel (19 %) der Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. Gegenüber April 1996 (12,7 Mill. Alleinlebende bzw. gut 15 % der Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz) war das ein Anstieg um 4 Prozentpunkte.

In den neuen Bundesländern und Berlin war die prozentuale Zunahme der Zahl der Alleinlebenden deutlich höher als im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West: Im Osten Deutschlands ist die Zahl der Alleinlebenden seit 1996 um knapp 37 % – von 2,6 Mill. Alleinlebenden im Jahr 1996 auf 3,6 Mill. Alleinlebende im Jahr 2008 – gestiegen. Im Westen Deutschlands betrug der Anstieg knapp 17 % (von 10,1 Mill. Alleinlebenden im Jahr 1996 auf 11,8 Mill. Alleinlebende im Jahr 2008). Wie schon 1996 wohnte jede(r) neunte Alleinlebende (11 %) im Jahr 2008 in den Stadtstaaten. Mit 1,7 Mill. Personen waren das 22 % mehr als 1996.¹⁴⁾

Von den 15,3 Mill. Alleinlebenden waren 8,3 Mill. Frauen und 7 Mill. Männer. Die Zahl der alleinlebenden Frauen ist damit seit 1996 (7,7 Mill.) um 8 % gestiegen, während sich diejenige der Männer um 40 % erhöht hat. Korrespondie-

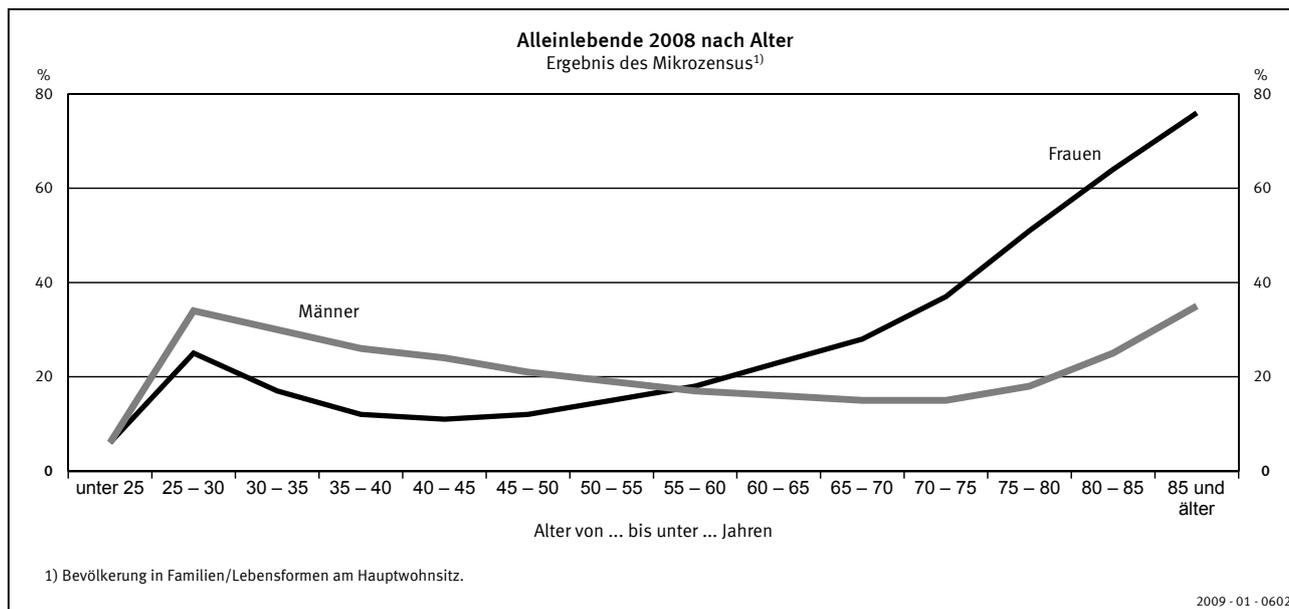
Tabelle 7: Alleinlebende nach Familienstand und Geschlecht
Ergebnisse des Mikrozensus¹⁾
1 000

Gebietsstand Erhebungszeitraum	Insgesamt					Dar.: Frauen				
	insgesamt	ledig	verheiratet getrennt lebend	geschieden	verwitwet	zusammen	ledig	verheiratet getrennt lebend	geschieden	verwitwet
Deutschland										
Jahr 2008	15 320	7 374	791	2 725	4 430	8 291	2 972	299	1 385	3 635
April 1996	12 687	5 447	630	1 872	4 737	7 674	2 417	241	1 023	3 994
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West										
Jahr 2008	11 753	5 641	626	2 019	3 467	6 421	2 332	236	1 013	2 841
April 1996	10 075	4 472	531	1 383	3 689	6 060	2 006	204	741	3 108
Neue Länder und Berlin										
Jahr 2008	3 567	1 733	165	705	963	1 870	641	63	372	795
April 1996	2 612	975	99	490	1 048	1 614	410	37	281	885
nachrichtlich:										
Stadtstaaten										
Jahr 2008	1 677	968	88	315	305	862	405	32	175	249
April 1996	1 372	697	70	247	357	770	291	31	144	304
Flächenländer										
Jahr 2008	13 643	6 406	702	2 409	4 124	7 430	2 568	266	1 210	3 386
April 1996	11 315	4 750	560	1 625	4 380	6 904	2 126	210	879	3 690

1) Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

14) Die Angaben in diesem Abschnitt beziehen sich auf die Bevölkerung in Familien/Lebensformen. Sie sind etwas niedriger als die in der Tabelle 1 aufgeführten Daten, die sich auf die Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz beziehen.

Schaubild 9



rend hierzu sank der Anteil der Frauen an den Alleinlebenden im Jahr 2008 auf 54 %; im April 1996 hatte dieser noch bei 60 % gelegen.

Eine Analyse der Familienstände alleinlebender Personen zeigt deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern auf: Im Jahr 2008 waren 44 % der alleinlebenden Frauen verwitwet, 36 % ledig, knapp 17 % geschieden und knapp 4 % verheiratet getrennt lebend. Bei den alleinlebenden Männern überwogen mit knapp 63 % die Ledigen, gefolgt von den Geschiedenen mit 19 %, den Verwitweten mit 11 % und den verheiratet getrennt Lebenden mit 7 %. Damit ist der Anteil der Verwitweten bei den Frauen gegenüber 1996 (52 %) um 8 Prozentpunkte gesunken, während der Anteil der Ledigen (1996: 32 %) um 4 Prozentpunkte stieg. Bei den alleinlebenden Männern sank insbesondere der Anteil der Verwitweten an allen männlichen Alleinlebenden, und zwar um 4 Prozentpunkte gegenüber 1996 (15 %).

Signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede zeigt die Altersverteilung alleinlebender Frauen und Männer: Während Frauen im jüngeren und mittleren Alter von 25 bis 54 Jahren seltener allein lebten als die gleichaltrigen Männer, lebten Frauen höheren Alters (ab 55 Jahren) weitaus häufiger allein als Männer dieses Alters. Dies spiegelt sich auch in den entsprechenden durchschnittlichen Quoten wider: So lag im Jahr 2008 der durchschnittliche Anteil der Alleinlebenden bei Frauen jüngeren und mittleren Alters bei 15 %; bei Männern dieses Alters war er um knapp 11 Prozentpunkte höher (26 %). Im Gegensatz dazu lebten ältere Frauen (ab 55 Jahren) zu knapp 36 % und damit doppelt so häufig allein wie ältere Männer (17 %). Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil älterer Frauen an den Alleinlebenden überproportional an. Hohe Alleinlebendenquoten weisen

Männer besonders in jüngeren Altersjahren sowie im hohen Alter auf.

In hohen Altersjahren wirkt sich besonders die deutlich höhere Lebenserwartung der Frauen gegenüber den Männern aus: Ab einem Alter von etwa 70 Jahren bis zur Altersgruppe der 80- bis 84-Jährigen steigt die Differenz zwischen den geschlechtsspezifischen Alleinlebendenquoten von etwa 22 Prozentpunkten bis auf rund 35 Prozentpunkte an. Hierbei ist zu beachten, dass sich unter den hochbetagten Frauen noch einige befinden, die seit dem Zweiten Weltkrieg verwitwet sind und seit damals allein leben.

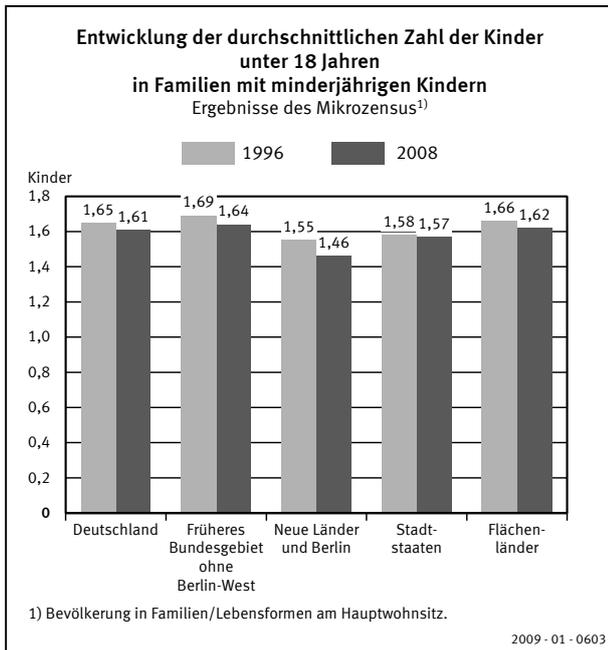
In den Familien leben immer weniger Kinder

Die Kinderzahl einer Familie bildet eine wichtige Kenngröße für die Entwicklung der Haushaltszahlen und die Veränderung der Haushaltsgrößen. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich ausnahmslos auf Familien mit im Haushalt lebenden minderjährigen Kindern. Die Familien mit ausschließlich volljährigen Kindern werden in dieser Analyse nicht berücksichtigt. Die durchschnittliche Kinderzahl stellt im Folgenden den Quotienten aus der Zahl der minderjährigen Kinder und der Zahl der Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind dar.

Im Jahr 2008 gab es in Deutschland rund 8,4 Mill. Familien mit Kindern unter 18 Jahren. In diesen Familien lebten insgesamt 13,6 Mill. minderjährige Kinder. Damit entfielen auf jede dieser Familien durchschnittlich 1,61 Kinder unter 18 Jahren.¹⁵⁾ Im Jahr 1996 waren es noch durchschnittlich 1,65 Kinder gewesen.

15) Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass der Mikrozensus keine definitive Aussage zur „endgültigen“ Zahl der Kinder in einer Familie macht; Kinder, die möglicherweise noch geboren werden, die bereits verstorben sind, die den elterlichen Haushalt bereits verlassen bzw. schon eine Familie gegründet haben, werden hier nicht berücksichtigt. Ab dem Mikrozensus 2008 werden aber Frauen im Alter von 15 bis 75 Jahren alle vier Jahre nach der Zahl der von ihnen geborenen Kinder befragt (freiwillige Beantwortung). Aktuelle Informationen/Daten hierzu stehen unter www.destatis.de, Pfad: Presse → Pressekonferenzen → Pressekonferenz „Mikrozensus 2008 – Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland“ zur Verfügung.

Schaubild 10



Nach wie vor zeigen sich bei einem regionalen Vergleich deutliche Unterschiede: Familien in den neuen Ländern und Berlin hatten im Jahr 2008 durchschnittlich 1,46 minderjährige Kinder (1996: 1,55) zu versorgen, während es bei Familien im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West durch-

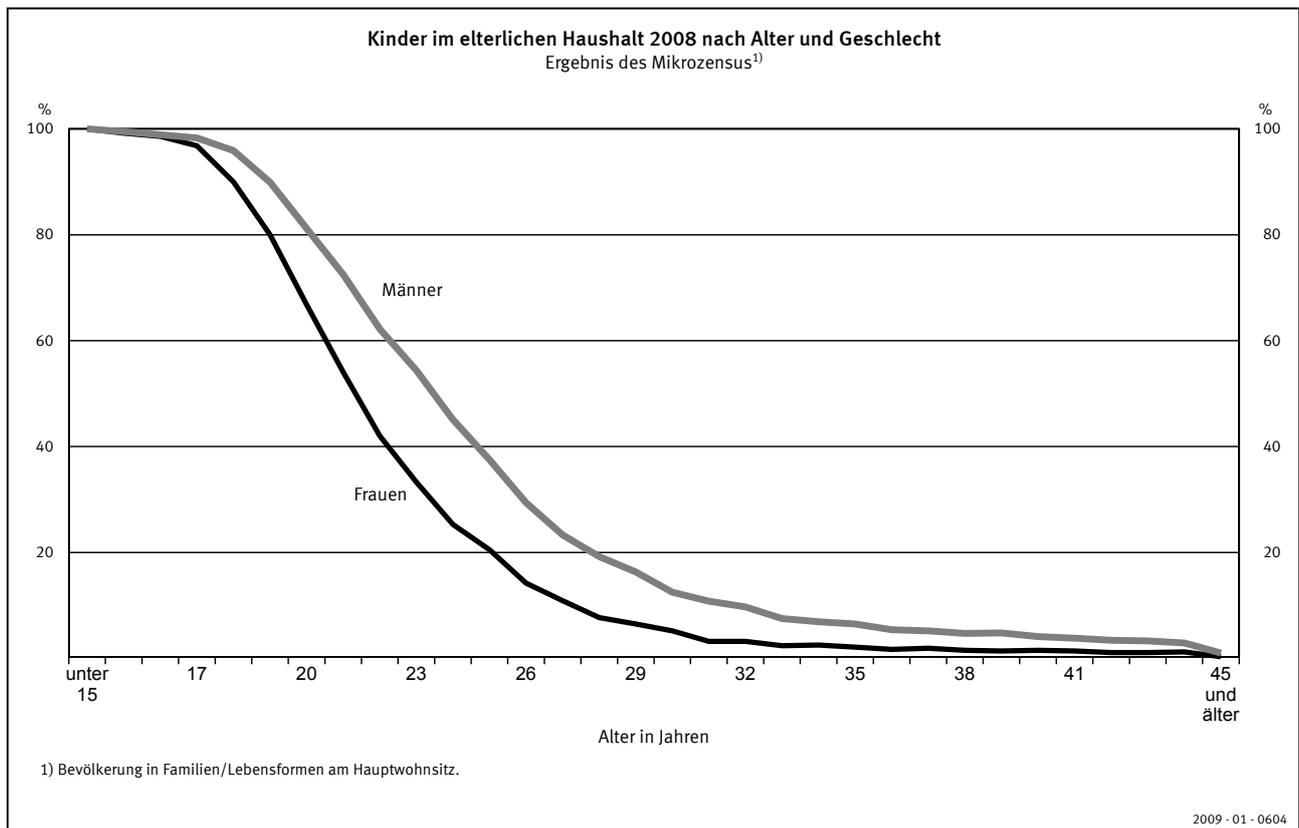
schnittlich 1,64 Kinder waren (1996: 1,69). In den Stadtstaaten betreuten Familien mit minderjährigen Kindern durchschnittlich 1,57 Kinder unter 18 Jahren (1996: 1,58). Im Osten Deutschlands ist damit die durchschnittliche Kinderzahl deutlich niedriger als im Westen Deutschlands; gleichzeitig ist sie im Osten seit 1996 signifikant stärker zurückgegangen als im Westen Deutschlands. In den neuen Bundesländern und Berlin gibt es daher immer weniger Familien mit minderjährigen Kindern; gleichzeitig leben in diesen Familien immer weniger Kinder unter 18 Jahren.

Kinder verlassen immer später das Elternhaus

Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen, dass Kinder in Deutschland zunehmend das Elternhaus erst im „fortgeschrittenen Alter“ verlassen. Ein Grund hierfür liegt wohl in den langen Ausbildungszeiten des erwähnten Berufes bzw. des Studiums. So war im Jahr 2008 etwa ein Drittel (knapp 32%) aller ledigen Kinder, die noch im Elternhaus lebten, bereits volljährig. Im Jahr 1996 hatte dieser Anteil noch 28% betragen. Andererseits wohnte im Jahr 2008 bereits deutlich weniger als die Hälfte (44%) der 23-Jährigen als lediges Kind im elterlichen Haushalt. Der entsprechende Wert für 1996 lag um 2 Prozentpunkte höher (46%).

Eine geschlechtsspezifische Analyse zeigt ferner, dass junge Frauen im Vergleich zu den männlichen Altersgenossen den elterlichen Haushalt früher verlassen. Bereits mit 22 Jahren wohnte weit weniger als die Hälfte (42%) der weiblichen

Schaubild 11



Bevölkerung noch als lediges Kind bei den Eltern. Diese Anteile fallen rapide mit zunehmenden Altersjahren: Mit 30 Jahren wohnten noch 5 % und mit 40 Jahren nur noch knapp 2 % der Töchter im Elternhaus.

Männer ziehen in der Regel später aus dem elterlichen Haushalt aus: Mit 22 Jahren lebten im Jahr 2008 noch 62 % der männlichen Bevölkerung bei den Eltern. Mit 30 Jahren gehörten noch knapp 13 % und mit 40 Jahren 4 % der Männer als lediges Kind dem Haushalt der Eltern an.

Ein regionaler Vergleich zeigt auf, dass in den neuen Ländern und Berlin im Jahr 2008 die Kinder etwas früher das Elternhaus verlassen als im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West. Mit 22 Jahren lebte im Osten Deutschlands weniger als die Hälfte (47 %) der dort lebenden Kinder noch bei den Eltern, während dieser Anteil im Westen Deutschlands 54 % betrug. Sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands verließen die jungen Frauen eher den elterlichen Haushalt als die männlichen Altersgenossen. Während in den neuen Bundesländern und Berlin knapp 38 % der 22-jährigen Frauen noch im elterlichen Haushalt lebten, waren es bei den gleichaltrigen Frauen im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West noch 43 %. Bei den Männern lebte im Alter von 22 Jahren im Osten noch mehr als die Hälfte (56 %) als lediges Kind bei den Eltern, während der Anteil bei den Männern gleichen Alters in Westdeutschland bei 64 % lag. [u](#)

Dr. Martina Rengers

Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung im Jahr 2008

Nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) wird Erwerbstätigkeit in einem extensiven Sinne erfasst. Eine Stunde Arbeit pro Woche reicht bereits aus, um als erwerbstätig klassifiziert zu werden. Die umfassende Definition der Erwerbstätigkeit führt dazu, dass umgekehrt Erwerbslosigkeit als extreme Situation des totalen Fehlens von Arbeit betrachtet wird. Mit dem Unterbeschäftigungskonzept können auch weniger extreme Situationen mit partiellem Fehlen von Arbeit ausgewiesen werden. Die internationale Vergleichbarkeit von Erwerbstätigenzahlen wird durch die zusätzliche Angabe der Zahl von Unterbeschäftigten erhöht. Bislang gibt es allerdings erst wenige Statistiken zur Unterbeschäftigung. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in der Regel lediglich nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten unterteilt.

Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung sind wichtige ergänzende Indikatoren zur Charakterisierung der Erwerbstätigkeit. Der folgende Beitrag beleuchtet Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung anhand der Daten des Mikrozensus/der EU-Arbeitskräfteerhebung 2008. Insbesondere die vorgestellten neuen Auswertungen hinsichtlich der wechselseitigen Zusammenhänge schaffen mehr Transparenz auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes. Unterbeschäftigung und unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung sind ein Maß für die Unterauslastung des Faktors Arbeit bzw. für ungenutztes Arbeitskräftepotenzial. Die Zahl der Unterbeschäftigten ist mit 4,6 Mill. Erwerbstätigen aber mehr als doppelt so hoch wie die der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten, die 2,1 Mill. beträgt. – Warum?

Vorbemerkung

Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung sind wichtige ergänzende Indikatoren, um Erwerbstätigkeit zu beurteilen. Insbesondere die in diesem Beitrag vorgestellten neuen Auswertungen hinsichtlich der wechselseitigen Zusammenhänge schaffen mehr Transparenz auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes.

Als Datenbasis der dargestellten Ergebnisse dient der Mikrozensus bzw. die in den Mikrozensus integrierte Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union (EU). Stichprobenbefragungen wie der Mikrozensus sind in der Praxis mit einer Vielzahl von Problemen verbunden. So ergeben sich bei der praktischen Durchführung einer Zufallsauswahl häufig erhebliche Schwierigkeiten bei der Realisierung der „Zufälligkeit“. Unabhängig davon kommen bei einer Befragung außerdem Operationalisierungsprobleme, (Verständnis-)Schwierigkeiten hinsichtlich der Fragestellung, Effekte durch die Befragungsform, Antwortausfälle und sonstige Erhebungs- und Messprobleme hinzu. Schließlich hat auch das eingesetzte Hochrechnungsverfahren Einfluss auf die Ergebnisse.

Einschränkend zu erwähnen ist, dass Vergleiche der Ergebnisse des Mikrozensus mit anderen Datenquellen – wie der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der monatlichen Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland 2005 bis 2007“ – auf eine Untererfassung der Erwerbstätigenzahlen, insbesondere bei den geringfügigen Beschäftigten, im Mikrozensus hinweisen. Dies dürfte sich auch auf die hier

untersuchten Ergebnisse zur Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung auswirken.¹⁾

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse zur Unterbeschäftigung und zur Teilzeitbeschäftigung zunächst getrennt betrachtet und anschließend auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede untersucht. Als zusätzliche Merkmale werden dabei der Hauptgrund für eine Teilzeitbeschäftigung, die Arbeitszeit und der überwiegende Lebensunterhalt hinzugezogen. Sämtliche Analysen werden nicht nur für Deutschland insgesamt, sondern differenziert nach Geschlecht und den Teilgebieten Ost und West (früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder und Berlin) durchgeführt.²⁾

1 Definitionen

Zeitbezogene Unterbeschäftigung

Nach dem international vereinbarten Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) wird Unterbeschäftigung als eine Untergruppe der Erwerbstätigkeit definiert. Es handelt sich dabei um die sogenannte zeitbezogene Unterbeschäftigung, die im Sinne des ILO-Konzeptes alle erwerbstätigen Personen umfasst, die „den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden“ haben, „für zusätzliche Arbeitsstunden verfügbar“ sind und gegebenenfalls „unterhalb eines Arbeitszeitschwellenwertes gearbeitet“ haben. Das ILO-Konzept der Unterbeschäftigung lässt sich somit weder auf Erwerbslose noch auf Nichterwerbspersonen anwenden. Insofern unterscheidet sich die Begriffsbestimmung der ILO von Definitionen der Unterbeschäftigung, wie sie zum Beispiel von der Bundesagentur für Arbeit oder dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) oder dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW Berlin) verwendet werden.³⁾

Die Operationalisierung der zeitbezogenen Unterbeschäftigung (kurz: Unterbeschäftigung) im Mikrozensus 2008 erfolgt dabei über eine Abfrage zum „Wunsch, gegen entsprechend höheren Verdienst normalerweise mehr Stunden pro Woche als derzeit zu arbeiten“. Befragt werden alle Personen, die erwerbstätig sind, und zwar unabhängig von der zugrunde liegenden Erwerbsform, das heißt alle Arbeit-

nehmer, Beamten, geringfügig Beschäftigten, ebenso alle Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

Erwerbstätige, die diese Frage mit „ja“ beantworten und gleichzeitig angeben, in der Lage zu sein, innerhalb der nächsten zwei Wochen zusätzliche Stunden zu arbeiten, wenn sich eine Gelegenheit zur zusätzlichen Arbeit ergibt, werden als unterbeschäftigt Erwerbstätige klassifiziert. Auf die Anwendung eines Arbeitszeitschwellenwertes wird dabei verzichtet, das heißt es ist irrelevant, wie hoch die aktuell (tatsächlich) geleistete Arbeitsstundenzahl der erwerbstätigen Person derzeit ist.

Teilzeitbeschäftigung

Neben der Unterbeschäftigung ist Teilzeitbeschäftigung ein weiterer wichtiger Indikator zur Differenzierung der Gruppe der Erwerbstätigen. Auch für die Einteilung in Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigte ist die Erwerbsform wiederum irrelevant. Wenn im Folgenden von Teilzeitbeschäftigten oder Teilzeittätigen die Rede ist, dann werden darunter alle in Teilzeit erwerbstätigen Personen, also teilzeittätige abhängig Beschäftigte und teilzeittätige Selbstständige, zusammengefasst.

Die Trennung in Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätige erfolgt im Mikrozensus anhand der Selbsteinschätzung der Befragten. De facto besteht allerdings eine Grenze von 32 gewöhnlich (normalerweise) geleisteten Arbeitsstunden pro Woche, denn ein Befragter bzw. eine Befragte kann nur dann teilzeiterwerbstätig sein, wenn er bzw. sie in der Befragung nicht mehr als 31 Stunden normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit angibt. Liegen mehrere bezahlte Tätigkeiten bzw. Erwerbstätigkeiten vor, erfolgt die Zuordnung zu Vollzeit- oder Teilzeiterwerbstätigen auf Basis der Haupterwerbstätigkeit.⁴⁾

Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung

Von besonderem Interesse sind von den Teilzeitbeschäftigten insbesondere diejenigen, die als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit angeben, „eine Vollzeittätigkeit nicht zu finden“. Diese Teilzeiterwerbstätigen werden als unfreiwillig teilzeitbeschäftigt bezeichnet. Die Unfreiwilligkeit bezieht sich dabei nur auf die Arbeitsmarktsituation, das heißt die Teilzeittätigkeit wurde angenommen, weil der bzw. die Betroffene auf dem Arbeitsmarkt keine Vollzeitbeschäfti-

1) Zu den Ergebnisunterschieden zwischen Mikrozensus und anderen Arbeitsmarktstatistiken siehe insbesondere Körner, T./Puch, K.: „Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken“ in WiSta 6/2009, S. 528 ff. Weitere Hinweise zur Datenqualität erwerbsstatistischer Angaben im Mikrozensus sind bei Köhne-Finster, S./Lingnau, A.: „Untersuchung der Datenqualität erwerbsstatistischer Angaben im Mikrozensus“ in WiSta 12/2008, S. 1067 ff., zu finden.

2) Die in den nachfolgenden Ausführungen angegebenen Zahlen zur Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung sind bei den Absolutwerten auf Tausend gerundet worden. In den Schaubildern werden die Ergebnisse teilweise der Übersichtlichkeit halber in Millionen mit nur ein oder zwei Nachkommastellen gezeigt. Alle zugrunde liegenden Berechnungen wurden allerdings mit ungerundeten Zahlen vorgenommen. Die Rundung der Ergebnisse erfolgte darüber hinaus immer erst für das Endergebnis. Aufgrund der Darstellung der Ergebnisse in gerundeter Form kann es deshalb zu Rundungsfehlern kommen. So entspricht die Summe der für West und Ost dargestellten Teilergebnisse nicht unbedingt dem Ergebnis für Deutschland insgesamt. Darüber hinaus entstehen Abweichungen insbesondere dann, wenn die in gerundeter Form dargestellten Absolutwerte nachträglich prozentuiert wurden, da die ausgewiesenen prozentualen Werte alle aus ungerundeten Absolutwerten ermittelt wurden.

3) Eine detaillierte Beschreibung des ILO-Konzeptes der Unterbeschäftigung findet sich bei Rengers, M.: „Unterbeschäftigung als Teil des Labour-Force-Konzeptes“ in WiSta 3/2006, S. 238 ff. Die Konzepte der Unterbeschäftigung anderer Institutionen sind z. B. dargestellt bei Hartmann, M.: „Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung“, Methodenbericht der Statistik der BA, Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), 2009.

4) Die Begriffe Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung sind weder national noch international einheitlich abgegrenzt. Variationen ergeben sich insbesondere durch die jeweils verwendete Stundengrenze, ab der eine Erwerbstätigkeit als Vollzeitbeschäftigung gezählt wird. Diese Stundengrenzen differieren teilweise erheblich, gebräuchlich sind hier 21, 30, 32, 35 und sogar 40 Stunden. Darüber hinaus existieren auch unterschiedliche Stundenkonzepte zur Abgrenzung von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung. Während im vorliegenden Beitrag hierfür die „gewöhnlich geleisteten Arbeitsstunden“ benutzt werden, erfolgt die Trennung häufig auch mithilfe der „normalen Arbeitsstunden“ (durch Gesetze oder Regulationen u. Ä. festgelegt) oder der „vertraglich vereinbarten Arbeitsstunden“. Teilweise werden sogar die „aktuell geleisteten Arbeitsstunden“ zugrunde gelegt. Welche Begriffsdefinition sinnvoll ist, hängt im Wesentlichen vom jeweiligen Untersuchungszweck ab.

gung gefunden hat. Teilzeiterwerbstätige, die als Hauptgrund dagegen zum Beispiel die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen angeben, gelten in diesem Sinne als freiwillig teilzeitbeschäftigt.⁵⁾

2 Unterbeschäftigtenquoten

11,9% aller Erwerbstätigen zählten gemäß den Ergebnissen des Mikrozensus 2008 zu den Unterbeschäftigten. Bei differenzierter Betrachtung der Teilgebiete früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West) und neue Länder und Berlin⁶⁾ ergeben sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Größenordnung der Unterbeschäftigtenquote. Die Quote lag im Westen mit 11,1% knapp unter dem bundesweiten Durchschnitt, während im Osten 15,5% der Erwerbstätigen unterbeschäftigt waren. Noch stärkere Abweichungen gibt es, wenn zusätzlich nach dem Geschlecht klassifiziert wird. Für die westdeutschen Männer ergibt sich eine Unterbeschäftigtenquote von 10,2% und für die westdeutschen Frauen eine von 12,2%. Dagegen waren von den männlichen Erwerbstätigen im Osten 11,9% und von den Frauen dort 19,6% unterbeschäftigt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Unterbeschäftigtenquoten für verschiedene Erwerbstätigengruppen
Ergebnis des Mikrozensus 2008

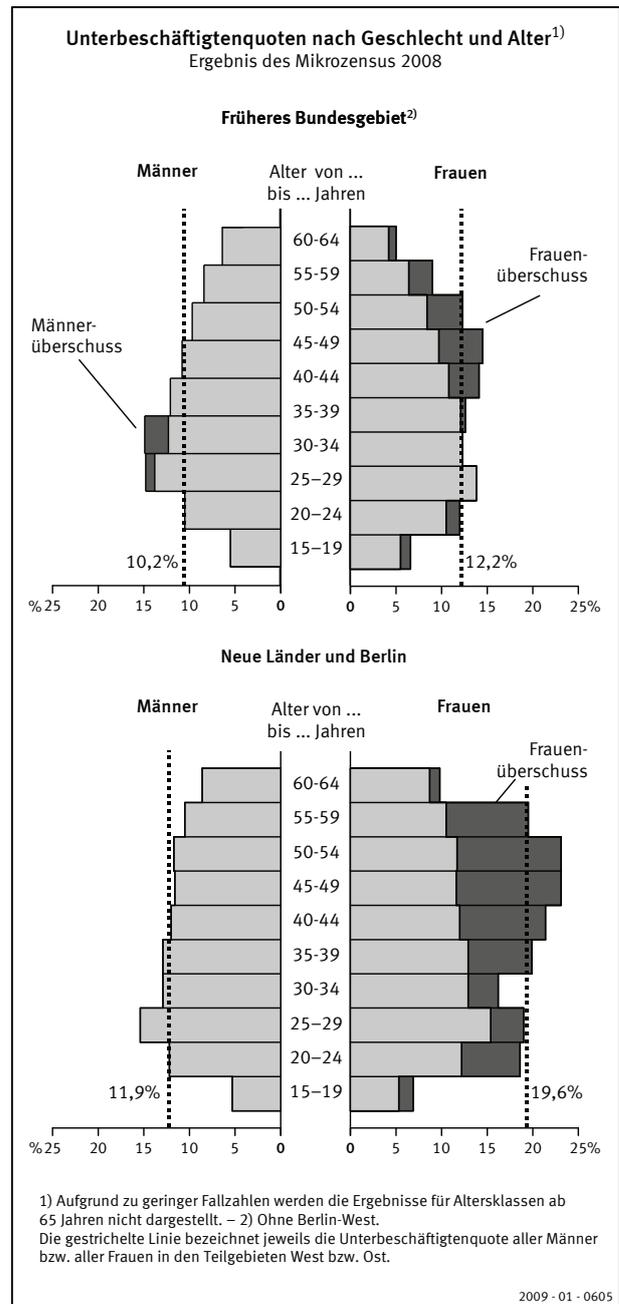
Erwerbstätigengruppe	Prozent
Deutschland	11,9
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	11,1
Männer	10,2
Frauen	12,2
Neue Länder und Berlin	15,5
Männer	11,9
Frauen	19,6

1) Ohne Berlin-West.

Mit 15,5% ist die Unterbeschäftigtenquote im Osten etwa 1,4-mal so hoch wie die im Westen. Die Unterbeschäftigtenquote der Frauen im Osten beträgt insgesamt gut das 1,6-Fache der Männer. Im Westen ist das Verhältnis etwas günstiger: Hier beträgt der Wert für die Frauen gegenüber dem für die Männer knapp das 1,2-Fache. Erwerbstätige Frauen sind sowohl im Westen als auch insbesondere im Osten stärker von Unterbeschäftigung betroffen als erwerbstätige Männer. Ebenfalls knapp 1,2-mal so hoch ist die Unterbeschäftigtenquote der Männer im Osten im Vergleich zu denen im Westen. Deutlicher ist der Unterschied bei den Frauen: Die Unterbeschäftigtenquote der erwerbstätigen Frauen im Osten ist gut 1,6-mal so hoch wie diejenige ihrer westdeutschen Kolleginnen.

Wie Schaubild 1 zeigt, verfeinert sich das Bild erneut, wenn darüber hinaus noch 5-Jahres-Altersgruppen berücksichtigt werden. In den einzelnen Altersklassen gibt es sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen teilweise starke Abweichungen vom jeweiligen Durchschnittswert. Dies gilt

Schaubild 1



für den Westen wie für den Osten Deutschlands. Deutlich oberhalb des Durchschnittswertes aller Männer im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) liegen die Altersgruppen der 25- bis 34-Jährigen. Nicht mehr ganz so stark, aber dennoch deutlich erhöht ist auch die Unterbeschäftigtenquote der nächsthöheren Altersklasse. Die Ursachen für die überproportional häufige Unterbeschäftigung in den Altersklassen der 25- bis 34-Jährigen sind sicher vielfältig. Untersuchungen zeigen jedoch, dass die Männer in diesem Alter

5) Es ist davon auszugehen, dass die Angabe zum Hauptgrund für eine Teilzeitbeschäftigung teilweise auch vom soziokulturellen Hintergrund einzelner Bevölkerungsteilgruppen beeinflusst wird, da sie subjektiven Beurteilungskriterien der Befragten unterliegt. Für Deutschland können hier insbesondere unterschiedliche Verhaltensweisen zwischen den Geschlechtern und zwischen West und Ost vermutet werden. Solche Verhaltenseffekte haben allerdings weniger Auswirkungen auf Strukturen und Tendenzen als auf Größenordnungen.

6) Die Differenzierung nach West/Ost erfolgt anhand des Wohnortes der Befragten. Dabei ist irrelevant, welcher Region die Arbeitsstätte des Befragten zuzuordnen ist. – Personen mit Wohnort Berlin werden vollständig zum Teilgebiet Ost gezählt.

häufig Familienväter werden und dies ein wesentlicher Grund für den Wunsch nach einer Arbeitszeiterhöhung ist.) Auch die 25- bis 29-jährigen Männer im Osten weisen eine stark überdurchschnittliche Unterbeschäftigtenquote auf. Bei den Frauen im Westen sind insbesondere die 25- bis 29-Jährigen und die 40- bis 49-Jährigen überdurchschnittlich von Unterbeschäftigung betroffen. Insbesondere bei der zuletzt genannten Altersklasse dürfte es sich zu einem hohen Anteil um Frauen handeln, die nach einer Erziehungspause in der Phase des beruflichen Wiedereinstiegs sind. Die letztgenannte Altersgruppe ist auch bei den Frauen in den neuen Ländern und Berlin stärker von Unterbeschäftigung betroffen als der Durchschnitt.

In den Altersklassen der 45- bis 49-Jährigen und der 50- bis 54-Jährigen ist die Unterbeschäftigtenquote der Frauen im Westen 1,5-mal so hoch wie die der Männer entsprechenden Alters. Hier ist die Diskrepanz zwischen Männern und Frauen im Westen am größten. Im Osten ist die Unterbeschäftigtenquote der Frauen in den Altersklassen der 45- bis 49-Jährigen und der 50- bis 54-Jährigen fast doppelt so hoch wie die der Männer in den entsprechenden Altersklassen.

3 Teilzeitquoten

Teilzeitbeschäftigte insgesamt

Die Teilzeitquote, also der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen, lag 2008 für Deutschland insgesamt bei 25,8%. Wie Tabelle 2 zeigt, gibt es auch bei den Teilzeitquoten ausgeprägte Unterschiede zwischen West und Ost und bei zusätzlicher Berücksichtigung des Geschlechts. Die Teilzeitquote im Westen liegt mit 26,7% nicht nur über dem bundesdeutschen Durchschnitt, sondern ist auch rund 1,2-mal so hoch wie diejenige im Osten. Große Unterschiede gibt es zwischen den Teilzeitquoten der Männer und denen der Frauen: Teilzeitbeschäftigung ist sowohl im Westen als auch im Osten eine Frauendomäne. Die Teilzeitquote der erwerbstätigen Frauen im Westen ist mit 48,4% sogar fast 1,4-mal so hoch wie die der Frauen im Osten. Am niedrigsten ist die Teilzeitquote bei den Männern im Westen: Hier gingen 2008 nur 8,9% der erwerbstätigen Männer einer Teilzeitbeschäftigung nach.

Freiwillig und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte

5,5% aller Erwerbstätigen zählten 2008 zu den unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten und hatten nach eigenen Angaben die Teilzeitbeschäftigung hauptsächlich deshalb angenommen, weil keine Vollzeitbeschäftigung zu finden war (siehe Tabelle 2). Bei einem Anteil der Teilzeitbeschäftigten insgesamt an allen Erwerbstätigen von 25,8% liegt somit der Anteil der freiwillig Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen bei 20,3%.

Tabelle 2: Anteile Teilzeitbeschäftigter an verschiedenen Erwerbstätigen Gruppen
Ergebnis des Mikrozensus 2008
Prozent

Erwerbstätigengruppe	Teilzeitbeschäftigte		
	insgesamt	unfreiwillig	freiwillig ¹⁾
Deutschland	25,8	5,5	20,3
Früheres Bundesgebiet ²⁾	26,7	4,1	22,6
Männer	8,9	2,3	6,6
Frauen	48,4	6,2	42,2
Neue Länder und Berlin	22,1	11,2	10,9
Männer	11,1	5,6	5,4
Frauen	34,9	17,7	17,2

1) Einige Befragte haben beim Hauptgrund für ihre Teilzeitbeschäftigung keine Angabe gemacht. Es handelt sich aber um einen sehr geringen Anteil. In Bezug auf alle Teilzeitbeschäftigten liegt der hochgerechnete Antwortausfall (sog. Item-Non-Response) bei 0,8%. Bei einzelnen kleinen Untergruppen der Teilzeitbeschäftigten, wie z. B. der der teilzeitbeschäftigten Männer im früheren Bundesgebiet, steigt dieser Prozentsatz auf 1,2%. Teilzeitbeschäftigte Männer im früheren Bundesgebiet, die gleichzeitig unterbeschäftigt sind, haben bei der Frage nach dem Hauptgrund für die Teilzeitbeschäftigung einen Antwortausfall von 4,3%. Der Einfachheit halber werden hier Teilzeitbeschäftigte mit einer fehlenden Antwort bei der Angabe des Hauptgrundes für die Teilzeittätigkeit als „freiwillig“ teilzeittätig angesehen. – 2) Ohne Berlin-West.

Auch beim Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten gibt es wieder deutliche Unterschiede zwischen West und Ost sowie Männern und Frauen. Im Vergleich zur gesamten Teilzeitquote verschiebt sich hier jedoch noch einmal deutlich die Rangfolge der Quoten. Am stärksten gilt dies für die Frauen im Westen, denn hier waren nur 12,9% der teilzeitbeschäftigten Frauen unfreiwillig teilzeittätig. Bei den teilzeitbeschäftigten Frauen im Osten war mit 50,7% dagegen etwas mehr als die Hälfte unfreiwillig in Teilzeit. Auch die teilzeitbeschäftigten Männer im Osten waren mit 51,1% gut zur Hälfte unfreiwillig teilzeitbeschäftigt. Dagegen waren von den teilzeitbeschäftigten Männern im Westen nur 25,9% unfreiwillig in Teilzeit.

Diese Ergebnisse zeigen, dass die Gründe für eine Teilzeitbeschäftigung zwischen Männern und Frauen und zwischen West und Ost sehr unterschiedlich sind. Während sich das Verhältnis von unfreiwilliger zu freiwilliger Teilzeitbeschäftigung im Osten fast die Waage hält, sind teilzeitbeschäftigte Männer und Frauen im Westen mit Anteilen von 74,1 bzw. 87,1% überwiegend freiwillig in Teilzeit.

Unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte

In den folgenden Ausführungen wird der Fokus der Betrachtungen stärker auf die Teilgruppe der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten gelegt, weil die unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung neben der Unterbeschäftigung als ein weiteres Maß für die Unterauslastung des Faktors Arbeit bzw. für ungenutztes Arbeitskräftepotenzial angesehen werden kann.

Das Ausmaß der Unterschiede bei der unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung zwischen West und Ost sowie zwischen den Geschlechtern wird deutlich, wenn man die entsprechenden Anteile an den jeweiligen Erwerbstätigen betrachtet (siehe

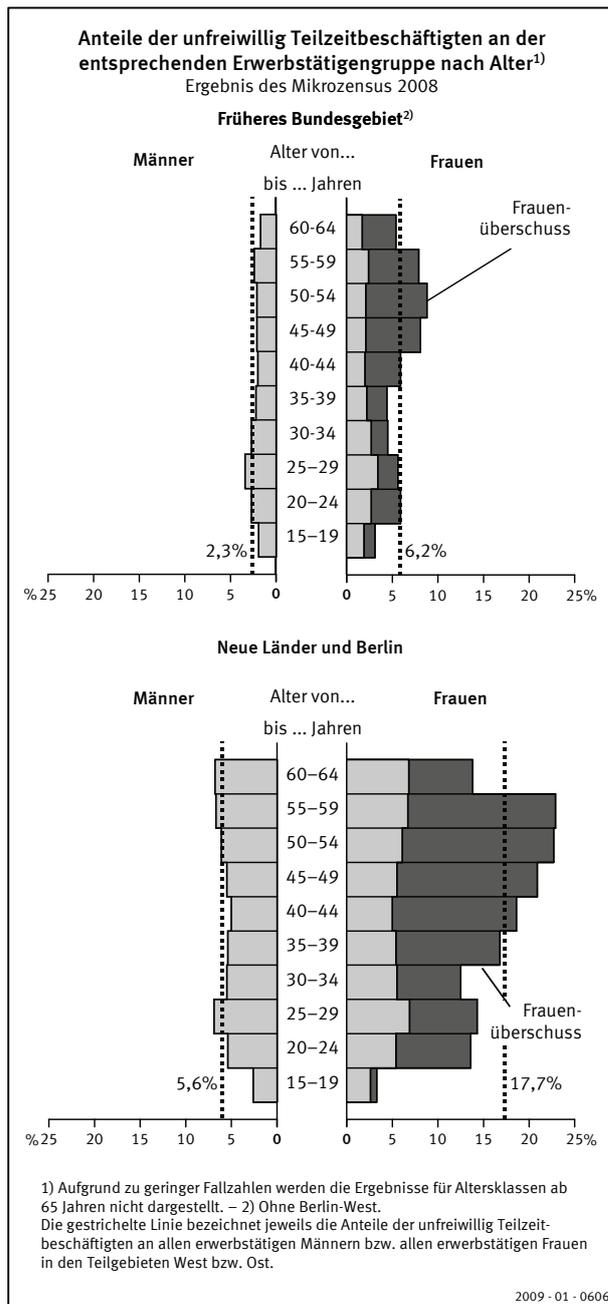
7) Siehe dazu die Pressemitteilung vom 1. Dezember 2008 des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (IAQ): „Mütter und Väter arbeiten anders – Frauen- und Männerarbeitszeiten driften auseinander“ (www.iaq.uni-due.de/archiv/presse/2008/081201.pdf; Stand: 8. September 2009). Siehe auch Kümmerling, A./Jansen, A./Lehndorff, S.: „Immer mehr Frauen sind erwerbstätig – aber mit kürzeren Wochenarbeitszeiten“, IAQ-Report 2008-04 (www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2008/report2008-04.pdf; Stand: 8. September 2009).

Tabelle 2). Während im Westen der Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten an den Erwerbstätigen mit 4,1 % unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegt, gilt für den Osten das Gegenteil. Der Anteil ist hier mit 11,2 % sogar mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnittswert. Die weitere Differenzierung nach Geschlecht zeigt für West wie für Ost eine starke Ungleichverteilung der unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung zwischen Männern und Frauen. Im Westen sind nur 2,3 % der männlichen Erwerbstätigen in unfreiwilliger Teilzeit. Ihnen stehen hier 6,2 % bei den weiblichen Erwerbstätigen gegenüber. Damit ist der Anteil der unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigten an den Erwerbstätigen bei den westdeutschen Frauen insgesamt knapp 2,7-mal so hoch wie bei den westdeutschen Männern. Auch bei den Erwerbstätigen im Osten sind die Frauen anteilmäßig stärker von unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung betroffen als die Männer. Insgesamt geben 17,7 % der erwerbstätigen Frauen in den neuen Ländern und Berlin an, eine unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung auszuüben. Bei den Männern in den neuen Ländern und Berlin liegt dieser Anteil bei 5,6 %. Der Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten unter den Erwerbstätigen ist somit bei den Frauen im Osten fast 3,2-mal so hoch wie bei den Männern. Eine ähnlich hohe Diskrepanz beim Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten an den Erwerbstätigen besteht zwischen den Frauen in West und Ost: Bei den Frauen im Osten ist dieser Anteil fast dreimal so hoch wie bei den Frauen im Westen.

Eine noch tiefere Untergliederung der Anteile unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter an den Erwerbstätigen enthält Schaubild 2. Neben der Differenzierung nach West/Ost und Geschlecht sind hier zusätzlich 5-Jahres-Altersgruppen ausgewiesen. Bei den Männern im Westen weicht der Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten in den einzelnen Altersklassen nur wenig vom Durchschnitt ab. Eine deutlich stärkere Streuung um den Mittelwert findet man dagegen bei den westdeutschen Frauen. Hier sind die Altersklassen ab einem Alter von 45 bis hin zu 59 Jahren überdurchschnittlich von unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung betroffen, wobei unter diesen Frauen wiederum ein höherer Anteil von beruflichen Wiedereinsteigerinnen (nach einer Erziehungspause) sein dürfte.⁸⁾ Auch in den neuen Ländern und Berlin gibt es bei den Frauen eine stärkere Streuung um den Durchschnittswert als bei den Männern. Die Altersklassen zwischen 40 und 59 Jahren liegen hier teilweise deutlich über dem durchschnittlichen Anteil unfreiwillig teilzeitbeschäftigter erwerbstätiger Frauen im Osten.

Die Differenzen, die insgesamt bezüglich des Anteils unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter zwischen Männern und Frauen in West und Ost zu beobachten sind, sind in den einzelnen Altersklassen teilweise stärker und teilweise schwächer ausgeprägt. Im Westen ist der Anteil unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter in der Altersklasse der 50- bis 54-jährigen Frauen sogar mehr als 4-mal so groß wie der in der entsprechenden Altersgruppe bei den Männern. Ähnliche Unterschiede bestehen in den unmittelbar angrenzenden Altersklassen: 3,8-mal so hoch liegt der Wert bei den Frauen im Westen im Alter von 45 bis 49 Jahren im Vergleich zur männ-

Schaubild 2



lichen Gegengruppe und 3,3-mal so hoch in der Altersklasse der 55- bis 59-Jährigen. Im Osten sind erwerbstätige Frauen im Vergleich zu den erwerbstätigen Männern anteilmäßig durchschnittlich gut 3-mal so häufig von unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung betroffen. Von diesem Durchschnitt weichen einzelne Altersklassen überproportional ab. Zu nennen sind hier insbesondere die Altersgruppen zwischen 40 und 59 Jahren, wo der Anteil unfreiwillig teilzeitbeschäftigter Frauen an allen erwerbstätigen Frauen bis zu 3,7-mal so hoch liegt wie der entsprechende Anteil in der männlichen Vergleichsgruppe.

8) Siehe Vogel, C.: „Teilzeitbeschäftigung – Ausmaß und Bestimmungsgründe der Erwerbsübergänge von Frauen“ in Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Jg. 42 (2009), H. 2, S. 170 ff.

4 Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung

4.1 Größenordnungen, Überlappungen, Strukturen

4.1.1 Größenordnungen und Überlappungen

Für das Jahr 2008 weist der Mikrozensus für Deutschland insgesamt 38,734 Mill. Erwerbstätige aus. Darunter sind 28,753 Mill. Personen, die in ihrer Haupttätigkeit eine Vollzeittätigkeit mit mindestens 32 Wochenstunden ausüben. Weitere 9,981 Mill. Erwerbstätige sind in ihrer Haupttätigkeit teilzeitbeschäftigt mit einer Wochenstundenzahl von unter 32 Stunden. Darunter sind 7,856 Mill. freiwillig Teilzeitbeschäftigte und 2,125 Mill. unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte, die nach eigenen Angaben die Teilzeitbeschäftigung hauptsächlich deshalb angenommen haben, weil keine Vollzeitbeschäftigung zu finden war.

Sowohl die Unterbeschäftigung als auch die unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung sind zwei wichtige Indikatoren, um die Unterauslastung des Faktors Arbeit zu messen. Die Zahl der Unterbeschäftigten ist mit 4,628 Mill. allerdings mehr als doppelt so hoch wie die der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten. Die Schnittmenge von Unterbeschäftigten und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten hat eine Größenordnung von 1,524 Mill. Personen (siehe Schaubild 3). Somit ist lediglich etwa ein Drittel bzw. knapp 33 % aller Unterbeschäftigten gleichzeitig unfreiwillig teilzeitbeschäftigt. Auf der anderen

Seite sind nur gut 71 % aller unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten gleichzeitig unterbeschäftigt.

Diese Ergebnisse werfen Fragen auf: Warum ist die Zahl der Unterbeschäftigten mehr als doppelt so hoch wie die der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten? Warum ist die große Mehrheit der Unterbeschäftigten nicht gleichzeitig unfreiwillig teilzeitbeschäftigt? Warum haben nicht alle unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden?

Bereits die bloße Gegenüberstellung der Schaubilder 1 und 2 deutet darauf hin, dass für eine Beantwortung dieser Fragen eine differenzierte Untersuchung sowohl für Männer und Frauen als auch in regionaler Gliederung (West/Ost) benötigt wird. Zur detaillierten Analyse ist gleichzeitig eine Schnittmengenbetrachtung erforderlich, bei der außerdem die Merkmale „freiwillige Teilzeittätigkeit“ und „Vollzeittätigkeit“ mit einzubeziehen sind. In den nachfolgenden Ausführungen werden die Ergebnisse dieser Untersuchung dargestellt. Als Ausgangspunkt der Betrachtungen dienen Tabelle 3 (auf S. 892) und Schaubild 4 (auf S. 893), das die wichtigsten Resultate im Überblick darstellt.

4.1.2 Struktur der Unterbeschäftigten

Anteil unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter

Zunächst wird betrachtet, wie sich die Struktur der Unterbeschäftigten in Bezug auf das Merkmal Teilzeittätigkeit bei den einzelnen Untergruppen verändert. In Deutschland arbeiteten 2008 insgesamt lediglich 32,9 % der 4,628 Mill. Unterbeschäftigten gleichzeitig in unfreiwilliger Teilzeit (Schaubild 4: 1,5 Mill. von 4,6 Mill.). Überproportional

Schaubild 3

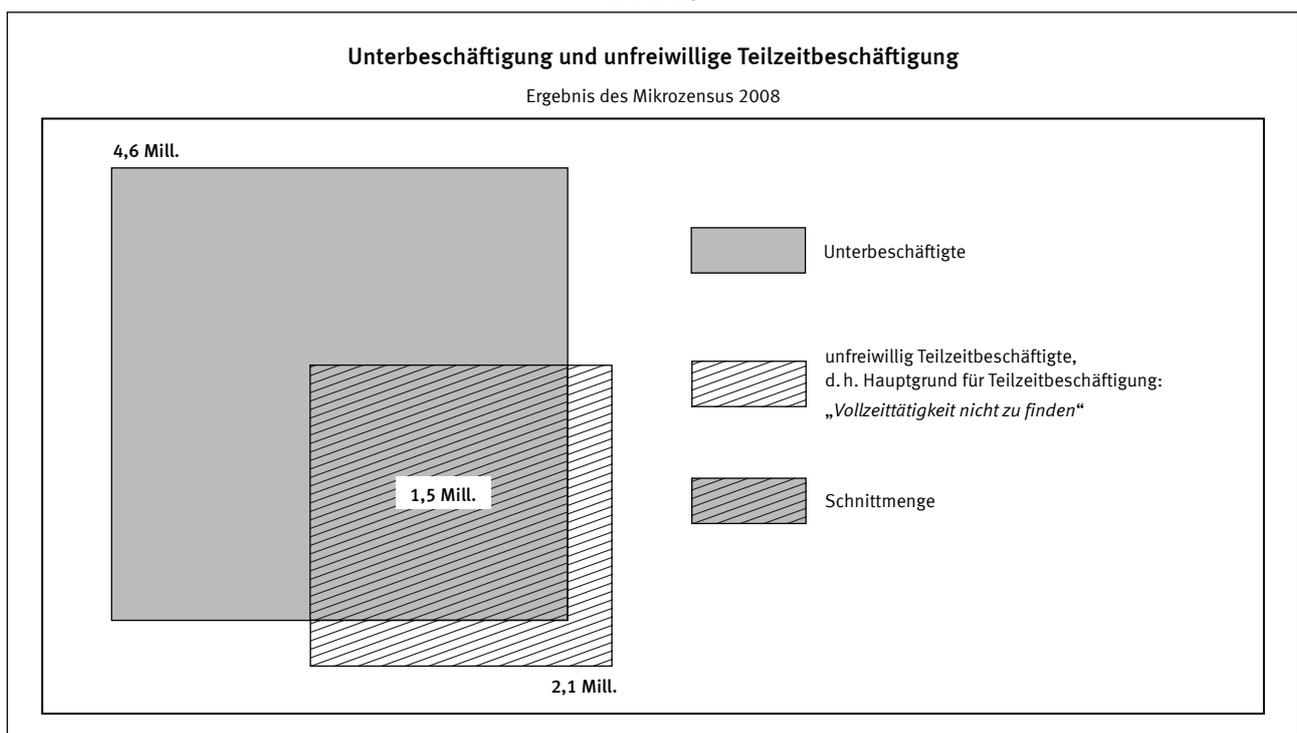


Tabelle 3: Erwerbstätige nach Vollzeit-, Teilzeit- und Unterbeschäftigung
Ergebnis des Mikrozensus 2008
1 000

Gegenstand der Nachweisung	Erwerbstätige	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte			Unterbeschäftigte			
			zusammen	unfreiwillig teilzeit-tätig	freiwillig teilzeit-tätig	zusammen	vollzeittätig	unfreiwillig teilzeit-tätig	freiwillig teilzeit-tätig
Deutschland	38 734	28 753	9 981	2 125	7 856	4 628	2 178	1 524	927
Früheres Bundesgebiet ¹⁾	31 102	22 810	8 292	1 267	7 025	3 447	1 766	875	806
Männer	17 109	15 589	1 520	394	1 126	1 746	1 335	293	118
Frauen	13 993	7 221	6 772	872	5 900	1 701	431	581	689
Neue Länder und Berlin	7 632	5 943	1 689	858	830	1 181	412	649	120
Männer	4 079	3 628	451	230	221	484	265	188	31
Frauen	3 553	2 314	1 238	628	611	697	147	461	90

1) Ohne Berlin-West.

betroffen waren hiervon allerdings die Frauen. Der Anteil unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter ist bei den unterbeschäftigten Frauen mit 43,5% (Schaubild 4: 1,0 Mill. von 2,4 Mill.) doppelt so hoch wie bei den unterbeschäftigten Männern (siehe auch Tabelle 4). Große Unterschiede zeigen sich jedoch auch zwischen west- und ostdeutschen Frauen. Im Wesentlichen wird der hohe Anteil der Frauen gegenüber den Männern durch die Frauen im Osten verursacht, bei den westdeutschen Frauen liegt der Anteil derjenigen, die unterbeschäftigt und gleichzeitig unfreiwillig teilzeitbeschäftigt sind, nur bei 34,2%. Im Osten geben dagegen 66,1% der weiblichen Unterbeschäftigten an, eine unfreiwillige Teilzeittätigkeit auszuüben. Damit ist die überwiegende Mehrheit der unterbeschäftigten Frauen in den neuen Ländern und Berlin gleichzeitig in unfreiwilliger Teilzeit.

Der Anteil unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter bei den unterbeschäftigten Männern liegt zwar insgesamt niedriger, aber auch hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen Ost und West: Im Osten arbeiten 38,9% der unterbeschäftigten Männer unfreiwillig in Teilzeit, im Westen sind dies 16,8%.

Anteil freiwillig Teilzeitbeschäftigter

Weitere 20,0% (Schaubild 4: 0,9 Mill. von 4,6 Mill.) der Unterbeschäftigten sind ebenfalls teilzeitbeschäftigt, geben aber als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit einen anderen Grund an, als denjenigen keine Vollzeitbeschäftigung zu finden (siehe Tabelle 4). Auch hier zeigt eine geschlechtsspezifische Betrachtung ausgeprägte Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Insgesamt sind 32,4% der unterbeschäftigten Frauen in freiwilliger Teilzeit, bei den Männern nur 6,7%. Das Bild bei den Frauen ist wiederum nicht einheitlich: Der Anteil freiwillig Teilzeitbeschäftigter bei den unterbeschäftigten Frauen im Westen liegt mit 40,5% mehr als dreimal so hoch wie der bei den Frauen im Osten (12,8%). Während – wie bereits erwähnt – eine große Mehr-

heit der unterbeschäftigten Frauen im Osten in unfreiwilliger Teilzeit arbeitet, sind die meisten unterbeschäftigten Frauen im Westen nach eigenen Angaben freiwillig teilzeitbeschäftigt.

Eine mögliche Ursache für das kombinierte Auftreten von Unterbeschäftigung und freiwilliger Teilzeittätigkeit könnte der Wunsch nach einer vergleichsweise geringen Aufstockung der Arbeitsstunden sein, die insgesamt trotzdem nicht zur Vollzeitstundenzahl führt. Dieser Aspekt wird in Abschnitt 4.2 untersucht. Aufschluss über die Hintergründe gibt darüber hinaus bereits der direkt nachfolgende Abschnitt 4.1.3, in dem die Struktur der Teilzeitbeschäftigten genau auch unter dieser Fragestellung untersucht wird.

Anteil Vollzeitbeschäftigter

Von den insgesamt 4,628 Mill. Unterbeschäftigten verbleibt nach Abzug derjenigen Unterbeschäftigten, die gleichzeitig freiwillig oder unfreiwillig in Teilzeit arbeiten, eine Residualgröße von immerhin noch 2,178 Mill. unterbeschäftigten Erwerbstätigen. Somit übt fast die Hälfte, nämlich 47,1% (Schaubild 4: 2,2 Mill. von 4,6 Mill.) der Unterbeschäftigten eine Vollzeittätigkeit aus. Sowohl Schaubild 4 als auch Tabelle 4 zeigen jedoch, dass es hier starke Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt, die zudem im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West erheblich stärker ausgeprägt sind als in den neuen Ländern und Berlin. Von allen unterbeschäftigten Männern in Deutschland sind 71,7% in einer Vollzeitbeschäftigung. Bei den Frauen beträgt dieser Anteil dagegen nur 24,1%. Im Westen haben sogar 76,5% der unterbeschäftigten Männer eine Vollzeittätigkeit. Auch im Osten sind unterbeschäftigte Männer mit 54,7% immerhin noch mehrheitlich gleichzeitig in einer Vollzeittätigkeit.

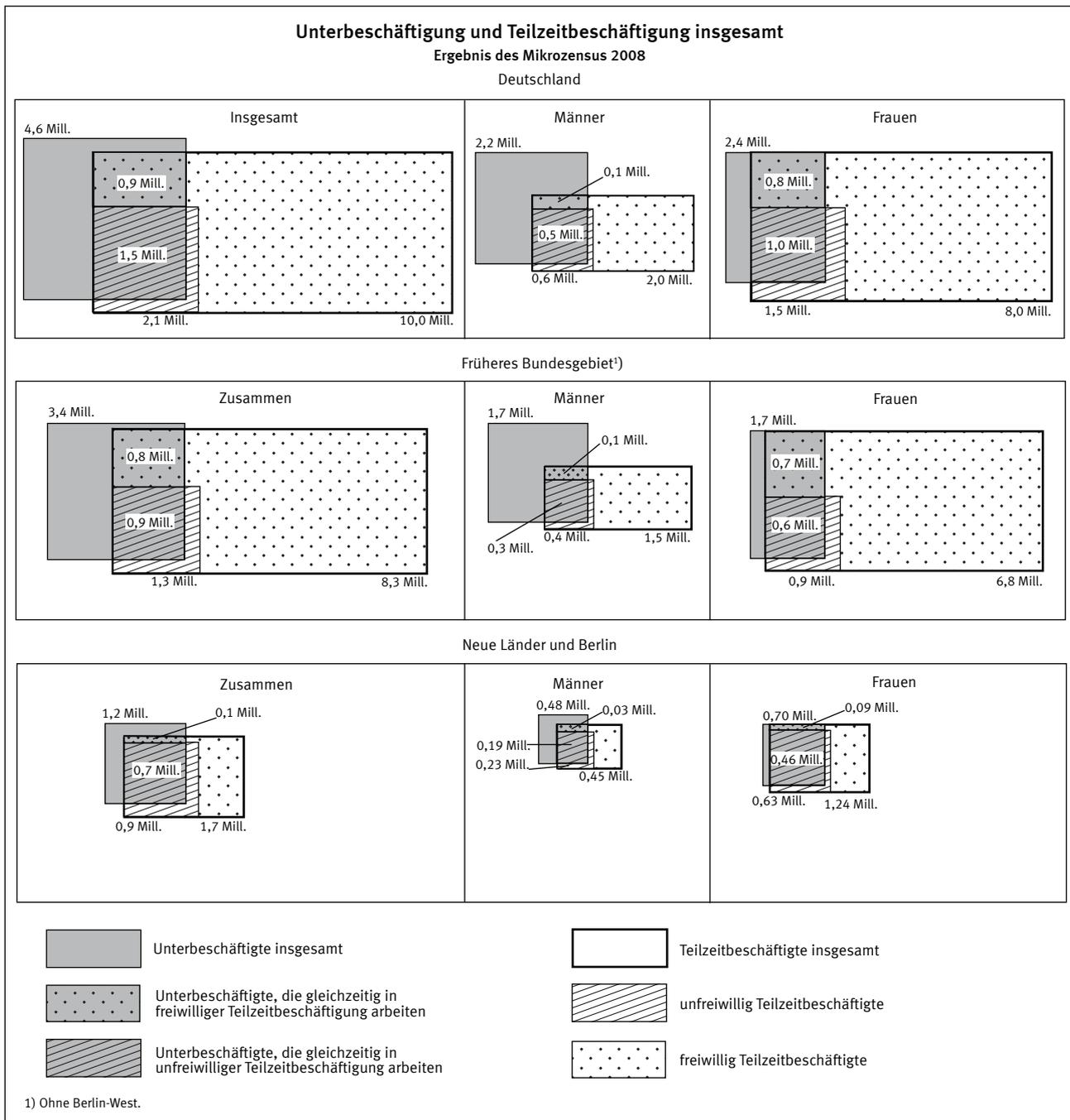
Weniger groß sind hier die Unterschiede bei den Frauen. Analog zu der Feststellung, dass unterbeschäftigte Frauen

Tabelle 4: Unterbeschäftigung
Ergebnis des Mikrozensus 2008
Prozent

Aufteilung der Unterbeschäftigten	Deutschland			Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Unterbeschäftigt + unfreiwillig teilzeitbeschäftigt ...	32,9	21,6	43,5	25,4	16,8	34,2	55,0	38,9	66,1
Unterbeschäftigt + freiwillig teilzeitbeschäftigt	20,0	6,7	32,4	23,4	6,7	40,5	10,2	6,4	12,8
Unterbeschäftigt + vollzeitbeschäftigt	47,1	71,7	24,1	51,2	76,5	25,3	34,9	54,7	21,1

1) Ohne Berlin-West.

Schaubild 4



in beiden Teilen Deutschlands mehrheitlich teilzeitbeschäftigt sind – im Westen eher freiwillig, im Osten mit einem beachtlichen Grad an unfreiwilliger Teilzeit –, ist ein vergleichsweise geringer Anteil von 25,3 % (West) bzw. 21,1 % (Ost) der unterbeschäftigten Frauen in einer Vollzeitbeschäftigung.

In welchem Ausmaß vollzeitbeschäftigte Erwerbstätige ihre Arbeitszeit erhöhen wollen, wird in Abschnitt 4.2 dargelegt. Die Untersuchungen geben weitere Hinweise auf die Beweggründe der vollzeitbeschäftigten Erwerbstätigen, ihre derzeitige Arbeitszeit erhöhen zu wollen. Haben unterbeschäftigte

Vollzeiterwerbstätige eine geringere Arbeitszeit als diejenigen Vollzeittätigen, die nicht unterbeschäftigt sind?

4.1.3 Struktur der Teilzeitbeschäftigten

2,125 Mill. Teilzeitbeschäftigte in Deutschland gaben 2008 als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit an, keine Vollzeittätigkeit gefunden zu haben und sind somit unfreiwillig teilzeitbeschäftigt. Dies waren nur 21,3 % aller Teilzeitbeschäftigten. Wie bereits erwähnt, gibt es hier zwischen West und Ost sowie Männern und Frauen allerdings große Unterschiede. In Tabelle 5 ist die Aufteilung der Teilzeitbe-

Tabelle 5: Teilzeitbeschäftigung
Ergebnis des Mikrozensus 2008
Prozent

Aufteilung der Teilzeitbeschäftigten	Deutschland			Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Unfreiwillig teilzeitbeschäftigt	21,3	31,7	18,7	15,3	25,9	12,9	50,8	51,1	50,7
dar.: unterbeschäftigt	71,7	77,1	69,5	69,0	74,4	66,6	75,6	81,7	73,4
Freiwillig teilzeitbeschäftigt	78,7	68,3	81,3	84,7	74,1	87,1	49,2	48,9	49,3
dar.: unterbeschäftigt	11,8	11,0	12,0	11,5	10,5	11,7	14,5	13,9	14,7

1) Ohne Berlin-West.

schäftigten in „unfreiwillig“ und „freiwillig“ für Deutschland insgesamt und für das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin-West) und die neuen Länder und Berlin, jeweils untergliedert nach dem Geschlecht, dargestellt.

Anteil Unterbeschäftigter bei unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung

Von den unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten, die angaben, keine Vollzeitstätigkeit gefunden zu haben, sind in Deutschland insgesamt nur 71,7 % gleichzeitig auch unterbeschäftigt (siehe auch Tabelle 5). Damit liegt im Umkehrschluss trotz der unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung bei 28,3 % der betroffenen Personen keine Unterbeschäftigung vor. Ähnlich hohe Anteile finden sich auch in den betrachteten Teilgruppen: Mit 33,4 % ist der Anteil unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter, die aber nicht unterbeschäftigt sind, bei den Frauen im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West am höchsten. Den niedrigsten Anteil haben unfreiwillig teilzeitbeschäftigte Männer im Osten, aber auch dieser ist bei Betonung der Unfreiwilligkeit der Teilzeittätigkeit mit 18,3 % noch verständlich hoch. Warum ist ein so großer Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten nach eigenen Angaben dennoch nicht unterbeschäftigt?

Wie Tabelle 6 zeigt, geben immerhin 23,5 % dieser nicht unterbeschäftigten unfreiwillig Teilzeittätigen an, den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden zu haben. Sie zählen jedoch nicht zu den Unterbeschäftigten, weil sie das Verfügbarkeitskriterium der Unterbeschäftigung nicht erfüllen, das heißt sie sind nicht in der Lage, innerhalb der nächsten zwei Wochen zusätzliche Stunden zu arbeiten. Im Vergleich zu anderen nicht unterbeschäftigten Erwerbstätigengruppen ist dieser Anteil relativ hoch. Während insgesamt 5,6 % aller nicht unterbeschäftigten Teilzeittätigen zwar ebenfalls den Wunsch nach zusätzlichen Stunden

haben, aber das Verfügbarkeitskriterium nicht erfüllen, reduziert sich dieser Anteil bei den freiwillig Teilzeitbeschäftigten auf 4,1 %. Der Anteil bei den nicht unterbeschäftigten Vollzeittätigen liegt sogar bei nur 0,9 %.

Angaben zu den Gründen für die Nichtverfügbarkeit sind im Mikrozensus nicht vorhanden. Deshalb sind Aussagen zu möglichen Ursachen immer spekulativ. Es ist jedoch auch hier denkbar, dass bei den betroffenen unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten zwischenzeitlich ein Wechsel von der (ehemaligen) „Unfreiwilligkeit“ hin zur „Freiwilligkeit“ stattgefunden hat und die Verfügbarkeit für zusätzliche Stunden zum Beispiel wegen einer neu entstandenen Betreuungssituation kurzfristig nicht realisiert werden kann. Erstaunlich ist dabei allerdings, dass sowohl im Westen als auch im Osten anteilig mehr Männer als Frauen das Verfügbarkeitskriterium nicht erfüllen. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) haben immerhin 28,1 % der unfreiwillig teilzeitbeschäftigten Männer zwar den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden, sind jedoch nicht verfügbar. Der entsprechende Wert beträgt in den neuen Ländern und Berlin sogar 35,2 % (siehe Tabelle 6). Im Vergleich dazu liegen diese Anteile bei den Frauen bei 21,4 % (West) bzw. 21,5 % (Ost).

Die meisten der in Deutschland insgesamt 601 000 nicht unterbeschäftigten unfreiwillig Teilzeittätigen äußerten bei der Befragung im Mikrozensus 2008 allerdings nicht den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden. Möglicherweise hat hier ein Rückzug vom Arbeitsmarkt in dem Sinne stattgefunden, dass aufgrund fehlender Aussichten auf Erfolg vom ursprünglichen Ziel einer Vollzeitbeschäftigung mittlerweile Abstand genommen wurde.

Tabelle 7: Freiwillig Teilzeitbeschäftigte nach Ergebnis des Pro

Hauptgrund für Teilzeittätigkeit ¹⁾	Freiwillig Teilzeitbeschäftigte						
	insgesamt (7,8 Mill.)						
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²⁾			Neue Länder und Berlin		
zusammen		Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	
Schulausbildung, Studium oder sonstige Aus- bzw. Fortbildung	12,7	11,8	35,8	7,2	20,1	35,5	14,6
Aufgrund von Krankheit, Unfallfolgen	3,9	3,4	8,9	2,4	7,9	13,7	5,8
Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen	26,3	27,3	4,2	31,7	18,4	2,3	24,3
Sonstige persönliche oder familiäre Verpflichtungen	27,0	28,3	8,3	32,1	15,8	6,2	19,3
Vollzeittätigkeit aus anderen Gründen nicht gewünscht	29,2	28,3	41,2	25,8	36,6	41,2	35,0
Ohne Angabe	1,0	1,0	1,6	0,8	1,1	1,2	1,0

1) Der Hauptgrund „Vollzeit nicht zu finden“ entfällt bei dieser Betrachtung, da freiwillig Teilzeitbeschäftigte sich eben genau dadurch definieren, diesen *nicht*

Tabelle 6: Nicht unterbeschäftigte Erwerbstätige mit Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden¹⁾
Ergebnis des Mikrozensus 2008
Prozent

Erwerbstätigen­gruppe	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²⁾			Neue Länder und Berlin		
		zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Nicht unterbeschäftigte Teilzeittätige insgesamt	5,6	5,2	5,9	5,1	8,7	9,9	8,2
unfreiwillig	23,5	23,1	28,1	21,4	24,2	35,2	21,5
freiwillig	4,1	4,1	3,7	4,1	4,1	4,3	4,0
Nicht unterbeschäftigte Vollzeit­tätige...	0,9	1,0	1,0	1,0	0,7	0,7	0,7

1) Nicht unterbeschäftigt, da diese Erwerbstätigen das Verfügbarkeitskriterium (innerhalb der nächsten zwei Wochen zusätzliche Arbeitsstunden möglich) nicht erfüllen. – 2) Ohne Berlin-West.

Anteil Unterbeschäftigter bei freiwilliger Teilzeitbeschäftigung

Dass Personen in unfreiwilliger Teilzeittätigkeit gleichzeitig aussagen, unterbeschäftigt zu sein, ist verständlich. Aber warum sind in Deutschland auch 927 000 der insgesamt 7,856 Mill. freiwillig Teilzeitbeschäftigten gleichzeitig unterbeschäftigt?

Werden die freiwillig Teilzeitbeschäftigten nach dem Hauptgrund ihrer freiwilligen Teilzeitbeschäftigung differenziert, ergeben sich – wie Tabelle 7 zeigt – deutliche Unterschiede zwischen denjenigen, die gleichzeitig unterbeschäftigt sind, und den freiwillig Teilzeitbeschäftigten, die dies nicht sind.

Nur gut ein Viertel (25,5 %) der nicht unterbeschäftigten freiwillig Teilzeittätigen gibt als Hauptgrund für die Teilzeittätigkeit die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen an (siehe Tabelle 7). Bei den freiwillig Teilzeitbeschäftigten, die gleichzeitig unterbeschäftigt sind, ist dies dagegen fast ein Drittel (32,5 %). Möglicherweise haben Personen der letztgenannten Gruppe (mittlerweile) einen Weg gefunden, eine Ausweitung ihrer Arbeitsstunden mit der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen zu vereinbaren oder die Betreuungsintensität hat im Laufe der Zeit abgenommen und der ursprünglich „freiwillige“ Grund für die Teilzeitbeschäftigung wechselt langsam – aufgrund veränderter Rahmenbedingungen – in den Status der Unfreiwilligkeit.

Dieses Bild verändert sich grundlegend bei einer getrennten Betrachtung der Geschlechter. Generell spielt die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen als Hauptgrund für die Wahl einer freiwilligen Teilzeittätigkeit bei den Männern eine völlig untergeordnete Rolle

(siehe Tabelle 7). Dies gilt für Männer in beiden Teilgebieten fast gleichermaßen. Bei den Frauen sieht dies deutlich anders aus; auch zeigen sich hier erneut Unterschiede zwischen West und Ost. Im Westen geben insgesamt 31,7 % der freiwillig teilzeittätigen Frauen die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit an. Bei den Frauen im Osten sind dies immerhin noch 24,3 %. Diese Anteile verschieben sich, je nachdem, ob gleichzeitig eine Unterbeschäftigung vorliegt oder nicht. Bei den freiwillig teilzeitbeschäftigten westdeutschen Frauen, die nicht unterbeschäftigt sind, geben 30,6 % die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit an. Dieser Anteil steigt auf 39,6 % bei den freiwillig teilzeitbeschäftigten westdeutschen Frauen, die gleichzeitig unterbeschäftigt sind. Im Osten ist dagegen kein Anstieg zu verzeichnen; der Anteil sinkt sogar leicht, wenn eine gleichzeitige Unterbeschäftigung hinzukommt (von 24,3 auf 23,9 %).

Die obige These, freiwillig Teilzeitbeschäftigte mit dem Hauptgrund der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen, könnten unter Umständen im Laufe der Zeit ihr Angebot an Arbeitsstunden erhöhen wollen, weil die Betreuungsintensität gegebenenfalls abgenommen hat oder die Betreuung durch andere Personen/Einrichtungen übernommen werden kann, scheint in größerem Ausmaße allenfalls auf Frauen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) zuzutreffen.

Ansonsten treten keine deutlichen Strukturverschiebungen bezüglich der Hauptgründe für eine freiwillige Teilzeittätigkeit auf, wenn nach gleichzeitig vorhandener oder nicht vorhandener Unterbeschäftigung differenziert wird. Auffallend ist höchstens noch, dass der Anteil derjenigen, die ange-

Hauptgrund für freiwillige Teilzeittätigkeit
Mikrozensus 2008
zent

Freiwillig Teilzeitbeschäftigte													
unterbeschäftigt (0,9 Mill.)							nicht unterbeschäftigt (6,9 Mill.)						
Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²⁾			Neue Länder und Berlin			Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²⁾			Neue Länder und Berlin		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
12,4	11,5	35,8	7,3	18,5	31,5	14,1	12,7	11,8	35,8	7,2	20,4	36,1	14,7
3,5	3,1	9,5	2,1	5,6	10,2	4,1	3,9	3,4	8,8	2,4	8,3	14,2	6,1
32,5	34,6	5,0	39,6	18,6	3,0	23,9	25,5	26,3	4,1	30,6	18,4	2,1	24,3
25,4	27,3	10,0	30,3	12,7	5,3	15,2	27,2	28,4	8,1	32,4	16,4	6,3	20,0
24,6	21,9	35,4	19,6	42,7	47,2	41,2	29,8	29,1	41,9	26,7	35,6	40,2	33,9
1,6	1,6	4,3	1,1	1,9	2,8	1,6	0,9	0,9	1,3	0,8	0,9	1,0	0,9

angegeben zu haben. – 2) Ohne Berlin-West.

ben, aufgrund von Krankheit, Unfallfolgen einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, bei gleichzeitiger Unterbeschäftigung niedriger ist.

4.2 Gewöhnliche Arbeitszeit und gewünschte Mehrarbeitszeit

4.2.1 Die Problematik

Bei der Analyse von Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung wurde ein wesentliches Merkmal bisher noch nicht betrachtet: die Arbeitszeit. Von Interesse ist dabei zum einen die gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit in der vorhandenen Erwerbstätigkeit und zum anderen die gewünschte wöchentliche Mehrarbeitszeit bei denjenigen, die den Wunsch nach Mehrarbeit haben.

Die Interpretation der Angaben zu den gewöhnlich geleisteten Arbeitsstunden einerseits und den gewünschten Mehrarbeitsstunden andererseits ist allerdings mit einigen Schwierigkeiten verbunden, wenn mehrere Erwerbstätigkeiten von einer Person ausgeübt werden. Mehrfacherwerbstätigkeiten haben bereits Auswirkungen auf die Trennung zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten, denn es gibt Teilzeitbeschäftigte, die in der Nebenerwerbstätigkeit (kurz: Nebenjob) in Bezug auf die gewöhnlich geleisteten Arbeitsstunden eine Vollzeit-tätigkeit ausüben.⁹⁾ Darüber hinaus stellt sich bei Personen mit mehreren Erwerbstätigkeiten die Frage, wie – bei einem vorhandenen Mehrarbeitswunsch – die gewünschte wöchentliche Mehrarbeitsstundenanzahl zu interpretieren ist.

Haben diese Erwerbstätigen die gewöhnlichen Arbeitsstunden ihres Nebenjobs mitberücksichtigt oder haben sie als Referenzgröße lediglich die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden in ihrer Haupterwerbstätigkeit verwendet?

4.2.2 Erwerbstätige mit Haupt- und Nebentätigkeiten

Aufgrund dieser Problematik wurden in einem ersten Schritt verschiedene Erwerbstätigengruppen zunächst daraufhin untersucht, ob sie einen Nebenjob haben oder nicht. Die Ergebnisse sind in Tabelle 8 dargestellt. Von den im Mikrozensus 2008 erfassten 38,734 Mill. Erwerbstätigen gaben insgesamt 1,431 Mill. Personen an, eine weitere Erwerbstätigkeit auszuüben. Dies entspricht einem Anteil von 3,7 % an allen Erwerbstätigen. Im Westen Deutschlands ist der Anteil der Personen, die einen Nebenjob haben, mit 4,1 % höher als im Osten (2,2 %). Relativ gesehen haben westdeutsche erwerbstätige Frauen besonders häufig neben der Haupttätigkeit eine weitere Nebentätigkeit (4,4 %). Im Wesentlichen ist dafür die besonders hohe Teilzeitquote der westdeutschen erwerbstätigen Frauen verantwortlich, denn Erwerbstätige, die in der Haupterwerbstätigkeit eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, haben im Vergleich zu den Vollzeitbeschäftigten häufiger einen Nebenjob.

Insgesamt lag der Anteil der Erwerbstätigen mit Nebenjob bei den Teilzeitbeschäftigten bei 5,4 %, während nur 3,1 % der Vollzeitbeschäftigten angaben, einen Nebenjob

Tabelle 8: Haupt- und Nebentätigkeiten verschiedener Erwerbstätigengruppen
Ergebnis des Mikrozensus 2008

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Erwerbstätige	Vollzeitbeschäftigt in Haupttätigkeit ¹⁾	Teilzeitbeschäftigt in Haupttätigkeit ²⁾	Unterbeschäftigte	Unterbeschäftigte			Nicht-Unterbeschäftigte		
						vollzeittätig in Haupttätigkeit ¹⁾	unfreiwillig teilzeittätig in Haupttätigkeit ²⁾	freiwillig teilzeittätig in Haupttätigkeit ²⁾	vollzeittätig in Haupttätigkeit ¹⁾	unfreiwillig teilzeittätig in Haupttätigkeit ²⁾	freiwillig teilzeittätig in Haupttätigkeit ²⁾
Deutschland	1 000	38 734	28 753	9 981	4 628	2 178	1 524	927	26 575	601	6 929
mit Nebenjob	1 000	1 431	894	537	266	110	89	67	784	48	335
mit Nebenjob	%	3,7	3,1	5,4	5,2	5,1	5,8	7,2	2,9	7,9	4,8
Früheres Bundesgebiet ³⁾	1 000	31 102	22 810	8 292	3 447	1 766	875	806	21 044	392	6 219
mit Nebenjob	1 000	1 263	798	465	224	99	65	60	700	38	302
mit Nebenjob	%	4,1	3,5	5,6	6,5	5,6	7,4	7,4	3,3	9,7	4,9
Männer	1 000	17 109	15 589	1 520	1 746	1 335	293	118	14 254	101	1 008
mit Nebenjob ...	1 000	649	552	97	95	70	15	11	482	11	61
mit Nebenjob ...	%	3,8	3,5	6,4	5,5	5,3	4,9	9,1	3,4	10,8	6,0
Frauen	1 000	13 993	7 221	6 772	1 701	431	581	689	6 790	291	5 211
mit Nebenjob ...	1 000	614	247	368	128	29	50	49	218	27	241
mit Nebenjob ...	%	4,4	3,4	5,4	7,5	6,7	8,7	7,1	3,2	9,3	4,6
Neue Länder und											
Berlin	1 000	7 632	5 943	1 689	1 181	412	649	120	5 531	209	710
mit Nebenjob	1 000	168	96	73	42	11	24	7	84	10	33
mit Nebenjob	%	2,2	1,6	4,3	3,5	2,7	3,6	5,7	1,5	4,6	4,6
Männer	1 000	4 079	3 628	451	484	265	188	31	3 364	42	190
mit Nebenjob ...	1 000	81	60	21	15	7	7	/	53	/	10
mit Nebenjob ...	%	2,0	1,6	4,6	3,2	2,6	3,6	5,7	1,6	4,8	5,5
Frauen	1 000	3 553	2 314	1 238	697	147	461	90	2 168	167	521
mit Nebenjob ...	1 000	88	36	52	26	/	17	5	32	8	22
mit Nebenjob ...	%	2,5	1,6	4,2	3,8	3,0	3,6	5,7	1,5	4,5	4,3

1) 32 Stunden und mehr gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit. – 2) Weniger als 32 Stunden gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit. – 3) Ohne Berlin-West.

9) Untersuchungen haben gezeigt, dass von den 537 000 Erwerbstätigen, die als Haupttätigkeit eine Teilzeitbeschäftigung angeben und zusätzlich eine weitere Erwerbstätigkeit ausüben, 13 000 einen Vollzeit-Nebenjob haben. Dies sind 2,4 % aller Teilzeitbeschäftigten mit einem Nebenjob. Erstaunlich ist dabei, dass offensichtlich die Befragten nicht generell als Haupterwerbstätigkeit diejenige ansehen, die mit einer höheren Stundenzahl verbunden ist (auch wenn im Mikrozensusfragebogen bei den Fragen zur gegenwärtigen Haupterwerbstätigkeit der nachfolgende Hinweis steht: „Wenn Sie mehrere Tätigkeiten ausüben: Die Haupttätigkeit ist im Zweifel jene mit der längsten Arbeitszeit.“).

zu haben. Sowohl im Westen als auch im Osten haben relativ mehr teilzeitbeschäftigte Männer als teilzeitbeschäftigte Frauen einen Nebenjob. Allerdings ist die Differenz im Westen stärker ausgeprägt. So liegt das Verhältnis im Westen bei 6,4 % (Männer) zu 5,4 % (Frauen), während es im Osten 4,6 % (Männer) zu 4,2 % (Frauen) beträgt.

Eine unmittelbare Gegenüberstellung der nach West/Ost, Geschlecht sowie Vollzeit, unfreiwilliger Teilzeit und freiwilliger Teilzeit differenzierten Unterbeschäftigten mit der entsprechenden Vergleichsgruppe der nicht Unterbeschäftigten erfolgt in Tabelle 8 mit den letzten sechs Spalten. In allen Untergruppen zeigt sich, dass vollzeittätige Unterbeschäftigte relativ häufiger einen Nebenjob ausüben als Vollzeittätige, die nicht unterbeschäftigt sind (5,1 % aller unterbeschäftigten Vollzeittätigen im Vergleich zu 2,9 % aller nicht unterbeschäftigten Vollzeittätigen; Westen: 5,6 % zu 3,3 %; Osten: 2,7 % zu 1,5 %). Dagegen haben Unterbeschäftigte, die in ihrer Haupttätigkeit in einer unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung sind, im Vergleich zu den nicht unterbeschäftigten unfreiwillig Teilzeittätigen weniger oft einen Nebenjob (5,8 % aller unterbeschäftigten unfreiwillig Teilzeittätigen im Vergleich zu 7,9 % aller nicht unterbeschäftigten unfreiwillig Teilzeittätigen; Westen: 7,4 % zu 9,7 %; Osten: 3,6 % zu 4,6 %). Wiederum umgekehrt ist dieses Verhältnis bei den freiwillig Teilzeitbeschäftigten. Auch hier haben – genau wie bei den Vollzeittätigen – relativ gesehen mehr unterbeschäftigte freiwillig Teilzeittätige einen Nebenjob als nicht Unterbeschäftigte mit freiwilliger Teilzeitbeschäftigung (7,2 % aller unterbeschäftigten freiwillig Teilzeittätigen im Vergleich zu 4,8 % aller nicht unterbeschäftigten freiwillig Teilzeittätigen; Westen: 7,4 % zu 4,9 %; Osten: 5,7 % zu 4,6 %).

Die Ergebnisse sind erstaunlich, denn mit Ausnahme der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten haben somit Unterbeschäftigte im Vergleich zur Gruppe der Nicht-Unterbeschäftigten relativ häufiger einen Nebenjob und geben dennoch an, den Wunsch nach Mehrarbeit zu haben. Es ist allerdings zu vermuten, dass zumindest ein Teil der Unterbeschäftigten den Wunsch nach Mehrarbeit nur in Bezug zur Arbeitszeit in der Haupttätigkeit setzt. Möglicherweise möchten diese Unterbeschäftigten ihren Nebenjob aufgeben, wenn sie eine Haupttätigkeit mit einer höheren wöchentlichen Stundenzahl bekämen.

4.2.3 Gewöhnlich geleistete Arbeitszeit in der Nebentätigkeit

Ausgangspunkt der nachfolgenden Betrachtungen sind die 1,431 Mill. Erwerbstätigen, die nach eigenen Angaben einen

Nebenjob haben. Für diese Personengruppe wurde untersucht, welche gewöhnliche Arbeitszeit sie durchschnittlich in ihrem Nebenjob je Woche hat (siehe Tabelle 9 auf S. 898 f.). Die Berechnung einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit erfolgt in der Regel durch das arithmetische Mittel. Bei dieser Durchschnittsberechnung kann es jedoch zu Verzerrungen kommen, wenn es sich um eine ungleiche oder asymmetrische Verteilung handelt oder extreme Ausreißer zu beobachten sind. In der Tabelle 9 sind deshalb nachrichtlich zusätzlich der Modus (Modalwert) und der Median angegeben. Darüber hinaus geben die Schiefe und die Standardabweichung sowie der Variationskoeffizient weitere Informationen über die Art der Häufigkeitsverteilung der gewöhnlich geleisteten Arbeitszeit.¹⁰⁾

Die Arbeitszeit im Nebenjob weist bei allen betrachteten (Unter-)Gruppen eine Häufigkeitsverteilung auf, die in der Tendenz linkssteil ist. Unterschiede gibt es zwar bezüglich der Stärke der Schiefe, aber allen gemein ist, dass eine große Anzahl von Beobachtungswerten unterhalb des arithmetischen Mittels liegt. Dies bestätigt sich auch in den durchgängig niedrigeren durchschnittlichen Arbeitsstunden, die der Median ausweist. Im arithmetischen Mittel haben Vollzeiterwerbstätige mit Nebenjob in ihrer weiteren Erwerbstätigkeit eine durchschnittliche gewöhnliche Wochenarbeitszeit von 9,4 Stunden, während Teilzeitbeschäftigte wöchentlich durchschnittlich 10,0 Stunden in ihrem Nebenjob arbeiten. Die entsprechende Stundenzahl bei allen unterbeschäftigten Erwerbstätigen beträgt durchschnittlich 8,8 Stunden.

Alle Untergruppen der Unterbeschäftigten haben in ihrem Nebenjob eine niedrigere durchschnittliche Wochenarbeitszeit (arithmetisches Mittel) als die entsprechende Vergleichsgruppe der Nicht-Unterbeschäftigten: Das Verhältnis beträgt bei den Vollzeittätigen 8,4 zu 9,5 Wochenstunden, bei den unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten 9,6 zu 11,0 Wochenstunden und bei den freiwillig Teilzeitbeschäftigten 8,3 zu 10,2 Wochenstunden.

Die Wochenarbeitszeiten der Männer liegen dabei (von den größeren Abweichungen um bis zu knapp vier Stunden nach oben bei allen unfreiwillig teilzeittätigen westdeutschen Männern und um knapp fünf bzw. gut drei Stunden bei nicht unterbeschäftigten freiwillig teilzeittätigen Männern im Westen bzw. Osten einmal abgesehen) zwischen einer halben Stunde bis zu zwei Stunden über, die der Frauen in der Regel knapp eine Stunde unter diesen Durchschnittswerten.

10) Bei unimodalen Häufigkeitsverteilungen lässt sich die (A-)Symmetrie einfach mithilfe der Lageparameter Modus, Median und arithmetisches Mittel charakterisieren. Bei einer symmetrischen Verteilung gilt: Modus = Median = arithmetisches Mittel. Dagegen gilt für eine linkssteile (rechtsschiefe) Verteilung tendenziell: Modus < Median < arithmetisches Mittel. Bei einer rechtssteilen (linksschiefen) Verteilung gilt die Reihenfolge: Modus > Median > arithmetisches Mittel.

Darüber hinaus ist die zusätzliche Berechnung eines Schiefemaßes hilfreich. In den Auswertungen wurde die Schiefe über folgende Formel ermittelt:

$$\frac{n}{(n-1) \cdot (n-2)} \cdot \sum_{i=1}^n w_i^3 \cdot \left(\frac{x_i - \bar{x}_w}{s_w} \right)^3, \text{ mit}$$

n = Anzahl der Beobachtungswerte, x_i = i -ter Beobachtungswert des Merkmals x , w_i = Gewichtung des i -ten Beobachtungswertes (hier: mit den Hochrechnungsfaktoren); \bar{x}_w = Stichprobenmittelwert des Merkmals x , s_w = Stichprobenstandardabweichung des Merkmals x .

Die so berechnete Schiefe ist ein Maß für die (A-)Symmetrie der Verteilung zum arithmetischen Mittel. Bei linkssteilen (rechtsschiefen) Verteilungen nimmt das Schiefemaß einen positiven Wert an, bei rechtssteilen (linksschiefen) Verteilungen einen negativen Wert. Bei Vorliegen von bi- oder multimodalen Verteilungen ist eine sinnvolle Interpretation allerdings oft nicht möglich.

Linkssteile (rechtsschiefe) Verteilungen findet man z. B. typischerweise beim Einkommen. Hier gibt es sehr viele Personen mit niedrigen bis mittleren Einkommen und einige wenige Personen mit extrem hohen Einkommen.

Tabelle 9: Gewöhnlich geleistete Arbeitszeit
Ergebnis des

Gewöhnliche Arbeitszeit in der Nebentätigkeit	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin		
		zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
vollzeitbeschäftigt in der Haupttätigkeit ²⁾							
Modus	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Median	8,0	8,0	8,0	7,0	8,0	8,0	8,0
Arithmetisches Mittel	9,4	9,4	9,9	8,2	9,6	10,1	8,6
Standardabweichung	3,0	3,0	3,1	2,7	3,1	3,2	2,8
Schiefe	2,8	2,8	2,5	3,9	2,6	2,3	3,2
Variationskoeffizient in %	32,4	32,4	31,9	33,1	32,0	31,7	32,2
Unterbeschäftigte							
vollzeittätig in Haupttätigkeit ²⁾							
Modus	10,0	10,0	10,0	5,0	10,0	10,0	5,0
Median	7,0	6,0	7,0	6,0	7,0	8,0	5,0
Arithmetisches Mittel	8,4	8,4	8,8	7,5	8,3	9,4	6,5
Standardabweichung	2,6	2,6	2,8	2,1	2,1	2,4	1,3
Schiefe	3,0	3,0	2,9	3,3	1,5	1,2	0,6
Variationskoeffizient in %	30,8	31,4	32,1	27,9	25,4	25,4	20,5
Nicht-Unterbeschäftigte							
vollzeittätig in Haupttätigkeit ²⁾							
Modus	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
Median	8,0	8,0	8,0	7,0	8,0	8,0	8,0
Arithmetisches Mittel	9,5	9,5	10,0	8,3	9,7	10,2	8,9
Standardabweichung	3,1	3,1	3,2	2,8	3,2	3,3	2,9
Schiefe	2,8	2,8	2,4	3,9	2,6	2,3	3,1
Variationskoeffizient in %	32,5	32,5	31,8	33,5	32,5	32,3	32,6

1) Ohne Berlin-West. – 2) 32 Stunden und mehr gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit. – 3) Weniger als 32 Stunden gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit.

Wie im vorherigen Abschnitt festgestellt, haben Unterbeschäftigte im Vergleich zu den Nicht-Unterbeschäftigten zwar relativ häufiger einen Nebenjob, auf der anderen Seite ist jedoch ihre durchschnittlich im Nebenjob geleistete Arbeitszeit niedriger als diejenige von Nicht-Unterbeschäftigten. Dies könnte ein weiterer Grund sein, warum trotz bestehender weiterer Erwerbstätigkeit der Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden existiert.

4.2.4 Gewöhnlich geleistete Arbeitszeit in der Haupttätigkeit

Tabelle 10 auf S. 900 f. zeigt die durchschnittliche gewöhnliche Arbeitszeit in der Haupttätigkeit bei vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Erwerbstätigen sowie bei den Unterbeschäftigten. Es wurde hier keine Differenzierung danach vorgenommen, ob neben der Haupttätigkeit noch eine weitere Erwerbstätigkeit vorliegt oder nicht. Neben dem arithmetischen Mittel sind wiederum Modus, Median, Standardabweichung, Schiefe und Variationskoeffizient angegeben. Der Leser möge diese Angaben bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigen, auch wenn nachfolgend das arithmetische Mittel im Fokus der Betrachtungen steht.

Vollzeitbeschäftigte haben in Deutschland im arithmetischen Mittel eine wöchentliche Arbeitszeit von 41,7 Stunden. Sowohl im Westen als auch im Osten arbeiten vollzeitbeschäftigte Männer gewöhnlich etwas länger als vollzeitbeschäftigte Frauen: 42,5 Stunden im Vergleich zu 40,5 Stunden im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) und 41,9 Stunden zu 40,2 Stunden in den neuen Ländern und Berlin. Dabei haben die Männer im Westen mit den genannten durchschnittlichen 42,5 Stunden die höchste gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit.

Die durchschnittliche gewöhnliche Arbeitszeit beträgt bei den Teilzeitbeschäftigten 17,9 Stunden. Im Gegensatz zu den Vollzeitbeschäftigten arbeiten teilzeitbeschäftigte Männer mit 15,9 Stunden bzw. 18,3 Stunden in West und Ost weniger lange als teilzeitbeschäftigte Frauen, die auf 17,7 Stunden (West) und 21,6 Stunden (Ost) kommen. Bei den nach Geschlecht und West/Ost differenzierten Teilzeitbeschäftigten haben somit die teilzeitbeschäftigten Frauen in den neuen Ländern und Berlin die höchste gewöhnliche Arbeitszeit.

Diese Unterschiede kommen insbesondere dadurch zustande, dass im Westen relativ mehr Teilzeitbeschäftigte in freiwilliger Teilzeit als in unfreiwilliger Teilzeit arbeiten (siehe Tabelle 5) und freiwillige Teilzeit durchschnittlich mit einer niedrigeren gewöhnlichen Arbeitszeit verbunden ist als unfreiwillige Teilzeit. Im Osten ist jedoch das Verhältnis von freiwilliger und unfreiwilliger Teilzeit fast ausgeglichen, wobei die unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten noch knapp die Mehrheit haben.

Unterbeschäftigte, die Vollzeit arbeiten, haben eine durchschnittliche gewöhnliche Arbeitszeit von 39,5 Stunden. Demgegenüber kommen vollzeittätige Nicht-Unterbeschäftigte mit 41,9 Stunden insgesamt auf eine höhere Stundenanzahl und liegen damit sogar etwas über dem Durchschnitt der gesamten Gruppe der Vollzeitbeschäftigten.

Bei den unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten gibt es ebenfalls einen deutlichen Unterschied zwischen den gewöhnlich geleisteten Arbeitsstunden derer, die unterbeschäftigt sind, und derer, die nicht unterbeschäftigt sind. Auch wenn Modus und Median in beiden Gruppen gleich ausfallen, so liegt das arithmetische Mittel bei den unterbeschäftigten unfreiwillig

in der Nebentätigkeit
Mikrozensus 2008

Deutsch-land	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin			Deutsch-land	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
teilzeitbeschäftigt in Haupttätigkeit ³⁾							unterbeschäftigt						
10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	5,0
8,0	8,0	10,0	8,0	8,0	10,0	8,0	8,0	8,0	8,0	7,0	8,0	10,0	6,0
10,0	10,0	14,0	8,9	10,0	12,5	9,0	8,8	8,8	9,6	8,1	9,0	10,4	8,2
3,3	3,3	4,5	2,8	3,0	3,5	2,7	2,9	2,9	3,4	2,4	2,9	2,6	3,0
3,8	3,9	2,5	4,6	3,5	2,7	4,0	4,0	3,9	3,5	4,2	4,1	1,1	5,4
32,6	33,1	32,4	31,3	29,7	27,6	29,9	32,5	32,6	34,8	29,7	31,9	24,8	36,5
Unterbeschäftigte													
unfreiwillig teilzeittätig in Haupttätigkeit ³⁾							freiwillig teilzeittätig in Haupttätigkeit ³⁾						
10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	2,0	8,0	2,0
8,0	8,0	10,0	8,0	8,0	10,0	6,0	7,0	7,0	8,0	7,0	7,0	8,0	5,0
9,6	9,7	13,3	8,6	9,5	11,6	8,6	8,3	8,3	10,1	7,9	8,7	9,6	8,4
3,4	3,5	5,3	2,7	3,3	2,9	3,3	2,4	2,4	2,5	2,3	2,6	2,3	2,7
4,4	4,4	3,1	4,6	4,5	1,0	5,6	2,9	3,1	1,1	3,7	1,9	0,4	2,3
35,6	36,0	40,0	30,8	34,4	24,4	38,9	28,5	28,4	25,0	29,1	29,7	23,4	32,4
Nicht-Unterbeschäftigte													
unfreiwillig teilzeittätig in Haupttätigkeit ³⁾							freiwillig teilzeittätig in Haupttätigkeit ³⁾						
10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	8,0	10,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	20,0	10,0
9,0	9,0	10,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	10,0	8,0	10,0	12,0	8,0
11,0	11,2	13,5	10,3	10,4	12,8	9,7	10,2	10,2	14,9	9,0	10,5	13,5	9,2
3,7	3,8	4,6	3,3	3,4	6,4	1,9	3,3	3,3	4,5	2,8	2,7	3,2	2,3
4,5	4,4	2,2	6,2	5,2	3,7	0,8	3,5	3,6	2,3	4,3	1,4	1,3	1,4
33,3	33,5	34,4	32,4	32,5	50,1	20,0	32,1	32,7	30,4	31,4	25,5	23,4	25,2

lig Teilzeittätigen in allen nach West/Ost und Geschlecht differenzierten Untergruppen ungefähr zwei Stunden unter dem arithmetischen Mittel derjenigen unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten, die nicht unterbeschäftigt sind. Dies erklärt möglicherweise, warum ein Teil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten trotz der Unfreiwilligkeit nicht gleichzeitig unterbeschäftigt ist (siehe dazu Tabelle 5). Aufgrund der durchschnittlich etwas höheren gewöhnlichen Arbeitszeit besteht bei den nicht unterbeschäftigten unfreiwillig Teilzeittätigen möglicherweise ein geringerer „Druck“, die Arbeitsstundenzahl auszuweiten, als bei denjenigen unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten, die gleichzeitig unterbeschäftigt sind.

Die gewöhnliche Stundenzahl von Unterbeschäftigten, die in freiwilliger Teilzeit arbeiten, liegt insgesamt mit 15,7 Stunden zwar auch um zwei Stunden niedriger als bei den Nicht-Unterbeschäftigten (17,7 Stunden), hier gibt es jedoch deutliche Unterschiede, differenziert man nach Geschlecht und West/Ost. Freiwillig teilzeitbeschäftigte Männer in Unterbeschäftigung unterscheiden sich bezüglich der Arbeitsstunden kaum von den nicht Unterbeschäftigten. Dies gilt sowohl für den Westen als auch für den Osten. Im Gegenteil: mit 15,1 Stunden zu 14,9 Stunden (West) bzw. 16,7 Stunden zu 16,3 Stunden (Ost) sind die geleisteten Arbeitsstunden der freiwillig teilzeitbeschäftigten Männer bei gleichzeitiger Unterbeschäftigung sogar ein wenig höher als bei denjenigen, die nicht unterbeschäftigt sind. Bei den Männern in freiwilliger Teilzeit scheint das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer gleichzeitigen Unterbeschäftigung im Wesentlichen nicht von der gewöhnlichen Arbeitszeit in der Haupttätigkeit, sondern von anderen Faktoren abhängig zu sein. Zu den weiteren Faktoren gehören dabei allerdings auch bereits vorhandene Nebenjobs (siehe dazu auch Tabelle 8). Anders ist der Sachverhalt dagegen bei den

Frauen. Insbesondere im Westen findet man bei den freiwillig teilzeitbeschäftigten Frauen deutliche Unterschiede hinsichtlich der gewöhnlichen Arbeitszeit zwischen Unterbeschäftigten und Nicht-Unterbeschäftigten. Das Verhältnis beträgt hier 15,2 Stunden zu 21,6 Stunden, das heißt freiwillig teilzeitbeschäftigte Frauen in Unterbeschäftigung arbeiten im Westen durchschnittlich 6,4 Stunden weniger als nicht unterbeschäftigte. Im Osten liegt der Unterschied der geleisteten Arbeitszeiten zwischen unterbeschäftigten und nicht unterbeschäftigten Frauen in freiwilliger Teilzeit nur noch bei 1,5 Stunden.

Mit Ausnahme der freiwillig teilzeitbeschäftigten Männer haben ansonsten jedoch alle nach Vollzeit, unfreiwilliger Teilzeit, freiwilliger Teilzeit, West/Ost und Geschlecht differenzierten Untergruppen der Unterbeschäftigten eine niedrigere gewöhnliche Arbeitszeit als die entsprechenden Vergleichsgruppen der Nicht-Unterbeschäftigten.

4.2.5 Gewünschte Mehrarbeitszeit im Vergleich zur Arbeitszeit in der Haupttätigkeit

Während bei der gewöhnlich geleisteten Arbeitszeit alle 38,734 Mill. Erwerbstätigen betrachtet wurden, sind jetzt nur noch die insgesamt 5,294 Mill. Erwerbstätigen, die den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden haben, Ausgangspunkt der Untersuchungen zur gewünschten wöchentlichen Mehrarbeitszeit (siehe Tabelle 11 auf S. 900 f.). Diese setzen sich aus 2,421 Mill. Vollzeit- und 2,873 Mill. Teilzeitbeschäftigten zusammen. Im Ganzen sind darunter 4,628 Mill. Unterbeschäftigte und weitere 666 000 Personen, die zwar den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden haben, aber das Verfügbarkeitskriterium der Unterbeschäftigung nicht erfüllen.

Tabelle 10: Gewöhnlich geleistete Arbeitszeit
Ergebnis des

Gewöhnliche Arbeitszeit in der Haupttätigkeit	Deutsch-land	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin		
		zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Vollzeitbeschäftigte ²⁾ 28,753 Mill.							
Modus	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Median	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Arithmetisches Mittel	41,7	41,9	42,5	40,5	41,2	41,9	40,2
Standardabweichung	2,4	2,5	2,7	2,0	2,0	2,2	1,6
Schiefe	2,8	2,7	2,5	3,4	3,2	3,0	3,5
Variationskoeffizient in %	5,8	6,1	6,4	5,0	4,9	5,2	4,1
Unterschäftigte 4,628 Mill.							
vollzeittätig ²⁾ 2,178 Mill.							
Modus	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Median	40,0	40,0	40,0	39,0	40,0	40,0	38,0
Arithmetisches Mittel	39,5	39,6	39,9	38,8	39,1	39,8	37,7
Standardabweichung	1,6	1,6	1,7	1,4	1,5	1,5	1,3
Schiefe	3,0	3,0	3,1	2,6	2,5	2,8	1,9
Variationskoeffizient in %	4,1	4,2	4,3	3,7	3,8	3,8	3,4
Nicht-Unterschäftigte 34,106 Mill.							
vollzeittätig ²⁾ 26,574 Mill.							
Modus	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Median	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Arithmetisches Mittel	41,9	42,0	42,7	40,6	41,4	42,0	40,4
Standardabweichung	2,5	2,6	2,8	2,1	2,0	2,2	1,6
Schiefe	2,8	2,7	2,4	3,4	3,2	3,0	3,6
Variationskoeffizient in %	5,9	6,2	6,5	5,1	4,9	5,3	4,1

1) Ohne Berlin-West. – 2) 32 Stunden und mehr gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit. – 3) Weniger als 32 Stunden gewöhnlich geleistete Wochenarbeitszeit.

Tabelle 11: Gewünschte Mehrarbeitszeit im Vergleich
Ergebnis des

Gewünschte Mehrarbeitszeit	Deutsch-land	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin		
		zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Vollzeitbeschäftigte mit Wunsch nach Mehrarbeitszeit 2,421 Mill.							
Modus	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Median	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Arithmetisches Mittel	6,9	6,9	7,1	6,3	6,8	7,2	6,1
Standardabweichung	1,7	1,7	1,7	1,6	1,7	1,8	1,4
Schiefe	1,3	1,6	1,7	1,2	0,2	0,1	0,5
Variationskoeffizient in %	24,8	24,9	24,6	25,3	24,7	24,7	23,7
Unterschäftigte 4,628 Mill.							
vollzeittätig 2,178 Mill.							
Modus	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Median	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Arithmetisches Mittel	7,0	7,0	7,2	6,5	7,0	7,4	6,1
Standardabweichung	1,7	1,7	1,7	1,5	1,6	1,7	1,3
Schiefe	2,3	2,3	2,2	2,7	2,3	2,2	2,7
Variationskoeffizient in %	23,5	23,7	23,7	23,5	22,4	22,3	21,9
Nicht-Unterschäftigte mit Wunsch nach Mehrarbeitszeit ²⁾ 0,666 Mill.							
vollzeittätig 0,243 Mill.							
Modus	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Median	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Arithmetisches Mittel	6,2	6,2	6,4	5,7	6,3	6,6	5,8
Standardabweichung	1,5	1,5	1,6	1,3	1,3	1,4	1,3
Schiefe	2,0	2,0	2,1	1,7	1,6	1,4	2,2
Variationskoeffizient in %	24,1	24,6	24,9	23,5	21,3	20,7	22,0

1) Ohne Berlin-West. – 2) Auch nicht unterbeschäftigte Personen können den Wunsch nach Mehrarbeitsstunden haben. Da sie aber das Verfügbarkeitskriterium

in der Haupttätigkeit
 Mikrozensus 2008

Deutsch-land	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin			Deutsch-land	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Teilzeitbeschäftigte ³⁾ 9,981 Mill.							Unterbeschäftigte 4,628 Mill.						
20,0	20,0	20,0	20,0	30,0	30,0	30,0	40,0	40,0	40,0	20,0	30,0	40,0	30,0
20,0	19,0	15,0	20,0	20,0	20,0	23,0	30,0	33,0	39,0	20,0	30,0	35,0	25,0
17,9	17,4	15,9	17,7	20,7	18,3	21,6	28,1	28,5	34,5	22,2	26,9	30,6	24,4
2,9	2,8	3,1	2,7	3,0	3,1	2,9	4,5	4,7	4,0	4,2	4,0	4,3	3,6
-0,1	-0,0	0,2	-0,1	-0,5	-0,1	-0,7	-0,3	-0,3	-1,1	0,3	-0,3	-0,6	-0,2
15,9	16,1	19,4	15,4	14,3	17,1	13,2	16,1	16,5	11,7	19,1	15,0	14,2	14,6
Unterbeschäftigte 4,628 Mill.							freiwillig teilzeittätig ³⁾ 0,927 Mill.						
unfreiwillig teilzeittätig ³⁾ 1,524 Mill.							freiwillig teilzeittätig ³⁾ 0,927 Mill.						
30,0	20,0	20,0	20,0	30,0	30,0	30,0	20,0	20,0	20,0	20,0	30,0	30,0	30,0
20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	15,0	15,0	15,0	15,0	20,0	15,0	20,0
19,2	18,1	18,1	18,2	20,6	19,9	21,0	15,7	15,2	15,1	15,2	19,2	16,7	20,1
2,9	2,9	3,0	2,8	2,9	3,1	2,9	2,9	2,8	3,2	2,7	3,1	3,2	3,0
-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,5	-0,3	-0,5	0,2	0,3	0,3	0,3	-0,4	0,1	-0,5
15,3	16,0	16,8	15,6	14,2	15,5	13,7	18,2	18,3	21,4	17,8	16,2	19,4	15,0
Nicht-Unterbeschäftigte 34,106 Mill.							freiwillig teilzeittätig ³⁾ 6,929 Mill.						
unfreiwillig teilzeittätig ³⁾ 0,601 Mill.							freiwillig teilzeittätig ³⁾ 6,929 Mill.						
30,0	20,0	30,0	20,0	30,0	30,0	30,0	20,0	20,0	20,0	30,0	30,0	20,0	30,0
20,0	20,0	20,0	20,0	26,0	20,0	28,0	20,0	19,0	14,0	23,0	20,0	15,0	23,0
21,1	19,8	20,0	19,7	23,6	21,3	24,2	17,7	17,4	14,9	21,6	20,2	16,3	21,6
2,8	2,7	3,0	2,7	2,6	3,0	2,5	2,8	2,8	3,0	2,9	3,0	3,0	2,9
-0,5	-0,3	-0,3	-0,3	-1,0	-0,6	-1,1	-0,1	-0,1	0,3	-0,7	-0,4	0,3	-0,7
13,1	13,8	14,8	13,5	11,1	14,3	10,2	15,9	15,9	20,2	13,3	14,9	18,4	13,3

 zur Arbeitszeit in der Haupttätigkeit
 Mikrozensus 2008

Deutsch-land	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin			Deutsch-land	Früheres Bundesgebiet ¹⁾			Neue Länder und Berlin		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Teilzeitbeschäftigte mit Wunsch nach Mehrarbeitszeit 2,873 Mill.							Unterbeschäftigte 4,628 Mill.						
10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	5,0	10,0	10,0	10,0	10,0
14,0	13,0	20,0	11,0	15,0	20,0	15,0	10,0	10,0	7,0	10,0	10,0	10,0	10,0
15,6	15,0	18,9	13,9	17,0	18,9	16,2	11,7	11,1	10,0	12,1	13,5	12,7	14,2
3,0	3,0	3,4	2,7	3,0	3,2	2,8	2,9	2,8	2,9	2,8	3,1	3,2	3,0
0,8	0,9	0,4	1,0	0,7	0,4	0,8	1,3	1,4	1,7	1,2	1,0	1,2	0,9
19,3	20,0	18,2	19,8	17,5	17,2	17,4	25,0	25,7	28,5	22,8	22,7	25,5	20,9
Unterbeschäftigte 4,628 Mill.							freiwillig teilzeittätig 0,927 Mill.						
unfreiwillig teilzeittätig 1,524 Mill.							freiwillig teilzeittätig 0,927 Mill.						
10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
17,0	18,0	20,0	15,0	15,0	20,0	15,0	10,0	10,0	11,0	10,0	10,0	12,0	10,0
18,1	18,3	20,9	17,0	17,7	19,7	16,9	12,2	12,0	15,0	11,5	13,7	15,2	13,2
3,0	3,0	3,2	2,8	3,0	3,2	2,8	2,6	2,6	3,4	2,4	2,8	3,3	2,5
0,6	0,5	0,3	0,6	0,6	0,4	0,7	1,4	1,4	0,8	1,5	1,3	0,8	1,5
16,6	16,5	15,2	16,7	16,7	16,1	16,7	21,3	21,5	22,8	20,6	20,2	21,7	19,3
Nicht-Unterbeschäftigte mit Wunsch nach Mehrarbeitszeit ²⁾ 0,666 Mill.							freiwillig teilzeittätig 0,282 Mill.						
unfreiwillig teilzeittätig 0,141 Mill.							freiwillig teilzeittätig 0,282 Mill.						
10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	20,0	10,0
15,0	15,0	16,0	15,0	15,0	20,0	15,0	10,0	10,0	15,0	10,0	10,0	15,0	10,0
16,4	16,4	17,8	15,7	16,4	18,1	15,6	13,1	13,0	16,3	13,6	14,1	15,4	13,6
2,9	3,0	3,3	2,8	2,9	3,2	2,7	2,8	2,8	3,9	2,6	2,8	3,2	2,6
1,0	1,2	0,6	1,5	0,7	0,6	0,8	1,3	1,4	1,0	1,2	0,9	0,3	1,2
17,9	18,2	18,3	17,9	17,5	17,6	17,3	21,2	21,3	23,7	19,4	19,9	20,8	19,4

nicht erfüllen, sind sie nicht unterbeschäftigt.

Wie viele Stunden wollen diese Unterbeschäftigten und Nicht-Unterbeschäftigten mit dem Wunsch nach zusätzlicher Arbeit eigentlich mehr arbeiten? – Auf diese Frage soll dieser Abschnitt eine Antwort geben, doch – wie bereits in Abschnitt 4.2.1 erwähnt – ist die Ermittlung der gewünschten wöchentlichen Mehrarbeitszeit mit Problemen verbunden, wenn bei einer Person mehrere Erwerbstätigkeiten vorliegen.

Insgesamt 310 000 bzw. 5,9% der 5,294 Mill. Erwerbstätigen mit dem Wunsch nach Mehrarbeitsstunden hatten neben ihrer Haupterwerbstätigkeit gleichzeitig eine weitere Erwerbstätigkeit. Es deutet einiges darauf hin, dass nicht wenige dieser Personengruppe die gewünschte Mehrarbeitszeit nur in Bezug zu ihrer aktuellen Haupttätigkeit sehen. Immerhin erhält man für 121 000 Personen bei der Variablen „wöchentlicher Mehrarbeitswunsch in Stunden“ eine Negativausprägung, das heißt die Berechnung der gewünschten Mehrarbeitsstunden über die Differenz von insgesamt gewünschter wöchentlicher Arbeitszeit und gewöhnlich geleisteter wöchentlicher Arbeitszeit in Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit führte zu einer negativen Stundenzahl.

Aus diesem Grunde wird bei den nachfolgenden Untersuchungen die gewünschte wöchentliche Mehrarbeit lediglich aus der Differenz von insgesamt gewünschter wöchentlicher Arbeitszeit und gewöhnlicher wöchentlicher Arbeitszeit in der Haupterwerbstätigkeit ermittelt.¹¹⁾ Die Ergebnisse sind in Tabelle 11 dargestellt.

Personen mit dem Wunsch nach zusätzlicher Arbeit, die in ihrer Haupttätigkeit bereits eine Vollzeitbeschäftigung mit mindestens 32 Stunden gewöhnlich geleisteter Arbeitszeit haben, wollen durchschnittlich 6,9 Stunden mehr arbeiten. Sowohl im Westen als auch im Osten liegt die gewünschte Mehrarbeitszeit der Männer höher als die der Frauen: 7,1 Stunden zu 6,3 Stunden (West) bzw. 7,2 Stunden zu 6,1 Stunden (Ost).

Bei den Teilzeitbeschäftigten sind die Unterschiede der gewünschten Mehrarbeitszeit zwischen den Geschlechtern genau spiegelverkehrt zu denen der durchschnittlichen gewöhnlichen Arbeitszeit in der Haupttätigkeit. Während teilzeitbeschäftigte Männer in West und Ost eine geringere gewöhnliche Arbeitszeit als Frauen aufweisen, möchten sie auf der anderen Seite eine höhere zusätzliche Wochenarbeitszeit als die Frauen haben. Teilzeitbeschäftigte Männer im Westen wünschen sich durchschnittlich eine wöchentliche Mehrarbeitszeit von 18,9 Stunden. Bei den westdeutschen Frauen sind dies 13,9 Stunden. Im Osten ist der Unterschied geringer: Teilzeitbeschäftigte Männer möchten hier durchschnittlich 18,9 Stunden mehr arbeiten; teilzeitbeschäftigte Frauen 16,2 Stunden. Insgesamt wünschen sich Teilzeitbeschäftigte durchschnittlich eine wöchentliche Mehrarbeitszeit von 15,6 Stunden.

Bei den Unterbeschäftigten fällt auf, dass sich freiwillig Teilzeitbeschäftigte mit durchschnittlich 12,2 Stunden

eine geringere Mehrarbeitszeit wünschen als unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte, die durchschnittlich einen Mehrarbeitswunsch von 18,1 Stunden angeben. Damit bestätigt sich die bereits in Abschnitt 4.1.2 aufgestellte Vermutung, eine mögliche Ursache für das kombinierte Auftreten von Unterbeschäftigung und freiwilliger Teilzeit könne der Wunsch nach einer vergleichsweise geringen Aufstockung der Arbeitsstunden sein, die insgesamt trotzdem zu keiner Vollzeitstundenzahl führt. Bei einer gewöhnlichen Arbeitszeit der freiwillig teilzeittätigen Unterbeschäftigten von im Durchschnitt 15,7 Stunden (siehe Tabelle 10) läge die gesamte Stundenzahl bei realisiertem Mehrarbeitswunsch immer noch unter 30 Wochenstunden, sodass in diesem Sinne weiterhin eine (vermutlich freiwillige) Teilzeitbeschäftigung vorläge.

Die isolierte Betrachtung derjenigen 666 000 Erwerbstätigen, die zwar den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden haben, jedoch das Verfügbarkeitskriterium der Unterbeschäftigung nicht erfüllen, liefert keine wesentlichen zusätzlichen Erkenntnisse. Im Vergleich zu den Unterbeschäftigten reduziert sich bei der Untergruppe der Vollzeittätigen die durchschnittlich gewünschte Mehrarbeitszeit von 7,0 Stunden auf 6,2 Stunden. Auch bei den unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten mit Wunsch nach Mehrarbeit reduziert sich der Mehrarbeitsstundenwunsch von 18,1 Stunden bei den Unterbeschäftigten auf 16,4 Stunden bei Nichterfüllung des Verfügbarkeitskriteriums der Unterbeschäftigung. Anders ist dies dagegen bei den freiwillig Teilzeittätigen: Hier verändert sich der durchschnittliche Mehrarbeitsstundenwunsch genau in die andere Richtung (von 12,2 auf 13,1 Stunden).

Erklärungsansätze für die beobachteten Unterschiede zwischen Unterbeschäftigten und Nicht-Unterbeschäftigten mit Mehrarbeitswunsch fehlen bisher. Zu bedenken ist aber, dass die Gruppe der Unterbeschäftigten natürlich einen größeren Umfang in der Stichprobe annimmt als die der Erwerbstätigen mit Mehrarbeitswunsch, die das Verfügbarkeitskriterium nicht erfüllten. Entsprechend ändern sich auch die Stichprobenfehler.

Insgesamt kommen die 5,294 Mill. Erwerbstätigen, die den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden haben, auf ein durchschnittliches Volumen von wöchentlich 61,52 Mill. gewünschten Mehrstunden. Im Vergleich zum durchschnittlichen Volumen der gewöhnlich geleisteten Wochenarbeitsstunden in der Haupttätigkeit, das sich bei der Gesamtzahl von 38,734 Mill. Erwerbstätigen auf 1 378,51 Mill. Stunden beläuft, entspricht dies einer gewünschten Erhöhung um 4,5 %.

Die 2,873 Mill. Teilzeitbeschäftigten, die den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden haben, wünschen sich dabei wöchentlich 44,82 Mill. Mehrstunden. Das in der Haupttätigkeit gewöhnlich geleistete wöchentliche Arbeitsvolumen aller 9,981 Mill. Teilzeitbeschäftigten von durchschnittlich 179,03 Mill. Stunden würde damit um 25,0% erhöht wer-

11) Auch bei dieser Berechnungsmethode tauchen noch einige Negativfälle auf, die hochgerechnet einen Wert deutlich unter 5 000 annehmen. Hochgerechnete Jahresergebnisse unter 5 000 haben wegen der Größe ihres relativen Standardfehlers allerdings eine geringe Aussagekraft und werden deshalb nicht veröffentlicht.

den. Die 2,421 Mill. Vollzeitbeschäftigten mit Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden kommen bei der gewünschten wöchentlichen Mehrarbeitszeit insgesamt auf ein Volumen von 16,71 Mill. Stunden. In Bezug zu dem in der Haupttätigkeit gewöhnlich geleisteten wöchentlichen Arbeitsvolumen aller 28,753 Mill. Vollzeitbeschäftigten von 1 199,49 Mill. Stunden entspricht dies einer gewünschten Erhöhung um 1,4%.

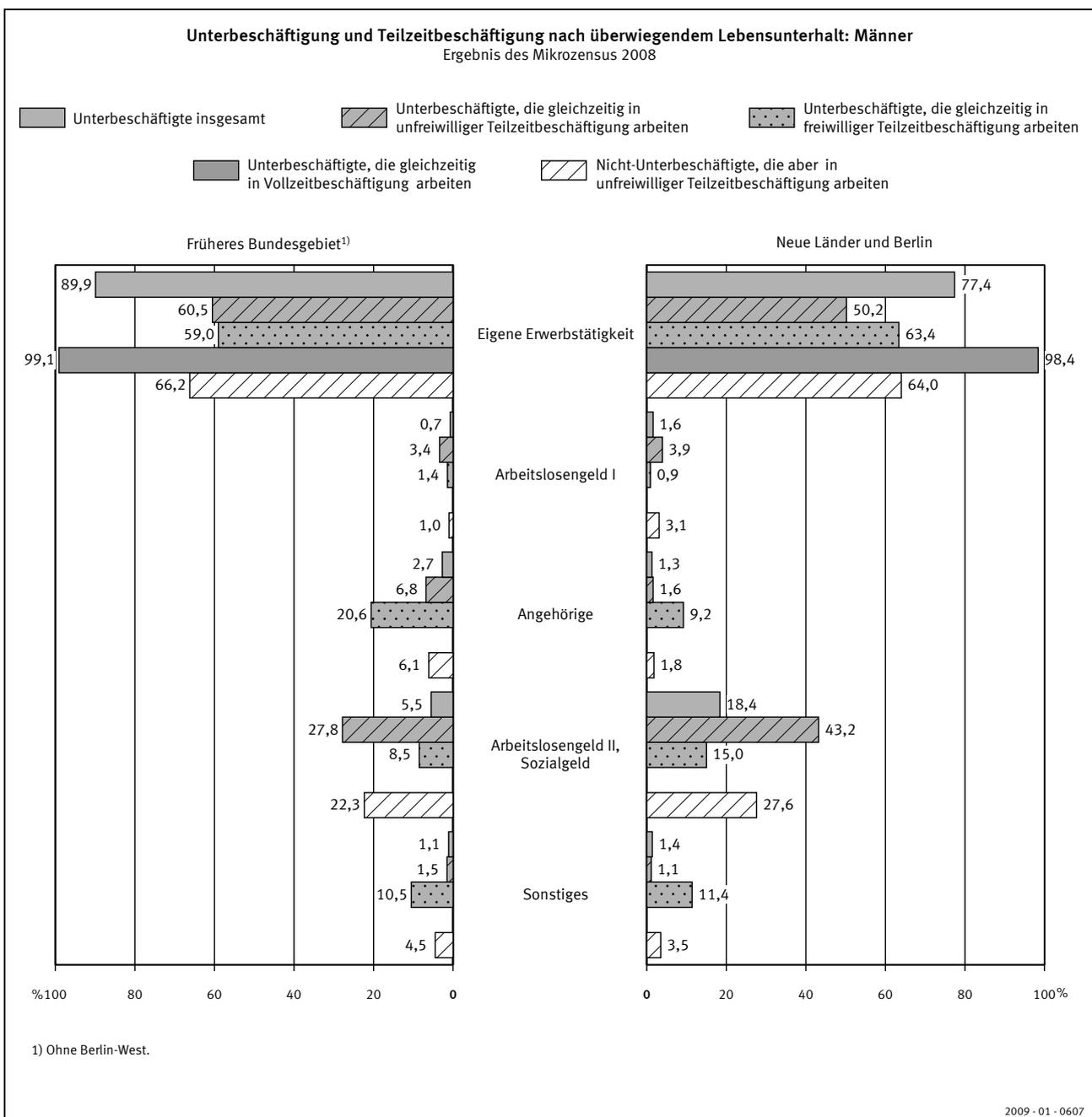
4.3 Überwiegender Lebensunterhalt

Um weitere Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung aufzude-

cken, werden in diesem Abschnitt abschließend die Angaben zum überwiegenden Lebensunterhalt hinzugezogen. Im Gegensatz zu den Ausführungen zur Arbeitszeit werden hier allerdings nur die Unterbeschäftigten und die unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten mit entsprechenden Untergruppen analysiert, da die Größenordnungen dieser beiden Personengruppen national und international als wichtige Indikatoren zur Messung der Unterauslastung des Faktors Arbeit gelten.

Wie Schaubild 5 zeigt, gaben im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) 89,9% aller unterbeschäftigten Männer an, die Mittel für ihren Lebensunterhalt überwiegend aus der eigenen Erwerbstätigkeit zu beziehen. In den neuen

Schaubild 5



Ländern und Berlin waren dies 77,4% der unterbeschäftigten Männer. Für 18,4% aller unterbeschäftigten Männer im Osten sichert allerdings das Arbeitslosengeld II (ALG II) oder Sozialgeld den überwiegenden Lebensunterhalt. Bei den unterbeschäftigten Männern im Westen liegt dieser Anteil bei nur 5,5%. Dies dürfte eine unmittelbare Folge der in Abschnitt 4.1.2 dargestellten unterschiedlichen Strukturen der Unterbeschäftigten sein: Im Westen sind 76,5% der unterbeschäftigten Männer in einer Vollzeitbeschäftigung, im Osten dagegen nur 54,7% (siehe Tabelle 4).

Schaubild 5 bestätigt, dass Unterbeschäftigte, die eine Vollzeittätigkeit ausüben, zu 99,1% (West) bzw. zu 98,4% (Ost) den überwiegenden Lebensunterhalt durch ihre eigene Erwerbstätigkeit bestreiten. Anders verhält es sich bei der Teilgruppe der unterbeschäftigten Männer, die gleichzeitig unfreiwillig einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen: Der Anteil derjenigen, deren überwiegender Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld besteht, steigt im Osten auf 43,2% und im Westen auf 27,8%.

Auch unfreiwillig teilzeitbeschäftigte Männer, die nicht unterbeschäftigt sind, beziehen relativ häufiger ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Im Osten sind dies 27,6% und im Westen 22,3%. Analog dazu reduziert sich der Anteil derjenigen Personen, die die Mittel für ihren Lebensunterhalt aus der eigenen Erwerbstätigkeit beziehen, bei den nicht unterbeschäftigten unfreiwillig teilzeitbeschäftigten Männern im Westen auf 66,2%, im Osten auf 64,0%.

Interessant ist schließlich, dass von den unterbeschäftigten Männern in freiwilliger Teilzeit 20,6% (West) bzw. 9,2% (Ost) als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes die Einkünfte von Angehörigen angeben. Im Westen ist dies sogar die zweithäufigste Form des überwiegenden Lebensunterhaltes bei den unterbeschäftigten Männern in freiwilliger Teilzeit – unmittelbar nach dem überwiegenden Lebensunterhalt aus der eigenen Erwerbstätigkeit. Im Osten liegt dagegen der überwiegende Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld auf dem zweiten Platz; immerhin 15,0% der unterbeschäftigten und freiwillig teilzeittätigen Männer gaben hier an, ihren Lebensunterhalt überwiegend aus diesen Mitteln zu bestreiten.

Ein unmittelbarer Vergleich zwischen Unterbeschäftigten und Nicht-Unterbeschäftigten ist hier nur für die Teilgruppe der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten möglich. Dabei zeigt sich, dass Nicht-Unterbeschäftigte in unfreiwilliger Teilzeit relativ häufiger den überwiegenden Lebensunterhalt aus der eigenen Erwerbstätigkeit beziehen. Bei den Männern im Osten ist dieser Unterschied mit 50,2% (unterbeschäftigte unfreiwillig Teilzeittätige) zu 64,0% (nicht unterbeschäftigte unfreiwillig Teilzeittätige) größer als bei den Männern im Westen (60,5% zu 66,2%).

In Schaubild 6 sind die Quellen des überwiegenden Lebensunterhaltes für alle sowie drei Untergruppen von unterbeschäftigten Frauen und für nicht unterbeschäftigte Frauen in unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung getrennt nach West und Ost dargestellt.

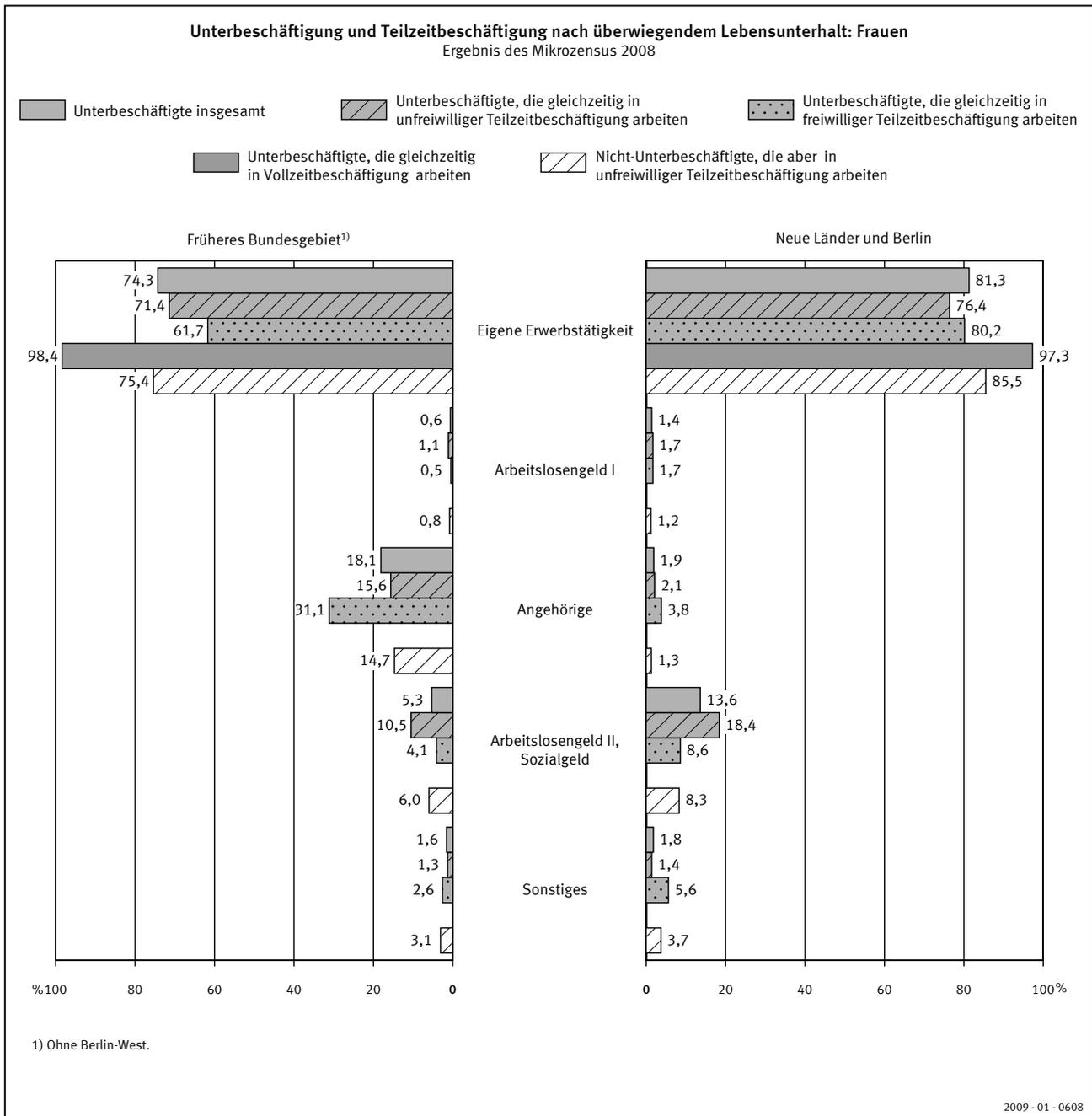
Auch bei den unterbeschäftigten Frauen bezieht die Mehrheit die Mittel für ihren Lebensunterhalt aus der eigenen Erwerbstätigkeit. Mit 74,3% ist dieser Anteil bei den unterbeschäftigten Frauen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) allerdings niedriger als bei den unterbeschäftigten Männern im Westen und auch niedriger als bei den unterbeschäftigten Männern im Osten. Dagegen ist bei den unterbeschäftigten Frauen in den neuen Ländern und Berlin der Anteil derjenigen, die die Mittel für ihren Lebensunterhalt überwiegend aus der eigenen Erwerbstätigkeit beziehen, mit 81,3% deutlich höher als bei den Frauen im Westen und auch höher als bei den Männern im Osten.

Immerhin 18,1% aller unterbeschäftigten Frauen im Westen beziehen den überwiegenden Lebensunterhalt von Angehörigen, im Osten dagegen nur 1,9%. Demgegenüber geben lediglich 5,3% der unterbeschäftigten Frauen im Westen Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes an. Im Osten sind dies mit 13,6% deutlich mehr. Für die Teilgruppe der unterbeschäftigten Frauen, die unfreiwillig teilzeittätig sind, ist dieser Anteil (ALG II/Sozialgeld als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes) deutlich höher: Im Westen beträgt er 10,5% und im Osten 18,4%. Anders verhält es sich bei der Teilgruppe von unterbeschäftigten vollzeittätigen Frauen. Diese Teilgruppe bezieht den überwiegenden Lebensunterhalt nahezu vollständig aus der eigenen Erwerbstätigkeit (West: 98,4% und Ost: 97,3%).

Die Strukturen bei den unfreiwillig teilzeitbeschäftigten Frauen, die nicht unterbeschäftigt sind, verändern sich im Vergleich zur Gesamtheit der unterbeschäftigten Frauen abweichend von den Männern kaum. Im Vergleich zu allen Unterbeschäftigten steigt sogar der Anteil derjenigen leicht an, die von der eigenen Erwerbstätigkeit leben: von 74,3 auf 75,4% (West) bzw. von 81,3 auf 85,5% (Ost). Der Vergleich mit der Untergruppe der unterbeschäftigten Frauen, die unfreiwillig teilzeittätig sind, zeigt dagegen vor allem für die Frauen in den neuen Ländern und Berlin eine Strukturverschiebung. Während von den unterbeschäftigten und unfreiwillig teilzeittätigen Frauen im Osten 76,4% die eigene Erwerbstätigkeit als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes angeben, erhöht sich dieser Anteil auf 85,5%, wenn als Bezugsgröße die Personengruppe der nicht unterbeschäftigten unfreiwillig teilzeittätigen Frauen zugrunde gelegt wird. Entsprechend verändert sich der Anteil derjenigen, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld als Mittel für ihren überwiegenden Lebensunterhalt beziehen, in den genannten Personengruppen von 18,4% (unfreiwillig teilzeittätige Frauen im Osten, die unterbeschäftigt sind) auf 8,3% (unfreiwillig teilzeittätige Frauen im Osten, die nicht unterbeschäftigt sind).

Bemerkenswert sind schließlich noch einige andere Ergebnisse: So geben von den unterbeschäftigten Frauen, die gleichzeitig freiwillig teilzeitbeschäftigt sind, im Westen 31,1% als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes die Einkünfte von Angehörigen an. Bei den Frauen in den neuen Ländern und Berlin sind dies nur 3,8%. Der Vergleich mit den Männern zeigt bei der Personengruppe der freiwillig teilzeittätigen Unterbeschäftigten nicht nur deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, sondern gleichzei-

Schaubild 6



tig auch zwischen West und Ost. Mit 9,2% leben im Osten anteilig mehr freiwillig teilzeitbeschäftigte Männer überwiegend von den Einkünften der Angehörigen, als Frauen dies tun (3,8%).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der mit Abstand größte Teil der Unterbeschäftigten – unabhängig von der Differenzierung nach West/Ost und Geschlecht – die Mittel aus der eigenen Erwerbstätigkeit als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes angibt. Mit großem Abstand folgt in der Regel auf Rang zwei das Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die unterbeschäftigten westdeutschen Frauen, von denen am zweithäufigsten

(18,1%) die Mittel der Angehörigen als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes genannt werden. Dafür verantwortlich ist wiederum im Wesentlichen die unterschiedliche Struktur der Unterbeschäftigten. Bei den unterbeschäftigten Frauen im Westen ist mit 40,5% der höchste Anteil freiwillig Teilzeitbeschäftigter zu verzeichnen (Frauen im Osten: 12,8%, Männer im Westen: 6,7% und Männer im Osten: 6,4%; siehe Tabelle 4). Freiwillig Teilzeitbeschäftigte beziehen aber relativ häufiger den überwiegenden Lebensunterhalt aus den Mitteln von Angehörigen; dieser Effekt schlägt bei den westdeutschen Frauen auf die Gesamtheit der Unterbeschäftigten durch.

5 Fazit

Das ILO-Konzept der Unterbeschäftigung vervollständigt das Bild von der Erwerbstätigkeit und ergänzt somit gleichzeitig Statistiken zur Erwerbslosigkeit. Neben der absoluten Zahl der Erwerbstätigen ist entscheidend, wie viele Stunden diese gewöhnlich arbeiten und ob sie gegebenenfalls mehr oder weniger arbeiten wollen. In diesem Beitrag wurden dabei diejenigen Erwerbstätigen untersucht, die *mehr* arbeiten wollen. Häufig wird unterstellt, dass insbesondere Teilzeitbeschäftigte den Wunsch nach Mehrarbeit haben.

Während das internationale Konzept der Unterbeschäftigung in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist und der Begriff „Unterbeschäftigung“ darüber hinaus von anderen nationalen Institutionen in einem völlig anderen Sinn verwendet wird, ist Teilzeitbeschäftigung – trotz ebenfalls unterschiedlicher definitorischer Abgrenzungen – ein oft diskutiertes Thema, zu dem es eine ganze Reihe von Studien gibt. Da eine Teilzeitbeschäftigung überproportional häufig von Frauen wahrgenommen wird, wird sie vielfach in Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gebracht. Gleichzeitig wird Teilzeitbeschäftigung auch im Kontext mit atypischer Beschäftigung genannt. Entsprechend häufig thematisieren nicht nur das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW Berlin) und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend diesen Sachverhalt.¹²⁾

Viele der Aussagen dieses Aufsatzes zur Teilzeitbeschäftigung sind aufgrund der zahlreichen Untersuchungen, die es zu diesem Thema gibt, nicht neu. Neu sind dagegen die empirischen Angaben zum ILO-Konzept der Unterbeschäftigung und die kombinierte Betrachtung von Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2008 sind in Deutschland 11,9% der Erwerbstätigen von Unterbeschäftigung betroffen. Frauen sind von Unterbeschäftigung 1,2-mal (Westen) bzw. 1,4-mal (Osten) so oft betroffen wie Männer.

Die Teilzeitbeschäftigung, wie sie von 25,8% aller Erwerbstätigen ausgeübt wird, ist – sowohl in West als auch in Ost – eine Frauendomäne. Bei den selbst genannten Hauptgründen, aus denen Frauen einer Teilzeittätigkeit nachgehen, gibt es zwischen West und Ost jedoch erhebliche Unterschiede. Die Teilzeitquote der Frauen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) beträgt fast 50%, die der Frauen in den neuen Ländern und Berlin knapp 35%. Im Osten zählt mit 50,7% etwas mehr als die Hälfte der teilzeitbeschäftigten Frauen zu den unfreiwillig Teilzeittätigen, die nach eigenen Angaben die Teilzeitbeschäftigung hauptsächlich deshalb angenommen haben, weil eine Vollzeitbeschäftigung

nicht zu finden war. Im Westen hingegen gehen 87,1% der teilzeitbeschäftigten Frauen einer in diesem Sinne freiwilligen Teilzeitbeschäftigung nach. Männer haben insgesamt sehr viel niedrigere Teilzeitquoten zu verzeichnen.

Als Hauptgründe für die Wahl einer freiwilligen Teilzeittätigkeit werden von Frauen die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen oder sonstige persönliche und familiäre Gründe genannt. Diese Gründe spielen bei Männern generell eine untergeordnete Rolle, während bei ihnen der Aus- und Weiterbildung herausgehobene Bedeutung zukommt.

Unterbeschäftigung und unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung sind zwei Indikatoren für ungenutztes Arbeitskräftepotenzial, von denen die Unterbeschäftigung mehr als doppelt so hoch wie die unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung ist. Nur etwa ein Drittel aller Unterbeschäftigten übt eine unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung aus.

Es gibt jedoch auch Unterbeschäftigte (insgesamt 927 000), die freiwillig einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Während unterbeschäftigte unfreiwillig Teilzeittätige durchschnittlich einen Mehrarbeitswunsch von 18,1 Stunden angeben, wünschen unterbeschäftigte freiwillig Teilzeitbeschäftigte nur durchschnittlich 12,2 Stunden mehr zu arbeiten. Bei einer gewöhnlich geleisteten Arbeitszeit von im Durchschnitt 15,7 Stunden läge die gesamte Stundenzahl der freiwillig Teilzeitbeschäftigten auch bei realisiertem Mehrarbeitswunsch dann immer noch unter 30 Wochenstunden und wäre in diesem Sinne weiterhin eine (vermutlich freiwillige) Teilzeitbeschäftigung.

Ob sich die Schnittmenge von Unterbeschäftigten und Teilzeitbeschäftigten bei veränderten wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen (z. B. durch vermehrte Betreuungsangebote für Kinder) vergrößern würde, lässt sich mit den Daten des Mikrozensus nicht feststellen. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass zumindest bei den Frauen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) ein gewisses Potenzial besteht, von der freiwilligen in die unfreiwillige Teilzeittätigkeit zu wechseln, wenn die Gründe für die freiwillige Teilzeittätigkeit (Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Personen) nicht mehr gegeben sind.

Fast die Hälfte der Unterbeschäftigten hat eine Vollzeittätigkeit. Dies ist in erster Linie bedingt durch unterbeschäftigte Männer. Dagegen sind unterbeschäftigte Frauen in beiden Teilen Deutschlands mehrheitlich teilzeitbeschäftigt – im Westen eher freiwillig, im Osten mit einem beachtlichen Grad an unfreiwilliger Teilzeit. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass unterbeschäftigte Männer im Westen überwiegend in einer Vollzeittätigkeit arbeiten, während unterbeschäftigte Frauen im Osten überwiegend einer unfreiwilligen Teilzeittätigkeit nachgehen.

¹²⁾ An dieser Stelle sei eine kleine Auswahl jüngerer Publikationen genannt: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): „Familienreport 2009“, Berlin 2009, sowie „Gender-Datenreport: 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland“, München 2005 (ISBN: 3-938968-05-2); Kümmeling, A./Jansen, A./Lehndorff, S., siehe Fußnote 7; Holst, E.: „Vollzeitbeschäftigte wollen kürzere, Teilzeitbeschäftigte längere Arbeitszeiten“ in Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 25/2009, S. 409 ff.; Vogel, C., siehe Fußnote 8.

Unterbeschäftigte mit einer Vollzeittätigkeit haben eine durchschnittliche gewöhnliche Arbeitszeit von 39,5 Stunden und wollen durchschnittlich 6,9 Stunden pro Woche mehr arbeiten. Im Vergleich dazu kommen vollzeittätige Nicht-Unterbeschäftigte ohne Mehrarbeitswunsch mit 41,9 Stunden insgesamt auf eine höhere gewöhnlich geleistete Arbeitszeit.

Den überwiegenden Lebensunterhalt bezieht der mit Abstand größte Teil der Unterbeschäftigten aus der eigenen Erwerbstätigkeit. Mit großem Abstand folgt in der Regel auf Rang zwei das Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld. Mit Anteilen von 18,4 bzw. 13,6 % sind hier besonders die unterbeschäftigten Männer und Frauen im Osten betroffen (unterbeschäftigte Männer im Westen: 5,5 %; unterbeschäftigte Frauen im Westen: 5,3 %). Ein deutlicher Anstieg ist zu verzeichnen, wenn neben der Unterbeschäftigung gleichzeitig eine unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung vorliegt: Dann steigt – bei unveränderter zweiter Rangposition – der Anteil derjenigen, die den überwiegenden Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld beziehen, bei den Männern im Osten auf 43,2 %, bei den Männern im Westen auf 27,8 %. Eine Ausnahme bezüglich dieser Bedeutungsrangfolge bei den Mitteln des überwiegenden Lebensunterhaltes bilden lediglich die unterbeschäftigten Frauen im Westen, von denen am zweithäufigsten mit 18,1 % die Mittel der Angehörigen als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes genannt werden.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass einige Fragen und Interpretationsspielräume ungeklärt bleiben müssen. Dies gilt beispielsweise für folgende Fragen: Welche Intensität steckt hinter einer Unterbeschäftigung? Äußert sich der Wunsch nach Mehrarbeit auch in konkreten Suchaktivitäten? Was gibt der bzw. die Befragte als Hauptgrund für eine Teilzeitbeschäftigung an, wenn mehrere Gründe zusammenkommen? Was versteht der bzw. die Befragte unter dem überwiegenden Lebensunterhalt? Hat hier der soziokulturelle Hintergrund des bzw. der Befragten einen Einfluss auf das Antwortverhalten? – Die Aussagekraft der beobachteten tendenziellen Strukturunterschiede dürfte dadurch aber nicht grundsätzlich beeinträchtigt werden. [uu](#)

Preise im August 2009

Die Preisrückgänge, die im Vormonat Juli 2009 bei allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen festzustellen waren, setzten sich im August 2009 im Vorjahresvergleich in abgeschwächter Form bei drei Indizes fort: Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag um 6,9% unter dem Vorjahresstand (Juli 2009 gegenüber Juli 2008: -7,8%). Der Index der Großhandelsverkaufspreise sank im August 2009 im Vergleich zum August 2008 um 8,3% (Juli 2009: -10,6%). Der Index der Einzelhandelspreise lag um 0,4% niedriger als im August 2008 (Juli 2009: -0,8%). Der Verbraucherpreisindex, der im Juli 2009 im Vorjahresvergleich ebenfalls zurückgegangen war (-0,5%), wies im August 2009 denselben Stand auf wie ein Jahr zuvor (107,3; 2005 = 100).

Im Juli 2009 waren im Vormonatsvergleich noch alle Indizes zurückgegangen bzw. unverändert geblieben; im August 2009 waren durchweg Steigerungen der Indizes festzustellen: Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im August 2009 um 0,5% (Juli 2009 gegenüber Juni 2009: -1,5%), der Index der Großhandelsverkaufspreise (Juli 2009: -0,5%) um 0,7% höher als im Juli 2009. Der Index der Einzelhandelspreise und der Verbraucherpreisindex lagen jeweils um 0,2% über dem Stand vom Juli 2009 (Juli gegenüber Juni 2009: -0,7 bzw. ±0,0%).

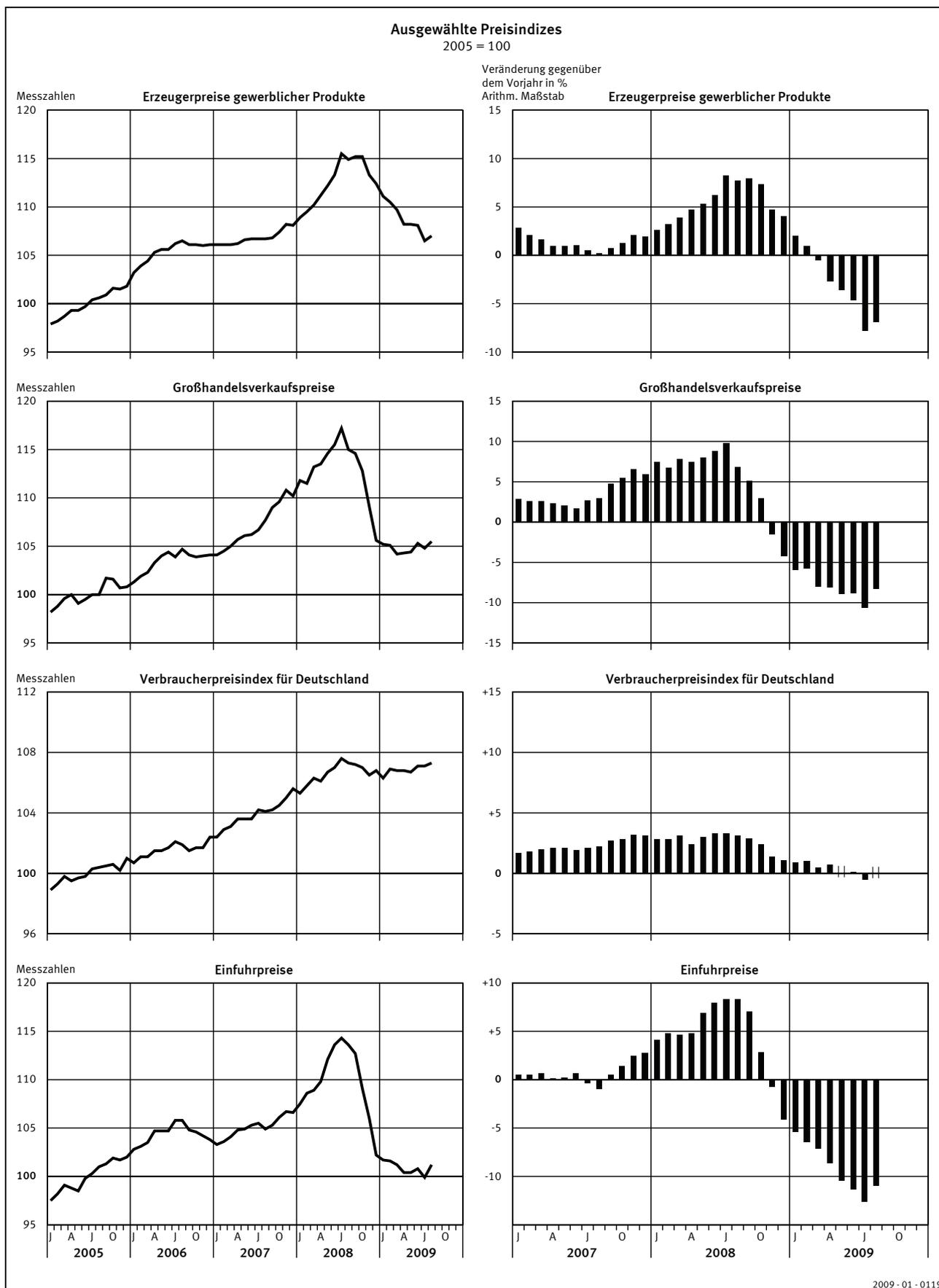
Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im August 2009 um 6,9% niedriger als im August 2008. Damit befanden sich die Erzeugerpreise im August 2009 in etwa auf dem Niveau vom September 2007. Im Juli und Juni 2009 hatten die Jahresveränderungsraten -7,8 bzw. -4,6% betragen. Erstmals seit elf Monaten stieg der Erzeugerpreisindex im Vergleich zum Vormonat wieder, und zwar um 0,5% gegenüber Juli 2009.

Den höchsten Einfluss auf die Jahresteuerrate hatte im August 2009 die Preisentwicklung bei der Energie. Etwa zwei Drittel der Veränderung des Gesamtindex gegenüber August 2008 sind darauf zurückzuführen. Die Preise für Energie lagen um 14,3% unter denen von August 2008, aber um 1,1% über dem Stand im Vormonat Juli 2009. Ohne Berücksichtigung von Energie sind die Erzeugerpreise im Jahresvergleich um 3,4% gesunken und gegenüber Juli 2009 um 0,3% gestiegen.

Die Preise der drei Hauptenergieträger Mineralölerzeugnisse, elektrischer Strom und Erdgas wiesen im Vorjahresvergleich unterschiedlich stark ausgeprägte Rückgänge auf. So waren Mineralölerzeugnisse insgesamt im August 2009 um 20,2% billiger als im August 2008 (leichtes Heizöl: -34,9%, Dieseldieselkraftstoff: -20,5%, Motorenbenzin: -8,5%). Im Vormonatsvergleich kam es dagegen zu Preis-

	Veränderungen August 2009 gegenüber	
	Juli 2009	August 2008
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+0,5	-6,9
ohne Mineralölerzeugnisse	+0,3	-6,1
Mineralölerzeugnisse	+5,0	-20,2
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+0,7	-8,3
Index der Einzelhandelspreise	+0,2	-0,4
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	+0,2	-
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-	+0,9
Heizöl und Kraftstoffe	+5,6	-16,1
ohne Saisonwaren	+0,2	+0,7
Saisonwaren	-0,8	-15,4

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes
2005 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2004 D	95,8	97,1	99,6	98,5
2005 D	100	100	100	100
2006 D	105,4	103,5	100,9	101,6
2007 D	106,8	107,1	103,2	103,9
2008 D	112,7	112,9	105,6	106,6
2008 Juli	115,5	117,2	105,9	107,6
Aug. ...	114,9	115,0	105,7	107,3
Sept. ...	115,2	114,6	106,0	107,2
Okt. ...	115,2	112,8	105,9	107,0
Nov. ...	113,3	109,1	105,4	106,5
Dez. ...	112,4	105,6	105,0	106,8
2009 Jan. ...	111,1	105,2	105,0	106,3
Febr. ...	110,5	105,1	105,5	106,9
März ...	109,7	104,2	105,5	106,8
April ...	108,2	104,3	105,7	106,8
Mai	108,2	104,4	105,6	106,7
Juni	108,1	105,3	105,8	107,1
Juli	106,5	104,8	105,1	107,1
Aug.	107,0	105,5	105,3	107,3
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2008 Juli	+ 1,9	+ 1,5	- 0,2	+ 0,6
Aug. ...	- 0,5	- 1,9	- 0,2	- 0,3
Sept. ...	+ 0,3	- 0,3	+ 0,3	- 0,1
Okt. ...	-	- 1,6	- 0,1	- 0,2
Nov. ...	- 1,6	- 3,3	- 0,5	- 0,5
Dez. ...	- 0,8	- 3,2	- 0,4	+ 0,3
2009 Jan. ...	- 1,2	- 0,4	-	- 0,5
Febr. ...	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6
März ...	- 0,7	- 0,9	-	- 0,1
April ...	- 1,4	+ 0,1	+ 0,2	-
Mai	-	+ 0,1	- 0,1	- 0,1
Juni	- 0,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,4
Juli	- 1,5	- 0,5	- 0,7	-
Aug.	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2004 D	+ 1,6	+ 3,0	+ 0,3	+ 1,7
2005 D	+ 4,4	+ 3,0	+ 0,4	+ 1,5
2006 D	+ 5,4	+ 3,5	+ 0,9	+ 1,6
2007 D	+ 1,3	+ 3,5	+ 2,3	+ 2,3
2008 D	+ 5,5	+ 5,4	+ 2,3	+ 2,6
2008 Juli	+ 8,2	+ 9,8	+ 2,9	+ 3,3
Aug. ...	+ 7,7	+ 6,8	+ 2,8	+ 3,1
Sept. ...	+ 7,9	+ 5,1	+ 2,4	+ 2,9
Okt. ...	+ 7,3	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,4
Nov. ...	+ 4,7	- 1,5	+ 0,7	+ 1,4
Dez. ...	+ 4,0	- 4,2	+ 0,4	+ 1,1
2009 Jan. ...	+ 2,0	- 5,9	+ 0,2	+ 0,9
Febr. ...	+ 0,9	- 5,7	+ 0,5	+ 1,0
März ...	- 0,5	- 8,0	-	+ 0,5
April ...	- 2,7	- 8,1	-	+ 0,7
Mai	- 3,6	- 8,9	- 0,4	-
Juni	- 4,6	- 8,8	- 0,3	+ 0,1
Juli	- 7,8	- 10,6	- 0,8	- 0,5
Aug.	- 6,9	- 8,3	- 0,4	-

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

steigerungen (Mineralölerzeugnisse insgesamt: + 5,0%; darunter: leichtes Heizöl: + 11,5 %, Dieselmotorenbenzin: + 5,0 %, Motorenbenzin: + 4,6 %).

Erdgas kostete im August 2009 insgesamt 22,7% weniger als im August 2008. Nachdem die Preise von Juni bis Juli 2009 um 13 % gesunken waren, gaben sie von Juli auf August 2009 nur noch geringfügig nach (-0,3 %). Für Haushaltskunden war Erdgas um 6,3 % billiger als im Vorjahr und um 1,0 % günstiger als im Juli 2009.

Über alle Abnehmergruppen hinweg betrachtet lagen im August 2009 die Preise für elektrischen Strom um 9,0 % niedriger als vor einem Jahr (+0,4 % gegenüber Juli 2009). Günstiger war Strom insbesondere für Weiterverteiler (-19,3 % gegenüber August 2008, +0,7 % gegenüber Juli 2009) und für Sondervertragskunden (-8,5 % gegenüber August 2008, +0,6 % gegenüber Juli 2009). Private Haushalte mussten im Vergleich zum Vorjahr für elektrischen Strom jedoch 5,8 % mehr bezahlen (±0,0 % gegenüber Juli 2009).

Die Preise für Vorleistungsgüter (Güter, die im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden) sanken im August 2009 gegenüber August 2008 um 7,4%; gegenüber Juli 2009 stiegen sie um 0,5%. Zu dem starken Rückgang gegenüber dem Vorjahr trugen in besonderem Maße die Preise für Metalle bei. Sie lagen im August 2009 um 21,3 % niedriger als im August 2008 (+2,8 % gegenüber Juli 2009). Besonders stark sanken die Preise für Walzstahl (-34,6 % gegenüber August 2008, +1,6 % gegenüber Juli 2009). Die Preise für metallische Sekundärrohstoffe fielen gegenüber August 2008 um 47,1 %, stiegen aber gegenüber Juli 2009 um 12,0%. Getreidemehl war um 29,9 % billiger als im August 2008 (-1,3 % gegenüber Juli 2009), Futtermittel für Nutztiere um 19,2 % (-3,1 % gegenüber Juli 2009).

Die Preise für Verbrauchsgüter sanken im August 2009 gegenüber August 2008 um 2,3 %, gegenüber Juli 2009 blieben sie unverändert. Nahrungsmittel waren insgesamt um 5,1 % günstiger als im Vorjahr (+0,1 % gegenüber Juli 2009). Starke Preisrückgänge waren im Vorjahresvergleich für Milch und Milcherzeugnisse zu verzeichnen (-15,3 %). Innerhalb dieser Produktgruppe waren vor allem flüssige Milch und flüssiger Rahm billiger (-24,6 %). Die Preise für Milch und Milcherzeugnisse insgesamt stiegen im August 2009 gegenüber Juli 2009 um 0,4 % (darunter flüssige Milch und flüssiger Rahm: -0,4 %). Fleisch (ohne Geflügel) war um 8,5 % billiger als im August 2008 (+1,3 % gegenüber Juli 2009). Die Preise für Backwaren stiegen gegenüber August 2008 um 1,5 %, gegenüber dem Vormonat blieben sie unverändert. Zigaretten waren im Vorjahresvergleich um 2,9 % teurer (+0,1 % gegenüber Juli 2009).

Für Investitionsgüter lag die Jahresteuersatzrate im August 2009 bei +0,4 %, gegenüber Juli 2009 blieben die Preise unverändert.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag im August 2009 um 8,3 % unter dem Stand von August 2008. Im Juli 2009 hatte die Jahresveränderungsrate -10,6 % und im Juni 2009 -8,8 % betragen. Im Vergleich zum Juli 2009 stiegen die Großhandelsverkaufspreise im August 2009 um 0,7 %.

Im Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug gingen die Preise im August 2009 gegenüber August 2008 um 32,5 % zurück. Bezogen auf den Vormonat Juli verteuerten sich die zu dieser Wirtschaftsklasse gehörenden Waren zum ersten Mal seit einem Jahr wieder (+2,5 %). Die Preise für feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse verringerten sich im August 2009 auf Großhandelsebene im Vorjahresvergleich um 17,9 %. Im Vergleich zum Vormonat stiegen sie jedoch um 3,9 %.

In der Landwirtschaft und im Nahrungsmittelsektor waren auf Großhandelsebene im August 2009 im Vorjahresvergleich Getreide, Saaten und Futtermittel um 30,5 % billiger; Obst, Gemüse und Kartoffeln waren um 11,8 %, Milch und Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöle und Nahrungsfette um 10,8 % günstiger. Auch gegenüber dem Vormonat wurde im August 2009 für Getreide, Saaten und Futtermittel (-7,9 %) sowie für Obst, Gemüse und Kartoffeln (-0,4 %) weniger bezahlt. Die Großhandelspreise für Milch und Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöle und Nahrungsfette blieben im August 2009 gegenüber dem Vormonat im Durchschnitt unverändert.

Tabakwaren verteuerten sich im August 2009 auf Großhandelsebene um 4,9 % gegenüber August 2008, gegenüber Juli 2009 um 1,4 %.

	Veränderungen August 2009 gegenüber	
	Juli 2009	August 2008
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	-4,6	-22,5
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	+0,5	-3,3
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	-	+2,2
Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-0,6	-3,6
sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	+0,1	+2,1
Sonstiger Großhandel	+2,4	-16,4
Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	-0,2	-4,0

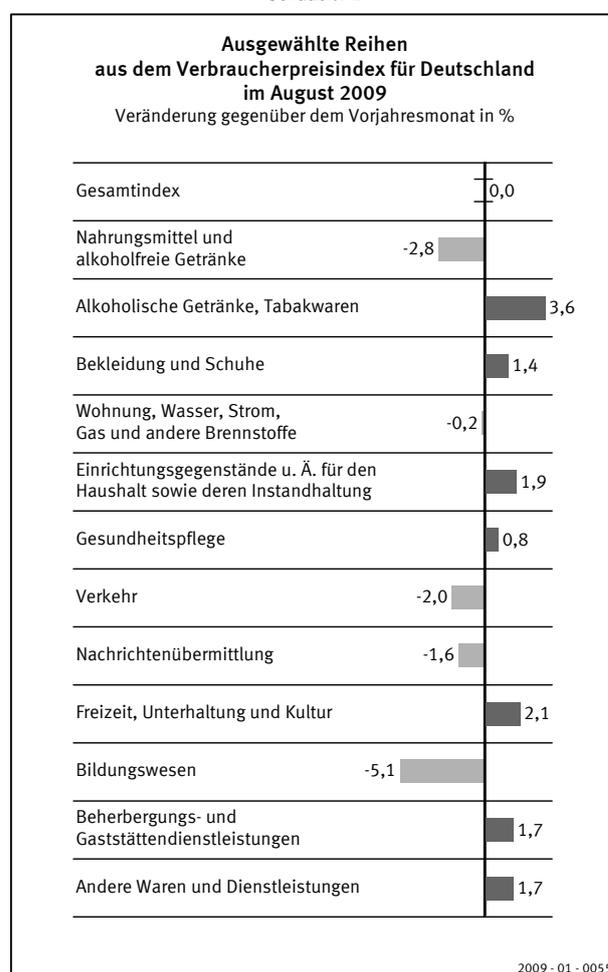
Im Einzelnen ergaben sich für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise im August 2009 folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen August 2009 gegenüber	
	Juli 2009	August 2008
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Metallische Sekundärrohstoffe	+12,0	-47,1
Leichtes Heizöl	+11,5	-34,9
Walzstahl	+1,6	-34,6
Getreidemehl	-1,3	-29,9
Flüssige Milch und flüssiger Rahm	-0,4	-24,6
Erdgas	-0,3	-22,7
Dieselmotorenkraftstoff	+5,0	-20,5
Futtermittel für Nutztiere	-3,1	-19,2
Milch und Milcherzeugnisse	+0,4	-15,3
Strom	+0,4	-9,0
Fleisch (ohne Geflügel)	+1,3	-8,5
Motorenbenzin	+4,6	-8,5
Backwaren	-	+1,5
Zigaretten	+0,1	+2,9
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Altmaterialien und Reststoffen	+15,5	-36,5
Erzen, Metallen und Metallhalbzeug	+2,5	-32,5
Getreide, Saaten und Futtermitteln	-7,9	-30,5
Festen Brennstoffen und Mineralöl- erzeugnissen	+3,9	-17,9
Obst, Gemüse und Kartoffeln	-0,4	-11,8
Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	-	-10,8
Tabakwaren	+1,4	+4,9

Der *Index der Einzelhandelspreise* ging im August 2009 im Vorjahresvergleich um 0,4 % zurück (Juli 2009 gegenüber Juli 2008: -0,8 %). Nach einem Rückgang um 0,7 % im Vormonat stieg der Index der Einzelhandelspreise im Vormonatsvergleich im August 2009 gegenüber Juli 2009 um 0,2 %.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* lag im August 2009 auf dem Niveau vom August 2008 ($\pm 0,0\%$). Im Juli 2009 hatte die Inflationsrate gemessen an der Veränderung des Verbraucherpreises gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat noch bei -0,5 % gelegen. Im Vergleich zum Vormonat Juli 2009 stieg der Verbraucherpreisindex im August 2009 um 0,2 %.

Schaubild 2



Die Inflationsrate wird nach wie vor maßgeblich durch die Preisschwankungen bei leichtem Heizöl und Kraftstoffen (Mineralölprodukten) geprägt. Trotz der im August 2009 gegenüber dem Vormonat Juli 2009 zu beobachtenden Preiserhöhungen bei Mineralölerzeugnissen liegen die Preise hierfür aktuell immer noch weit unterhalb der Rekordniveaus aus dem Vorjahr (-16,1 %). Auch der erneute Preisrückgang bei Nahrungsmitteln ist eine wesentliche Ursache für die niedrige Teuerungsrate. Die Nahrungsmittelpreise lagen im August 2009 um 3,0 % unter dem Niveau des Vor-

jahres, zuletzt waren 2003 ähnliche Preisrückgänge ermittelt worden (Januar 2003 gegenüber Januar 2002: -3,2%). Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung bei Energie und Nahrungsmitteln hätte die Inflationsrate im August 2009 bei +1,3% gelegen.

Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) verbilligte sich im August 2009 um 7,0% gegenüber August 2008. Erhebliche Preisrückgänge gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat wiesen im August 2009 leichtes Heizöl (-32,5%) und Kraftstoffe (-10,7%) auf. Auch Gas kostete im August 2009 deutlich weniger als ein Jahr zuvor (-6,1%). Eine gegenläufige Preisentwicklung wurde für Strom (+6,2%) ermittelt.

Nahrungsmittel verbilligten sich im August 2009 insgesamt um 3,0% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Binnen Jahresfrist ergaben sich spürbare Preisrückgänge insbesondere bei Molkereiprodukten (-9,7%; darunter Quark: -25,6%; frische Vollmilch: -21,8%) sowie bei Speisefetten und -ölen (-10,9%; darunter Butter: -19,4%; Margarine: -4,3%), bei Obst (-8,3%; darunter Orangen: -14,9%, Äpfel: -14,5%) und bei Gemüse (-7,4%; darunter Paprika: -22,0%; Kartoffeln: -18,3%, Tomaten: -11,4%). Teurer wurden im August 2009 gegenüber August 2008 dagegen Fisch und Fischwaren (+3,5%).

Nennenswerte Preisanstiege binnen Jahresfrist wurden auch bei Tabakwaren (+5,2%; darunter Zigaretten und Tabak jeweils: +5,3%) und Pauschalreisen (+5,1%) festgestellt.

Im August 2009 war gegenüber dem Vormonat Juli 2009 insgesamt ein leichter Preisanstieg (+0,2%) zu verzeichnen. Vor allem die Preise für leichtes Heizöl (+9,3%) und für Kraftstoffe (+4,7%) erhöhten sich binnen Monatsfrist deutlich.

Die Preise für Nahrungsmittel gingen im August 2009 gegenüber dem Vormonat zurück (-1,1%). Erneut billiger wurden Molkereiprodukte (-0,4%; darunter H-Milch: -1,0%; Joghurt: -0,7%). Die sukzessive Preisrücknahme der vorangegangenen Monate wurde damit fortgesetzt. Typisch für die Jahreszeit war der saisonbedingte Preisrückgang bei

Gemüse (-4,5%; darunter Kartoffeln: -9,9%) sowie bei einigen Obstsorten (insbesondere Weintrauben: -20,7%; Birnen: -16,3%; Bananen: -8,8%). Dagegen mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher binnen Monatsfrist infolge des allmählichen Übergangs von der Sommer- auf die Herbst-/Winterkollektion durchschnittlich 2,5% mehr für Bekleidung und Schuhe ausgeben.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* (HVPI) für Deutschland lag im August 2009 um 0,1% niedriger als im August 2008. Zum zweiten Mal seit Beginn der Berechnung des HVPI für Deutschland wurde damit eine negative Teuerungsrate ermittelt (zuletzt Juli 2009 gegenüber Juli 2008: -0,7%). Im Vergleich zum Vormonat Juli 2009 stieg der Index um 0,3%. [\[1\]](#)

Verbraucherpreisindex für Deutschland
auf Basis 2005 = 100

	Veränderungen August 2009 gegenüber	
	Juli 2009	August 2008
	%	
Gesamtindex	+0,2	-
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-0,9	-2,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+0,4	+3,6
Bekleidung und Schuhe	+2,5	+1,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+0,2	-0,2
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	+0,1	+1,9
Gesundheitspflege	-0,1	+0,8
Verkehr	+1,2	-2,0
Nachrichtenübermittlung	-0,1	-1,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+0,1	+2,1
Bildungswesen	-1,4	-5,1
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	-0,6	+1,7
Andere Waren und Dienstleistungen	+0,2	+1,7

Dr. Gerhard Fürst und Mitarbeiter

Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden von der amtlichen Statistik zunächst Informationen über die Zahl der Bevölkerung und über die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln und Wohnraum und des Produzierenden Gewerbes mit Rohstoffen gefordert. Über dieses eher pragmatische Vorgehen beim Aufbau des statistischen Programms hinaus war es Ziel des damaligen Leiters des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und späteren ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Dr. Dr. h. c. Gerhard Fürst, zu einem möglichst vollständigen statistischen Gesamtbild der Bevölkerung und der Wirtschaft in Deutschland zu kommen.

Um die Ergebnisse der einzelnen Statistiken zu einem solchen Gesamtbild zusammenfügen zu können, müssen die in den verschiedenen Statistiken verwendeten Begriffe, Klassifikationen, Darstellungseinheiten usw. soweit wie möglich übereinstimmen. Dr. Fürst hat die Notwendigkeit einer solchen Vereinheitlichung nicht nur frühzeitig erkannt, sondern sich auch selbst mit wissenschaftlichen Beiträgen an den Entwicklungs- und Koordinierungsarbeiten beteiligt, wie der nachfolgende Beitrag zeigt. Zahlreiche Anfragen nach diesem im August-Heft dieser Zeitschrift zitierten Aufsatz haben uns bewogen, ihn hier noch einmal als historischen Aufsatz abdruckend.

Inhalt

Vorbemerkung

Hauptprobleme und Aufbau der Untersuchung

- I. Die Zusammenhänge zwischen den Darstellungseinheiten und den nachzuweisenden wirtschaftlichen Tatbeständen
 - Übersicht über die Tatbestände im Zusammenhang mit den möglichen Darstellungseinheiten (Unternehmen; fachliche Unterneh-

mensteile; örtliche Einheit); Bildung von Darstellungseinheiten in Anlehnung an die fachliche Organisation der Wirtschaft –

II. Beschreibung und Definition der Darstellungseinheiten

A. Das Unternehmen

1. Anknüpfungspunkte für mögliche Definitionen
 - „Wirtschaftseinheit“, „kleinste bilanzierende Einheit“; Definition in speziellen Vorschriften für die Statistik oder Anknüpfung an andere, bereits vorhandene Vorschriften? –
2. Vorhandene Rechtsvorschriften als Ausgangspunkt der Definition des Unternehmensbegriffes
 - a) Handelsrechtliche Bestimmungen
 - b) Die Vorschriften der Handwerksordnung
 - c) Steuerrechtliche Vorschriften
 - Umsatzsteuerrecht; Gewerbesteuerrecht; Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht; Reichsbewertungsgesetz, Reichsabgabenordnung und weitere Rechtsvorschriften –
3. Probleme der Unternehmenszusammenschlüsse
 - Gesamter „Konzern“ oder einzelne „Konzernglieder“ als Darstellungseinheit; Sonderprobleme im öffentlichen Bereich –
4. Schlußfolgerungen für die Definition des Unternehmens
 - a) Allgemeiner Unternehmensbegriff
 - Vorschlag einer Definition; Abweichung der Definition vom Umsatzsteuerrecht –
 - b) Schlußfolgerungen für die Landwirtschaft
 - Behandlung landwirtschaftlicher Unternehmen bzw. Unternehmensteile –

B. Die fachlichen Unternehmensteile

1. Argumente, die für eine fachliche Aufteilung der Unternehmen genannt werden – „Fremde“ Unternehmensteile, Marktanteile „reiner“ und „kombinierter“ Unternehmen,

produktionstechnische Zusammenhänge, Untersuchung der Unternehmensstruktur –

2. Anknüpfungspunkte für eine fachliche Aufgliederung – Terminologie
 - Systematischer Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten; Grundfunktionen; Funktionenbündel aus Haupt- und Nebenfunktionen; Branchenüblichkeit; Kombination mehrerer Hauptfunktionen, vertikale und horizontale Kombinationen innerhalb der Hauptfunktion; Neben- und Hilfsbetriebe –
3. Das Unternehmen als „Funktionenbündel“
 - Darstellung der einzelnen Funktionen; Behandlung der Frage, ob und inwieweit ihre gesonderte Darstellung nötig und möglich ist; Konsequenzen einer Auflösung des „Funktionenbündels“; Schlußfolgerungen –
4. Kombinationen innerhalb der Hauptfunktion
 - a) Vertikale Kombinationen innerhalb der Hauptfunktion
 - Allgemeine Eigenschaften; Möglichkeiten zur Berücksichtigung vertikaler Kombinationen, insbesondere im Hinblick auf produktionstechnische Zusammenhänge; Kriterien für die Aufteilung der Produktionsfunktion; Schlußfolgerungen –
 - b) Horizontale Kombinationen innerhalb der Hauptfunktion
 - Gliederung wie 4a, dazu Kombinationen innerhalb der Hauptfunktion in den Dienstleistungsbereichen –

5. Kombination mehrerer Hauptfunktionen

C. Die örtliche Einheit

– Besonderer Charakter der regionalen Zusammenfassungen; örtliche Einheiten als Ausgangspunkt für die Bildung fachlicher Bereiche (kein Sonderproblem, wenn örtliche Einheit = Unternehmen; zusätzliche Probleme einer Bereichsgliederung auf der Grundlage örtlicher Einheiten) –

D. Vergleich mit den international vorgeschlagenen Darstellungseinheiten

– „Enterprise“, „local unit“, „establishment“, „management unit“, „ancillary unit“, „technical unit“, „operational unit“ –

III. Zusammenfassung der Ergebnisse in Leitsätzen

Vorbemerkung

Auf der 4. Tagung des Beirats beim Statistischen Bundesamt im März 1957 sind die Probleme der Darstellungseinheiten für Wirtschaftsstatistiken und die damit zusammenhängenden Fragen der Grundsätze für eine Gliederung nach Wirtschaftsbereichen für eine gesonderte Beratung zurückgestellt worden. Die genannten Probleme sind bei der Diskussion der „Gedanken zum Zählungsprogramm 1960“¹⁾ angeschnitten worden, weil man spätestens bis zu den allgemeinen Arbeitsstätten- und Betriebszählungen über die Grundsätze der statistischen Darstellung Klarheit gewinnen muß. Von diesen Grundsätzen hängt es ab, ob und in welcher Tiefe Angaben über die Unternehmens- und Betriebsstruktur bei einer allgemeinen Arbeitsstättenzählung oder bei den vorgesehenen Sonderzählungen (für die Bereiche der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks, des Baugewerbes, des Handels und der Gaststätten sowie des Verkehrs) erfragt werden müssen. Die vorliegende Untersuchung ist als Verhandlungsunterlage für den Beirat gedacht.

Parallel zu den innerdeutschen Diskussionen werden ähnliche Probleme auch international erörtert. Die Statistische Kommission und das Statistische Amt der Vereinten Nationen arbeiten an einer Revision der „International Standard Industrial Classification of all Economic Activities“²⁾ (ISIC). Dieses 1949 erschienene Dokument enthält die Definitionen einiger möglicher Darstellungseinheiten, die jedoch nach allgemeiner Auffassung wenig klar und daher revisionsbedürftig sind. Abgeänderte Definitionen wurden in den „Draft Revisions in the International Standard Industrial Classification of all Economic Activities“³⁾ vorgeschlagen. Im Juli 1957 hat die Statistische Kommission der UN außerdem „Draft Revisions to the International Standards in Basic Industrial Statistics“⁴⁾ zur Stellungnahme an die Länder versandt, in denen ebenfalls auf die Problematik einzelner Darstellungseinheiten eingegangen wird, insbesondere auf das „establishment“. Diese – wohl als „fachlicher Unternehmensteil“ zu bezeichnende – Einheit ist nach Meinung der Statistischen Kommission der behandelten Kategorie von Erhebungen am ehesten adäquat.

Die Konferenz Europäischer Statistiker (bei der ECE Genf) hat sich bei den vorbereitenden Diskussionen über das internationale Zählungsprogramm 1960 in einer besonderen Arbeitsgruppe mit der Frage der Zweckmäßigkeit und dem Programm allgemeiner Betriebszählungen befaßt, wobei ebenfalls das Problem der Darstellungseinheit aufkam. Auf der Tagung der Europäischen Statistikerkonferenz im Juni 1957 wurde eine besondere Arbeitsgruppe für das Problem der Darstellungseinheit eingesetzt⁵⁾, wobei es die Bundesrepublik Deutschland übernommen hat, eine Verhandlungsunterlage auszuarbeiten. Auch diesem Zweck soll die vorliegende Untersuchung dienen.

Hauptprobleme und Aufbau der Untersuchung

Die Wahl der „institutionellen“ Einheit, die der Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände zugrunde gelegt werden soll, beeinflußt das gesamte System der Wirtschaftsstatistik, das grundsätzlich als ein in sich geschlossenes, zusammenhängendes System und nicht als eine Summe zufälliger, heterogener Teilstatistiken angesehen werden sollte. Der lange Zeit übliche Weg, für eine sachlich begrenzte Statistik diejenige Erhebungs- und Darstellungseinheit zu wählen, die für den speziellen Zweck für besonders geeignet gehalten wurde, wobei man sich oft von dem praktisch und erhebungstechnisch am leichtesten Erreichbaren leiten ließ, kann nicht weiter begangen werden, wenn man ernsthaft ein in sich geschlossenes statistisches Gesamtbild der Volkswirtschaft anstrebt. Das frühere Verfahren ist einmal überspitzt wie folgt formuliert worden: „Eine Erhebungs- und Darstellungseinheit ist das, wovon und wofür man einen ausgefüllten Fragebogen erhalten kann.“ In dieser Formulierung liegt ein richtiger Kern, denn sie läßt die Zusammenhänge zwischen Darstellungseinheit und nachzuweisenden Tatbeständen anklingen.

Das angestrebte Ziel, ein in sich geschlossenes statistisches Gesamtbild der strukturellen Grundlagen der Volkswirtschaft und des Ablaufs volkswirtschaftlicher Vorgänge zu zeichnen,

1) „Wirtschaft und Statistik“, 8. Jg. N. F., Heft 12, Dezember 1956, S. 617 ff.

2) Statistical Office of the United Nations, Statistical Papers, Series M, No. 4. – 3) United Nations, Secretariat, ST/STAT/4, 26. April 1957. – 4) United Nations, Economic and Social Council, Statistical Commission, E/CN. 3/L. 40, 25. Juli 1957. – 5) Conf. Eur. Stats/80/10. Juli 1957, Abschnitt VII, § 103 E.

zwingt dazu, bei allen Statistiken, die für dieses Gesamtbild gebraucht werden, gleichartige Prinzipien für die Darstellungseinheit und die Zusammenfassung der erfaßten Einheiten zu größeren volkswirtschaftlichen Bereichen anzuwenden. Der Statistiker, der dieses Mosaikbild aus einzelnen Steinen und Steinchen zusammensetzen muß, kann das Ausgangsmaterial nicht immer nach einheitlichen, theoretisch gut durchdachten Grundsätzen herstellen lassen, sondern er muß sich zahlreicher Statistiken bedienen, denen häufig Aufzeichnungen zugrunde liegen, die bei Verwaltungsvorgängen anfallen. Als Beispiel seien hier die für die deutschen Verhältnisse sehr wichtigen Steuerstatistiken, insbesondere die sehr viele Wirtschaftsbereiche erfassende Umsatzsteuerstatistik, genannt, aber auch die Statistiken der Einkommens- und Vermögensbesteuerung. Diese Statistiken sind an steuerrechtliche Definitionen gebunden, die häufig geändert werden und nicht immer ganz den Vorstellungen entsprechen, die vom Standpunkt wissenschaftlich konsequenter und einheitlicher Begriffsbildungen erwünscht wären. Wenn solche rechtlichen Definitionen vom Statistiker nicht geändert werden können, sollte zumindest versucht werden, die Abweichungen von den Definitionen anderer Statistiken erkennbar und soweit wie möglich sogar quantifizierbar zu machen. Die vorliegende Untersuchung wird daher die Frage mitberücksichtigen müssen, welche Darstellungseinheiten den wichtigsten in der Bundesrepublik vorhandenen „Verwaltungsstatistiken“ zugrunde liegen und ob Anpassungen an die erstrebten einheitlichen Grundsätze möglich sind.

Auch wenn Einigkeit besteht, daß ein in sich geschlossenes statistisches Gesamtbild der Volkswirtschaft ein wichtiges Ziel der Statistik ist, so muß doch noch entschieden werden, welche von den verschiedenen denkbaren Darstellungseinheiten einem solchen Bild zugrunde gelegt werden soll. Hierfür muß zunächst geprüft werden, welche Darstellungseinheiten überhaupt in Betracht gezogen werden können oder sollen. Diese Frage läßt sich nur entscheiden, wenn man sich über die Zusammenhänge zwischen der gewählten Darstellungseinheit und den darzustellenden wirtschaftlichen Tatbeständen klargestellt ist. Dabei wird man von vornherein annehmen dürfen, daß nicht in allen Fällen und nicht für alle Zwecke die gleiche Darstellungseinheit sinnvoll verwendet werden kann. Wenn von der Darstellungseinheit abgewichen wird, von der man annehmen darf, daß sie für den Aufbau des Gesamtbildes am besten geeignet ist, sollte jedoch immer theoretische Klarheit über den Inhalt der jeweils gewählten anderen Einheit und über ihre Beziehungen zu den Mosaiksteinen des Gesamtbildes bestehen.

In der vorliegenden Untersuchung wird daher in einem *ersten Hauptabschnitt (I)* ein Überblick über die Zusammenhänge zwischen Darstellungseinheiten und wirtschaftlichen Tatbeständen gegeben, wobei – zunächst ohne genauere Definition – die folgenden Einheiten unterschieden werden:

1. Unternehmen
2. Fachliche Unternehmensteile
 - a) nach organisatorisch vorhandenen Unternehmensteilen ausgerichtet (entspricht ungefähr den „Kostenstellen“)
 - b) nach Erzeugnissen ausgerichtet (entspricht ungefähr den „Kostenträgern“)

3. Örtliche Einheiten.

Im ersten Hauptabschnitt wird außerdem eine systematische Liste wichtiger wirtschaftlicher Tatbestände gebracht, wobei für jeden der aufgeführten Tatbestände angedeutet wird, ob eine Darstellung auf der Grundlage der Unternehmen, der fachlichen Unternehmensteile oder der örtlichen Einheiten sinnvoll erscheint.

Im zweiten Hauptabschnitt (II) werden – mit dem Bild der Zusammenhänge zwischen Darstellungseinheiten und darzustellenden wirtschaftlichen Tatbeständen im Hintergrund – die drei obengenannten, praktisch wichtigsten Darstellungseinheiten genauer analysiert. Hierbei muß stets im Auge behalten werden, ob die gewählte Einheit auch wirklich hilft, die gesuchten Erkenntnisse zu vermitteln, und weiter, ob u. U. die angestrebten Erkenntnisse nicht auch gewonnen werden können, ohne daß man hierzu Angaben für verschiedene Darstellungseinheiten braucht. Zur Erläuterung sei hier nur erwähnt, daß z. B. eine nach Erzeugnissen tief gegliederte Statistik des Produktionsausstoßes die gleichen oder vielleicht bessere Erkenntnisse über die Marktbedeutung kombinierter Unternehmen zu liefern vermag als der Versuch, ein an sich geschlossenes Unternehmen statistisch in zahlreiche fachliche Unternehmensteile aufzusplittern. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob und inwieweit die geltenden rechtlichen Definitionen, die den vorhandenen „Verwaltungsstatistiken“ zugrunde liegen, von wissenschaftlich erwünschten Definitionen abweichen.

Im dritten Hauptabschnitt (III) werden einige Schlußfolgerungen für den Aufbau des erstrebten statistischen Gesamtbildes in Thesen zusammengefaßt. Es sei schon jetzt erwähnt, daß vielfach Kompromisse mit dem praktisch Möglichen eingegangen werden müssen, denn das, was wissenschaftlich erwünscht, richtig oder zweckmäßig wäre, stößt sich oft an den Grenzen, die durch die Erhebungstechnik, Erhebungskosten und nicht zuletzt durch die Bereitwilligkeit und Fähigkeit der Befragten gezogen sind, die wissenschaftlich erwünschten Unterteilungen vorzunehmen. In diesem Abschnitt wird auch auf die Zusammenhänge zwischen der Darstellungseinheit und der institutionellen Systematik hingewiesen. Die Art der gewählten Darstellungseinheit zwingt zu entsprechenden Vorkehrungen in der Systematik, die dem Nachweis und der Zusammenfassung der erfaßten Darstellungseinheiten zu kleineren oder größeren Wirtschaftsbereichen dienen soll.

Die Untersuchung bezieht sich – besonders in den Beispielen – im großen und ganzen nur auf die Anwendung verschiedener Darstellungseinheiten im Unternehmensbereich. Auf die Frage, ob und wie diese Einheiten sinngemäß auf Arbeitsstätten angewendet werden können, die im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht zu den „Unternehmen“, sondern zum „Staat“ oder zu den „Organisationen ohne Erwerbscharakter“ gehören, wird nur am Rande eingegangen. Dieses Problem wird später noch eingehender zu behandeln sein.

I. Die Zusammenhänge zwischen den Darstellungseinheiten und den nachzuweisenden wirtschaftlichen Tatbeständen

In der Übersicht auf S. 646 f. (im Original; in diesem Nachdruck auf S. 916 f. – Anmerkung der Redaktion) sind wich-

tige wirtschaftliche Tatbestände aufgeführt, deren statistischer Nachweis in einer institutionellen Gliederung, d. h. also nach einzelnen Wirtschaftsbereichen, erwartet wird. Diese Liste stützt sich zum Teil auf den vor einigen Jahren veröffentlichten Aufsatz „Grundsätze der systematischen Klassifizierung wirtschaftlicher Tatbestände“⁶⁾. Berücksichtigt wurden in erster Linie nur solche Tatbestände, die beim Betrieb und nicht bei der Person erfragt werden. Hinter jedem Tatbestand ist vermerkt, ob sein Nachweis für das Unternehmen, für fachliche Unternehmensteile oder für örtliche Einheiten sinnvoll erscheint. Hierbei wird zunächst von der Annahme ausgegangen, daß eine Aufspaltung des Unternehmens in „fachliche Unternehmensteile“ sinnvoll ist und auch durchgeführt werden kann. Die dabei auftretenden begrifflichen und praktischen Schwierigkeiten werden späterhin noch ausführlich zu erörtern sein. Hier sei nur vorweggenommen, daß man je nach der Definition des „fachlichen Unternehmensteils“ zu abweichenden Ergebnissen in bezug auf die Nachweisbarkeit bestimmter Tatbestände kommen kann. Es ist durchaus nicht gleichgültig, ob man als „fachlichen Unternehmensteil“ einen meist wirklich sichtbaren, organisatorisch und räumlich abzugrenzenden Unternehmensteil (etwa im Sinne einer „Kostenstelle“ in der Buchführung) ansehen will oder ob darunter ein am Produkt oder an einer Erzeugnisgruppe orientierter fiktiver Unternehmensteil (etwa im Sinne der „Kostenträger“-Rechnung) verstanden werden soll, bei dessen Abgrenzung organisatorische und räumlich sichtbare Zusammenhänge praktisch vernachlässigt werden. Im ersten Fall dürften sich bestimmte, räumlich oder organisatorisch an einen gegebenen Betriebsteil gebundene Daten über die Grundlagen und den Ablauf der Produktion viel eher theoretisch sinnvoll (und praktisch durchführbar) dem fachlichen Unternehmensteil zuordnen lassen als im zweiten; bei Daten über Umfang und Zusammensetzung der Produktion nach einzelnen Erzeugnissen jedoch ist es umgekehrt. So wird man z. B. den Boden, den Maschinenpark, die geleisteten Arbeiterstunden

Übersicht wichtiger, in einer „institutionellen“ Gliederung nachzuweisender wirtschaftlichen Tatbestände

Zeichenerklärung: ● stets sinnvoll ? Sinn fraglich
 ○ kann in bestimmten Fällen sinnvoll sein — nicht sinnvoll
 () schwer durchführbar, vor allem wegen der Zurechnungsproblematik

Lfd. Nr.	Tatbestand	Nachweis für			
		Unternehmen, definiert als kleinste bilanzierende Einheit	fachliche Unternehmensteile, definiert in Anlehnung an organisatorisch vorhandene Unternehmensteile	Erzeugnisgruppen	örtliche Einheiten (soweit nicht mit „Unternehmen“ identisch)
I. Daten zur Kennzeichnung der Unternehmen oder Betriebe (zur Eingliederung nach Wirtschaftsbereichen)					
1	1. Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit	●	●	●	●
2	2. Rechtsform, Eigentums- und Besitzverhältnisse	●	—	—	○
3	3. Gründungsjahr	●	?	—	●
4. Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen Organisationen					
4	a) Industrie- und Handelskammern	●	—	—	○
5	b) Handwerkskammern	●	○	—	○
6	c) Fachorganisationen (z.B. Industriefachverbände, Einzelhandelsverbände)	●	○	○	○
7	d) Arbeitgeberverbände und als deren Tarifpartner auftretende Gewerkschaften	●	—	—	○
8	e) Berufsgenossenschaften	●	○	—	○
9	f) Unternehmenszusammenschlüsse wie Konzerne, Organisations usw.	●	—	—	—
5. Kombination verschiedener wirtschaftlicher Tätigkeiten					
10	a) Kombination mehrerer Funktionen („Funktionenbündel“ bzw. Kombination mehrerer Hauptfunktionen)	●	—	—	●
11	b) vertikale Kombination innerhalb der Hauptfunktion	●	—	—	●
12	c) horizontale Kombination innerhalb der Hauptfunktion	●	—	—	●
13	6. Betriebsform (soweit nicht schon durch lfd. Nr. 1, 10 bis 12 gekennzeichnet)	●	?	—	●
7. Größenklasse					
14	a) nach der Zahl der Beschäftigten	●	?	(?)	●
15	b) nach dem Umsatz	●	—	—	○
16	8. Standort	●	○	?	●
II. Daten über Produktionsgrundlagen („Structural Data“), (soweit nicht unter I erwähnt)					
A. Produktionsfaktor Kapital (Bilanzposten)					
1. Anlagevermögen (einschl. im Bau befindlicher Anlagen), mengen- und/oder wertmäßig					
17	a) Boden (z. B. land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, unbebaute Grundstücke)	●	(○)	—	●
18	b) Gebäude, Verkehrswege	●	(○)	—	●
19	c) Maschinen, Apparate, Geschäftsausstattung, lebendes Inventar	●	●	(○)	●
20	d) Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, langfristige Forderungen)	●	—	—	—
2. Umlaufvermögen					
a) Vorräte, mengen- und/oder wertmäßig					
21	aa) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe („Input“-Vorräte)	●	(○)	(○)	(●)
22	ab) Angefangene Arbeiten	●	(○)	(●)	(●)
23	ac) Fertigprodukte („Output“-Vorräte)	●	(○)	●	(●)
24	b) kurzfristige Forderungen (z. B. Kundenforderungen, Barbestände)	●	—	—	○
3. Schulden, Eigenkapital					
25	a) kurzfristige Verbindlichkeiten (z. B. Lieferantenschulden, Kassenkredite)	●	—	—	(○)
26	b) Rückstellungen	●	—	—	—
27	c) langfristige Verbindlichkeiten	●	—	—	—
28	d) Eigenkapital (Grundkapital, Rücklagen)	●	—	—	—
B. Produktionsfaktor Arbeit					
1. Gesamtzahlen über Beschäftigte					
29	a) Selbständige und mithelfende Familienangehörige	●	(○)	(○)	●
30	b) Arbeitnehmer	●	(○)	(○)	●
31	c) Heimarbeiter, Mitarbeiter	●	(?)	(○)	●
2. Untergliederung der unter lfd. Nr. 29 bis 31 erwähnten Gruppen – soweit sinnvoll – nach					
a) persönlichen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Beruf, Vorbildung usw.)					
33	b) Beschäftigungsdauer (voll- bzw. teilbeschäftigt)	●	(○)	(?)	●
34	c) Lohn- bzw. Gehaltshöhe, Leistungsgruppe u. ä. Merkmale	●	(○)	(○)	●
35	d) Funktion innerhalb des Betriebes (z. B. leitende Angestellte, unmittelbar in der Produktion Tätige usw.)	●	(○)	(?)	●
III. Daten über den Produktionsablauf („Flow Data“)					
A. Eingehende Ströme, Aufwandsseite der Gewinn- und Verlustrechnung, Kostenstruktur (siehe auch unter lfd. Nr. 63 bis 68)					
1. Verbrauch bzw. Bezüge von Gütern und Dienstleistungen von anderen Unternehmen bzw. Betrieben ¹⁾					
36	a) mengenmäßig	●	(○)	●	●
37	b) wertmäßig	●	(○)	(●)	(●)

6) „Wirtschaft und Statistik“, 4. Jg. N. F., Heft 3, März 1952, S. 92 ff.

noch: Übersicht wichtiger, in einer „institutionellen“ Gliederung nachzuweisender wirtschaftlichen Tatbestände

Zeichenerklärung: ● stets sinnvoll ? Sinn fraglich
 ○ kann in bestimmten Fällen sinnvoll sein — nicht sinnvoll
 () schwer durchführbar, vor allem wegen der Zurechnungsproblematik

Lfd. Nr.	Tatbestand	Nachweis für			
		Unternehmen, definiert als kleinste bilanzierende Einheit	fachliche Unternehmensteile, definiert in Anlehnung an organisatorisch vorhandene Unternehmensteile	Erzeugnisgruppen	örtliche Einheiten (soweit nicht mit „Unternehmen“ identisch)
noch: Daten über den Produktionsablauf („Flow Data“)					
38	c) Preise der bezogenen Güter und Dienstleistungen	●	(○)	(○)	(○)
	2. Untergliederung der mengen- und/oder wertmäßigen Bezüge bzw. des Verbrauchs nach				
39	a) Art der bezogenen/verbrauchten Güter und Dienstleistungen ..	●	(○)	(●)	○
	b) Herkunft der bezogenen bzw. verbrauchten Güter und Dienstleistungen nach				
40	ba) regionalen Gesichtspunkten (z. B. Inland/Ausland)	●	(?)	(○)	○
41	bb) institutionellen Gesichtspunkten (zur Darstellung der gütermäßigen Verflechtung in der Volkswirtschaft, z. B. für Input-Output-Tafeln)	●	(○)	(○)	○
	3. Personalaufwand (unterteilt – soweit sinnvoll – wie unter lfd. Nr. 29 bis 35)				
42	a) Lohn- und Gehaltssummen, Sozialaufwand	●	(○)	(○)	(●)
43	b) bezahlte Stunden	●	(?)	(?)	●
44	c) geleistete Stunden	●	(○)	(○)	●
45	d) Lohn bzw. Gehalt je Stunde, Woche oder Monat	●	(○)	(○)	●
46	4. Abschreibungen	●	(?)	–	(●)
47	5. Mengenmäßige Daten über Kapitaleinsatz (z. B. Maschinenstd.) ..	●	(○)	(?)	●
48	6. Kostensteuern	●	(?)	(○)	(○)
49	7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	●	(○)	(○)	(○)
50	8. Betriebsfremde und außerordentliche Aufwendungen (z. B. Zinszahlungen, Brandschäden)	●	–	–	(?)
	B. Ausgehende Ströme, Ertragsseite der Gewinn- und Verlustrechnung (siehe auch lfd. Nr. 61 und 62)				
	1. Lieferungen von Gütern und Dienstleistungen an andere Unternehmen bzw. Betriebe ¹⁾ ; Auftragsengänge				
51	a) mengenmäßig	●	(○)	●	●
52	b) wertmäßig (bei Unternehmen = Umsatz)	●	(○)	(○)	(○)
53	c) Preis der gelieferten Güter und Dienstleistungen	●	(○)	(●)	●
	2. Untergliederung der mengen- und/oder wertmäßigen Lieferungen nach				
54	a) Art der gelieferten Güter und Dienstleistungen	●	(○)	●	○
	b) Verbleib der gelieferten Güter und Dienstleistungen				
55	ba) regionalen Gesichtspunkten (z. B. Inland/Ausland) ..	●	(?)	●	○
56	bb) nach institutionellen Gesichtspunkten (zur Darstellung der gütermäßigen Verflechtung in der Volkswirtschaft, z. B. für Input-Output-Tafeln)	●	(?)	●	○
	3. Bestandsveränderungen (vgl. lfd. Nr. 21 bis 23), mengen- und/oder wertmäßig				
57	a) Angefangene Arbeiten und Fertigprodukte	●	(○)	(●)	(●)
58	b) Selbsterstellte Anlagen	●	(○)	–	(●)
59	4. Subventionen	●	(?)	(○)	(○)
60	5. Sonstige betriebsfremde und außerordentliche Erträge (z. B. Beteiligungserträge, Nettoerlös aus dem Verkauf gebrauchter Anlagen)	●	–	–	(?)
	C. Produktionsergebnis				
	1. Bruttoproduktion				
61	a) mengenmäßig	●	(○)	●	●
62	b) wertmäßig	●	(○)	(●)	(●)
63	2. Nettoproduktionswert	●	(?)	(○)	(○)
	3. Beitrag zum Inlandsprodukt				
64	a) brutto zu Marktpreisen (ungefähr lfd. Nr. 62-37)	●	(?)	(?)	(○)
65	b) netto zu Marktpreisen (lfd. Nr. 64-46)	●	(?)	(?)	(○)
66	c) netto zu Faktorkosten (Wertschöpfung, lfd. Nr. 65-48+59)	●	(?)	(?)	(○)
67	4. Unternehmensgewinn	●	–	–	–
68	5. Betriebsgewinn (für Unternehmen lfd. Nr. 67-50+60)	●	(○)	(?)	(○)
	IV. Daten über die Gewinnverwendung und Vermögensveränderung				
69	1. Ausgeschüttete bzw. entnommene Gewinne	●	–	–	–
70	2. Steuern vom Einkommen bzw. vom Vermögen	●	–	–	–
71	3. Zuführung zu Rücklagen u. a. Formen des unverteiltern Gewinns ..	●	–	–	–
	4. Investitionen (vgl. lfd. Nr. 17 bis 19, 21 bis 23)				
72	a) Anlageinvestitionen	●	(○)	–	(●)
73	b) Vorratsveränderungen	●	(?)	(○)	(○)
74	5. Änderung der finanziellen Positionen (zur Darstellung der kreditwirtschaftlichen Verflechtung in der Volkswirtschaft – money-flow-system – vgl. lfd. Nr. 20, 24, 27)	●	–	–	–

1) Auch des gleichen Unternehmens.

usw. häufig eindeutig den organisatorisch vorhandenen Unternehmensteilen (also den Kostenstellen) zuordnen können, während eine solche Zuordnung nach Erzeugnissen (also nach Kostenträgern) nur über eine problematische Umschlüsselung möglich ist. Umgekehrt können die einzelnen Teile des Produktionsausstoßes, also die Erzeugnisse, oft nur mit großen Schwierigkeiten den verschiedenen organisatorisch vorhandenen Unternehmensteilen zugerechnet werden. Aus diesem Grunde werden in der erwähnten Übersicht zwei verschiedene Arten fachlicher Unternehmensteile unterschieden, je nachdem, ob die Aufteilung an den organisatorisch vorhandenen Unternehmensteilen oder an den Erzeugnissen orientiert ist. Diese beiden Arten sind als Grenzfälle aufzufassen; die praktisch anwendbaren statistischen Einheiten im Sinne fachlicher Unternehmensteile werden stets zwischen diesen Grenzen liegen.

Wegen der soeben angedeuteten Probleme einer genaueren Definition der verschiedenen Darstellungseinheiten kann die Übersicht wichtiger Tatbestände selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit und auf große Genauigkeit erheben. Man kann sicherlich im einzelnen auch verschiedener Auffassung sein, ob der Nachweis eines Tatbestandes nicht auch für die eine oder andere der unterschiedenen Darstellungseinheiten ebenfalls sinnvoll ist. Auch darüber, ob die Erfassung eines Tatbestandes besonders schwierig ist – was gleichfalls in der Übersicht vermerkt ist –, wird man streiten können. Solche Unterschiede der Auffassung im einzelnen berühren aber das Ziel und die Beweiskraft der Liste nur wenig.

Aus der Übersicht ergibt sich zunächst, daß es durchaus sinnvoll sein kann, bestimmte Tatbestände für alle hier unterschiedenen Darstellungseinheiten nachzuweisen, also sowohl für das Unternehmen als Ganzes, als auch für die verschiedenen Arten fachlicher Unternehmensteile und fernerhin auch für die örtliche Einheit.

Die Übersicht zeigt aber auch deutlich, daß sich ein geschlossenes Bild aller Tatbestände nur zeichnen läßt, wenn man das Unternehmen als Ganzes der Darstellung zugrunde legt.

Zahlreiche Tatbestände haben nur in bezug auf das wirtschaftende Unternehmen einen Sinn. Das gilt insbesondere für alle diejenigen wirtschaftlichen und finanziellen Tatbestände, bei denen technische Daten und Vorstellungen in den Hintergrund treten. Dieses Ergebnis ist nicht erstaunlich, denn schließlich ist das Unternehmen als Ganzes die Einheit, die „wirtschaftet“. Für das Unternehmen werden im allgemeinen die Entscheidungen über den Umfang und über die Zusammensetzung der Produktion getroffen. Hier wird in der Regel auch entschieden, ob neu investiert werden soll und wie die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden können. Auch die meisten Aufwands- und Ertragsposten, Einkäufe und Verkäufe, Gewinne und Verluste, Angaben über die Gewinnverwendung oder über gezahlte Steuern haben nur für das gesamte Unternehmen einen Sinn. Das folgt ohne weiteres aus der Tatsache, daß nur für das Unternehmen bilanziert und ein Geschäftsergebnis festgestellt wird. Viele Daten aus der Erfolgsrechnung, die sich dabei ergeben oder dafür gebraucht werden, sind deshalb nur in diesem Zusammenhang sinnvoll zu verstehen und darzustellen.

Auch andere Gründe sprechen für die Wahl des Unternehmens als allgemeiner Darstellungseinheit. In marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften sind unmittelbare Eingriffe in die Produktion z. B. durch eine zentrale Planung des Produktionsprogramms und eine zentral gelenkte Zuweisung der Rohstoffe nicht üblich. Die Wirtschaftspolitik bedient sich hauptsächlich der sogenannten „marktkonformen“ Mittel der Geld- und Kreditpolitik, der Finanz-, Steuer- und Zollpolitik. Sie fördert oder hemmt die Ersparnisse, die Investitionen und den Verbrauch z. B. mit Hilfe der Steuern und Sozialabgaben und damit über eine staatliche Beeinflussung der Einkommensumverteilung. Sollen die statistischen Ergebnisse ein Bild der für die Marktwirtschaft wichtigen Zusammenhänge und Verflechtungen liefern, so ist das nur möglich, wenn man von den als Marktparteien auftretenden Einheiten, also von den Unternehmen, als Darstellungseinheiten ausgeht.

Diese Feststellungen schließen nicht aus, daß der Nachweis einzelner Vermögensposten und einzelner Posten der Aufwands- und Ertragsrechnung auch für die örtlichen Niederlassungen⁷⁾ vernünftig und möglich ist und daß einige von diesen Posten auch sinnvoll auf verschiedene fachliche Unternehmensteile aufgeteilt werden können. Das gilt in erster Linie für Tatbestände, bei denen produktionstechnische Grundlagen und Vorgänge von Bedeutung sind (z. B. Produktionskapazitäten, Produktionsausstoß usw.). Für das statistische Bild der vorhandenen Produktionsanlagen mit ihren technischen Eigenschaften und ihrer regionalen Verteilung (die z. B. bei Untersuchungen über den Bedarf an Arbeitskräften bestimmter Art interessant ist) dürfte der fachliche Unternehmensteil die zweckmäßigste Darstellungseinheit sein. Auch wenn technische Zusammenhänge im Produktionsablauf darzustellen sind, sollten möglichst „homogene“ Einheiten zugrunde gelegt werden. Dabei ist der fachliche Unternehmensteil der zweckmäßigste Ausgangspunkt, besonders wenn es gelingt, ihn unter dem Gesichtspunkt der Homogenität des Produktionsausstoßes und – damit zusammenhängend – der Homogenität des Rohstoffverbrauchs abzugrenzen. Auch die sogenann-

ten „Input-Output“-Tabellen streben – jedenfalls wenn es in erster Linie auf das Bild produktionstechnischer Zusammenhänge (im Gegensatz zu marktwirtschaftlichen Verflechtungen) ankommt – den an der Ware orientierten fachlichen Unternehmensteil als Ausgangseinheit an. (Es ist allerdings zu überlegen, ob man dazu wirklich unbedingt ein aus fachlichen Unternehmensteilen zusammengesetztes Gesamtbild braucht, oder ob es genügt, wenn man die in die Unternehmen hinein- und aus ihnen herausfließenden Ströme, ergänzt um Angaben über die Herstellung von Vorprodukten, in einer entsprechenden Aufteilung erfassen kann.)

In einem späteren Teil dieser Untersuchung wird allerdings noch dargelegt, wie schwer es ist, fachliche Unternehmensteile nach einheitlichen Grundsätzen zu definieren und welche großen Schwierigkeiten zu überwinden sind, wenn man sie aus dem Unternehmen herauschälen will.

Nachweise nach örtlichen Einheiten sollen in erster Linie Regionaluntersuchungen dienen. Es wird sich jedoch zeigen, daß diese Darstellungseinheit auch für solche Zwecke nicht vollständig ausreicht. Bei vielen regional wichtigen Fragen des Standorts, der Wasserversorgung, des Arbeitskräftebedarfs usw. spricht manches dafür, daß auch bei den örtlichen Einheiten die einzelnen fachlichen Unternehmensteile, aus denen sie bestehen, kenntlich gemacht werden. Örtliche Einheiten können mit Unternehmen – und zwar auch mit sehr kompliziert kombinierten Unternehmen – identisch sein, sie können aber auch einzelne fachliche Unternehmensteile darstellen, die örtlich vom Sitz des Gesamtunternehmens getrennt liegen. Ohne eine zusätzliche Unterscheidung nach fachlichen Unternehmensteilen sind also die Nachweisungen für örtliche Einheiten nur für wenige Probleme aussagefähig (z. B. für Verkehrs- und auch für einige Beschäftigungsprobleme).

Die Übersicht zeigt, daß die örtliche Einheit nicht die Grundlage eines geschlossenen Gesamtbildes der Wirtschaftsgrundlagen und des Wirtschaftsablaufes bilden kann, da wesentliche wirtschaftliche Daten in all den Fällen fehlen, in denen die örtliche Niederlassung nicht mit dem Unternehmen identisch ist. Wollte man den Versuch trotzdem wagen, so müßten zahlreiche „innerbetriebliche Vorgänge“ zwischen Zweigniederlassungen des gleichen Unternehmens statistisch den „Marktvorgängen“ gleichgestellt werden. Das so gewonnene Bild würde dann aber den wirklichen und von der Wirtschaftspolitik zu beobachtenden Marktvorgängen nicht entsprechen.

Auch als Ausgangspunkt für die Bildung „homogener“ Wirtschaftsbereiche ist die örtliche Einheit nicht ohne weiteres geeignet. In dieser Beziehung treten die gleichen Probleme auf wie bei den Unternehmen, höchstens gemildert durch diejenigen Fälle, in denen eine örtliche Einheit einem fachlichen Unternehmensteil entspricht. Andererseits können aber auch Unternehmensteile, die nicht fachlich auszugliedern wären, als örtliche Einheit auftreten.

Es sei hier noch auf die in der Liste unter I4 erwähnten Tatbestände der fachlichen Organisation der Wirtschaft, d. h. der gesetzlichen bzw. freiwilligen Mitgliedschaft bei Verbänden, Kammern usw. hingewiesen, über die bisher noch nicht gesprochen wurde. Diese Tatbestände genießen eine gewisse Sonderstellung, denn es interessiert nicht nur, für wel-

⁷⁾ Die Ausdrücke „örtliche Niederlassung“ und „örtliche Einheit“ werden hier synonym gebraucht (vgl. auch Fußnote 18).

che der unterschiedenen Einheiten sie nachgewiesen werden können. Bei einigen von ihnen ist darüber hinaus zu überlegen, ob sie auf Grund ihrer besonderen Eigenschaften nicht dazu geeignet sind, selber zur Definition von Darstellungseinheiten herangezogen zu werden. So kann man sich z. B. fragen, ob man nicht bei Lohnstatistiken die erfaßten Arbeitnehmer nach den für sie gültigen Tarifen ordnen sollte; das würde wahrscheinlich in vielen Fällen mit einer Zerlegung von Unternehmen in eine Art von „tariflichen Einheiten“ verbunden sein⁸⁾. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß dadurch der Erkenntniswert verdienststatistischer Ergebnisse für bestimmte Zwecke – z. B. für den Vergleich zwischen Effektiv- und Tariflohnsätzen – erhöht werden könnte. Ein anderes Beispiel sind die noch näher darzustellenden Bestimmungen der Handwerksordnung über die Eintragung in die Handwerksrolle, durch die eine schon mehrfach praktisch verwendete Erhebungs- und Darstellungseinheit besonderer Art umschrieben wird.

II. Beschreibung und Definition der Darstellungseinheiten

A. Das Unternehmen

1. Anknüpfungspunkte für mögliche Definitionen

Bei der Definition des Unternehmens gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten, die auch in den internationalen Empfehlungen unterschieden werden. So verwendet die ISIC einen Unternehmensbegriff, der vom Eigentum bzw. von der Kontrolle durch eine einzelne Organisation (ownership or control by a single organization) ausgeht. Im Vordergrund steht also die (natürliche oder juristische) Person des Eigentümers und die damit meist verbundene einheitliche wirtschaftliche Willensbildung; mindestens im Hinblick auf das letztere dürfte der deutsche Ausdruck „Wirtschaftseinheit“ eine zutreffende Bezeichnung für diese Art des Unternehmensbegriffs sein. Die hier als „Wirtschaftseinheit“ bezeichnete Einheit ist nicht notwendigerweise diejenige Institution, in der auch die wirtschaftlichen Entscheidungen gefällt werden. Bei Unternehmenszusammenschlüssen können solche Entscheidungen auf einer Ebene oberhalb des Einzelunternehmens getroffen werden, bei weitgehender Dezentralisierung eines Unternehmens kann es auch umgekehrt sein. Die wirklich „entscheidende“ Einheit wird dem Außenstehenden nur selten bekannt werden.

Die andere Möglichkeit ist die Definition des Unternehmens als der kleinsten Einheit, für die auf Grund rechtlicher Vorschriften Bücher geführt und Geschäftsabschlüsse aufgestellt werden müssen: dies ist die auch in den „International Standards in Basic Industrial Statistics“ erwähnte „kleinste rechtlich definierte Einheit“ (smallest legally defined entity), wobei in erster Linie die Rechtsvorschriften über das Führen und den Abschluß von Büchern oder ähnlichen Aufzeichnungen gemeint sind. Bei dieser Definition liegt der Ton mehr auf dem Vorhandensein einer in sich geschlossenen Buchführung; das Unternehmen wird also etwa als die „kleinste bilanzierende Einheit“ aufgefaßt. Zwischen beiden Möglichkeiten besteht ein Unterschied, der damit zusammenhängt, daß meh-

tere sehr heterogene wirtschaftliche Tätigkeiten – lediglich durch gemeinsames Eigentum verbunden – in einer Hand zusammenfallen können. Wenn in solchen Fällen für die einzelnen Tätigkeiten auf Grund rechtlicher Vorschriften getrennte Aufzeichnungen geführt und zu gesonderten Abschlüssen zusammengestellt werden müssen, würde die Definition der „smallest legally defined entity“ kleinere Einheiten ergeben.

Es braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden, daß diese kleineren Einheiten als handlichere Bausteine des wirtschaftlichen Gesamtbildes anzusehen sind. Einerseits sind sie „homogener“ als die oft zufallsbedingten und daher manchmal recht komplexen „Eigentumskombinationen“. Andererseits können die kleineren Einheiten aber trotzdem wegen des Vorhandenseins abgeschlossener Aufzeichnungen sämtliche gewünschten Daten liefern, und zwar vor allem auch aus der Vermögens- und aus der Erfolgsrechnung. Das „Unternehmen“ so zu definieren, daß diese Angaben nicht verfügbar sind, wäre widersinnig, denn Sinn jedes Unternehmens ist es, einen Gewinn zu erzielen oder mindestens die Kosten zu decken; anders ist die Unternehmenstätigkeit in der Marktwirtschaft auf die Dauer nicht denkbar.

Die „kleinste bilanzierende Einheit“ entspricht wahrscheinlich noch weniger als die „Wirtschaftseinheit“ der im Wirtschaftsleben wirklich „entscheidenden“ Einheit, d. h. der wirtschaftenden Einheit im engsten Sinne. In der Mehrzahl der Fälle wird man jedoch davon ausgehen können, daß solche Unterschiede nicht bestehen oder nicht übermäßig ins Gewicht fallen. Deshalb gibt es wohl keine grundsätzlichen Bedenken, wenn das Unternehmen im Sinne der kleinsten bilanzierenden Einheit unter Vernachlässigung der dargestellten Argumente als die in der Praxis tatsächlich wirtschaftende Einheit angesehen und bezeichnet wird, wie es auch in dieser Ausarbeitung verschiedentlich geschieht. Die genauere Definition des Unternehmens als kleinster bilanzierender Einheit wird unten noch gegeben und begründet. Zuvor ist nach Anhaltspunkten für diese Definition zu suchen, d. h. nach rechtlichen Vorschriften über die Abgrenzung buchführungs- und vor allem abschlusspflichtiger Einheiten und daneben über Art und Umfang der Buchführung. Für solche gesetzlichen Vorschriften stehen grundsätzlich zwei Wege offen, nämlich besondere Anweisungen für die Statistik oder die Anknüpfung an andere, schon vorhandene Bestimmungen.

Bei der rechtsverbindlichen Anordnung von Statistiken kann der Statistiker von sich aus die Berichtsstellen zwingen, die Aufwands- und Ertragsrechnung oder zum mindesten die von der Statistik erfragten Tatbestände für diejenige Darstellungseinheit zu geben, die er aus wissenschaftlich-theoretischen Gründen anstrebt. Dieser Weg ist im Ausland (z. B. im Zusammenhang mit der Zensus-Gesetzgebung) und auch im Inland durchaus beschritten worden, denn jede Vorschrift oder Erläuterung auf dem Fragebogen, die Tatbestände in einer anderen „institutionellen“ Abgrenzung verlangt als sie in den Aufzeichnungen und in der Buchführung des befragten Unternehmens erscheinen, bedeutet eine vom Statistiker festgesetzte Definition der Darstellungseinheit.

Dieser Weg einer besonderen Definition des Unternehmens für statistische Zwecke sollte u. E. jedoch nur da begangen werden, wo es an rechtlichen Vorschriften über die Buchführung

⁸⁾ Dabei wäre weiter zu überlegen, ob die „tarifliche Einheit“ unter Umständen nicht weitgehend mit der einen oder anderen von den in der Übersicht schon berücksichtigten Einheiten identisch sein kann; diese Fragestellung steht in engem Zusammenhang mit der ursprünglichen Frage, für welche Einheiten die Zugehörigkeit zu bestimmten organisatorischen Zusammenschlüssen sinnvoll nachweisbar ist.

und damit über die Abgrenzung der Unternehmen fehlt. Auf alle Fälle muß es der Statistiker vermeiden, das tatsächliche Bild der Unternehmen, das sich unter den vielfältigen Einflüssen des Wirtschaftslebens herausgebildet hat, für die Zwecke einer bequemer statistischen Erfassung und Nachweisung umzumodeln. Der Statistiker soll ein Abbild der Wirklichkeit geben und kein durch ein statistisches Schema von vornherein bereits verwandeltes oder gar verfälschtes Bild dieser Wirklichkeit, in dem „nicht sein kann, was nicht sein darf“.

Die wichtigsten Anknüpfungspunkte für die Definition des Unternehmens sollten daher die in den vorhandenen Rechtsvorschriften außerhalb statistischer Anordnungen festgelegten Definitionen sein. Das hat überdies den Vorteil, daß bestimmte „Verwaltungsstatistiken“, die an diese rechtlichen Definitionen ohnehin anknüpfen müssen, für das Gesamtbild leichter verwendbar werden.

Auch wenn man diesen zweiten Weg grundsätzlich begehren will, steht man leider vor dem Dilemma, daß die in den verschiedenen rechtlichen Vorschriften enthaltenen Definitionen des Unternehmens (oder dem „Unternehmen“ nahekommender Einheiten) nicht übereinstimmen. Die verschiedenen sich anbietenden Definitionen müssen daher im einzelnen überprüft werden, wobei die Schwierigkeiten, die sich aus dem Problem der Unternehmenszusammenschlüsse (wie z. B. der sogenannten „Organschaft“) ergeben, zunächst zurückgestellt und einem besonderen Abschnitt vorbehalten bleiben.

2. Vorhandene Rechtsvorschriften als Ausgangspunkt der Definition des Unternehmensbegriffes

a) Handelsrechtliche Bestimmungen

Das Handelsrecht gestattet dem Einzelkaufmann, mehrere Firmen zu führen, d. h. er kann mehrere separate Unternehmen in seiner Hand vereinigen⁹⁾. Dabei ist für jede Firma eine eigene Buchführung vorgeschrieben¹⁰⁾. Soweit bietet das Handelsrecht also eine brauchbare Definition der kleinsten rechtlichen Einheit, für die eine Buchführung und ein Geschäftsabschluß vorliegen. Der Vorteil ist, daß diese Definition auf die „Firma“ und nicht auf die „Person des Unternehmers“ abgestellt ist. Allerdings wird nicht klar gesagt, unter welchen Voraussetzungen die verschiedenen bei einer Person zusammentreffenden Tätigkeiten zu einzelnen Firmen gemacht werden sollen; man wird jedoch annehmen dürfen, daß dies in erster Linie dann geschehen wird, wenn diese Tätigkeiten sehr verschiedenartiger Natur sind.

Die handelsrechtlichen Vorschriften sind jedoch recht weit gefaßt, vor allem soweit sie andere als Vollkaufleute betreffen. Sie versagen also bei kleinen und kleinsten Betrieben von Einzelpersonen und außerdem natürlich in allen Fällen, in denen der fragliche Wirtschaftsbereich nicht unter die Vorschriften des Handelsrechts fällt. (Auch die Bestimmungen der Gewerbeordnung helfen in diesen Fällen nicht weiter, da sie nur die Pflicht zur Anmeldung des Gewerbes – § 14 GO – festlegen,

aber keine begriffliche Abgrenzung der anzumeldenden Einheit enthalten.) Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Gesellschaften und Körperschaften (im folgenden der Einfachheit halber zusammenfassend auch als „Gesellschaften“ bezeichnet) anders als Einzelfirmen behandelt werden. Sie können nur unter einer Firma – also nur als ein Unternehmen – auftreten, auch wenn die in diesem Unternehmen zusammengeschlossenen Tätigkeiten lediglich durch die Tatsache verbunden sind, daß die Gesellschaft den gemeinsamen Eigentümer darstellt. Die Möglichkeit, daß Zweigniederlassungen eines Unternehmens an verschiedenen Orten in das Handelsregister eingetragen werden können, darf in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden, denn die Eintragung einer Zweigniederlassung konstituiert noch keine Firma, für die abgeschlossene Bücher geführt werden müssen.

Handelsrechtliche Spezialvorschriften sind für den Statistiker besonders im Hinblick auf die Aktiengesellschaften interessant. Die Aktiengesellschaften sind rechtlich verpflichtet, ihre Bilanz und ihre Gewinn- und Verlustrechnung (diese leider z. T. nur in saldierter Form) nach einem vorgeschriebenen Schema zu veröffentlichen. Hier ist also der handelsrechtliche Abschluß der Aktiengesellschaften für statistische Auswertungen greifbar. Der Gedanke der Publizität der Geschäftsergebnisse, der dem Aktienrecht zugrunde liegt, wird auch auf freiwilliger Grundlage weiterentwickelt. So ist eine Reihe von Aktiengesellschaften zu einer vollständigeren Nachweisung der Gewinn- und Verlustrechnung übergegangen. Große Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder auch anderer Rechtsform veröffentlichen freiwillig ihre Jahresabschlüsse. Ebenso kann für die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe, die von der öffentlichen Hand in der Form der „Eigenbetriebe“ geführt werden, statistisches Material veröffentlicht werden (das allerdings unter den gleichen Mängeln leidet wie die veröffentlichten Ergebnisse der Aktiengesellschaften).

Eine allgemeine Vorschrift, die nach dem Handelsrecht geführten und abgeschlossenen Bücher zu veröffentlichen oder für statistische Zusammenstellungen zur Verfügung zu stellen, gibt es bisher nicht. Diese handelsrechtlichen Abschlüsse sind jedoch den Steuererklärungen beizufügen^{11) 12)}.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die handelsrechtlichen Bestimmungen der gesuchten Definition der kleinsten aus rechtlichen Gründen bilanzierenden Einheit ziemlich nahe kommen. Es bleibt jedoch der Mangel, daß das Handelsrecht nicht alle wirtschaftenden Einheiten erfaßt und daß die erfaßten Einheiten teilweise verschieden behandelt werden.

b) Die Vorschriften der Handwerksordnung

Es wurde bereits erwähnt, daß zu den gesetzlichen Bestimmungen, aus denen unmittelbar eine statistische Einheit abgeleitet worden ist, auch die Handwerksordnung gehört. Die nach den Vorschriften dieses Gesetzes abgegrenzte institutionelle Einheit entspricht in den meisten Fällen dem Unternehmen im Sinne der kleinsten bilanzierenden Einheit; es sind jedoch auch Abweichungen möglich.

⁹⁾ Vgl. Würdinger, Reichsgerichtsräte-Kommentar zum Handelsgesetzbuch, München 1953, § 17, Anm. 5. – ¹⁰⁾ Vgl. §§ 38 – 47 Handelsgesetzbuch: für Kapitalgesellschaften; §§ 131 – 133 Aktiengesetz, §§ 41, 42 Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung; für Genossenschaften: §§ 33, 34 Genossenschaftsgesetz.

¹¹⁾ Das entsprechende bei der Finanzverwaltung liegende Material wird im Ausland häufig zu einer statistischen Auswertung verwendet. In der Bundesrepublik stehen dem bisher steuerrechtliche Vorschriften entgegen. Ohne eine Vereinheitlichung des Bilanzschemas würde eine statistische Auswertung des Materials auch sehr schwierig und zeitraubend sein. – ¹²⁾ Vgl. § 60 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1955.

Die Handwerksordnung unterscheidet „Handwerksbetriebe“, „handwerkliche Nebenbetriebe“ und „handwerkliche Hilfsbetriebe“. In die Handwerksrolle einzutragen sind nur Handwerksbetriebe und handwerkliche Nebenbetriebe. Da zu einem „Neben“betrieb zwangsläufig auch ein „Haupt“betrieb gehören muß, wird schon durch diese Unterscheidung deutlich, daß auch herausgelöste Unternehmensteile der Handwerksordnung unterliegen können und nicht nur geschlossene Unternehmen. Es sind stets nur die handwerklichen Unternehmensteile in die Handwerksrolle einzutragen. Die Frage, ob zwischen den einzelnen in einer Hand vereinigten Tätigkeiten über die Tatsache des gemeinsamen Eigentums hinaus technisch-organisatorische Beziehungen bestehen, ist in erster Linie nur wichtig, wenn es darum geht, ob ein handwerklicher Unternehmensteil als selbständiger Handwerks- oder als handwerklicher Nebenbetrieb einzutragen ist. Liegt kein solcher Zusammenhang vor, ist der handwerkliche Unternehmensteil als selbständiger Handwerksbetrieb anzusehen. Ist dieser Zusammenhang jedoch vorhanden, so gilt der handwerkliche Unternehmensteil als Handwerksbetrieb, wenn bei ihm der Schwerpunkt der Gesamttätigkeit liegt, und als handwerklicher Nebenbetrieb, wenn es umgekehrt ist. Handwerkliche Hilfsbetriebe (die nicht in die Handwerksrolle aufzunehmen sind) unterscheiden sich von handwerklichen Nebenbetrieben dadurch, daß ihre Tätigkeit ganz oder überwiegend dem eigenen Unternehmen dient, wie das z. B. bei einer Schreinerei der Fall ist, die nur Verpackungsmaterial für das eigene Unternehmen herstellt.

Was unter handwerklicher Tätigkeit oder, wie es im Gesetz heißt, unter dem „handwerksmäßigen Betreiben“ eines Gewerbes verstanden wird¹³⁾, braucht hier nicht erörtert zu werden. Es ist höchstens zu erwähnen, daß zur handwerklichen Tätigkeit u. a. der „handwerksmäßige Handel“ gerechnet wird, auch wenn der Umsatz nur zum geringeren Teil durch den Verkauf von selbsthergestellten Waren erzielt wurde. Dadurch wird vom Standpunkt der Statistik her vermieden, daß sinnvolle Einheiten in einen handwerklichen und einen restlichen Unternehmensteil zerschlagen werden.

Zwangsläufige Verbindungen zwischen den handelsrechtlichen Vorschriften und der Handwerksordnung, die hier von Bedeutung sein könnten, gibt es nicht. Man wird allerdings annehmen können, daß der „Handwerksbetrieb“ auch handelsrechtlich als eigene, von anderen der gleichen Person gehörenden Unternehmen getrennte Firma auftreten wird. Hierin liegt eine gewisse Parallele, die aber nur den Fall mehrerer Firmen bei einer Einzelperson betrifft; bei Gesellschaften ist es anders, da die Handwerksordnung abweichend vom Handelsrecht zwischen ihnen und Einzelpersonen keinen Unterschied macht. Nach der Handwerksordnung muß der „Handwerksbetrieb“ auch aus dem von einer Gesellschaft betriebenen Unternehmen herausgelöst werden, wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind; handelsrechtlich jedoch wäre solche Trennung nicht möglich.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Handwerksordnung mit dem Kriterium des „handwerksmäßigen Betriebens“ eines Gewerbes ein berufsständisches Element einführt,

¹³⁾ Dies ist die erste Voraussetzung für das Vorliegen eines Handwerksbetriebes; hinzu kommt, daß der Betrieb zu einem derjenigen Gewerbe gehören muß, die in einer besonderen Anlage A zur Handwerksordnung aufgeführt werden.

womit die durch die Handwerksordnung definierten Einheiten auch nur für die besonderen Zwecke der Darstellung des Handwerks brauchbar werden. Die hier definierten Einheiten decken sich nicht immer mit der kleinsten bilanzierenden Einheit, die für den statistischen Nachweis der Unternehmen gesucht wird.

c) Steuerrechtliche Vorschriften

Die Vorschriften des Umsatzsteuerrechts sind für die deutsche Statistik deshalb von großer Bedeutung, weil eine laufende und gut ausgebaute Umsatzsteuerstatistik neben anderen steuerrechtlich interessanten Tatbeständen auch Angaben über die Umsätze der meisten Wirtschaftsbereiche bringt. Volkswirtschaftlich wichtige Daten über Umsätze und damit weitgehend auch über das Produktionsergebnis in den einzelnen Wirtschaftsbereichen fallen somit als Nebenprodukt einer Steuerstatistik an, was den großen Vorteil hat, daß die Unternehmen von besonderen statistischen Befragungen weitgehend verschont werden können.

Die Grundlage für die Erfassung der Umsätze usw. durch die Umsatzsteuerstatistik bildet der „Umsatzsteuerpflichtige“¹⁴⁾. Die Umsatzsteuer ist also – bei Einzelpersonen – nicht auf den einzelnen Betrieb oder das einzelne Unternehmen abgestellt (wie es beim Handelsrecht der Fall ist), sondern alle Unternehmen, die sich in der Hand des gleichen Umsatzsteuerpflichtigen befinden, werden als eine Einheit betrachtet. Dieses Verfahren hat den Nachteil, daß Tätigkeiten sehr verschiedener Art, die nur durch die Person des Umsatzsteuerpflichtigen zusammengehalten werden, zu einer Einheit zusammengefaßt werden. Die für eine umsatzsteuerpflichtige Person erfaßten Umsätze können also nicht auf die einzelnen in ihrer Hand befindlichen Unternehmen oder Betriebe aufgeteilt, sondern müssen in ihrer Gesamtheit einem Wirtschaftsbereich zugewiesen werden. Durch diese Vorschriften des Umsatzsteuerrechts können also kombinierte Gebilde entstehen, die nicht als Unternehmenskombinationen unter ökonomischen Gesichtspunkten anzusehen sind. Das gilt insbesondere für die Zusammenfassung landwirtschaftlicher Betriebe mit bestimmten gewerblichen oder freiberuflichen Tätigkeiten in einer Hand. Es kommt hinzu, daß die Umsatzsteuer durch die Einführung von Freigrenzen, die selbstverständlich jeder Umsatzsteuerpflichtige nur einmal in Anspruch nehmen kann, sich von den dahinter stehenden Unternehmen noch stärker zur Person hin entwickelt.

Für die der Umsatzsteuerpflicht unterliegenden Gesellschaften und Körperschaften gelten die gleichen Vorschriften; es gibt also hier – abgesehen vom Fall der Unternehmereinheit und der Organschaft (vgl. unten) – anders als im Handelsrecht keinen Unterschied zwischen Einzelpersonen und Gesellschaften.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Umsatzsteuerrecht praktisch für die Gesellschaften, von den dargestellten Ausnahmen abgesehen, eine mit dem Handelsrecht identische Definition des Unternehmens schafft. Der „Umsatzsteuerpflichtige“ als Einzelperson kann jedoch einem Unternehmen in dem hier angestrebten Sinne nur dann gleichgesetzt werden, wenn er nicht gleichzeitig für mehrere in seiner Hand vereinigte Tätigkeiten zur Umsatzsteuer veranlagt wird. Als Grundlage für eine allgemein verwendbare Unternehmensdefinition sind

¹⁴⁾ Vgl. § 2 Umsatzsteuergesetz, §§ 17, 18 Umsatzsteuer-Durchführungsbestimmungen.

also die Vorschriften des Umsatzsteuerrechts nur schlecht geeignet.

Das Gewerbesteuerrecht schreibt – abweichend vom Umsatzsteuerrecht – die getrennte Besteuerung und damit gesonderte Abschlüsse für die einzelnen „Betriebe verschiedener Art“ vor, die einem „Gewerbetreibenden“ gehören. Nach einem Urteil des Reichsfinanzhofes sind Betriebe dann als „verschieden“ anzusehen, wenn sie nicht „sachlich, insbesondere wirtschaftlich, finanziell oder organisatorisch innerlich zusammenhängen“¹⁵). Als Beispiel für eine betriebliche Einheit wird die Gastwirtschaft mit Bäckerei aufgeführt; dagegen sind die Maschinenfabrik und die Spinnerei eines Gewerbetreibenden „verschiedene Betriebe“, auch wenn sie am gleichen Ort liegen. Diese Regelung gilt auch nach dem Gewerbesteuerrecht nicht für Gesellschaften aller Art; die ihnen gehörenden Gewerbebetriebe bilden stets eine Einheit.

Zusammenfassend ist also zu sagen, daß für die Gesellschaften faktisch eine Übereinstimmung zwischen Handelsrecht und Gewerbesteuerrecht besteht. Die gewerbesteuerrechtlichen Vorschriften für die Einzelpersonen kommen dem vom Statistiker erstrebten Begriff der kleinsten bilanzierenden Einheit mit Sicherheit näher als die Vorschriften des Umsatzsteuerrechts. Sie sind in einer Weise auch noch eingehender als das Handelsrecht, weil sie vorschreiben, wann eine durch die Person gegebene Kombination – gewissermaßen als nicht ökonomisch bedingt – aufzulösen ist.

Für die zur Körperschaftsteuer herangezogenen Gesellschaften und Körperschaften ergibt sich hinsichtlich der Definition des steuerpflichtigen Unternehmens grundsätzlich nichts Neues. Sie entspricht praktisch den handels-, umsatzsteuer- und gewerbesteuerrechtlichen Abgrenzungen und somit der kleinsten rechtlichen Einheit, für die ein Jahresabschluß vorliegt.

Auf Grund der Vorschriften des Einkommensteuerrechts kann für die Einzelperson ein direkter Zusammenhang zwischen dem Einkommensteuerpflichtigen und einem dahinterstehenden Unternehmen nicht mehr konstruiert werden. Die Einkommensteueranmeldung ist grundsätzlich auf die Person abgestellt. Der Steuerpflichtige kann neben den Einkünften aus einem Gewerbebetrieb (die häufig nicht nur ihm allein, sondern auch anderen Teilhabern zufließen) auch noch Einkünfte aus anderen Quellen beziehen. Auch wenn diese Quellen statistisch unterschieden werden, so lassen sich aus der Einkommensteuerstatistik doch nur unter Schwierigkeiten Angaben für das Unternehmen herleiten. Das zur Zeit noch gültige Prinzip der gemeinsamen Veranlagung der Ehegatten, deren Einkommen aus völlig verschiedenen Gewerbebetrieben oder sonstigen Quellen herrühren kann, verursacht möglicherweise weitere Komplikationen.

Die bisher behandelten steuerrechtlichen Vorschriften können und sollen keinen vollständigen Überblick über den Begriff des „Unternehmens“ im steuerrechtlichen Sinne geben. Sie sind als Beispiele aufzufassen, aus denen hervorgeht, daß das Steuerrecht sich kaum dazu eignet, die Grundlage für einen einheitlichen und allgemeingültigen Unternehmensbegriff abzugeben. Das gilt nicht nur für die erwähnten – auf bestimmte Steuern

bezogenen – Vorschriften, sondern auch für die Bestimmungen, die den allgemeinen Rahmen bilden, nämlich für die Reichsabgabenordnung und für das Reichsbewertungsgesetz.

Das Reichsbewertungsgesetz bestimmt lediglich, daß, „was als wirtschaftliche Einheit zu gelten hat, nach den Anschauungen des Verkehrs zu entscheiden ist. Die örtliche Gewohnheit, die tatsächliche Übung, die Zweckbestimmung und die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der einzelnen Wirtschaftsgüter sind zu berücksichtigen“. Eine wirtschaftliche Einheit setzt sich aus den Wirtschaftsgütern zusammen, die jeweils einer der im Bewertungsgesetz unterschiedenen Vermögensarten angehören; eine für Gesellschaften und Körperschaften gültige Sonderregelung soll hier vernachlässigt werden. Unter den Vermögensarten ist auch das land- und forstwirtschaftliche Vermögen für sich aufgeführt, so daß land- und forstwirtschaftliche Unternehmensteile auch eine eigene wirtschaftliche Einheit bilden (§ 29 Bewertungsgesetz), für die übrigens auch nach der Reichsabgabenordnung der Einheitswert gesondert festzustellen ist.

Aus der Reichsabgabenordnung sind hier außerdem die Bestimmungen interessant, aus denen hervorgeht, welche wirtschaftenden Einheiten zur kaufmännischen oder landwirtschaftlichen Buchführung verpflichtet sind. Neben den auf Grund anderer Bestimmungen – hier ist vor allem an das Handelsgesetzbuch zu denken – ohnehin Buchführungspflichtigen zwingt die Reichsabgabenordnung alle Unternehmen bzw. Unternehmer, bei denen eine der folgenden Wertgrenzen überschritten wird, Bücher zu führen und auf Grund jährlicher Bestandsaufnahmen regelmäßige Abschlüsse zu machen¹⁶):

Gesamtumsatz (einschl. der steuerfreien Umsätze)	200 000 DM
Betriebsvermögen	50 000 DM
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	100 000 DM
Gewerbeertrag	9 000 DM
Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	9 000 DM

Gewerbetreibende haben sich in diesen Fällen nach den handelsrechtlichen Vorschriften zu richten. Wichtig ist auch die Bestimmung der Reichsabgabenordnung, nach der alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmer bzw. Unternehmen in bestimmter Weise aufzugliedernde Aufzeichnungen über ihre Umsätze machen müssen (§ 161 RAO). Von dieser Aufzeichnungspflicht sind nur Unternehmer befreit, deren Umsätze aus einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb einschließlich der steuerfreien Umsätze 30 000 DM nicht überschritten haben.

Dazu kommen Bestimmungen weiterer Rechtsvorschriften, aus denen die Pflicht zu bestimmten Aufzeichnungen auch bei nicht der Buchführungspflicht Unterliegenden hervorgeht. Solche Vorschriften sind für verschiedene Statistiken von Bedeutung oder können es noch werden. Als Beispiele seien erwähnt die Verordnung über die Führung eines Wareneingangsbuches, die für gewerbliche Unternehmen (selbständige Handel- und Gewerbetreibende einschl. der selbständigen Handwerker aller Art) gilt, weiter die „Warenausgangsverordnung“, die Großhändler zu genauen Aufzeichnungen der Warenausgänge zwingt.

¹⁵) Vgl. Abschnitt 19 Gewerbesteuer-Richtlinien 1955.

¹⁶) Vgl. § 161 Reichsabgabenordnung, § 15 Umsatzsteuer-Durchführungsbestimmungen.

3. Probleme der Unternehmenszusammenschlüsse

Im vorstehenden Abschnitt wurde davon ausgegangen, daß das Unternehmen die kleinstmögliche auf Grund vorhandener rechtlicher Vorschriften bilanzierende Einheit sein soll. Damit können alle Gebilde, die einen Zusammenschluß solcher bilanzierenden Unternehmen darstellen, aus der Diskussion über die Darstellungseinheit ausgeschlossen werden. Unternehmenszusammenschlüsse (Konzerne, Organschaften und dgl.) stellen zweifellos einen sehr interessanten Tatbestand dar, der seine eigenen statistischen Probleme aufwirft, aber bilanzierende Unternehmen als Grundlage des Zusammenschlusses voraussetzt.

Allerdings sind auch hier Grenzfälle möglich; Schwierigkeiten begrifflicher und praktischer Art entstehen insbesondere dann, wenn für „Organschaften“ im Steuerrecht Sonderbehandlungen vorgesehen werden. Derartige Sondervorschriften zwingen zunächst dazu, bei den an das Steuerrecht anknüpfenden Statistiken darauf zu achten, ob sich einzelne erfaßte Tatbestände hierdurch begrifflich ändern. Das trifft z. B. zu, wenn der „Absatz“ eines bilanzierenden Unternehmens an andere Mitglieder der Organschaft nicht mehr als „Umsatz“ versteuert zu werden braucht. Eine gewisse Problematik entsteht bereits dann, wenn die organschaftliche Verbindung dazu führt, daß solche Lieferungen anders als zu Marktpreisen bewertet werden. Es ist z. B. denkbar, daß die Organschaftstochter für ihre Lieferungen an die Mutter Verrechnungspreise erhält, die nur die Kosten decken, aber keinen Gewinn enthalten. Solange jedoch vollständige Abschlüsse für die einzelnen Mitglieder einer Organschaft vorliegen, sollten diese weiterhin als selbständig bilanzierende Unternehmen behandelt werden. Gegebenenfalls müßten diejenigen Posten des Abschlusses, die in ihrer Höhe und in ihren Bewertungsgrundlagen von der Organschaft beeinflußt werden oder den Charakter innerbetrieblicher Lieferungen annehmen, in den betreffenden Statistiken besonders gekennzeichnet werden. Die meisten Angaben über das Vermögen, über den Aufwand, über Forderungen und Verpflichtungen usw. werden aber nach wie vor auch für die einzelnen organschaftlich zusammengeschlossenen Unternehmen sinnvoll nachgewiesen werden können.

Der umgekehrte Weg, nur noch die Organschaft als selbständig bilanzierende Einheit anzusehen, hätte zweifellos große Nachteile. Hierdurch entstehen Mammutgebilde, die dann geschlossen einem Wirtschaftszweig zugewiesen werden müssen und damit die Homogenität dieses Zweiges weiterhin zerstören. Wenn der Zusammenschluß von Unternehmen allerdings bis zur Fusion führt, so bleibt kein anderer Weg, als dieses durch einen Zusammenschluß von mehreren Unternehmen neu entstandene Unternehmen als die nunmehr kleinstmögliche bilanzierende Einheit zu verwenden. Auch durch solche Vorgänge wird selbstverständlich die Homogenität der einzelnen Wirtschaftszweige gestört. Die gleichen Störungen treten jedoch auch dann auf, wenn ein einzelnes Unternehmen von vornherein verschiedene Tätigkeiten ausübt und sich nicht erst durch die Fusion früherer selbständiger Unternehmen zu einem neuen Unternehmen entwickelt, dessen Tätigkeit sich über verschiedene Wirtschaftszweige erstreckt.

Das Problem des Zusammenschlusses von Unternehmen oder unternehmensartigen Einrichtungen in einer Hand wirft besondere Probleme auf, wenn es sich um den Zusammen-

schluß in der Hand einer Gemeinde, des Staates, eines Zweckverbandes oder ähnlicher öffentlich-rechtlicher Körperschaften handelt. Da die Statistik ein Interesse daran hat, die kleinstmögliche bilanzierende Einheit als Darstellungseinheit zu wählen, muß also z. B. im kommunalen Bereich versucht werden, die städtischen Krankenanstalten, die städtischen Schulen, die städtischen Verkehrsbetriebe, die städtischen Versorgungsbetriebe usw. wie selbständig bilanzierende Einheiten zu behandeln und nicht wie einen Unternehmenszusammenschluß, nur weil die finanziellen Anschreibungen für die hier genannten Einrichtungen in einem gemeinsamen städtischen Haushalt ihren Niederschlag finden. Ansatzpunkte hierfür sind in der Gemeindefinanzstatistik durchaus gegeben. Im Prinzip gelten diese Forderungen nicht nur für die staatlichen und kommunalen Körperschaften, sondern auch für Einrichtungen, deren Träger z. B. die Kirche oder andere Organisationen ohne Erwerbscharakter sind.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß auch bei Zusammenschlüssen von Unternehmen für die Zwecke der statistischen Darstellung jeweils die kleinstmögliche noch bilanzierende Einheit zugrunde gelegt werden sollte, wobei zu beachten ist, daß auf Grund besonderer steuerrechtlicher Vorschriften einzelne Posten des Jahresabschlusses der zusammengeschlossenen Unternehmen einer besonderen Behandlung unterliegen können.

4. Schlußfolgerungen für die Definition des Unternehmens

a) Allgemeiner Unternehmensbegriff

Der vorstehende Überblick über die vorhandenen rechtlichen Definitionen des Unternehmensbegriffs ergibt leider, daß die handelsrechtlichen und die verschiedenen steuerrechtlichen Definitionen voneinander abweichen. Es ist sicherlich ausgeschlossen, diese Rechtsvorschriften grundsätzlich abzuändern und einen einheitlichen Unternehmensbegriff in allen Gesetzen einzuführen. Der Statistiker kann also nur den für ökonomische Darstellungszwecke am besten geeigneten rechtlichen Begriff auswählen und diesen in all den Fällen zur Richtschnur nehmen, in denen er selbst bei der Anordnung einer Statistik in der Lage ist, den Unternehmensbegriff zu definieren. Soweit Statistiken benutzt werden müssen, die von abweichenden Begriffen ausgehen, muß man sich klar vor Augen halten, ob, in welcher Weise und in welchem Umfang der jeweilige abweichende Unternehmensbegriff sich von der gewählten Richtschnur entfernt.

Dem angestrebten Ziele, die kleinstmögliche nach rechtlichen Vorschriften bilanzierende Einheit als Unternehmen zu definieren und als Darstellungseinheit zu wählen, kommen die – allerdings recht dehnbaren – Vorschriften des Handelsrechts und des Gewerbesteuerrechts am nächsten. Diese Vorschriften zwingen nicht dazu, „Unternehmenskombinationen“ stets hinzunehmen oder anzuerkennen, die allein durch die Tatsache begründet werden, daß sich Unternehmen mit verschiedenen Tätigkeiten in der Hand des gleichen Eigentümers befinden. Die handelsrechtlichen und gewerbesteuerrechtlichen Vorschriften sollten daher als allgemeine Richtschnur dienen, an die sich der Statistiker hält, wenn er selbst über die Wahl der Erhebungs- und der Darstellungseinheiten bestimm-

men kann. Die allgemeine Definition würde in diesem Falle etwa folgendermaßen lauten:

„Ein Unternehmen ist die kleinste Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führen oder ähnliche Aufzeichnungen mit dem Ziel einer jährlichen Feststellung des Vermögensstandes und/oder des Erfolges ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit machen muß“.

Mit der vorstehenden Definition werden die meisten wirtschaftenden Einheiten im Unternehmensbereich erfaßt. Unter „steuerrechtlichen Gründen“ sind praktisch – weil am engsten – die Vorschriften des Gewerbesteuerrechts zu verstehen. Überall dort, wo die handels- oder die gewerbesteuerrechtlichen Bestimmungen nicht gelten, müssen häufig auf Grund anderer Vorschriften des Steuerrechts Bücher geführt oder zumindest Aufzeichnungen über bestimmte Tatbestände gemacht werden. An diese Aufzeichnungen ließe sich anknüpfen, um auch in den nicht vom Handels- oder Gewerbesteuerrecht erfaßten Bereichen zu einer entsprechenden Unternehmensdefinition zu kommen. Solche ersatzweise zu verwendenden Definitionen werden in der Hauptsache auf landwirtschaftliche Unternehmen, aber auch auf viele kleinere Unternehmen in anderen Bereichen anzuwenden sein. Auf den größten und wichtigsten Komplex, nämlich auf die landwirtschaftlichen Unternehmen, wird noch besonders zurückzukommen sein.

Lehnt man sich – wie vorgeschlagen – an das Handelsrecht und das Gewerbesteuerrecht an, so folgt die statistische Definition eng den in der Wirklichkeit üblichen Abgrenzungen, und man darf von der gewählten Einheit mit Fug und Recht die Ausfüllung eines Fragebogens erwarten, der sich auf die Struktur des Unternehmens und auf alle Unternehmensvorgänge beziehen kann. Bei den Gesellschaften und Körperschaften decken sich die handels- und gewerbesteuerrechtlichen Definitionen – wenn man von den Sonderfällen der Organschaft und der Unternehmereinheit absieht – ohnehin mit den Vorschriften des Umsatz- und Körperschaftsteuerrechts, so daß die hier vorgeschlagene Definition in den meisten Fällen für alle praktisch wichtigen Statistiken (also auch für die Umsatzsteuer- und die Körperschaftsteuerstatistik) übereinstimmt.

Die hier vorgeschlagene Lösung hat also den Vorteil, daß die unter theoretischen Gesichtspunkten zu definierende statistische Darstellungseinheit im allgemeinen auch in der wirtschaftlichen Wirklichkeit anzutreffen ist. Wie schon an anderer Stelle dargelegt wurde, wird das „Unternehmen“ als statistische Darstellungseinheit gebraucht, wenn man die wirtschaftenden Institutionen als solche beschreiben und die ökonomischen Beziehungen zwischen diesen Einheiten darstellen will. Die Struktur der Unternehmenswirtschaft kann aber nur aufgezeigt werden, wenn man von wirklich vorhandenen Einheiten und den zwischen ihnen tatsächlich bestehenden – und meist über die verschiedenen Märkte vermittelten – Beziehungen ausgeht. Anders ist es nur dann, und auch das wurde schon früher angedeutet, wenn nicht die Marktbeziehungen, sondern produktionstechnische Verflechtungen dargestellt werden sollen. Dieser Erkenntniszweck kann, wie an anderer Stelle noch näher zu zeigen sein wird, die Konstruktion fiktiver Einheiten („fachlicher“ Unternehmensteile) und unterstellter (also nicht marktmäßiger) Vorgänge zwischen diesen Einheiten ratsam erscheinen lassen.

Allerdings hat die vorgeschlagene Lösung den Nachteil, daß die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik sich nicht ohne weiteres in ein Gesamtbild einfügen, das von Unternehmen ausgeht, die in der hier empfohlenen Art definiert sind. Abgesehen vom Fall der Organschaft (bzw. Unternehmereinheit) ergeben sich zwar für Gesellschaften und Körperschaften wegen der dargestellten Übereinstimmung der verschiedenen Rechtsvorschriften keine Schwierigkeiten. Um aber auch die Angaben für umsatzsteuerpflichtige Einzelpersonen mit den Ergebnissen anderer Statistiken vergleichbar zu machen, wird man nach Möglichkeiten suchen müssen, diese Angaben dann aufzuteilen, wenn sie sich auf mehrere in einer Hand befindliche Unternehmen im Sinne der obigen Definition beziehen. Die Unterlagen der Umsatzsteuerstatistik bieten hierfür leider – außer in Fällen, wo für einen Pflichtigen mehrere Steuersätze gelten – kaum brauchbare Anhaltspunkte.

Zum Schluß sei angedeutet, daß man die obige Generaldefinition des Unternehmensbegriffs wahrscheinlich nach verhältnismäßig einfachen und den Sinn nicht entstellenden Änderungen auch für die den Unternehmen entsprechenden Einheiten im Bereich des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter verwenden können wird. Jedenfalls dürfte das Prinzip der „kleinsten buchführenden Einheit“ auch hier anwendbar sein.

b) Schlußfolgerungen für die Landwirtschaft

Nach der vorgeschlagenen allgemeinen Definition ist es auch möglich, die Landwirtschaft von anderen Bereichen einigermaßen klar zu trennen, indem landwirtschaftliche Tätigkeiten, die neben anderen von der gleichen Person betrieben werden, wo es nötig erscheint, herausgelöst und als selbständige Unternehmen dargestellt werden. Das ist vor allem dann erwünscht, wenn die Verbindung zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Tätigkeit nur in der Tatsache zu finden ist, daß die Leitung der beiden Betriebe in der gleichen Hand liegt. Solche Verhältnisse liegen vor, wenn der – in diesem Falle als selbständiges Unternehmen nachzuweisende – Landwirtschaftsbetrieb eine Nebenerwerbsstelle eines Handwerkers bzw. sonstigen Gewerbetreibenden oder auch eines freiberuflich Tätigen ist. Betreibt ein Schuhmacher z. B. auch noch eine Landwirtschaft, handelt es sich nicht um eine Kombination „Schuhmacherei mit Landwirtschaft“, sondern um zwei getrennte Unternehmen. Dieses Verfahren ist nach der vorgeschlagenen Definition in der Regel ohne weiteres möglich, wie sich aus den für solche Fälle geltenden Buchführungs- u. ä. Vorschriften ergibt.

Das Problem wird allerdings schwieriger, wenn enge betriebswirtschaftliche Zusammenhänge zwischen dem Landwirtschaftsbetrieb und der gewerblichen bzw. freiberuflichen Tätigkeit vorhanden sind. Diese sind z. B. dann gegeben, wenn der Landwirtschaftsbetrieb Teil einer „vertikalen Kombination“ ist, wenn er gewerbliche Hilfs- oder Nebenbetriebe umschließt oder wenn er selbst ein Nebenbetrieb eines gewerblichen Unternehmens ist. Als Beispiel sei hier die Gutsschmiede genannt, die ganz oder überwiegend Reparaturen für das landwirtschaftliche Unternehmen durchführt, deshalb als Hilfsbetrieb dieses landwirtschaftlichen Unternehmens angesehen und als Teil von ihm behandelt werden sollte. Andere Beispiele sind die mit landwirtschaftlichen Betrieben

verbundenen Brennereien, Molkereien, Mastereien usw., die die Produkte des landwirtschaftlichen Betriebes weiterverarbeiten und daher ebenfalls als betriebswirtschaftlich bedingte Kombinationen anzusehen sind. Das gleiche gilt auch für die Verbindung von Landwirtschaft und Gastwirtschaft, wenn die Produkte des landwirtschaftlichen Betriebes ganz oder überwiegend in der Gastwirtschaft verarbeitet werden oder wenn die Gastwirtschaft ganz oder überwiegend Produkte des zugehörigen landwirtschaftlichen Betriebes verwendet. Auch in solchen Fällen wird man in Anlehnung an die obige Generaldefinition vernünftige Lösungen finden können.

Man wird darüber hinaus beurteilen müssen, inwieweit die Verwendung der gleichen Produktionsfaktoren (z. B. Gebäude, Fahrzeuge) in einem landwirtschaftlichen und einem gewerblichen Betrieb als echter und engerer betriebswirtschaftlicher Zusammenhang angesehen werden soll. Das Problem tritt bereits auf, wenn die gleichen Arbeitskräfte (Inhaber, Familienangehörige, aber auch familienfremde Arbeitskräfte) in beiden Betrieben tätig sind. Um „Kombinationen“ nach Möglichkeit zu vermeiden, könnte man hier eine Übereinkunft treffen, daß die Beschäftigung der gleichen Personen (in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben des gleichen Inhabers) für sich allein noch nicht als „engerer betriebswirtschaftlicher Zusammenhang“ gelten soll. Für die echten betriebswirtschaftlich bedingten Kombinationen stellen sich in bezug auf die Unterscheidung und gegebenenfalls die Herauslösung einzelner Unternehmensteile, die nicht gesondert abrechnen, die gleichen Probleme und bieten sich die gleichen Lösungsmöglichkeiten an, die späterhin in dem Abschnitt über die fachlichen Unternehmensteile als Darstellungseinheit generell behandelt werden.

Für die Darstellung der landwirtschaftlichen Unternehmen und für ihre Zusammenfassung zum Wirtschaftsbereich der Landwirtschaft werden hier also Kriterien empfohlen, die auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen angewandt werden sollten. Treffen Betriebe unterschiedlicher Art in einer Hand zusammen, so ist, wenn möglich, jeder dieser Betriebe als eigenes Unternehmen zu erfassen und darzustellen. Daraus folgt jedoch nicht, daß in jedem Falle eine landwirtschaftliche Betätigung zur Konstruktion eines landwirtschaftlichen Unternehmens führen sollte. Wo echte und engere betriebswirtschaftliche Zusammenhänge zwischen der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Tätigkeit im Rahmen eines Unternehmens bestehen, soll dieses Unternehmen mit seinem landwirtschaftlichen Unternehmensteil ebenso behandelt werden wie andere Unternehmen mit mehreren fachlichen, aber betriebswirtschaftlich zusammenhängenden Unternehmensteilen.

Der Vollständigkeit halber sei hier darauf hingewiesen, daß die so definierten landwirtschaftlichen Unternehmen weit zahlreicher sind als die Einheiten, welche die im Landwirtschaftsgesetz aufgeführten Kriterien erfüllen. Das Landwirtschaftsgesetz hat nur Betriebe im Auge, „die bei ordnungsmäßiger Führung die wirtschaftliche Existenz einer bäuerlichen Familie nachhaltig gewährleisten“. Es ist offensichtlich, daß zahlreiche landwirtschaftliche Kleinbetriebe und Nebenerwerbsstellen diese Voraussetzungen nicht erfüllen und daß damit der Unternehmensbegriff des Landwirtschaftsgesetzes auch nicht für eine allgemeine Definition der landwirtschaftlichen Unternehmen in Betracht kommt.

Auf der anderen Seite wird man kleinste landwirtschaftliche Flächen, die nur der Versorgung des privaten Haushalts dienen und nicht oder nur sehr wenig an den Markt verkaufen, überhaupt nicht als „Unternehmen“ betrachten dürfen. Eine landwirtschaftliche Betätigung innerhalb des privaten Haushalts sollte ebenso wie andere Produktionstätigkeiten im privaten Haushalt für den eigenen Bedarf (z. B. Kochen, Nähen, Stricken, Waschen, Fotografieren, Autofahren) in der Sphäre des privaten Haushalts belassen werden. Auch bei allen bisherigen international üblichen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen bleiben diese produzierenden Tätigkeiten innerhalb des Haushalts außer Betracht und werden nicht den entsprechenden Wirtschaftsbereichen zugeordnet.

B. Die fachlichen Unternehmensteile

I. Argumente, die für eine fachliche Aufteilung der Unternehmen genannt werden.

In früheren Abschnitten dieser Untersuchung (siehe Einleitung und Abschnitt I) ist bereits in großen Zügen angedeutet worden, aus welchen Gründen man überhaupt an eine fachliche Aufteilung von Unternehmen denkt. Auf die häufigsten Argumente für eine fachliche Zerlegung von Unternehmen soll hier näher eingegangen werden.

Das wichtigste Argument geht davon aus, daß bei einer Zusammenfassung ganzer Unternehmen zu Wirtschaftszweigen (wobei das gesamte Unternehmen nur nach seinem Schwerpunkt einem Wirtschaftszweig zugewiesen werden kann) „fremde“ Elemente in die einzelnen Wirtschaftszweige hineinkommen, d. h. Tätigkeiten, die man dort nicht vermutet. Umgekehrt fehlen diese – vom Standpunkt der einzelnen Wirtschaftszweige – „fremden“ Tätigkeiten dort, wo man sie eigentlich erwartet. Mit einer Unterscheidung oder Aufteilung in fachliche Unternehmensteile will man erreichen, daß die „fremden“ Teile herausgeschält und „richtig“ zugeordnet werden können. Auf diese Art sollen sich dann möglichst „homogene“ Darstellungseinheiten und – aus ihnen zusammengesetzt – von „fremden“ Tätigkeiten freie Wirtschaftszweige ergeben.

Solche homogenen Wirtschaftszweige werden insbesondere bei der Darstellung und Untersuchung produktions-technischer Zusammenhänge als erwünscht angesehen. Berechnungen von Relationen zwischen Rohstoffeinsatz und Produktionsausstoß oder über Ausnutzung von Kapazitäten usw. können auf der Basis statistischer Unterlagen leichter angestellt werden, wenn der Wirtschaftszweig keine „fremden“ Tätigkeiten enthält. Die Kernfrage, was unter einer solchen „fremden“ Tätigkeit zu verstehen ist, wird unten noch näher zu erörtern sein.

Mit entsprechenden Argumenten wird auch die Forderung nach einer Darstellung gestützt, aus der hervorgehen soll, wie sich bestimmte Tatbestände und Vorgänge auf „reine“ und auf „kombinierte“ Unternehmen verteilen. „Rein“ ist ein Unternehmen, wenn es von „fremden“ Tätigkeiten frei, also vollständig auf eine bestimmte – meist eng begrenzte – Tätigkeit ausgerichtet ist. Als „kombiniert“ gilt ein Unternehmen dann, wenn es gleichzeitig mehrere Tätigkeiten, vor allem also auch „fremde“ Tätigkeiten, ausübt. Mit Zahlen, die nach „reinen“

und „kombinierten“ Unternehmen gegliedert sind, würde man wesentliche Strukturmerkmale der Volkswirtschaft und ihre Veränderungen in der Zeit erkennen können. In diesem Zusammenhang spielen auch Konkurrenzprobleme eine wesentliche Rolle, denn die Möglichkeiten für „reine“ Unternehmen einer Branche schrumpfen, wenn die von ihnen ausgeübte Tätigkeit von anderen Unternehmen mit übernommen wird, wofür es viele Gründe sowohl produktionstechnischer als auch marktwirtschaftlicher Natur geben kann. Jedenfalls dürfte dieser etwas überspitzt als „Konkurrenzfurcht ‚reiner‘ Unternehmen“ zu bezeichnende Gesichtspunkt mit hinter dem Wunsch nach Ausgliederung fachlicher Unternehmensteile stehen.

Um ähnliche Erkenntnisse geht es auch, wenn man bei einer Aufteilung nach einheitlichen fachlichen Kriterien Aussagen über die innere Struktur von Unternehmen gewinnen will, die in ihrer Gesamtheit ebenfalls wichtige gesamtwirtschaftliche Anhaltspunkte liefern können. Die Notwendigkeit, diese innere Struktur und ihre Wandlungen – z. B. unter dem Einfluß des technischen Fortschritts, allmählicher oder plötzlicher Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten, aber auch wirtschafts- oder finanzpolitischer Maßnahmen – aufzuzeigen, ist bisher von der deutschen Statistik (und wohl nicht nur von der deutschen) ziemlich vernachlässigt worden. Zu untersuchen wäre z. B. die Produktionstiefe von Unternehmen, d. h. man sollte ermitteln, ob und in welchem Ausmaß Unternehmen Produktionsstufen umfassen, in denen Vorprodukte erzeugt werden, die auch vom Markt bezogen werden könnten. Gleichermäßen interessant wäre aber auch die Frage nach der Organisation des Einkaufs oder dem Vorhandensein und der Art eigener Absatzorganisationen, über die produzierende Unternehmen ihre Produkte unter Umgehung der üblichen Handelsstufen direkt an Letztverbraucher absetzen. Die Kenntnis solcher strukturellen Tatbestände würde die Antwort auf viele wichtige Fragen erleichtern, zu denen z. B. auch die Frage nach der Auswirkung bestimmter wirtschafts- und finanzpolitischer Beschlüsse gehören kann.

Man könnte sich nun fragen, ob solche Untersuchungen der Unternehmensstruktur – jedenfalls wenn sie sehr ins einzelne gehen und sich nur auf einen eng abgegrenzten Bereich beziehen – zum Aufgabengebiet der amtlichen Statistik gehören oder ob sie nicht besser von anderen Stellen in Form von Betriebsvergleichen, sogenannten „Fall-Studien“, oder in ähnlicher Weise durchgeführt werden sollten. Vor der Antwort auf diese Frage sollte man beachten, daß – wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird – auch bei größeren Statistiken durch Erfragung bestimmter Tatbestände auf wesentliche Strukturmerkmale geschlossen werden kann; es ist durchaus nicht immer nötig, die Unternehmen dazu in komplizierter und häufig recht problematischer Art und Weise aufzuteilen.

2. Anknüpfungspunkte für eine fachliche Aufgliederung – Terminologie

Bevor die wichtigsten Möglichkeiten – und Schwierigkeiten – einer Unterscheidung oder Ausgliederung fachlicher Unternehmensteile in den folgenden Abschnitten im einzelnen erörtert werden, erscheint es zweckmäßig, einen systematischen Überblick über die verschiedenen Ansatzpunkte einer solchen Aufteilung zu versuchen und dabei die späterhin verwendeten Begriffe und Ausdrücke zu definieren.

Der Ausdruck „fachliche Unternehmensteile“ wird als Sammelbegriff für alle Unterscheidungen „fachlicher“ Art verwendet. Er soll den Gegensatz zu „örtlichen“ Unternehmensteilen betonen, die in dieser Untersuchung als „örtliche Einheiten“ bezeichnet werden. Die in der deutschen Statistik bisher für die Aufteilungen in fachlicher Sicht verwendeten Ausdrücke „Teilbetrieb“, „technische Einheit“, „Hauptbetrieb“, „Kernbetrieb“, „Nebenbetrieb“, „Hilfsbetrieb“ oder gar Zuweisungen zur „hauptbeteiligten“ oder „beteiligten“ Industriegruppe sind teils nicht sehr präzise, teils in ihrer Bedeutung vorbelastet. Das gleiche gilt für die in den internationalen Empfehlungen verwendeten Ausdrücke „establishment“, „operational unit“, „management unit“, „ancillary unit“, „technical unit“. Es blieb daher nur der Weg, einen bisher noch nicht verwendeten Ausdruck – eben den „fachlichen Unternehmensteil“ – zu benutzen.

Um die verschiedenen Kriterien für eine fachliche Aufteilung herausarbeiten zu können, ist es zweckmäßig, eine Reihe von „Grundfunktionen“ im Wirtschaftsleben zu unterscheiden und zwar

- a) Produzieren,
- b) Transportieren,
- c) Lagern,
- d) Ein- und Verkaufen,
- e) Kreditgewähren,
- f) Dienste leisten (ohne die vorstehend aufgeführten Dienstleistungen) z. B., Gastwirtschafts- und Kantinenleistungen, Versicherungsleistungen,
- g) Verwalten (z. B. Personal einstellen, Löhne abrechnen usw.).

Keine dieser Grundfunktionen kommt allein und selbständig vor. Sobald man „Institutionen“ (Unternehmen, örtliche Einheiten usw.) betrachtet, hat man es sofort mit einem „Funktionenbündel“ zu tun, und zwar auch dann, wenn eine der genannten Grundfunktionen Zweck des Unternehmens und damit seine „zentrale Funktion“ oder „Hauptfunktion“ oder „Schwerpunktfunktion“ wird. Ein Industrieunternehmen z. B. „produziert“ nicht nur, sondern es muß zwangsläufig zumindest auch „ein- und verkaufen“, „lagern“ und „verwalten“. Ein Einzelhandelsunternehmen kann nicht nur „ein- und verkaufen“, es muß zwangsläufig zumindest auch „lagern“, „verwalten“, meist auch „Kredit gewähren“. Ein Transportunternehmen kann nicht nur „transportieren“, sondern es muß Betriebsstoffe usw. „einkaufen“, „verwalten“, meist auch „lagern“. Zu der Grundfunktion des Unternehmens, welche die Hauptfunktion bildet, treten also andere Grundfunktionen als „ergänzende Funktionen“ oder „Nebenfunktionen“, ohne die das Unternehmen aber nicht arbeitsfähig ist.

Jedes Unternehmen ist also ein „Funktionenbündel“, und es erscheint wenig sinnvoll, seine selbstverständlichen Nebenfunktionen als „fremde“ Tätigkeiten zu betrachten und ihr Vorhandensein besonders kenntlich zu machen. Wer in einer Statistik „reine“ Unternehmen sucht, wird immer davon ausgehen, daß zu einem Fabrikationsbetrieb auch die üblichen Nebenfunktionen (Einkauf, Verkauf, Verwaltung usw.) gehören. Die Verbindung der Hauptfunktion mit Nebenfunktionen im Sinne eines solchen „Funktionenbündels“ soll also keine „kombinierten“ Unternehmen schaffen. Solche Nebenfunktionen sollen nicht als nachweisungswürdig angesehen werden, wenn sie das branchenübliche Ausmaß nicht überschreiten.

Es erscheint wichtig, dieses Kriterium der Branchenüblichkeit hier einzuführen. Bei einem Bäcker oder Schlächter wird jeder das Vorhandensein eines Verkaufsgeschäftes als selbstverständlich unterstellen und ebenfalls, daß dort branchenüblicherweise neben den eigenen Erzeugnissen auch „Handelsware“ verkauft wird. In anderen Wirtschaftszweigen können z. B. bestimmte Transportleistungen branchenüblich sein.

Schwieriger wird es, wenn an sich übliche Nebenfunktionen quantitativ so ausgebaut werden, daß sie das branchenübliche Ausmaß überschreiten. Das ist z. B. der Fall, wenn eine Schuhfabrik ihre Erzeugnisse nicht – wie branchenüblich – an Großhändler oder Einzelhändler verkauft, sondern eigene Verkaufsstellen errichtet und an private Verbraucher verkauft. Ähnliches gilt, wenn Produktions- oder Handelsbetriebe Transportleistungen in größerem Umfang als branchenüblich übernehmen. Solche ungewöhnlichen Abweichungen innerhalb des Funktionenbündels können also nachweiswürdig werden. Es ist weiterhin denkbar, daß eine der im Funktionenbündel enthaltenen Grundfunktionen durch selbständige Tätigkeiten (z. B. Hervorbringen eigener Leistungen für den Markt) einen solchen Umfang erreicht, daß sie nicht mehr als eine ausgeweitete Nebenfunktion angesehen werden kann, sondern als zweite Hauptfunktion betrachtet werden muß. Diese zweite Hauptfunktion zieht dann wiederum eigene Nebenfunktionen in ihren Bereich. Wenn in einem Unternehmen mehrere „Grundfunktionen“ nebeneinander (als Hauptfunktionen) ausgeübt werden, also z. B. Produktion und Transport, Produktion und Handel, Transport und Lagerung, so liegt ein „kombiniertes Unternehmen“ vor (was keineswegs bedeutet, daß auch in jedem Falle für solche Kombinationen eine Position in der Darstellungssystematik geschaffen werden müßte). Genau genommen sind hier – wie schon angedeutet – mehrere „Funktionenbündel“ miteinander kombiniert, denn sowohl der Produktionsteil als auch der Handelsteil des Unternehmens stellen jeweils ein Funktionenbündel dar, weil keiner der Teile ohne seinen Ein- und Verkauf, seine Lagerung, seine Verwaltung denkbar ist.

Andere und keineswegs weniger wichtige Kombinationen treten dort auf, wo die Hauptfunktion mehrere nachweiswürdige Tätigkeiten umfaßt. Eine solche Unterscheidung verschiedener fachlicher Unternehmensteile innerhalb der Hauptfunktion ist besonders in den produzierenden Wirtschaftszweigen von Bedeutung, aber auch im Handel (Sortimente) und im Verkehr (z. B. Personen- und Güterverkehr). Von einer „vertikalen Kombination“ wird gesprochen, wenn in einem Unternehmen verschiedene hintereinander geschaltete Produktionsstufen innerhalb der eigentlichen Fertigung vorhanden sind. Der Ausdruck „horizontale Kombination“ wird verwendet, wenn mehrere Produktionszweige gleicher Stufe nebeneinander stehen. Horizontal kombinierte Unternehmen haben im Produktionsbereich meist auch vertikale Vorstufen. Sowohl die vertikalen wie die horizontalen Kombinationsteile werden dabei als „fremd“ (vom Standpunkt der schwerpunktmäßigen Nachweisung des ganzen Unternehmens in einem Wirtschaftszweig) angesehen.

Wenn neben der eigentlichen Fertigung noch Hilfs- oder Betriebsstoffe produziert werden (z. B. Energie, Verpackungsmaterial), so werden die entsprechenden Unternehmensteile als Neben- oder Hilfsbetriebe innerhalb der Hauptfunktion

betrachtet. Ob sie nachweiswürdig sind oder nicht, wird unter ähnlichen Gesichtspunkten zu entscheiden sein wie für die Nebenfunktionen im Funktionenbündel. Neben- und Hilfsbetriebe gelten also nicht als „vertikale Kombinationsteile“, sondern bleiben außerhalb der für die eigentliche Fertigung reservierten Begriffe „horizontal“ und „vertikal“. Auch die obengenannten Kombinationen aus nebeneinanderstehenden Hauptfunktionen bleiben außerhalb dieser Begriffe (im Prinzip ähneln sie einer „horizontalen“ Kombination).

Der vorstehende Überblick über die Möglichkeiten einer fachlichen Aufgliederung ist nur als eine systematische Übersicht über die verschiedenen theoretisch möglichen Ansatzpunkte einer Aufgliederung gedacht. Ob und in welcher Form eine Nachweisung oder gar eine Ausgliederung der grundsätzlich als „fremd“ anzuerkennenden Unternehmensteile erforderlich ist, wird unter Verwendung einiger konstruierter Beispiele für einige typische Fälle im folgenden näher untersucht werden.

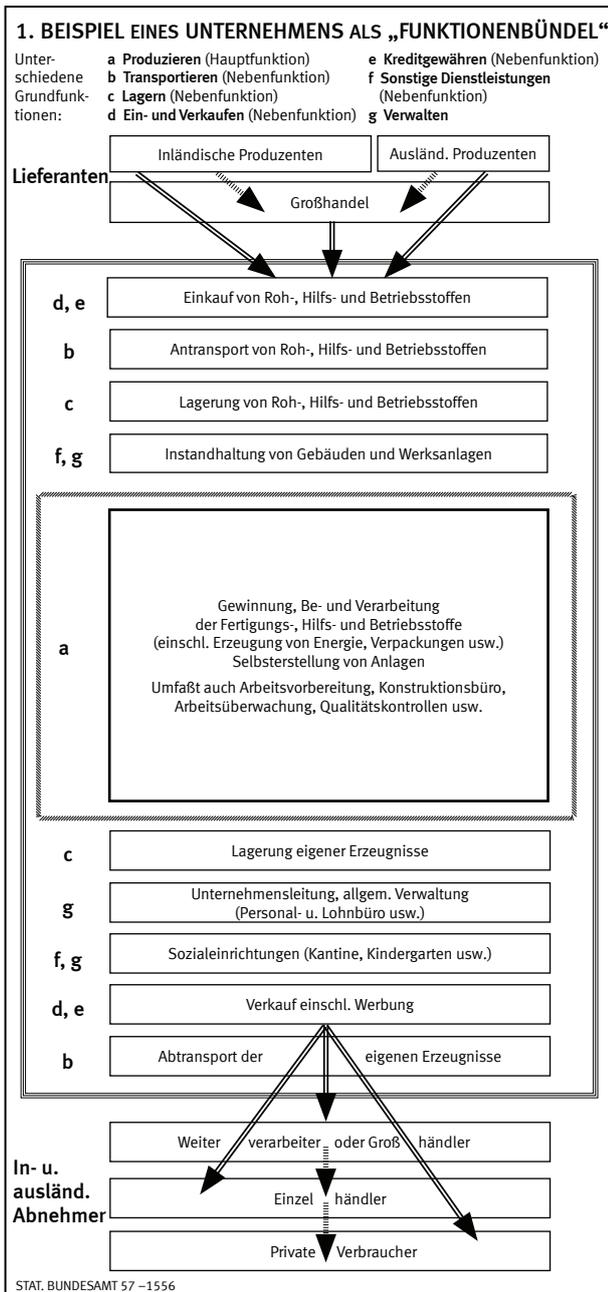
3. Das Unternehmen als „Funktionenbündel“

Als erstes Problem einer fachlichen Aufteilung eines Unternehmens soll hier abgehandelt werden, ob und in welcher Weise aus einem Unternehmen, das verschiedene Funktionen erfüllt (z. B. Kombination der Produktions-, Handels-, Transport-, Lagerhaltungs- und Kreditgewährungsfunktion), einzelne Funktionen als besondere fachliche Unternehmensteile herausgeschält werden können und sollen.

Die bei einer Kombination mehrerer Funktionen in einem Unternehmen auftauchenden Fragen sind bereits im oben zitierten Aufsatz über „Gedanken zum Zählungsprogramm 1960“ erörtert worden. Sie wurden grundsätzlich dahingehend beantwortet, daß die innerhalb eines Wirtschaftszweiges übliche Bündelung von Funktionen nicht dazu führen sollte, besondere fachliche Unternehmensteile für die einzelnen Funktionen zu konstruieren. Der Typus eines solchen Unternehmens mit mehreren Funktionen wird im Schaubild 1 dargestellt. Dabei werden auch die Verbindungen des Unternehmens zu seinen Lieferanten und zu seinen Abnehmern angedeutet. In dem gewählten Beispiel kauft die Wareneinkaufsabteilung des Unternehmens teils unmittelbar von inländischen und ausländischen Produzenten, teils bezieht sie aber auch Waren vom Großhandel. Auf der anderen Seite liefert die Verkaufsabteilung an Weiterverarbeiter oder an Großhändler, zum Teil aber auch an Einzelhändler und unmittelbar an Letztverbraucher.

Die genannten Funktionen des Einkaufens und Verkaufens, des Lagerns und Transportierens im branchenüblichen Ausmaß gehören – wie schon gezeigt wurde – so eng und selbstverständlich zu jedem Produktions- oder Dienstleistungs-Unternehmen, daß jeder, der Zahlen für das Unternehmen oder für eine Zusammenfassung von Unternehmen benutzt, dabei unterstellt, daß die mit diesen Funktionen zusammenhängenden Daten ebenso eingeschlossen sind wie die Personen oder die Kosten der allgemeinen Unternehmensleitung, des Personalbüros, der Lohnabrechnung usw. Auch bei Unternehmen mit sehr spezialisiertem Produktionsprogramm, also bei sogenannten „reinen“ Unternehmen, wird man stets als selbstverständlich voraussetzen, daß die genannten Funktionen integrierende Bestandteile jedes Unternehmens sind.

Im Hinblick auf mögliche Überschreitungen des branchenüblichen Ausmaßes soll näher überlegt werden, ob unter dem Gesichtspunkt des Marktüberblicks oder auch der Konkurrenz zwischen „reinen“ und „kombinierten“ Unternehmen ein Anlaß vorhanden ist, die eben geschilderten Funktionen (aus dem Funktionenbündel) als besondere Unternehmensteile auszugliedern oder zumindest ihr Vorhandensein oder ihren Umfang kenntlich zu machen.



Für die „Funktion des Ein- und Verkaufens“, und zwar zunächst für den Einkauf, wird man eine Konkurrenz mit selbständigen Handelsfirmen im allgemeinen verneinen müssen, da schließlich jedes Unternehmen die zu verarbeitenden oder die zu verteilenden Waren auf alle Fälle selbst einkaufen muß. Ausnahmen von dieser Regel sind wohl nur dann vorhanden, wenn die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ganz oder

teilweise von rechtlich selbständigen Einkaufs- bzw. Ein- und Verkaufsgesellschaften bezogen werden, wie dies innerhalb von Unternehmenszusammenschlüssen vorkommt. Aber auch dann bleibt noch das Rudiment einer „Einkaufsfunktion“. Konkurrenzprobleme können sich allerdings dann ergeben, wenn nicht von der üblichen Lieferantenstufe – also z. B. vom Großhandel – bezogen wird, sondern wenn die Einkäufer der Produktions- oder Handelsunternehmen unmittelbar bei den Produzenten oder im Ausland einkaufen und damit selbst Großhandelsfunktionen übernehmen. Solche Wandlungen in den Einkaufswegen sind volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich sehr wichtig, denn auf der Übernahme vorgelagerter Stufen in das eigene Unternehmen, wie hier im Beispiel der Großhandelsstufe, können bestimmte Verbilligungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten beruhen. Eine solche Übernahme volkswirtschaftlich wichtiger Verteilungsfunktionen in den eigenen Unternehmensbereich dürfte aber im allgemeinen nur größeren Unternehmen möglich sein.

Es fragt sich allerdings, ob man diese wichtigen Zusammenhänge nicht ausreichend darstellen kann, ohne deshalb die Einkaufsfunktion, selbst wenn sie das branchenübliche Ausmaß überschreitet, als besonderen fachlichen Unternehmensteil auszugliedern. Es dürfte genügen, nach der Herkunft der Einkäufe zu fragen und dann statistisch nachzuweisen, welcher Anteil der Waren beim Großhändler, beim Produzenten oder unmittelbar aus dem Ausland bezogen worden ist. Die Tatsache, daß z. B. in zunehmendem Maße unmittelbar beim Produzenten eingekauft wird, könnte durch solche Nachweisungen hinreichend sichtbar gemacht werden. Solche Fragen über den quantitativen Umfang einer Nebenfunktion werden ohnehin notwendig sein, um das „branchenübliche Ausmaß“ und die Abweichungen davon feststellen zu können.

Die hier als Beispiel dargestellten Änderungen in den Bezugswegen können selbstverständlich dazu führen, daß Unternehmen, die unmittelbar von Produzenten beziehen, ein größeres und anders zusammengesetztes Einkaufspersonal haben als Unternehmen, die beim Großhandel einkaufen. Untersuchungen, wie Veränderungen in den Bezugswegen die Personalstruktur beeinflussen, können jedoch wohl nur für eng begrenzte Betriebszweige in Betracht gezogen werden, wobei es zunächst Betriebsvergleichen und anderen betriebswirtschaftlichen Studien überlassen bleiben kann, hier Methoden zu entwickeln.

Ähnliche Überlegungen gelten für die Verkaufsfunktion im Funktionenbündel, also für den Verkauf der eigenen Erzeugnisse. Auch hier könnte durch eine Frage nach den Absatzwegen, also ob an Weiterverarbeiter und Großhändler, an Einzelhändler oder private Verbraucher verkauft wird, ausreichendes Material gewonnen werden, aus dem sich ergibt, ob und inwieweit der Arbeitsbereich des Groß- oder Einzelhändlers dadurch beschnitten wird, daß die Produktionsunternehmen ihre eigenen Verkaufsfunktionen intensivieren und bis in die Stufe der endgültigen Verbraucher vordringen.

Ein Sonderproblem entsteht dann, wenn der Absatz an private Verbraucher oder an andere Letztverbraucher dazu führt, eine besondere Absatzorganisation zu schaffen, z. B. in Form einer Versandabteilung an private Verbraucher, in Form von Verkaufsfilialen einer Schuhfabrik oder des Tankstellen-

netzes eines Unternehmens der Mineralölgewinnung und -verarbeitung bzw. des Mineralölhandels. In solchen Fällen und besonders dann, wenn eine so ausgebaute Absatzorganisation nicht branchenüblich ist, könnte man daran denken, diese Verkaufsstellen als gesonderte fachliche Unternehmensteile nachzuweisen (was vielfach über die Erfassung der örtlichen Einheiten und deren Hauptfunktion möglich ist). Ob es sich um eine Verkaufsorganisation handelt, die das branchenübliche Maß übersteigt, zeigt sich daran, daß bei einem Unternehmen der Absatz an die privaten Verbraucher im Vergleich zu anderen Produktionsunternehmen des gleichen Wirtschaftszweiges einen besonders hohen Anteil am Gesamtabsatz des Unternehmens einnimmt.

Auch eine Ausweitung der Ein- und Verkaufsfunktion, die sich daraus ergibt, daß ein Produktionsbetrieb „Handelsware“ absetzt, also eingekaufte Ware im gleichen Zustand weiterverkauft, zwingt nicht dazu, diese zu einer „zweiten Hauptfunktion“ ausgeweitete Nebenfunktion als einen besonderen fachlichen Unternehmensteil auszugliedern. Eine Frage nach dem Umfang der abgesetzten Handelsware würde ausreichende Informationen über die Beteiligung der Unternehmen an einem bestimmten Markt liefern.

Am Rande sei erwähnt, daß besondere Probleme noch dort bestehen können, wo die Ein- und Verkaufsfunktion ganz oder teilweise aus Unternehmen ausgegliedert und selbständigen Ein- und Verkaufs-, Vertriebs- u. ä. Gesellschaften übertragen worden ist. Man könnte also daran denken, nicht nur Unternehmen mit einer stärker als branchenüblich ausgeweiteten Ein- und Verkaufsfunktion gesondert auszuweisen, sondern auch Unternehmen, bei denen diese Funktion „verkümmert“ ist.

In den „Gedanken zum Zählungsprogramm 1960“ ist die Frage offen gelassen worden, ob die „Transportfunktion“ zur Ausgliederung eines besonderen fachlichen Unternehmensteils führen sollte, und zwar auch dann, wenn sie das übliche Ausmaß des Antransportes von Rohstoffen und des Abtransportes der eigenen Erzeugnisse nicht überschreitet. Es sollte jedoch wohl auch hier ausreichend sein, wenn in der einen oder anderen Form der Umfang der Transportleistungen festgestellt wird. Dies wäre sehr primitiv schon durch eine Frage nach den vorhandenen Kraftfahrzeugen möglich und könnte genauer erreicht werden durch Fragen nach den Fahrleistungen oder sogar nach der tonnenkilometrischen Leistung dieser Fahrzeuge.

Selbst wenn der werkseigene Fuhrpark nebenher Transportleistungen für Dritte übernimmt und mit dieser zur „zweiten Hauptfunktion“ entwickelten Nebenfunktion als Verkehrsunternehmen am Markt auftritt, so ließe sich auch diese Beteiligung oder Konkurrenz auf dem Transportgebiet ausreichend durch Fragen nach den Fahrleistungen für Dritte klären. Dieser Fall könnte also analog zur „Handelsware“ behandelt werden.

Das Interesse, aus Konkurrenzgründen die Leistungen des Werkverkehrs im Verhältnis zu denen der eigentlichen Verkehrsunternehmen sichtbar zu machen, ist zweifellos groß, dabei spielt allerdings nicht nur der Umfang der Transportleistungen, sondern auch die unterschiedliche Kostengestaltung eine große Rolle. Hierauf wird noch zurückzu-

kommen sein. Im großen und ganzen dürfte es jedoch möglich sein, einen Überblick über den Anteil der einzelnen Unternehmen am gesamten Transportaufkommen zu gewinnen, ohne daß man die Transportfunktion als besonderen fachlichen Unternehmensteil herauschält.

Für die übrigen innerhalb eines Unternehmens ausgeübten Nebenfunktionen, also hauptsächlich für die Lagerhaltung und für die Kreditgewährung, erscheint die Konstruktion besonderer fachlicher Unternehmensteile am wenigsten erforderlich. Es ist zwar auch bei diesen Funktionen durchaus denkbar, daß sie von selbständigen Unternehmen übernommen werden können, so daß Überlegungen über das Konkurrenzproblem und den Marktanteil im Prinzip also auch hier angestellt werden können. Die Lagerhaltung ist jedoch nach Umfang und Form betriebswirtschaftlich so eng an das Unternehmen gebunden und wohl nur so selten auf selbständige Lagerei-Unternehmen übertragbar, daß Konkurrenzgesichtspunkte hier nicht in der gleichen Stärke wie bei der Transportfunktion auftreten. Die „Kreditfunktion“, die im allgemeinen dadurch ausgeübt wird, daß längere Zahlungsziele gewährt werden, ist wohl überhaupt nur in wenigen Fällen als gesonderter Unternehmensteil denkbar, z. B. als Kreditfinanzierungsabteilung im Teilzahlungsgeschäft. Das Informationsbedürfnis wird man wohl auch hier dadurch befriedigen können, daß man das Ausmaß der Veränderungen in der Kreditgewährung usw. durch entsprechende statistische Daten sichtbar macht, ohne deshalb besondere fachliche Unternehmensteile zu konstruieren.

Es bleibt zu überlegen, ob man die unabdingbar mit jedem Unternehmen verbundenen Tätigkeiten der Unternehmensleitung und der allgemeinen Verwaltung einschließlich des Personal- und Lohnbüros als eine besondere „Funktion“ betrachten will. Für diese Tätigkeiten ist es wohl am allerwenigsten möglich, den Gesichtspunkt des Marktanteils und der Konkurrenz mit selbständigen Unternehmen ins Feld zu führen (obwohl auch das denkbar ist, denn es gibt z. B. Beratungsbüros für die Betriebsführung, maschinelle Lohnabrechnungsbüros usw.). Es liegt daher kaum ein Anlaß vor, aus der allgemeinen Verwaltung einen besonderen fachlichen Unternehmensteil zu schaffen. Diese „Funktion“ der allgemeinen Verwaltung ist deshalb etwas anders anzusehen, weil sie auf die übrigen hier behandelten Nebenfunktionen (Ein- und Verkauf, Kreditgewährung, Transport, Lagerung) aufgeteilt werden müßte, falls man sich dazu entschließt, aus den letztgenannten zum Funktionsbündel gehörenden Nebenfunktionen besondere fachliche Unternehmensteile zu bilden.

Ähnliche Überlegungen wie für die allgemeine Verwaltung gelten auch für die Sozialeinrichtungen des Unternehmens, wie z. B. betriebliche Kranken- und Pensionskassen, Wohnungsvermietung, Kindergärten, Werkskantinen. Diese Tätigkeiten können der allgemeinen Verwaltung zugerechnet oder zumindest entsprechend behandelt werden, auch wenn dem Problem der Konkurrenz in Einzelfällen – besonders bei den Werkskantinen (hier mit Unternehmen des Gaststättengewerbes) – eine größere Bedeutung zukommt. Wenn aus diesem Grunde an dem Nachweis der Werkskantinen – die allerdings nicht nur Funktionen des Gaststättengewerbes, sondern auch der privaten Haushalte übernommen haben – größeres Interesse besteht, wäre es möglich, die Werkskantinen nachzuweisen oder auszugliedern und ähnlich wie das Kraftwerk oder die Ki-

stenfabrik eines Produktionsunternehmens zu behandeln. Auch das „Konkurrenz“-Verhältnis zwischen den Betriebskrankenkassen und den anderen Trägern der sozialen Krankenversicherung könnte zur Ausgliederung eines besonderen Unternehmensteils Anlaß geben, wenn nicht aus anderen Quellen schon genügend Material über die Betriebskrankenkassen vorhanden wäre.

Bevor aus den vorstehenden Darstellungen die Schlußfolgerung gezogen wird, soll zunächst gezeigt werden, welches die Konsequenzen einer etwaigen Auflösung des „Funktionenbündels“ wären. Würde man ein „Funktionenbündel“ als ein „kombiniertes Unternehmen“ ansehen, so müßten zumindest fachliche Unternehmensteile für die Produktionsfunktion, für die Handelsfunktion im weiteren Sinne (d. h. Einkauf und Verkauf einschließlich Lagerhaltung und Kreditgewährung) und für die Transportfunktion unterschieden werden. Dabei müßten dann die allgemeine Verwaltung und die Sozialeinrichtungen des Unternehmens auf die so gebildeten fachlichen Unternehmensteile aufgeteilt werden. Aber selbst dann wäre der konstruierte fachliche Unternehmensteil „Fuhrpark“ – um dieses Beispiel zu wählen – hinsichtlich seines Umfangs und seiner Kostengestaltung nicht mit einem „reinen“ Transportunternehmen vergleichbar. Diese Vergleichbarkeit in betriebswirtschaftlicher Sicht, also insbesondere auch hinsichtlich der Kostengestaltung, ist aber eines der wichtigsten Argumente, die überhaupt für die Aufteilung der Unternehmen in fachliche Unternehmensteile vorgebracht werden können. Aus dem Beispiel des fachlichen Unternehmensteils „Fuhrpark“ ergibt sich, daß diesem Unternehmensteil nicht nur die unmittelbar für den Fuhrpark arbeitenden Personen und Kosten zugerechnet, sondern auch Teile der Unternehmensleitung und der allgemeinen Verwaltung (z. B. der Lohnabrechnung, des Personalbüros), der sozialen Einrichtungen und der zu amortisierenden Gebäude und Anlagen sowie die ihnen entsprechenden Kosten hinzugenommen werden müssen. Selbst wenn all dies gelänge – und das hätte ein so gründliches Rechnungswesen zur Voraussetzung, daß alle in Frage kommenden Kostenarten direkt oder indirekt der Kostenstelle „Fuhrpark“ zugerechnet werden können –, so wäre die Parallelität zu einem selbständigen „reinen“ Verkehrsunternehmen immer noch nicht hergestellt. Der aus einem Unternehmen herausgelöste Unternehmensteil „Fuhrpark“ wird sich zweifellos für den Einkauf von Treibstoffen usw. der Einkaufsabteilung bedienen, die ihrerseits aber als besonderer Unternehmensteil herauszulösen und in die Nähe des Handels zu rücken wäre.

Wie wenig solche konstruierten fachlichen Unternehmensteile mit „reinen“ Unternehmen vergleichbar sind, zeigt sich auch an dem übrigbleibenden, der Hauptfunktion des Produzierens entsprechenden fachlichen Unternehmensteil. Auch diesem würden die Handels- und die Transportfunktionen fehlen, die mit jedem sogenannten „reinen“ Betrieb verbunden sind. Vergleiche, die auf teilweise unvollständigen Nachweisungen beruhen, sind aber äußerst gefährlich, weil sie wahrscheinlich stets dazu tendieren, die Kosten der einzelnen ausgegliederten fachlichen Unternehmensteile niedriger erscheinen zu lassen, als sie es im Vergleich zu selbständigen Unternehmen der gleichen Art tatsächlich sind.

Will man zu wirklich vergleichbaren und addierbaren Größen kommen, so müßte man auch jedes sogenannte „reine“ Unternehmen, das ja ebenfalls ein „Funktionenbündel“ ist, ent-

sprechend zerlegen, d. h. also vor allem die Handels- (Ein- und Verkauf, Lagerung, Kreditgewährung) und die Transportfunktion abspalten. Man muß bedenken, daß dies zu sehr weittragenden praktischen Konsequenzen führt. Es müßten dann z. B. alle Handwerksbetriebe, wie Bäckereien und Schlächtereien, die genauso wie jeder Großbetrieb Rohstoffe einkaufen, Waren produzieren und die selbst hergestellten Waren – oft sogar zusammen mit Handelswaren – im eigenen Laden verkaufen oder mit Hilfe eines Lieferwagens an ihre Kunden austragen, in ihre einzelnen „Funktionen“ aufgelöst werden. Die im Kleinbetrieb gebündelten Funktionen, die meist noch von ein und derselben Person ausgeübt werden, unterscheiden sich von den entsprechenden Funktionen im Großbetrieb nur nach dem Umfang, aber nicht nach der Art. Man könnte – zumindest theoretisch – herausgelöste Unternehmensteile auch dadurch mit „reinen“ Unternehmen vergleichbar machen, daß man jedem Unternehmensteil, der einer bestimmten Funktion entspricht, Teile der übrigen Funktionen zurechnet, und zwar soweit diese in „reinen“ Unternehmen des jeweiligen Wirtschaftszweiges üblich sind. Dem Fuhrpark wäre z. B. außer seinem Anteil an der allgemeinen Verwaltung auch ein Teil der Einkaufsabteilung anzulasten, der Funktion „Handel“ umgekehrt aber auch ein Teil des Fuhrparks. Bei diesem Verfahren würde allerdings die Summe der Unternehmensteile größer werden als das Unternehmen selbst. Die vorstehenden Überlegungen zeigen, daß man schon aus praktischen Gründen, wenn irgend möglich, auf eine Aufspaltung des „Funktionenbündels“ in einzelne fachliche Unternehmensteile verzichten sollte.

Es sei in diesem Zusammenhang noch davor gewarnt, bei der Bildung von Wirtschaftsbereichen institutionelle und funktionale Gesichtspunkte zu vermengen. Man kann z. B. den Bereich „Verkehr“ nicht dadurch bilden, daß man die Verkehrsunternehmen (einschließlich aller in ihnen gebündelten Funktionen) mit herausgelösten, an der Transportfunktion orientierten fachlichen Unternehmensteilen aus Unternehmen anderer Bereiche zu einer Summe zusammenfaßt. Würde man das gleiche Verfahren für den produzierenden Bereich oder für den Handel anwenden, so wäre z. B. die Zahl der Beschäftigten für die Summe aller (fälschlich) so gebildeten Bereiche stets größer als die Gesamtzahl für die Volkswirtschaft, weil bei diesem Verfahren die Institutionen des einen Bereichs die entsprechenden Nebenfunktionen aus allen übrigen Bereichen beanspruchen, aber keine eigenen Nebenfunktionen abgeben. Man muß sich also entweder zu einer „institutionell“ oder zu einer „funktional“ ausgerichteten Bereichsgliederung entschließen. Es wurde schon näher ausgeführt, daß ein konsequent aufgebautes wirtschaftsstatisches Gesamtbild nur auf der Basis institutioneller Einheiten möglich ist.

Als Schlußfolgerung aus allen vorstehenden Überlegungen ergibt sich also, daß das Unternehmen als „Funktionenbündel“ gesehen, grundsätzlich nicht in einzelne fachliche Unternehmensteile aufgelöst werden sollte. Wenn man auf eine solche fachliche Aufteilung grundsätzlich verzichtet, so bleibt doch die Frage, ob zumindest Vorkehrungen getroffen werden sollten, das Vorhandensein und gegebenenfalls auch den Umfang des Funktionenbündels zu zeigen und damit in einer systematischen Nachweisung die Unternehmen zwar nicht aufzuteilen, aber doch nach dem Vorhandensein eines mehr oder weniger intensiven Funktionenbündels zu klassifizieren.

Als Beispiele seien genannt:

Schuhfabriken ohne eigene Einzelhandelsfilialen,
Schuhfabriken mit eigenen Einzelhandelsfilialen,

Möbeltransport ohne Möbellagerung,
Möbeltransport mit Möbellagerung,

Produktionsunternehmen ohne Verkauf von Handelsware,
Produktionsunternehmen mit Verkauf von Handelsware.

Im Prinzip wird man voraussetzen müssen, daß jedes Unternehmen ein „Funktionenbündel“ in dem hier gekennzeichneten Sinne ist. Besondere Nachweisungen könnten daher auf diejenigen Fälle beschränkt werden, in denen bei den Nebenfunktionen das branchenübliche Ausmaß überschritten wird oder in denen sich eine zweite Hauptfunktion herausgebildet hat. Ob das der Fall ist, ließe sich ohne allzu große Schwierigkeiten feststellen, wenn die bereits angedeuteten Fragen nach der Aufgliederung der Einkäufe und Verkäufe, nach der Art der Lieferanten und Abnehmer, nach dem Umfang des Verkaufs von Handelsware, nach dem Vorhandensein von Kraftfahrzeugen oder nach den Transportleistungen gestellt würden. Auch hierbei wären noch zwei Stufen denkbar. Das einfachste Verfahren wäre, nur zu fragen, ob unmittelbar vom Produzenten gekauft wird, ob von Einkaufsgesellschaften gekauft wird, ob unmittelbar an private Verbraucher abgesetzt wird oder ob Kraftfahrzeuge vorhanden sind usw. Schon diese Angaben würden eine grobe Charakterisierung des Unternehmens und eine entsprechende Zuweisung in der Systematik erlauben. Das bessere Verfahren wäre, auch nach dem Umfang der angedeuteten Leistungen im Bereich der einzelnen Funktionen zu fragen. Diese Methode ist selbstverständlich vorzuziehen, da sie wesentlich besser die Feststellung erlaubt, ob das branchenübliche Ausmaß überschritten wird.

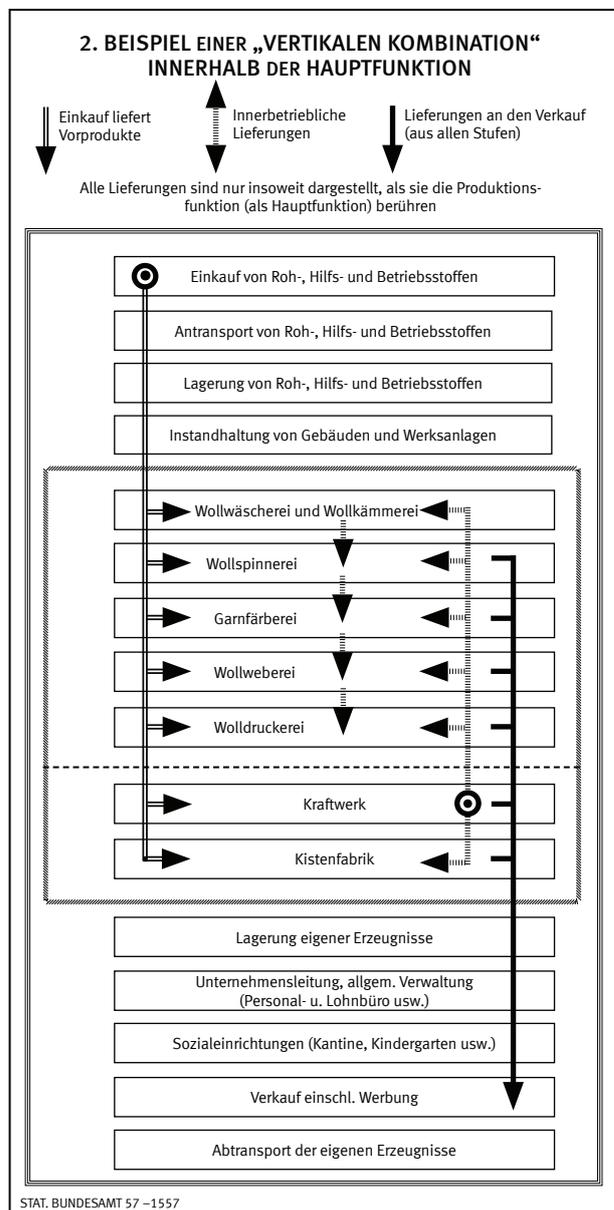
In der vorstehenden Diskussion ist bewußt eine nähere Behandlung der Hauptfunktion – im gewählten Beispiel also der Produktionsfunktion des Unternehmens – unterblieben. Alle Probleme, die mit der Zusammenfassung verschiedenartiger Tätigkeiten im Rahmen der Hauptfunktion bzw. mit der Kombination mehrerer Hauptfunktionen zusammenhängen, werden in den folgenden Abschnitten behandelt. Auch auf die Tatsache, daß ein Unternehmen an den Funktionen orientierte, örtlich getrennt liegende Niederlassungen haben kann (so z. B., wenn allgemeine Verwaltung, Einkauf und Verkauf in einem örtlich getrennt liegenden Verwaltungsgebäude zusammengefaßt sind oder der Fuhrpark des Unternehmens getrennt untergebracht ist), wird später eingegangen werden.

4. Kombinationen innerhalb der Hauptfunktion

a) Vertikale Kombinationen innerhalb der Hauptfunktion

Nachdem im vorstehenden Abschnitt die Frage behandelt worden ist, ob die verschiedenen Nebenfunktionen innerhalb eines „Funktionenbündels“ zu einer Ausgliederung fachlicher Unternehmensteile führen sollten, stellt sich nunmehr das weitere Problem, wie bei Unternehmen verfahren werden soll, bei denen außerdem die als Hauptfunktion zu betrachtende Grundfunktion mehrere verschiedenartige Tätigkeiten umfaßt. Wenn diese Tätigkeiten über mehrere zusammenhängende Stufen reichen, spricht man von einer „vertikalen Kombination“.

Sie kommt hauptsächlich im Produktionsbereich vor, z. B. wenn neben dem eigentlichen Erzeugnis des Unternehmens auch Vorprodukte (z. B. Garne für Gewebe oder Zellstoff für Pappe oder Papier, Gießereiprodukte für den Maschinenbau) erzeugt und möglicherweise zum Teil auch aus den Vorstufen heraus an den Markt geliefert werden. Der Typus eines solchen Unternehmens ist im Schaubild 2 dargestellt, das – abgesehen von der Aufteilung der Produktionsfunktion – genau dem Schema des Schaubildes 1 entspricht. Es sei hier darauf hingewiesen, daß alle unmittelbar mit der Produktion in Verbindung stehenden Tätigkeiten (also die Arbeitsvorbereitung und Arbeitsüberwachung, das Konstruktionsbüro, Laboratorien, Qualitätskontrolle usw.) als Teile der Hauptfunktion des Unternehmens angesehen werden, ohne Rücksicht darauf, ob ein Teil dieser Tätigkeiten, etwa das Konstruktionsbüro, getrennt von den Fertigungshallen in einem Verwaltungsgebäude zusammen mit dem Einkauf, Verkauf, der allgemeinen Verwaltung usw. untergebracht ist.



Als Beispiel ist im Schaubild 2 eine Spinnweberei gewählt worden, von der angenommen wird, daß sie nur Wolle verarbeitet. Der Spinnerei ist eine Wollwäscherei und Wollkämmerei vorgeschaltet und eine Garnfärberei angeschlossen. Zur Wollweberei gehört eine Wolldruckerei. Ferner sind neben diesen (vertikal miteinander verbundenen) Produktionsbetrieben ein eigenes Kraftwerk und eine Kistenfabrik vorhanden. Es wird davon ausgegangen, daß in der Hauptsache die der Wollwäscherei und -kämmerei gelieferten Rohstoffe bis zum bedruckten Gewebe innerhalb des Unternehmens weiterverarbeitet werden. Daneben werden aber auf den meisten Stufen auch noch fremdbezogene Materialien verarbeitet. Auf der anderen Seite liefert das Unternehmen nicht nur bedruckte Wollstoffe an den Markt, sondern verkauft auch ungefärbte Garne und unbedruckte Stoffe. Das Kraftwerk versorgt in erster Linie den Produktionsbetrieb mit Strom, aber auch alle sonstigen Einrichtungen des Unternehmens, und gibt darüber hinaus einen Teil des Stromes an das öffentliche Netz ab. Der Einfachheit halber sei angenommen, daß die Kistenfabrik nur für den eigenen Bedarf des Unternehmens arbeitet.

Bei dieser Charakteristik des Unternehmens ist von der Art und von der Organisation vorhandener Produktionsanlagen ausgegangen worden, die möglicherweise auch räumlich getrennt in einzelnen Gebäuden oder Gebäudeteilen des Unternehmens untergebracht sind. Die einzelnen Unternehmensteile sind also nach der Art der Arbeitsvorgänge und der Art der dazu notwendigen Produktionsanlagen unterschieden und nicht nach der Art der produzierten Erzeugnisse. Selbstverständlich können sich diese Gesichtspunkte weitgehend decken, denn die Spinnerei setzt eine andere maschinelle Ausrüstung voraus als die Weberei. Dennoch ist es grundsätzlich wichtig, ausdrücklich festzustellen, daß die „fachlichen Unternehmensteile“ hier durch die Gleichartigkeit des Produktionsvorganges und der dazu erforderlichen maschinellen Ausrüstung gebildet sind und nicht durch die Gleichartigkeit der Erzeugnisse. Es wäre z. B. denkbar, daß die gleiche Spinnweberei mit ihren Maschinen und Apparaturen in der Lage ist, Kunstfasern oder zumindest Wolle mit Kunstfasern gemischt zu verarbeiten oder Mischgarne zu verweben. Wenn man also die Erzeugnisgruppen Wollgarn, Wollgewebe, Mischgarn, Mischgewebe oder Kunstfasergewebe unterscheiden will, so bietet die im Schaubild dargestellte Aufteilung des Unternehmens dafür keine Anhaltspunkte. Die in diesem Abschnitt zu behandelnde Aufteilung in fachliche Unternehmensteile entspricht also im Prinzip einer Aufteilung, die nach „Kostenstellen“ (z. B. Wollspinnerei, Garnfärberei, Wollweberei usw.) ausgerichtet ist.

Fragt man sich, aus welchen Gründen eine Aufteilung des Unternehmens in die hier beschriebenen, an den Produktionsanlagen orientierten fachlichen Unternehmensteile vorgenommen werden soll, so gelten zunächst unter betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten die gleichen Argumente, die im vorstehenden Abschnitt für einen Nachweis oder eine Aufteilung des „Funktionsbündels“ vorgebracht worden sind. Wenn es selbständige Wollwäschereien, selbständige Spinnereien, selbständige Webereien gibt, so besteht der Wunsch, den Umfang der gesamten Tätigkeit dieser Geschäftszweige und seine Verteilung auf die selbständigen oder „reinen“ Unternehmen einerseits und auf die kombinierten Unternehmen andererseits beurteilen zu können.

Für solche Zusammenfassungen und Vergleiche sind ähnliche Überlegungen und Warnungen angebracht, wie sie schon im Hinblick auf eine Aufspaltung des „Funktionsbündels“ erörtert worden sind. Zahlen für eine „reine“ Spinnerei schließen stets auch die Leistungen der Unternehmensleitung, der allgemeinen Verwaltung und aller anderen im vorstehenden Abschnitt diskutierten „Nebenfunktionen“ ein (z. B. Wareneinkauf, Warenverkauf, Lagerung, Transport usw.). Um mit solchen „reinen“ Spinnereien vergleichbare „fachliche Unternehmensteile“ aus kombinierten Unternehmen herauszuschälen, wäre es also erforderlich, die auf den Spinnereiteil des Unternehmens entfallenden Anteile der genannten Funktionen diesem Unternehmensteil hinzurechnen. Es wäre sogar erforderlich, Teile der Produktionsfunktion, nämlich die Neben- und Hilfsbetriebe (Kraftwerk, Kistenfabrik), die in den Zahlen für eine „reine“ Spinnerei ebenfalls enthalten sein können, bei einem kombinierten Unternehmen anteilmäßig auf den Unternehmensteil Spinnerei umzulegen.

Es liegt auf der Hand, daß umfangreiche Vorkehrungen in der Buchführung der Unternehmen getroffen werden müßten, wenn „Hilfskostenstellen“ wie Wareneinkauf und -verkauf, Fuhrpark, allgemeine Verwaltung, Instandhaltung der Werksanlagen usw. aufgeteilt und auf die einzelnen Teile der Hauptfunktion, d. h. auf die „Hauptkostenstellen“, wie z. B. die Spinnerei, umgelegt werden sollen.

Wenn entsprechend gegliederte Buchführungsunterlagen nicht vorhanden und nicht zu beschaffen sind, können der Aufteilung nur grobe Schätzungen an Hand mehr oder weniger willkürlicher Aufteilungsschlüssel zugrunde gelegt werden, die dann nur wenig beweiskräftig wären. Ohne genaue Verrechnung der „Hilfskostenstellen“ auf die „Hauptkostenstellen“ sind aber allgemeine, d. h. sich auf alle Tatbestände erstreckende betriebswirtschaftliche Vergleiche zwischen „reinen“ Unternehmen und entsprechenden fachlichen Unternehmensteilen kombinierter Unternehmen wenig sinnvoll. Ohne eine solche Zurechnung würden sich bei der Zusammenfassung etwa der „reinen“ Spinnereibetriebe anderer Unternehmen kaum brauchbare Gesamtsummen für Aufwendungen, Erträge usw. ergeben. Etwas anders kann eine solche schätzungsweise, schlüsselmäßige Aufteilung auf vertikale Kombinationsteile vielleicht für die Beschäftigten beurteilt werden, falls man keine zu hohen Ansprüche an die Genauigkeit stellt.

Ein großer Teil dieser Schwierigkeiten tritt glücklicherweise nicht auf, wenn man nur bestimmte produktionstechnische Zusammenhänge im Auge hat. Geht es z. B. darum, die Kapazität der Produktionsanlagen, die Produktionsleistung, den Rohstoffbedarf – in erster Linie mengenmäßig – zu erfassen, so ist die Verflechtung mit anderen Unternehmensteilen und mit Nebenfunktionen weniger wichtig. Für die genannten Angaben mit produktionstechnischem Charakter wären sogenannte „reine“ Betriebe und Unternehmensteile eines kombinierten Unternehmens miteinander vergleichbar, ohne daß die dargestellten Zurechnungsprobleme in vollem Umfang auftreten. Schwierigkeiten bleiben allerdings auch hier noch genug, besonders wenn es sich um den nach Erzeugnisarten getrennten Nachweis der beschäftigten Personen handelt. Hier wäre eine Vergleichbarkeit zwischen „reinen“ Unternehmen und fachlichen Unternehmensteilen nur herzustellen, wenn man sich auf

die unmittelbar in dem betreffenden Fabrikationszweig beschäftigten Personen beschränkt. Dies hätte aber zur Folge, daß man die in „Nebenfunktionen“ und in „Neben- und Hilfsbetrieben“ tätigen Personen auch bei den „reinen“ Betrieben ausschalten müßte. Ein solches Verfahren erscheint immerhin noch einfacher als der umgekehrte Weg, in einem kombinierten Unternehmen alle in Nebenfunktionen und Nebenbetrieben tätigen Personen anteilmäßig auf die einzelnen fachlichen Produktionszweige aufzuteilen.

Bezieht man nur die unmittelbar in der Produktion beschäftigten Personen in die Betrachtung ein – ein Verfahren, das übrigens auch international im Zusammenhang mit der sogenannten „technical unit“ vorgeschlagen worden ist –, so muß man in Kauf nehmen, daß man nur einen Teil der Beschäftigten im statistischen Bild nachweist, da erhebliche Teile des Personals ausgeschaltet und anderweitig nicht nachgewiesen werden¹⁷⁾. Dieses Verfahren wirft außerdem schwierige begriffliche Probleme auf. Es ist z. B. nicht ohne weiteres einzusehen, warum die Beschaffung von Rohstoffen nicht unmittelbar zur Produktion gehören soll. Im Zeitalter der fortschreitenden Automatisierung verlagert sich außerdem die Arbeit mehr und mehr in eine büromäßige Arbeitsvorbereitung, womit sich das Problem stellt, wie alle eingangs genannten Tätigkeiten der Arbeitsvorbereitung und -überwachung usw. auf die einzelnen Produktionsvorgänge umgelegt werden können.

Man wird bei den weiteren Überlegungen also davon ausgehen dürfen, daß eine Aufteilung aller Daten für das Unternehmen auf die hier zur Diskussion stehenden fachlichen Unternehmensteile zwar nicht oder nur mit Hilfe sehr problematischer Manipulationen möglich ist, daß es aber doch Tatbestände gibt (und zwar vor allem solche, die sich auf produktionstechnische Zusammenhänge beziehen), die man ohne große Bedenken und Schwierigkeiten in fachlicher Untergliederung darstellen kann. Es fragt sich dann, nach welchen Kriterien die Produktionsfunktion zerlegt werden soll. Für das im Schaubild 2 gegebene Beispiel muß also geklärt werden, ob die Wollwäscherei und die Garnfärberei als getrennte fachliche Unternehmensteile behandelt werden sollen, oder ob sie mit der Wollspinnerei zusammengefaßt werden können. Umgekehrt wäre es auch denkbar, die einzelnen Produktionsvorgänge noch weiter zu zerlegen, also die Wollwäscherei und die Wollkämmerei auseinanderzuhalten, oder weitere Ausrüstungsvorgänge der Garne oder Gewebe als getrennte fachliche Unternehmensteile zu behandeln. Ähnliches gilt für die Zusammenfassung der Wollweberei mit der Wolldruckerei. In dem gegebenen Beispiel könnte also die Spinnweberei in nur zwei fachliche Unternehmensteile, Spinnerei und Weberei, zerlegt werden, es wäre aber auch ebenso gut möglich, statt der jetzigen fünf unterschiedenen vertikal miteinander verbundenen Produktionsvorgänge eine noch größere Anzahl vorzusehen. Bei einer solchen Entscheidung wird man von ähnlichen Gedankengängen ausgehen können, wie sie bereits bei der Herausschälung von „Nebenfunktionen“ im vorhergehenden Abschnitt erörtert worden sind. Wenn üblicherweise Garn-

färbereien mit Spinnereien verbunden sind, so könnte man auf eine fachliche Aufteilung verzichten. Es fragt sich ferner, ob der zu untersuchende Produktionszweig – im Beispiel also die Garnfärberei – so wichtig ist, daß es lohnend erscheint, neben den „reinen“ Garnfärbereien auch die fachlichen Unternehmensteile „Garnfärberei“ kombinierter Unternehmen sichtbar zu machen.

Die Frage, wie viele und welche Stufen in einer vertikalen Kombination unterschieden werden sollen, muß für jeden Wirtschaftszweig gesondert entschieden werden. Der auch international beliebte Ausweg, sich auf die Systematik zu berufen und zu verlangen, daß jeder Produktions- oder Wirtschaftszweig, der getrennt in der Darstellungssystematik erscheint, auch bei der Aufgliederung fachlicher Unternehmensteile berücksichtigt werden soll, hilft nicht weiter. Man verschiebt nur das Problem, denn man muß dann entscheiden, unter welchen Voraussetzungen eine besondere Position in der Systematik gebildet werden soll. Der Vorschlag ist auch deshalb wenig glücklich, weil er je nach der Tiefe der jeweils angewendeten Darstellungssystematik zu anderen Lösungen und damit zu anderen Aufteilungen führt, wobei man berücksichtigen muß, daß es selbst innerhalb der gleichen Statistik durchaus üblich ist, einzelne Tatbestände in verschieden tiefer systematischer Nachweisung zu bringen. So ist es vor allem allgemeiner Gebrauch, die systematische Nachweisung zu verkürzen, je tiefer man in regionaler Hinsicht untergliedert. Die Zahl der auszugliedernden Darstellungseinheiten würde aber von einem solchen Wechsel beeinflusst werden, wenn man tatsächlich die Positionen der gewählten Darstellungssystematik als ausschlaggebendes Kriterium für den Umfang der fachlichen Aufgliederung annehmen würde.

Es muß noch ein weiterer Einwand gegen dieses Verfahren erhoben werden. Die Tatsache, daß in einer Systematik die „reinen“ Unternehmen eines besonderen Typs, also z. B. der Garnfärberei, nachgewiesen werden, weil sie als solche interessant sind, dürfte an sich noch kein ausreichender Grund sein, die entsprechenden Unternehmensteile auch aus allen kombinierten Unternehmen auszugliedern. Das Anwachsen oder der Rückgang der „reinen“ Unternehmen eines bestimmten Produktionszweiges können an sich schon beobachtungswürdig sein, selbst wenn die konkurrierenden Unternehmensteile kombinierter Unternehmen nicht besonders sichtbar gemacht werden.

Wie beim Nachweis oder bei der Aufteilung der „Funktionsbündel“ muß auch hier gefragt werden, ob die angestrebten Ziele einer fachlichen Aufteilung nach der Art der Produktionsanlagen oder der Art des Produktionsverfahrens nicht auch mit anderen Mitteln erreicht werden können. Wenn die recht detaillierte laufende deutsche Produktionsstatistik in einer tiefer gegliederten Systematik der Industriezweige nachgewiesen würde, so könnte man z. B. ohne allzu große Beanspruchung der zu befragenden Unternehmen zeigen, wieviel Garn in „reinen“ Spinnereien und wieviel Garn in kombinierten Spinnwebereien erzeugt wird. Hierzu wäre allerdings erforderlich, daß der Nachweis des Ausstoßes bestimmter Produkte, der auch jetzt schon in vielen Fällen nicht nur die Erzeugung für den Absatz, sondern auch für die Weiterverarbeitung im gleichen Unternehmen umfaßt, systematisch und konsequent ausgebaut würde. Es erscheint aber sehr viel einfa-

¹⁷⁾ Die Statistische Kommission der Vereinten Nationen bezeichnet diesen unmittelbar an der Produktion beteiligten Personenkreis als „operatives“. Dazu gehören alle Beschäftigten, die vom Eingang des einzusetzenden Materials bis zum Ausgang der fertigen Erzeugnisse bei der Produktion der letzteren tätig sind; dabei wird ein bestimmter Teil des Aufsichtspersonals („any clerical or working supervisory personal whose function is to record or expedite any step in the production“) mit eingeschlossen.

cher, den gewünschten Überblick mit Hilfe einer Statistik des Ausstoßes entsprechend ausgewählter Waren zu geben als über die künstliche Konstruktion fachlicher Unternehmensteile.

Selbst die Aufteilung des Marktes zwischen den „reinen“ und kombinierten Unternehmen könnte so ohne große schlüsselmäßige Aufteilung von Nebenfunktionen erkennbar gemacht werden, und auch die Kapazitäten und den Rohstoffbedarf wird man am ehesten an Hand des Ausstoßes der Erzeugnisse berechnen und beurteilen können. Es ist hierfür allerdings notwendig, daß das Warenverzeichnis der Produktionsstatistik so tief gegliedert ist, daß aus den Angaben über die Erzeugnisse auf die dahinterstehenden Produktionsanlagen geschlossen werden kann. Das deutsche Warenverzeichnis dürfte dafür ausreichen.

Der hier angedeutete Weg, nach den Erzeugnissen zu fragen, um auf diese Weise Rückschlüsse auf die vorhandenen Produktionsanlagen ziehen zu können, könnte noch durch eine Untergliederung des Rohstoffeinsatzes nach Warenarten ergänzt werden. Allein schon die unternehmensweise Gegenüberstellung des gesamten (wertmäßigen) Einsatzes von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen mit dem Wert der Produktion ließe auf das Vorhandensein vertikaler Kombinationen schließen, denn die Differenz aus diesen beiden Größen – d. h. der Nettoproduktionswert – muß bei gleicher Absatzproduktion mit wachsender Produktionstiefe größer werden. Näheres über eine so gefundene Kombination würde man erkennen, wenn zusätzlich Angaben über die gütermäßige Zusammensetzung des Wareneinsatzes herangezogen würden. Bei Ausnutzung der dargestellten und noch weiterer, hier nicht erwähnter Möglichkeiten könnte man mehr als bisher dazu übergehen, innerhalb einer Position der Systematik, der das gesamte Unternehmen schwerpunktmäßig zugewiesen ist, zusätzlich Kombinationsklassen zu unterscheiden.

Die vorstehenden Überlegungen zeigen, daß eine konsequente Aufteilung vertikaler Kombinationen in einzelne vollständige „fachliche Unternehmensteile“, die eine Zerlegung aller „Nebenfunktionen“ und „Nebenbetriebe“ auf diese fachlichen Unternehmensteile voraussetzen würde, auf sehr große praktische Schwierigkeiten stößt. Die buchführungsmäßigen Unterlagen hierfür dürften kaum vorhanden sein, so daß die Unternehmen, sollte man auf einer solchen Aufteilung bestehen, schätzungsweise Umschlüsselungen der Daten vornehmen müssen, die sich auf die Nebenfunktionen und Nebenbetriebe beziehen. Die dargelegten Probleme und Schwierigkeiten dürften aber nochmals bewiesen haben, daß es hoffnungslos ist, die hier diskutierten fachlichen Unternehmensteile als allgemeine Grundlage für die zusammenfassende Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände in einem Gesamtbild aller Wirtschaftsbereiche zu verwenden.

Die Bedeutung einer solchen fachlichen Unterteilung für eine Untersuchung der inneren Struktur der Unternehmen und der Wandlungen dieser Struktur und für die Nachweise produktionstechnischer Zusammenhänge muß jedoch betont werden. Wenn man derartige Zusammenhänge statistisch erfassen will, so müßte der erste Schritt wohl sein, daß man im Zusammenhang mit dem Aufbau der Darstellungssystematik entscheidet, welche am Produktionsvorgang orientierten fachlichen Unternehmensteile von Interesse sind. Die Unternehmen

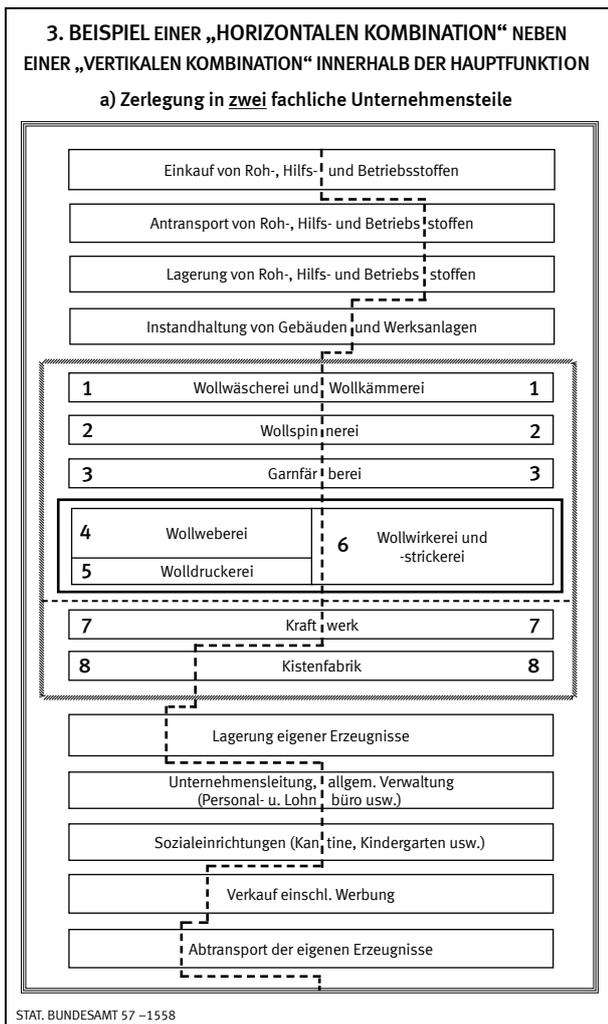
müßten dann aufgefordert werden, die gewünschten – in erster Linie also produktionstechnischen – Daten in der entsprechenden, vom Statistiker einheitlich für jeden Wirtschaftszweig vorgeschriebenen Aufteilung zu liefern. Für einzelne produktionstechnische Daten, bei denen es – wie gesagt – auf den Umfang der Nebenfunktionen innerhalb des Unternehmens nicht ankommt, dürfte auch eine Umgruppierung und die Zusammenfassung der Angaben für sogenannte „reine“ Unternehmen und für ausgegliederte fachliche Unternehmensteile kombinierter Unternehmen durchführbar sein. Das kann jedoch sinnvoll immer nur für ausgewählte und hierfür geeignete, aber nicht für alle zum Gesamtbild der Wirtschaftsstatistik gehörenden Tatbestände geschehen.

Es sei ferner darauf hingewiesen, daß die hier diskutierten fachlichen Unternehmensteile (oder auch die Neben- und Hilfsbetriebe) auch als getrennte örtliche Einheiten auftreten können. Es ist also durchaus denkbar, daß – um auf das Beispiel zurückzukommen – der Spinnereikomplex getrennt von dem Webereikomplex untergebracht ist oder daß auch das Kraftwerk oder die Kistenfabrik örtlich getrennt liegen. Auch solche örtlich getrennt liegenden Unternehmensteile unterscheiden sich von entsprechenden „reinen“ Unternehmen der gleichen Art oder des gleichen Produktionszweiges, da möglicherweise ein Teil der Nebenfunktionen (Ein- und Verkauf, die allgemeine Verwaltung usw.) bei der Hauptniederlassung verbleiben und daher in dem örtlich ausgegliederten Unternehmensteil nicht erscheinen. Sie werden allerdings den „reinen“ Unternehmen dadurch etwas näher stehen, daß Teile der allgemeinen Verwaltung (also z. B. Teile der Unternehmensleitung, der Lohnabrechnung usw.) wahrscheinlich bei den örtlichen Einheiten ausgeübt werden. Auf die Frage des Nachweises dieser örtlich getrennt liegenden Unternehmensteile und Nebenfunktionen oder Nebenbetriebe, zu denen insbesondere auch die allgemeine Verwaltung gehören kann, wird noch im Zusammenhang mit den Problemen der örtlichen Einheit zurückzukommen sein.

b) Horizontale Kombinationen innerhalb der Hauptfunktion

Neben den Problemen des „Funktionenbündels“ und der „vertikalen Kombination“ innerhalb der Hauptfunktion eines Unternehmens treten weitere Schwierigkeiten auf, wenn innerhalb der Hauptfunktion des Unternehmens mehrere gleichstufige Erzeugnisse nebeneinander hergestellt werden. Als Beispiel für solche „horizontalen Kombinationen“ sei die Produktion von Geweben und Wirkwaren, von Fahrrädern und Nähmaschinen oder von Kraftfahrzeugen und Kühlschränken genannt. Ähnliches gilt auch für Handelsbetriebe mit ungewöhnlich breiten Sortimenten. Solche „horizontalen“ Kombinationen schließen gleichzeitige „vertikale“ Kombinationen innerhalb des gleichen Unternehmens nicht aus.

In den Schaubildern 3 a bis 3 c ist das bisherige Beispiel einer Spinnweberei dadurch ergänzt, daß auf der Endstufe dieses Unternehmens neben bedruckten Geweben auch Wirkwaren hergestellt werden. Die vertikalen Vorstufen sind belassen worden. Falls eine solche horizontale Kombination „Weberei und Wirkerei“ ohne gleichzeitige vertikale Vorstufen vorkommt – die Vorstufen 1 bis 3 im Schaubild 3 a also wegfallen –, so bleiben für die Aufteilung der „Nebenfunktionen“ und der



„Nebenbetriebe“ des Unternehmens grundsätzlich die gleichen Probleme wie bei dem hier gewählten, auch vertikal kombinierten Beispiel.

Bei solchen horizontalen Kombinationen darf man wohl davon ausgehen, daß der Wunsch nach einer fachlichen Aufteilung in erster Linie an der Verschiedenartigkeit der Erzeugnisse (und damit also an den „Kostenträgern“) orientiert ist. In dem Beispiel der Weberei und Wirkerei stehen zwar hinter der Herstellung von Geweben und hinter der Herstellung von Wirkwaren auch verschiedenartige Produktionsanlagen. Wählt man dagegen das Beispiel der Kombination von Fahrrädern und Nähmaschinen, so können gleichartige Produktionsanlagen, wie z. B. die Gießerei, die Dreherei, die Stanzeri und Presserei, sowohl Fahrradteile als auch Nähmaschinenteile herstellen. Die verschiedenartigen Erzeugnisse entstehen erst beim Zusammenbau dieser Teile. Dieses Beispiel zeigt, daß die Unterscheidung nach Erzeugnisgruppen durchaus nicht identisch ist mit einer Unterscheidung nach Produktionsanlagen. Für den getrennten Nachweis von Erzeugnissen oder Erzeugnisgruppen ist nicht nur die Gleichartigkeit der produktionstechnischen Vorgänge interessant, sondern auch die Gleichartigkeit der Rohstoffe und vor allem der verschiedene Verwendungszweck der Waren. Waren mit stark unterschiedlichem Verwendungszweck können aber durchaus unter Verwen-

dung gleichartiger Produktionsanlagen hergestellt werden. Die gleiche Metallverarbeitungs- und Maschinenfabrik kann z. B. mit den gleichen Produktionsanlagen sowohl Fahrräder als auch Nähmaschinen oder gar Maschinengewehre herstellen.

Die Gründe, die dafür sprechen, solche horizontalen Kombinationen in fachliche, an den Erzeugnissen orientierte Unternehmensteile aufzugliedern, sind die gleichen, die auch in den vorhergehenden Abschnitten behandelt worden sind. Vom volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus interessiert auch hier der gesamte Überblick über den Markt und die Marktanteile der „reinen“ Unternehmen einerseits und der „kombinierten“ Unternehmen andererseits. Auch bei horizontalen Kombinationsteilen interessieren die produktionstechnischen Zusammenhänge, also der Ausstoß bestimmter Waren, der Rohstoffbedarf und auch die dahinter stehenden Produktionsanlagen, besonders dann, wenn gleichstufige Erzeugnisse verschiedenartige Produktionsanlagen voraussetzen (Beispiel Weberei, Wirkerei).

Für den betriebswirtschaftlichen Vergleich mit den „reinen“ Unternehmen müßte also ein horizontal kombiniertes Unternehmen so aufgeteilt werden, daß der am Erzeugnis orientierte fachliche Unternehmensteil möglichst vollständig dem Umfang eines „reinen“ Unternehmens der gleichen Art entspricht. Wie dies geschehen könnte, ist im Schaubild 3 angedeutet. Hier ist der Komplex „Weberei und Wirkerei“ in zwei fachliche Unternehmensteile zerlegt worden. Dabei wurden die Nebenfunktionen und die Hilfsbetriebe (Kraftwerk und Kistenfabrikation) anteilmäßig auf die Weberei einerseits und die Wirkerei andererseits aufgeteilt.

Auch wenn wir zunächst einmal die drei vertikalen Vorstufen (1 bis 3) außer Betracht lassen, so würde eine solche fachliche Aufteilung des Unternehmens voraussetzen, daß die Buchführung des Unternehmens eine kombinierte Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung zuläßt. Nur so wäre es möglich, den Anteil des Ein- und Verkaufs, des Fuhrparks, der allgemeinen Verwaltung usw. richtig und vollständig auf die beiden nach Kostenträgergesichtspunkten konstruierten Unternehmensteile umzulegen. Wenn man im übrigen eine solche Aufteilung will, darf man selbstverständlich vorher nicht einzelne Nebenfunktionen herausnehmen und daraus fachliche Unternehmensteile anderer Art bilden. Das Gleiche gilt, wenn Hilfs- und Nebenbetriebe auf horizontal kombinierte Teile der Hauptfunktion aufgeteilt werden sollen.

Das Problem wird komplizierter, wenn in der horizontalen Kombination vertikale Vorstufen vorhanden sind, die in dem gewählten Beispiel sowohl Vorstufen der Weberei als auch der Wirkerei darstellen. Es wäre möglich, auch diese Vorstufen auf die beiden an die Erzeugnisgruppen angelehnten fachlichen Unternehmensteile Weberei und Wirkerei aufzuteilen. Das sieht in einem schematischen Beispiel verhältnismäßig einfach aus. In Wirklichkeit sind aber die Übergänge von einer Stufe zur anderen sehr fließend, und es ist daher sehr schwierig zu entscheiden, wann ein „reines“ und wann ein „kombiniertes“ Unternehmen vorliegt. Mit anderen Worten heißt das, daß schwer zu entscheiden ist, ob eine Vorstufe für den Vergleich eines horizontal kombinierten Unternehmensteils mit einem entsprechenden „reinen“ Unternehmen in den herausgelösten Unternehmensteil einbezogen werden soll oder nicht. Dieses

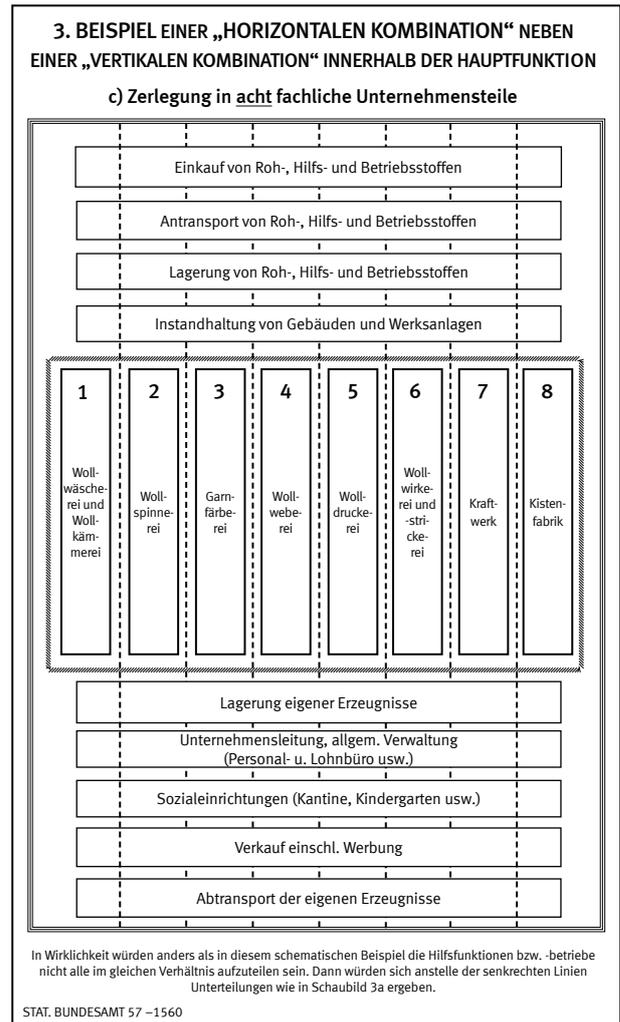
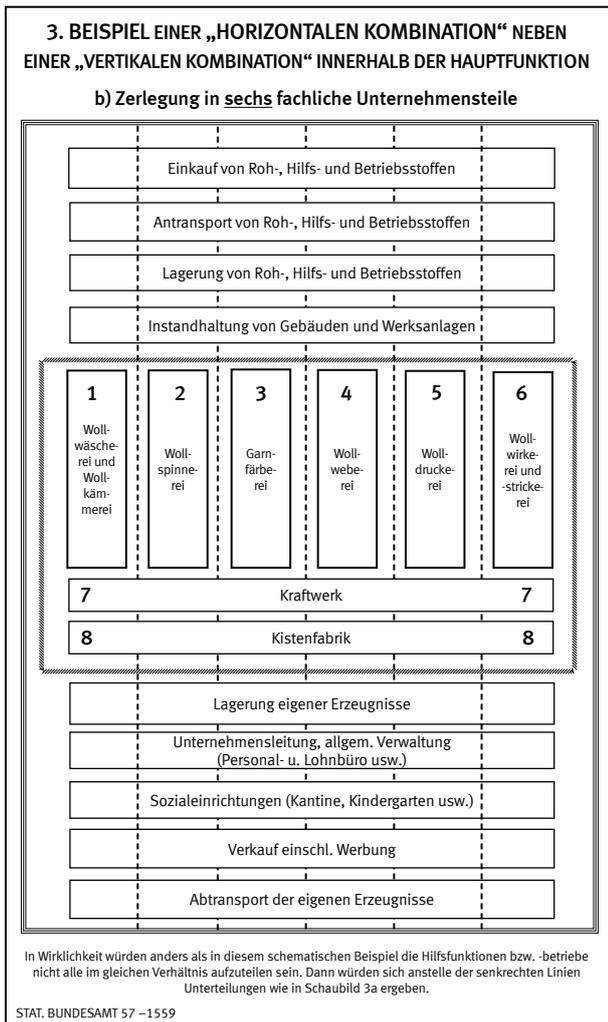
Problem ist im Schaubild 3 a durch die Zusammenfassung der Wollweberei mit der Wolldruckerei angedeutet und dabei gewissermaßen unterstellt worden, daß die Angliederung einer Wolldruckerei an eine Wollweberei diese noch nicht zu einem kombinierten Unternehmen macht. Das bedeutet also, daß man eine Wollweberei ohne vertikale Vorstufen auch dann noch als „reine“ Weberei ansieht, wenn sie eine Wolldruckerei besitzt (bzw. daß eine etwa vorhandene Wolldruckerei beim Vergleich mit „reinen“ Webereien aus der Weberei des „reinen“ Unternehmens nicht herauszulösen ist). Es sei hier nur auf die verschiedenen Ausrüstungsvorgänge von Textilien hingewiesen, um zu zeigen, wie schwierig und mehr oder weniger willkürlich die Entscheidung ist, ob man auf der Grundlage solcher Arbeitsvorgänge noch ein „reines“ oder ein „kombiniertes“ Unternehmen annehmen will.

Die Tatsache der Gleichartigkeit der Erzeugnisse spielt in den internationalen Definitionen für die Abgrenzung einer Erhebungs- und Darstellungseinheit eine erhebliche Rolle, ohne daß klar gesagt wird, ob diese Gleichartigkeit auf gleichen produktionstechnischen Vorgängen oder auf dem gleichen Verwendungszweck der Erzeugnisse beruhen soll. Was als gleichartige Erzeugnisse angesehen werden soll, wird meist mit dem Hinweis auf die zugrunde liegende Systematik erledigt. Wenn eine solche Darstellungssystematik Posi-

tionen für selbständige Wollwäschereien und für selbständige Spinnereien aufweist, so müßte man daraus die Konsequenz ziehen, daß man eine Aufteilung in der im Schaubild 3b angedeuteten Weise vornimmt. Hier stehen also sechs verschiedene Erzeugnisse oder Erzeugnisgruppen nebeneinander, und es wäre möglich und nach den internationalen Vorschlägen sogar notwendig, das Unternehmen Spinnweberei mit Wirkerei nicht in zwei, sondern in sechs an den Erzeugnisgruppen orientierte fachliche Unternehmensteile zu zerlegen. Dabei handelt es sich teilweise um vertikal und teilweise um horizontal kombinierte Unternehmensteile. Im Schaubild 3 b wird davon ausgegangen, daß auch die Hilfsbetriebe innerhalb der Produktionsfunktion (also das Kraftwerk und die Kistenfabrik) ebenso wie die Nebenfunktionen auf die sechs fachlichen Unternehmensteile aufgeteilt werden.

Es bleibt schließlich noch die im Schaubild 3 c angedeutete Lösung, bei der die Erzeugung von Energie (Kraftwerk) und die Herstellung von Verpackungsmaterial (Kistenfabrik) als gleichberechtigte Erzeugnisgruppen neben die sechs Gruppen von Textilerzeugnissen treten und die Nebenfunktionen des Unternehmens also auf diese acht fachlichen Unternehmensteile aufgeteilt werden müssen.

Diese Beispiele sollen in erster Linie zeigen, daß man sich klar für ein Prinzip der fachlichen Aufteilung entscheiden



muß. Wenn man fachliche Unternehmensteile an den Erzeugnisgruppen (und damit an den „Kostenträgern“) orientieren will, so zerschlägt man damit die Möglichkeit, gleichzeitig fachliche Unternehmensteile an der Struktur der vorhandenen Produktionsanlagen (also an den „Kostenstellen“) zu orientieren, falls nicht die einzelnen Erzeugnisgruppen in deutlich voneinander getrennten Produktionsanlagen entstehen. Eine Aufteilung hat im Hinblick auf den Vergleich mit „reinen“ Unternehmen der gleichen Art aber nur dann einen Sinn, wenn auch die Nebenfunktionen (Einkauf, Verkauf, Transport usw.) und die Hilfsbetriebe innerhalb der Hauptfunktion (Kraftwerk, Kistenfabrik) mit aufgeteilt werden. Ob man dabei das Beispiel 3 b oder 3 c zugrunde legt, hängt davon ab, ob man das Vorhandensein eines Kraftwerks und einer Kistenfabrik bei sonst „reinen“ Unternehmen als kombinationsbildend ansehen will oder nicht. Wenn man einen Überblick über alle Energieerzeugungsanlagen und über alle Kistenherstellungsbetriebe wünscht, so wird man allerdings nicht davor zurückschrecken dürfen, diese Erzeugnisse, wie es im Beispiel 3 c geschehen ist, ebenfalls als Grundlage eines fachlichen Unternehmensteils anzuerkennen.

Soweit man nur an produktionstechnischen Daten interessiert ist, die von den aufzuteilenden Funktionen und möglicherweise auch von einer Aufteilung der Nebenbetriebe nicht betroffen werden, so sind die hier angedeuteten Probleme weniger schwerwiegend. Man darf aber nicht übersehen, daß schon ein Nachweis der Arbeitskräfte für solche nach Erzeugnisgruppen gebildeten fachlichen Unternehmensteile zu einer Entscheidung zwingt, ob und wie weit man die Nebenfunktionen und die Nebenbetriebe aufteilen will. Teilt man die in Nebenfunktionen und Nebenbetrieben beschäftigten Personen nicht auf, so müßten bei einem Vergleich mit den in „reinen“ Unternehmen beschäftigten Arbeitskräften dort alle Personen abgesetzt werden, die entsprechende Tätigkeiten ausüben. Wie schon bei der Unterscheidung vertikaler Kombinationsteile, muß auch hier bei den horizontalen Kombinationen darauf hingewiesen werden, daß bei einem Verzicht auf die Aufteilung der Nebenfunktionen und der Nebenbetriebe, also bei einer Beschränkung auf die unmittelbar im Produktionsprozeß Beschäftigten, ein vollständiger Nachweis aller in der Industrie Beschäftigten nach Industriezweigen nicht möglich ist.

Die Zweckmäßigkeit des Nachweises oder der Ausgliederung fachlicher, an der Erzeugnisgruppe orientierter Unternehmensteile kann also nur im Hinblick auf einige produktionstechnische Daten (und vielleicht auch mit den oben schon erwähnten Einschränkungen für die Beschäftigten) bejaht werden, und zwar insbesondere dann, wenn für die verschiedenen, horizontal auf gleicher Stufe stehenden Erzeugnisgruppen anders geartete Produktionsanlagen erforderlich sind. Die Überlegungen zeigen jedoch, daß es ausgeschlossen ist, ein wirtschaftsstatistisches Gesamtbild, das nicht nur produktionstechnische, sondern auch weitgehend wirtschaftliche Daten enthalten soll, auf der Grundlage von Einheiten aufzustellen, die an Erzeugnisgruppen orientiert sind. Ein solcher Versuch würde der Statistik Einheiten zugrunde legen, die meist nur als gedachte Zurechnungseinheiten vorhanden sind, ohne in der inneren Struktur des Unternehmens als räumlich sichtbare oder faßbare Teile des Unternehmens zu erscheinen. Auf alle Fälle würde ein solches Verfahren eine weitgehende Umstellung und vor allem eine Vereinheitlichung der Buchführungsmethoden

der Unternehmen voraussetzen. Überhaupt ist darauf hinzuweisen, daß die Auflage, Aufwands- und Ertragsrechnungen für Unternehmensteile zu erstellen, das Unternehmen zu Aufteilungen zwingt, die es zwar im Rahmen seiner Kostenrechnung für Kalkulationszwecke auch von sich aus machen wird, in der Regel aber nur auf der Kostenseite. Die Kostenrechnung wird jedoch stets von Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit diktiert, die von Unternehmen zu Unternehmen zu verschiedenen Aufteilungen führen werden; mit einheitlichen Aufteilungsgrundsätzen, die man auch bei statistischen Erhebungen zugrunde legen könnte, kann nicht gerechnet werden. Sinn hätte das ganze Verfahren aber nur, wenn wirklich „zugerechnet“ wird und nicht erhebliche „Gemeinkosten“ (hinter denen die Nebenfunktionen und die Nebenbetriebe der Hauptfunktionen stehen) nach einem mehr oder weniger willkürlichen Schlüssel auf die einzelnen Erzeugnisgruppen umgelegt werden.

Es muß also auch hier überlegt werden, ob die erwünschten Einblicke in die zur Diskussion stehenden Tatbestände nicht auch mit anderen statistischen Mitteln als mit einer fachlichen Aufteilung möglich sind.

Da die Aufteilung an den Erzeugnisgruppen orientiert ist, kann der produktionsstatistische Nachweis der Erzeugnisse hier hervorragende Dienste leisten. Wenn man systematisch überprüft und entscheidet, welche Produkte wirtschaftspolitisch interessant genug sind, um nicht nur die zum Absatz bestimmte Produktion, sondern daneben auch den gesamten Ausstoß zu erfragen, so läßt sich für die Erzeugnisse der Anteil der „reinen“ und der „kombinierten“ Unternehmen an der gesamten Produktion und an der Produktion für den Markt einwandfrei erkennen. Hierfür ist also eine Aufsplitterung in fachliche Unternehmensteile nicht erforderlich. Es genügt, wenn man erkennbar macht, daß es sich um „reine“ bzw. um „kombinierte“ Unternehmen handelt.

Ob eine horizontale oder eine horizontal und vertikal gemischte Kombination vorliegt, läßt sich, wie es schon bei den vertikalen Kombinationen dargelegt wurde, an Hand der Daten über den Produktionsausstoß feststellen. Voraussetzung ist auch hier, daß man vorher im Zusammenhang mit der Aufstellung der Darstellungssystematik eine Entscheidung getroffen hat, welche Kombinationsfälle man aus wirtschaftswissenschaftlichen, wirtschaftspolitischen oder produktionstechnischen Gründen für nachweisenswert hält.

Die Aufteilung horizontaler und vertikaler Kombinationen ist hier an Beispielen aus dem Produktionsbereich abgehandelt worden. Das ist deshalb geschehen, weil im Produktionsbereich solche Kombinationen am häufigsten sind und daher im Mittelpunkt des Interesses stehen. Entsprechende Überlegungen gelten aber auch für alle übrigen Bereiche, bei denen allerdings vertikale Kombinationen selten sind und auch horizontale Kombinationen nur eine geringere Rolle spielen. In diesen Bereichen ist es im übrigen häufig sehr schwierig, zwischen den genannten beiden Kombinationsarten zu unterscheiden.

Außerhalb der produzierenden Bereiche sind die Zusammenhänge zwischen der Art der gehandelten oder transportierten Waren und den dahinter stehenden Verteilungs- oder Transportanlagen nicht so eng, wie dies im Produktionsbereich

der Fall ist, aber häufig doch vorhanden. Im Transportwesen z. B. werden – abgesehen davon, daß für die Beförderung von Personen im allgemeinen andere Fahrzeuge benutzt werden als für die Beförderung von Gütern – für verschiedene Güterarten verschiedenartige Fahrzeuge (Kühlwagen, Kesselwagen, offene oder geschlossene Fahrzeuge) eingesetzt. Für ihre Verwendung gelten aber auch andere Grundsätze als die der produktionstechnischen Eigenart der transportierten Waren; hinzu kommt beispielsweise die Art der Verpackung, die Größe der einzelnen Sendung usw.

Die Dienstleistungen des Handels (und besonders des Einzelhandels) werden in ihrer Art ebenfalls weitgehend von den Eigenschaften der gehandelten Waren bestimmt. So kann z. B. ein auf den Verkauf von Fischen eingerichtetes Einzelhandelsgeschäft nicht ohne weiteres auf den Verkauf von Textilien oder Tabakwaren übergehen. Die Art der produzierten Dienstleistungen hängt aber nicht nur von den technischen Eigenschaften der gehandelten Waren, sondern weitgehend auch vom jeweiligen Kundenkreis und von der – ihrerseits vom Kundenkreis nicht unabhängigen – Betriebs-(bzw. Vertriebs-)form ab. Auch die Breite des Sortiments spielt eine ausschlaggebende Rolle. So verkaufen die Einzelhandelsgeschäfte mit Lebensmitteln – produktionstechnisch gesehen – schon sehr verschiedenartige Lebensmittel, außerdem verkaufen sie gleichzeitig z. B. auch Genußmittel, Streichhölzer, Waschmittel und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs. In der Betriebsform der Warenhäuser wird ein sehr breites Warensortiment angeboten, so daß also eine sehr weitgehende horizontale Kombination von Waren vorliegt, wobei die Sortimente der einzelnen Abteilungen aber wiederum in erster Linie durch „Bedarfsgruppen“ der Kundschaft und allgemeine Verkaufs- und Werbungsüberlegungen und nicht durch die technischen Eigenarten der Waren bestimmt werden. Vom vielfältigen Bedarf bestimmter Kundengruppen hängt auch das Sortiment verschiedener Großhandelszweige ab; so gibt es z. B. zahlreiche Großhandelsfirmen, die praktisch mit sämtlichen Artikeln (außer den eigentlichen „Rohstoffen“) handeln, die von Bäckern oder Schlächtern benötigt werden.

Für die Darstellungssystematik und gegebenenfalls für eine entsprechende Aufteilung von Handels- und Verkehrsunternehmen usw. in fachliche Unternehmensteile treten also an die Stelle der „produktionstechnischen“ Zusammenhänge solche „verteilungs“- bzw. „beförderungstechnischer“ Art. Grundsätze gelten aber alle an einem Beispiel aus dem Produktionsbereich angestellten Überlegungen entsprechend auch für die übrigen Bereiche.

5. Kombination mehrerer Hauptfunktionen

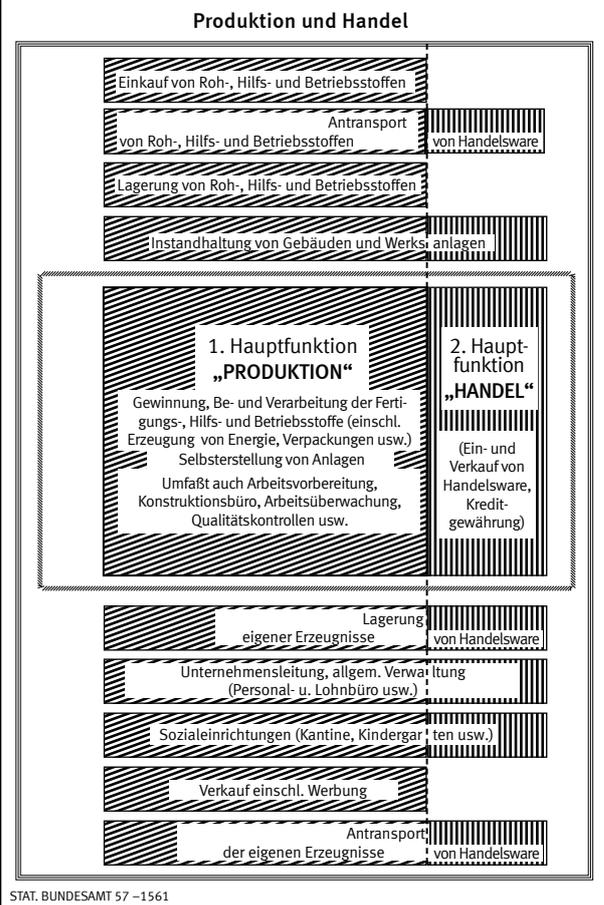
Die bisher entwickelten Gedanken für die Unterscheidung fachlicher Unternehmensteile sind auch dann anwendbar, wenn in einem Unternehmen mehrere Hauptfunktionen miteinander kombiniert sind. In der Regel wird es sich dabei um sehr heterogen erscheinende Tätigkeiten handeln. Es sei daran erinnert, daß die Zusammenfassung solcher Tätigkeiten in der Hand einer Person (z. B. eines Umsatzsteuerpflichtigen) nicht dazu zu führen braucht, daß diese Zusammenfassung als ein einziges Unternehmen zu betrachten ist. Durch die in dieser Untersuchung vorgeschlagene Definition des „Unternehmens“ führen insbesondere die sehr häufigen Verbindungen land-

wirtschaftlicher Tätigkeiten mit verschiedenartigen anderen Tätigkeiten zu getrennten selbständigen Unternehmen. Im folgenden geht es also um solche innerhalb eines Unternehmens auftretenden verschiedenartigen Tätigkeiten, die – selbst wenn sie auf den ersten Blick heterogen erscheinen – untereinander dennoch betriebswirtschaftlich zusammenhängen, und zwar über den gemeinsamen Einsatz von Arbeitskräften hinaus.

Die Grenzen zwischen einem „Funktionenbündel“ und einer „Kombination mehrerer Hauptfunktionen“ sind fließend; das geht auch schon aus den oben (II B 2) dargestellten Definitionen hervor. Zur weiteren Erläuterung mögen folgende Beispiele dienen: Ein Handelsunternehmen hat einen Fuhrpark zum branchenüblichen An- und Abtransport der verkauften Waren. Hier liegt ein „Funktionenbündel“ mit der Hauptfunktion Handel und der Nebenfunktion Transport vor. Eine Kohlenhandlung mit Fuhrpark übernimmt neben dem An- und Abtransport der Kohlen andere Transportleistungen. Hier können die Handels- und die Transportfunktion als gleichberechtigt nebeneinanderstehende „Hauptfunktionen“ betrachtet werden. Diese hier zunächst als heterogen bezeichneten Tätigkeiten können entweder wie ein „Nebenbetrieb“ innerhalb der Hauptfunktion oder besser in Analogie zu einem fachlichen Unternehmensteil in horizontaler Sicht behandelt werden.

Andere Beispiele für die Kombination mehrerer Hauptfunktionen sind die Schlächterei bzw. Bäckerei mit Gastwirtschaft,

4. BEISPIEL EINER KOMBINATION ZWEIER HAUPTFUNKTIONEN



die Gastwirtschaft mit Einzelhandel oder die Spinnweberei mit sehr umfangreichem Verkauf von Handelsware (etwa in Form eines angeschlossenen Versandgeschäftes; vgl. Schaubild 4). In allen solchen Fällen wird bei der Ausarbeitung der Darstellungssystematik entschieden werden müssen, welche Kombinationen dieser Art als nachweisungswürdig anzusehen sind. Es müßte dann nach den in dieser Untersuchung wiederholt angedeuteten Methoden, also insbesondere mit Hilfe einer Aufteilung der produzierten oder abgesetzten Waren oder Dienstleistungen, das Vorhandensein einer solchen Kombination festgestellt werden.

Die Möglichkeiten, anlässlich einer bestimmten Statistik entweder nur das Vorhandensein solcher Kombinationen nachzuweisen oder sie darüber hinaus in einzelne fachliche Unternehmensteile aufzulösen, sind auch für diese heterogen erscheinenden Kombinationen zweier nebeneinanderstehenden Hauptfunktionen die gleichen wie bei den bisher behandelten Fällen. Das gilt auch dann, wenn eine landwirtschaftliche Tätigkeit einen echten, betriebswirtschaftlich bedingten Teil eines Unternehmens darstellt. Da die landwirtschaftliche Produktion im allgemeinen an die Bewirtschaftung einer Bodenfläche gebunden ist, und da sich ferner auch viehwirtschaftliche Betriebe ohne eigene Bodenbewirtschaftung leicht von gewerblichen Produktionsverfahren unterscheiden lassen, kann das Vorhandensein landwirtschaftlicher Kombinationsteile in den allermeisten Fällen schon durch eine Frage nach einer zum Unternehmen gehörigen (also nicht nur durch die Person des Unternehmers mit ihm verbundenen) landwirtschaftlich bewirtschafteten Bodenfläche geklärt werden. Auch die Herauslösung solcher landwirtschaftlichen Unternehmensteile und ihre Zurechnung zur „Landwirtschaft“ für die Zwecke eines Gesamtüberblickes über landwirtschaftliche Produktionsgrundlagen und Produktionsleistungen ist verhältnismäßig einfach. Es sei nochmals betont, daß hierbei nur an echte landwirtschaftliche Unternehmensteile gedacht ist. Die Frage, ob es unter soziologischen Gesichtspunkten interessant ist, außerdem auch festzustellen, ob der Inhaber eines gewerblichen Unternehmens für seine Person gleichzeitig noch Inhaber eines landwirtschaftlichen Unternehmens ist, steht auf einem anderen Blatt und hat mit den hier erörterten Problemen der Darstellungseinheit kaum etwas zu tun.

C. Die örtliche Einheit

In den vorstehenden Abschnitten A und B sind bisher das Unternehmen als Ganzes oder einzelne „fachliche Unternehmensteile“ als Darstellungseinheiten betrachtet worden. Die Aufgliederung des Unternehmens in verschiedene örtliche Niederlassungen und die „örtliche Einheit“ als Darstellungseinheit wurden dabei nur gestreift¹⁸⁾.

In den „Gedanken zum Zählungsprogramm 1960“ wurde bereits herausgearbeitet, daß es sich bei der örtlichen Nachweisung und der regionalen Aufteilung eines Unternehmens grundsätzlich um ein anders geartetes Problem handelt als bei einer Aufteilung des Unternehmens unter fach-

lichen Gesichtspunkten, selbst dann, wenn solche fachlichen Unternehmensteile örtlich getrennt vom Hauptteil des Unternehmens auftreten.

Vergleicht man die „örtliche Einheit“ mit den bisher diskutierten Einheiten, so werden sich in der großen Zahl aller Fälle, in denen das Unternehmen räumlich beieinander liegt und somit nur aus einer einzigen Niederlassung besteht, „Unternehmen“ und „örtliche Einheit“ inhaltlich decken. In diesen Fällen gelten also die für oder gegen eine fachliche Aufteilung von „Unternehmen“ mit mehreren Tätigkeiten vorgebrachten Argumente automatisch ebenfalls für die „örtlichen Einheiten“.

Besteht ein Unternehmen aus mehreren örtlichen Einheiten, so können diese einen oder mehrere fachliche Unternehmensteile umfassen. Es ist schon in anderem Zusammenhang dargelegt worden, daß einzelne oder mehrere Nebenfunktionen aus dem „Funktionenbündel“ örtlich getrennt ausgeübt werden können (z. B. der Einkauf und Verkauf, die allgemeine Verwaltung usw., die in einem besonderen Verwaltungsgebäude getrennt vom Werk oder von den einzelnen Werken untergebracht sind). Es ist fernerhin möglich, daß Nebenbetriebe innerhalb der Hauptfunktion (z. B. Kraftwerk oder Kistenfabrik) räumlich getrennt untergebracht sind. Bei Unternehmen mit vertikal oder horizontal kombinierten Teilen innerhalb der Hauptfunktion ist es ebenfalls denkbar, daß besonders die an den betriebsorganisatorisch vorhandenen Produktionsanlagen orientierten fachlichen Unternehmensteile auch räumlich getrennt von der Hauptniederlassung des Unternehmens auftreten. Auch horizontal nebeneinanderstehende Zweigniederlassungen mit gleicher Tätigkeit sind durchaus denkbar und besonders im Handel sehr häufig.

In Abschnitt I dieser Untersuchung sind die wichtigsten wirtschaftlichen Tatbestände aufgezählt worden, für die eine Nachweisung nach – oder auch nach – örtlichen Einheiten sinnvoll ist. Soweit es sich dabei nicht um Angaben handelt, die nur im Unternehmenszusammenhang der Aufwands- und Ertragsrechnung sinnvoll betrachtet werden können, bietet eine solche Darstellung nach örtlichen Einheiten nur bei wenigen Tatbeständen methodische oder praktische Schwierigkeiten. Neben dem Unternehmen (der Firma) ist die örtliche Niederlassung eine im tatsächlichen Aufbau der Wirtschaft vorhandene Einheit, die als solche erfaßt und betrachtet werden kann, ohne daß hierfür komplizierte Aufschlüsselungen erforderlich sind. Bei den für die örtlichen Einheiten greifbaren Daten wird es sich meist um solche handeln, die sich auf produktionstechnische Zusammenhänge beziehen, denn hierüber werden auch in den einzelnen örtlichen Einheiten meistens Aufzeichnungen vorhanden sein, auch wenn sie nicht zu einem geschlossenen Buchführungssystem ausreichen.

Bei den Tatbeständen, die in ihrer regionalen Verteilung interessieren, wird es selbstverständlich auch erwünscht sein, eine Zusammenfassung nach Wirtschaftszweigen vorzunehmen. Man muß sich aber vor dem häufig anzutreffenden Trugschluß hüten, daß eine Addition der örtlichen Einheiten im Gegensatz zu einer Zusammenfassung der Unternehmen zu „homogenen“ Wirtschaftsbereichen führt. Für den Großteil aller Fälle, nämlich wenn Unternehmen und örtliche Niederlassung identisch sind, treten – wie schon gesagt – genau die

¹⁸⁾ Die Ausdrücke „örtliche Niederlassung“ und „örtliche Einheit“ werden hier – wie schon gesagt – synonym verwendet. Die Tatsache, daß die „Niederlassung“ handelsrechtlich eher so etwas wie eine „gemeindliche Einheit“ ist, also mehrere „örtliche Einheiten“ im strengen Sinne umfassen kann, die ins Handelsregister gemeinsam als *eine* Niederlassung eingetragen sind, wurde der Einfachheit halber außer Betracht gelassen.

gleichen Schwierigkeiten auf, und es können und müssen gegen die „örtlichen Einheiten“ die gleichen Argumente geltend gemacht werden wie gegen eine Zusammenfassung nach Unternehmen. Dabei sollte man nicht übersehen, daß gerade die kompliziertesten Kombinationen im Bereich des Bergbaus und der Schwerindustrie mit angegliederten chemischen Prozessen oder angegliedertem Stahlbau, Maschinenbau usw. durch die Verbundenheit der Produktionsprozesse häufig einen einzigen örtlichen Komplex darstellen. Gewiß können in einer Reihe von Fällen örtliche Gebilde entstehen, die eine Zusammenfassung zu „homogenen“ Wirtschaftsbereichen erleichtern. Das geschieht aber nur dann, wenn fachliche Unternehmensteile, die sich an besonders gearteten Produktionsanlagen orientieren, aus der Hauptfunktion des Unternehmens örtlich ausgegliedert sind. In anderen Fällen jedoch, in denen Nebenfunktionen oder Nebenbetriebe (also Verwaltungsgebäude, Fuhrpark, Kraftwerk usw.) örtlich getrennt auftreten, können umgekehrt neue Unklarheiten und Ungereimtheiten in bezug auf die Homogenität der Wirtschaftszweige entstehen, wenn solche örtlichen Einheiten lediglich auf Grund der in ihnen ausgeübten Tätigkeiten zusammengefaßt werden. Es ist jedenfalls nicht einzusehen, warum die „Homogenität“ der dargestellten Wirtschaftszweige gefördert werden sollte, wenn bei einem Teil der Unternehmen die mehr oder weniger zufällig örtlich ausgegliederten Nebenfunktionen oder Nebenbetriebe wegen ihrer getrennten Lage als besondere Einheiten behandelt und auch ihrer eigenen Tätigkeit nach systematisch zugeordnet werden, während die entsprechenden örtlich nicht getrennt liegenden Nebenbetriebe oder Nebenfunktionen der schwerpunktmäßigen Zuordnung des gesamten Unternehmens folgen.

Die hier angedeuteten Schwierigkeiten können allerdings teilweise dadurch behoben werden, daß bei einer Darstellung von Tatbeständen auf der Grundlage örtlicher Einheiten die Zweigniederlassungen eines Unternehmens als solche gekennzeichnet werden. Es ist dann möglich, die örtlich getrennten Verwaltungsbüros, Kraftwerke usw. auch bei dem Wirtschaftszweig aufzuführen, in dem das gesamte Unternehmen schwerpunktmäßig untergebracht ist. Bei einem solchen Verfahren ist es andererseits auch möglich, die örtlich isoliert liegenden Verwaltungsgebäude, Kraftwerke, Kistenfabriken usw. bei der Betrachtung regionaler Gebiete bei den entsprechenden Wirtschaftszweigen unterzubringen, aber als örtliche Zweigniederlassungen eines anders gearteten Unternehmens zu kennzeichnen. Man darf nur nicht annehmen, daß eine derartige bereichsweise Zusammenfassung der örtlichen Einheiten für große Gebiete und für die Volkswirtschaft im ganzen „richtiger“ wäre als eine entsprechende Zusammenfassung der Unternehmen, denn sie führt, wie dargelegt worden ist, durchaus nicht zu Wirtschaftszweigen größerer Homogenität. Die Homogenität der Wirtschaftsbereiche ist nun einmal ein Problem, das grundsätzlich von der fachlichen Kombination mehrerer Tätigkeiten in einem Unternehmen abhängig ist und nicht von der regionalen Aufteilung des Unternehmens.

Die für das Unternehmen und die fachlichen Unternehmensteile erörterte Frage, ob man das mit einer Aufteilung angestrebte Ziel des Überblicks über die Verteilung der Marktanteile und über die Konkurrenzverhältnisse zwischen „reinen“ und „kombinierten“ Unternehmen nicht auch mit anderen statistischen Mitteln erreichen könnte, stellt sich bei den „örtlichen

Einheiten“ nicht in gleichem Maße. Bei den Tatbeständen, auf die es bei den regionalen Nachweisungen ankommt, handelt es sich – vor allem innerhalb des produzierenden Bereichs der Wirtschaft – in erster Linie um produktionstechnisch und soziologisch interessierende Vorgänge (z. B. aus der Umgebung zu deckender Kräftebedarf, Verkehrsprobleme usw.). Etwas anders sieht es in den Verteilungsbereichen aus, da hier durchaus örtliche Zweigniederlassungen größerer Unternehmen mit kleinen Einzelhandelsunternehmen in Konkurrenz stehen. Der Marktanteil wird dabei aber schon allein nach der Höhe des Absatzes der einzelnen Verkaufsstellen beurteilt werden können, und dieser dürfte auch für örtliche Einzelhandelsfilialen ohne größere Schwierigkeiten faßbar sein, da hier das schwierige Problem der innerbetrieblichen Lieferung einzelner Zweigwerke an andere Teile des gleichen Unternehmens, wie es im produzierenden Bereich vorhanden ist, nicht oder nicht in gleichem Maße vorkommt.

Der bei den örtlichen Einheiten stets besonders wichtig hervorgehobene Tatbestand der beschäftigten Personen läßt sich einwandfrei nachweisen. Für einige der regional wichtigen Probleme des Arbeitsmarktes, der Wohnungsversorgung, des Verkehrs dürften solche Angaben auch dann ausreichend sein, wenn eine genaue Aufgliederung der Beschäftigten auf die einzelnen in der örtlichen Einheit enthaltenen fachlichen Unternehmensteile nicht möglich ist. Will man eine Aufteilung der in den örtlichen Einheiten Beschäftigten auf „homogene“ Wirtschaftszweige, so gelten dafür die gleichen Überlegungen wie für eine fachliche Aufteilung der Unternehmen.

D. Vergleich mit den international vorgeschlagenen Darstellungseinheiten

Der in dieser Untersuchung vorgeschlagene Begriff des „Unternehmens“ dürfte dem international vorgeschlagenen Standard voll entsprechen. Die Anlehnung an das Handels- und (Gewerbe-)Steuerrecht bringt für die deutschen Verhältnisse die international geforderte kleinste rechtlich definierte Einheit (smallest legally defined entity). Was geschehen soll, wenn die Rechtsvorschriften, die der Definition der kleinsten rechtlich definierten Einheiten entsprechen, einzelne Wirtschaftsbereiche ausschließen, ist international noch nicht geklärt. Der hier gemachte Vorschlag, in solchen Fällen einen zur kleinsten rechtlich definierten Einheit analogen Begriff anzuwenden, sollte aber auch international gangbar sein.

Die „örtliche Einheit“ tritt als internationaler Begriff nur am Rande auf. In den „International Standards in Basic Industrial Statistics“ wird wie folgt definiert:

The local unit is „that portion of the enterprise occupying a single location (i. e. a connected piece of land)“.

Die örtliche Einheit ist „derjenige Teil des Unternehmens, der sich an einer Stelle (d. h. auf einem zusammenhängenden Grundstück) befindet.“

Diese Definition dürfte etwa mit dem in der deutschen Statistik verwendeten Begriff übereinstimmen.

Die übrigen international zur Diskussion stehenden Darstellungseinheiten betreffen alle das Problem einer fachlichen Aufgliederung des Unternehmens. Es soll daher

an dieser Stelle untersucht werden, ob und wie sich die internationalen Vorschläge mit den hier diskutierten Möglichkeiten der Unterscheidung fachlicher Unternehmensteile decken oder von ihnen unterscheiden. Zugrunde gelegt werden dabei in erster Linie die in den schon zitierten „Draft Revisions to the International Standards in Basic Industrial Statistics“ enthaltenen Definitionen, auch wenn diese noch nicht mit den Begriffsbestimmungen der ISIC abgestimmt sind. Hierbei ist zu beachten, daß die Vorschläge der Vereinten Nationen sich nur auf ausgewählte industrielle Tatbestände beziehen, und daß man eine für diese Tatbestände geeignete Darstellungseinheit gesucht hat. Das Problem einer einheitlichen Darstellungseinheit für ein geschlossenes System der gesamten Wirtschaftsstatistik für alle Wirtschaftsbereiche ist bisher international noch nicht ausreichend behandelt worden.

Die genannten Vorschläge zur Industriestatistik enthalten zum ersten Mal eine ausführliche Definition des „establishment“, das hier mit „Betrieb“ übersetzt werden soll. Die Definition sei hier im Originaltext und in deutscher Übersetzung wiedergegeben:

An establishment is „that group of activities, carried on by the enterprise in one local unit, which contribute indirectly as well as directly to the production of closely related products or services – provided that

- (i) these activities are organized into a single management unit and
- (ii) for this management unit, separate records are maintained (or separate estimates can be made) that can provide the data concerning the materials, labour and other resources (both direct and indirect) going into the production of the closely related products or services.

Most frequently the establishment will in fact be an individual plant, mine, well, factory, cokery, generating station, workshop or household“.

Ein Betrieb ist „diejenige Gruppe von Tätigkeiten eines Unternehmens innerhalb einer örtlichen Einheit, die sowohl mittelbar als auch unmittelbar zur Produktion eng zusammengehöriger Erzeugnisse oder Dienstleistungen beiträgt, vorausgesetzt daß

- (i) diese Tätigkeiten als eine einzige Betriebseinheit (management unit) organisiert sind, und
- (ii) daß für diese Betriebseinheit (management unit) getrennte Aufzeichnungen gemacht werden (oder getrennte Schätzungen gemacht werden können), aus denen (sowohl direkt als auch indirekt) Angaben gewonnen werden können über den Materialverbrauch, die Arbeitskräfte und andere Faktoren (resources), die in die Produktion der eng zusammengehörigen Erzeugnisse der Dienstleistungen eingehen.

In den meisten Fällen wird der „Betrieb“ tatsächlich eine individuelle Werksanlage (plant), ein Bergwerk, eine Bohrstelle, Fabrik, Kokerei, ein Kraftwerk, eine Werkstatt oder ein einzelner Haushalt sein“.

Aus dieser Definition und aus anderen Hinweisen in dem fraglichen Dokument geht hervor, daß das Unternehmen zu-

nächst in seine örtlichen Einheiten zerlegt und daß jede örtliche Einheit in so viele Betriebe (establishments) unterteilt werden soll, wie sie verschiedene Gruppen zusammengehöriger Güter oder Dienstleistungen hervorbringt. Wie viele „establishments“ unter diesen Umständen aus einer örtlichen Einheit zu bilden sind, wird von der gewählten Darstellungssystematik abhängig gemacht. (Daß die Frage nach den Kriterien für eine gleichmäßige Aufteilung dann bei der Aufstellung der Systematik gelöst werden muß, wurde schon an anderer Stelle dieser Untersuchung erwähnt.) Die Definition des „establishments“ will, wie ausdrücklich festgestellt wird, organisatorische Realitäten des Wirtschaftslebens berücksichtigen. In diesem Sinne ist wohl das einschränkende Kriterium zu verstehen, nach dem die zu einem Betrieb zusammenfassenden Tätigkeiten in der Unternehmensorganisation eine „management unit“ darstellen und daß für diese Betriebseinheit möglichst getrennte Aufzeichnungen („separate records“) vorliegen sollen.

Das „establishment“ ist also eine Einheit, die begrifflich sowohl Elemente des „Kostenträgers“ (production of closely related products) als auch der „Kostenstelle“ (management unit) enthält. Hierin liegt eine gewisse Mehrdeutigkeit, deren Problematik nicht übersehen werden darf. Vor allem im Falle der horizontalen Kombination wird es wahrscheinlich in vielen Fällen sehr schwer fallen, jeder einzelnen Erzeugnisgruppe auch eine faßbare und erkennbare organisatorische Betriebseinheit zuzuordnen. Es wird allerdings nicht völlig klar, was unter einer „management unit“ zu verstehen ist. Man darf wohl annehmen, daß ein organisatorisch klar abgegrenzter Unternehmensteil (im Sinne einer „Kostenstelle“) gemeint ist; genau genommen treffen die internationalen Kriterien – insbesondere die einheitliche Leitung – eigentlich nur auf das Unternehmen zu.

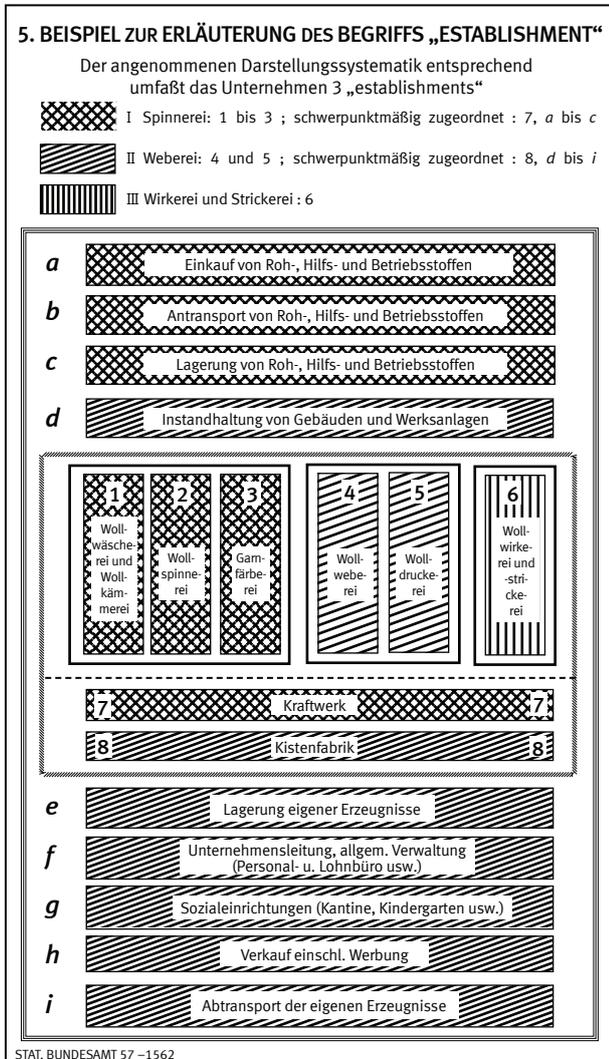
Die Abgrenzung des „establishment“, vor allem auch im Hinblick auf die Behandlung von Nebenfunktionen und Hilfs- und Nebenbetrieben, kann man nur verstehen, wenn man gleichzeitig die Definition der „ancillary unit“ berücksichtigt:

An ancillary unit is „a unit which provides services exclusively, or largely, for its parent enterprise, or produces goods and/or supplies for the use of the enterprise, which goods or supplies do not themselves become an integral part of any product of the enterprise“.

Ein „Hilfsbetrieb“ ist „eine Einheit, die Dienstleistungen und/oder Güter ausschließlich oder überwiegend für die Nutzung durch das eigene Unternehmen hervorbringt. Dabei wird vorausgesetzt, daß die produzierten Güter kein integrierender Bestandteil irgendeines Produkts des Unternehmens werden“.

Danach würde die Herstellung von Hilfs- und Betriebsstoffen, also das Kraftwerk und die Kistenfabrik, die in den früheren Beispielen als Hilfs- oder Nebenbetrieb innerhalb der Hauptfunktion gekennzeichnet worden sind, nach den internationalen Begriffen als „Hilfsbetriebe“ (ancillary units) gelten. Andererseits bilden Betriebsteile, in denen Vorprodukte hergestellt werden, die als integrierende Bestandteile der Endprodukte anzusehen sind, keine „Hilfsbetriebe“, sondern eigene „establishments“. Als Beispiele seien hier die Spinnerei in der Spinnweberei oder auch die Gießerei in einer Maschinenfabrik erwähnt. Auf diese Art würden also vertikale Kombina-

tionsteile innerhalb der Hauptfunktion aufgezeigt werden und eine besondere Einheit bilden. Daß horizontale Kombinationen ebenfalls zerlegt werden sollen, geht schon aus der allgemeinen Definition des „establishment“ hervor.



Die „Hilfsbetriebe“ (erwähnt werden Baubüros, Kraftwerke, Lagerhäuser, Fuhrparks, Verwaltungsbüros) – in der für deutsche Zwecke gewählten Terminologie also die Nebenfunktionen und Hilfs- und Nebenbetriebe – sollen dort, wo eine örtliche Einheit nur ein Produkt bzw. nur eine systematisch zusammengehörige Gruppe von Produkten hervorbringt, in das (hier mit der örtlichen Einheit identische) „establishment“ einbezogen werden, es sei denn, diese „Hilfsbetriebe“ bedienen oder belieferten auch andere „establishments“ des gleichen Unternehmens. Werden mehrere Produkte (bzw. Produktgruppen) ausgebracht, woraus dann nach den internationalen Definitionen auch mehrere „establishments“ entstehen, so sollten die „Ancillary units“ nicht auf die einzelnen „establishments“ – also nicht auf die Teile der Hauptfunktion – aufgeteilt werden; sie bilden dann eine Art eigener Hilfs-„establishments“. Ebenso ist es, wenn ein Hilfsbetrieb örtlich getrennt liegt oder wenn er zwar mit einem „establishment“ des Unternehmens örtlich vereinigt ist, aber auch für andere Teile

(establishments) des Unternehmens tätig ist. Die so entstehenden Hilfs-„establishments“ sind systematisch nach der Tätigkeit desjenigen Betriebes einzuordnen, der von allen bedienten bzw. belieferten „establishments“ das größte Gewicht hat. Daneben wird die Möglichkeit offengelassen, sie auch nach der Art ihrer eigenen Tätigkeit zu klassifizieren.

Die geschilderte Definition wird in Abbildung 5 an einem einfach Beispiel erläutert. Dabei wird angenommen, daß die – für die Aufteilung nach „establishments“ bekanntlich entscheidende – Darstellungssystematik Positionen für „Spinnereien“, „Webereien“ sowie für „Wirkereien und Strickereien“ unterscheidet. Zur Kritik der Definition des „establishment“ wurde oben schon ihre Mehrdeutigkeit erwähnt. Dazu kommen alle in früheren Teilen dieser Ausarbeitung schon genannten Bedenken, die dagegen sprechen, nur die Hauptfunktion ohne Berücksichtigung der daran hängenden Nebenfunktionen in einzelne fachliche Unternehmensteile zu zerlegen. Diese Bedenken sind umso stärker, wenn eine solche Zerlegung schon bei der Erhebung vorgenommen werden soll, weil dann von vornherein auf alle Unterlagen verzichtet wird, die zur Kennzeichnung der Struktur des Unternehmens wichtig wären. Die Bedenken gegen die Zurechnung bzw. Aufteilung von Hilfsbetrieben sind jedoch gegenstandslos, da diese nicht nach Produktionsgruppen aufgeschlüsselt werden sollen. Ob es allerdings zweckmäßig ist, nur die Hauptfunktion (in ihre Kombinationsteile) zu zerlegen und alle Nebenfunktionen schwerpunktmäßig einzuordnen, erscheint recht fraglich. Den hier geäußerten Auffassungen entspricht es zwar, daß die Hilfs-„establishments“ systematisch nicht mit „reinen“ Betrieben der gleichen Art zusammengefaßt werden; die einzelnen systematischen Positionen bleiben jedoch trotzdem noch recht heterogen zusammengesetzt. Zum Beispiel würde die Position „Spinnerei“ umfassen:

1. die „reinen“ Spinnereien („establishments“ = örtliche Einheiten bzw. sogar Unternehmen) mit allen jeweils vorhandenen Nebenfunktionen und Hilfs- und Nebenbetrieben und
2. die als fachliche Unternehmensteile aus den kombinierten Spinnwebereien herausgelösten Spinnereien, und zwar teilweise
 - a) mit schwerpunktmäßig zugeteilten Nebenfunktionen und Hilfsbetrieben,
 - b) ohne schwerpunktmäßig zugeteilte Nebenfunktionen und Hilfsbetriebe.

Von betriebswirtschaftlich homogenen, vergleichbaren Einheiten kann also kaum die Rede sein. Dieser Gesichtspunkt tritt in den internationalen Vorschlägen überhaupt sehr in den Hintergrund, wahrscheinlich, weil man bei der Industriestatistik nach angelsächsischer Überlieferung sehr stark an produktionstechnische Zusammenhänge denkt.

Die erwähnten willkürlichen bzw. zufälligen Elemente, die der Definition des „establishment“ anhaften, werden noch verstärkt, wenn empfohlen wird, zwei gleichartig kombinierte Unternehmen – Kohlenbergwerke mit Eisen- und Stahlgewinnung und Walzwerk – je nach den praktisch vorhandenen Aufteilungsmöglichkeiten verschieden zu behandeln. Das Unternehmen mit den besseren Unterlagen wäre aufzuteilen und

drei verschiedenen Wirtschaftszweigen zuzuordnen, während das andere Unternehmen geschlossen in einer entsprechenden Kombinationsklasse erscheinen würde. (Allerdings wird im Original der Sinn dieser Empfehlung nicht völlig klar; sie kann sich auch auf die Frage beziehen, ob und wann die Systematik Kombinationsklassen vorsehen sollte, in die alle entsprechend kombinierten Betriebe bzw. Unternehmen einzuordnen wären).

In den „Draft Revisions in the International Standard Industrial Classification of all Economic Activities“ wird das „establishment“ noch nicht der dargestellten neuen Definition entsprechend abgegrenzt, so daß diese Definition bisher nur für industriestatistische Zwecke bekannt ist. Der Entwurf einer verbesserten ISIC enthält außerdem noch die Definition der „technical unit“ und der „operational unit“. Auf die ausführliche Wiedergabe der Begriffsbestimmung der „technical unit“ soll hier verzichtet werden, da auch sie noch nicht auf die geänderten Definitionen der „Draft Revisions to the International Standards in Basic Industrial Statistics“ abgestellt worden ist.

Den letzteren kann man entnehmen, daß jedes „establishment“ nur eine „technical unit“ enthalten soll, zu der alle Tatbestände gerechnet werden, die sich unmittelbar auf den Produktionsprozeß beziehen. Man ist sich dabei darüber im klaren, daß z. B. bei einer Darstellung der Beschäftigten nach technischen Einheiten, die als Beschäftigte nur die unmittelbar in der Produktion Beschäftigten (operatives) umfassen könnte, Lücken entstehen müssen. Solche Lücken sind bei einer Darstellung nach „establishments“ nicht möglich, denn hier gilt das Prinzip des „full coverage“, d. h. die Summe aller „establishments“ ist identisch mit der Summe aller Unternehmen.

Die „technical unit“ ist, obgleich dieser Ausdruck zumindest in der wörtlichen Übersetzung eher die Einheitlichkeit der Produktionsanlage und des Produktionsablaufs anklingen läßt, wie das „establishment“ als eine nach Erzeugnisgruppen orientierte fachliche Einheit anzusehen. Dagegen steht bei der „operational unit“ eher die Einheitlichkeit der Produktionsanlage und des Produktionsablaufs im Vordergrund. Sie ist folgendermaßen definiert:

„The operational unit is a means of subdividing the establishment into units according to the nature of the work done, even when such work is ancillary to the main activity of the establishment.“

„Die ‚operational unit‘ dient als Mittel, um den Betrieb nach der Art der geleisteten Arbeit aufzuteilen, auch wenn es sich dabei um eine der Haupttätigkeit untergeordnete Hilfstätigkeit handelt.“

Es wird hinzugefügt, daß die ISIC für eine Gruppierung von „operational units“ nicht geeignet und für eine Klassifizierung „technischer Einheiten“ zu allgemein, also nicht ausreichend unterteilt sei. Unter den international als „operational units“ bezeichneten fachlichen Unternehmensteilen wird man die in den Schaubildern durch Querbalken dargestellten Tätigkeiten, d. h. den Wareneinkauf, den Fuhrpark, das Lagerhaus, die Wollwäscherei und -kämmerei, die Spinnerei, die Garnfärberei, die Wollweberei, die Wolldruckerei, das Kraftwerk, die Kistenfabrik, die allgemeine Verwaltung, den Verkauf usw.

zu verstehen haben. Es ist schon in anderem Zusammenhang darauf hingewiesen worden, daß diese „operational units“ wahrscheinlich die an das „establishment“ gestellte Forderung der einheitlichen Leitung (management unit) und getrennter Aufzeichnungen (als „Kostenstellen“) möglicherweise besser erfüllen als die an den Erzeugnisgruppen orientierten Einheiten („establishment“ und „technical unit“). Da die „operational units“ in der Unternehmensorganisation meist tatsächlich vorhandene und räumlich faßbare Einheiten sein dürften, können sie auch als getrennte örtliche Einheiten auftreten.

Im Februar 1958 wird die Möglichkeit bestehen, die in dieser Untersuchung entwickelten Gedanken in einer internationalen Diskussion den internationalen Vorschlägen gegenüberzustellen. Erst dann wird sich zeigen, ob und wie die hier dargestellten Ziele und Probleme einer fachlichen Aufteilung der Unternehmen mit den internationalen Empfehlungen gemeistert werden können.

III. Zusammenfassung der Ergebnisse in Leitsätzen

1. Für die Wirtschaftsdiagnose und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen kommt es nicht nur auf die Darstellung isolierter Tatbestände an, sondern auch auf die Zusammenhänge zwischen Produktion und Einkommensbildung, Einkommensverteilung, Verbrauch und Investition sowie auf die Finanzierung dieser Vorgänge. Die Vergleichbarkeit einzelner Statistiken und die Möglichkeit, sie zu einem statistischen Gesamtbild zusammenzubauen, hängt entscheidend davon ab, daß bei der Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände nach Wirtschaftsbereichen die gleiche institutionelle Darstellungseinheit gewählt wird.
2. Die statistische Einheit, bei der und für die alle denkbaren ökonomischen und technischen Tatbestände erhoben und dargestellt werden können und die deshalb allein als Grundelement des statistischen Gesamtbildes verwendet werden kann, ist das Unternehmen. Das Unternehmen (die Firma) stellt in der Regel die im Wirtschaftsleben tatsächlich auftretende „wirtschaftende“ Einheit dar. Für Institutionen außerhalb des Unternehmensbereichs wäre eine ähnlich abgegrenzte Einheit zu wählen.
3. Bestimmte ausgewählte wirtschaftliche Tatbestände können auch für andere Einheiten sinnvoll dargestellt werden. Als andere mögliche Darstellungseinheiten kommen fachliche Unternehmensteile – die unter verschiedenen Gesichtspunkten gebildet werden können – und örtliche Einheiten in Betracht. Es ist aber weder sinnvoll noch möglich, alle (in der beigegebenen Übersicht enthaltenen) Tatbestände für alle Einheiten darzustellen.
4. Auch wenn einzelne Tatbestände für andere Einheiten als das Unternehmen dargestellt werden können, so ist es doch nicht möglich, ein Gesamtbild aller Vorgänge auf einer anderen Einheit als der des Unternehmens aufzubauen, weil zahlreiche wirtschaftlich wichtige Tatbestände, insbesondere aus der Aufwands- und Ertragsrechnung, für diese Einheiten entweder gar nicht oder nur nach schwierigen und problematischen, mehr oder weniger willkürlichen Umschlüsselungen erfaßt werden können.

5. Es kommt hinzu, daß in einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaft, in der wirtschaftspolitisch vor allem „marktkonforme“ Mittel der Geld-, Kredit- und Steuerpolitik eingesetzt werden und nicht mit Produktionsauflagen, Rohstoffzuteilungen usw. gearbeitet wird, denjenigen Statistiken eine höhere Priorität zukommt, die marktwirtschaftliche Vorgänge erkennen lassen. Solche Marktvorgänge, soweit sie den Unternehmensbereich betreffen, spielen sich aber zwischen Unternehmen und nicht zwischen anderen Einheiten ab. (In anderen Wirtschaftsordnungen, in denen produktionstechnische Zusammenhänge im Vordergrund stehen, können dementsprechend auch andere Einheiten für das statistische Bild bevorzugt werden.)
6. Bei der Definition des Unternehmens sollte sich der Statistiker möglichst an die im Wirtschaftsleben üblichen Begriffe und Vorstellungen halten. Da der Unternehmensbegriff auch für andere als statistische Zwecke gebraucht wird und daher in gesetzlichen Vorschriften – wenn auch häufig mit anderslautender Bezeichnung – vorkommt, sollte man sich bemühen, einen bereits vorhandenen Begriff zu verwenden und nicht eine neue Definition für statistische Zwecke zu schaffen.
7. Definitionen des Unternehmens – oder ihm entsprechender wirtschaftlicher Einheiten – kommen in mehreren handels- und steuerrechtlichen Vorschriften vor, und zwar in verschiedenartiger Abgrenzung, so daß es leider mehrere rechtlich fundierte Begriffe des „Unternehmens“ gibt. Unter den vorhandenen Unternehmensbegriffen sollte derjenige als Richtschnur ausgewählt werden, der die kleinsten Einheiten liefert und damit den Notwendigkeiten der Statistik am meisten entgegenkommt, denn für den Statistiker ist aus verschiedenen Gründen ein möglichst enger Unternehmensbegriff am ehesten brauchbar.
8. Es empfiehlt sich daher, daß man sich an die kleinste Einheit hält, bei der und für die noch vollständige Auskünfte über alle gewünschten wichtigen Tatbestände eingeholt werden können. Es wurde schon gesagt, daß diese Einheit in Anlehnung an vorhandene Rechtsvorschriften definiert werden sollte. Anzustreben ist also die kleinste Einheit, für die aus rechtlichen Gründen eine Vermögensrechnung und Jahresabschlüsse aufgestellt oder doch zumindest Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben gemacht werden müssen.
9. Diese übrigens auch den internationalen Empfehlungen entsprechende kleinste rechtlich definierte Einheit orientiert sich am besten an den Vorschriften des Handelsrechts, die allerdings nicht immer sehr scharf gefaßt sind und auch nicht für alle Unternehmen zutreffen. Außerdem weichen sie teilweise von steuerrechtlichen Vorschriften ab. Zum Beispiel bilden alle in der Hand eines „Umsatzsteuerpflichtigen“ vereinigten Tätigkeiten nach dem Umsatzsteuerrecht eine Einheit, während das Handelsrecht in solchen Fällen mehrere „Firmen“ zuläßt. Für die im Wirtschaftsleben besonders wichtigen Unternehmen in der Form von Gesellschaften und Körperschaften wiegen solche Unterschiede – abgesehen vom Fall der „Organschaft“ – glücklicherweise weniger schwer, da sie in den handelsrechtlichen und von den steuerrechtlichen Vorschriften in der Regel übereinstimmend als eine Einheit betrachtet werden.
10. Die Notwendigkeit, aus den verschiedenen, voneinander abweichenden rechtlichen Definitionen einen Unternehmensbegriff auszuwählen, zwingt dazu, bei Statistiken, die andere Begriffe zugrunde legen müssen, Vorkehrungen zu treffen, durch die eine Umrechnung der Ergebnisse auf den allgemeinen, dem statistischen Gesamtbild zugrunde liegenden Unternehmensbegriff oder auf die daraus gebildeten Wirtschaftsbereiche möglich wird. Solche Vorkehrungen sind vor allem für die Umsatzsteuerstatistik nötig.
11. Es gibt Bereiche, für die man aus dem Handelsrecht, dessen Geltungsbereich beschränkt ist, keinen Unternehmensbegriff herleiten kann. Wenn außerdem auch keine geeigneten steuerrechtlichen Vorschriften vorhanden sind, die man als Ergänzung oder als Ersatz verwenden könnte, wird man für statistische Zwecke eine Darstellungseinheit anstreben müssen, die möglichst so abgegrenzt ist, daß sie dem allgemein zu verwendenden Unternehmensbegriff entspricht. Dieses Problem besteht z. B. für die Landwirtschaft und vor allem auch für die Institutionen außerhalb des Unternehmensbereichs.
12. Es gibt eine Reihe von Gründen, die dafür geltend gemacht werden, Unternehmen in fachlich abgegrenzte Teile zu zerlegen. Zu nennen ist vor allem der Wunsch, unter betriebswirtschaftlichen oder produktionstechnischen Gesichtspunkten besser vergleichbare („homogene“) Einheiten zu schaffen, da die Unternehmen häufig sehr heterogen zusammengesetzt sind. Außerdem möchte man wissen, wie sich die Produktions- bzw. Marktanteile „reiner“ und „kombinierter“ Unternehmen verhalten. Darüber hinaus interessieren gewisse produktionstechnische Zusammenhänge, z. B. der Überblick über die Produktionskapazitäten oder der Bedarf an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, hierher gehört auch der Wunsch nach Unterlagen für die Aufstellung von „Input-Output“-Tafeln, sofern diese produktionstechnisch und weniger marktwirtschaftlich ausgerichtet sein sollen.
13. Die wichtigsten Ansatzpunkte für eine Unterscheidung „fachlicher Unternehmensteile“ sind die folgenden:
 - a) Jedes Unternehmen stellt ein „Funktionenbündel“ aus mehreren Grundfunktionen dar. Es übt also neben der Hauptfunktion (z. B. Produktion) noch verschiedene Nebenfunktionen aus (z. B. Einkauf, Verkauf, Lagerhaltung, Transport, allgemeine Verwaltung, soziale Maßnahmen), die z. T. für das Funktionieren des Unternehmens unerläßlich und ein selbständiger Bestandteil jedes Unternehmens sind.
 - b) Die zu einem Unternehmen gehörenden Nebenfunktionen können sich im branchenüblichen Ausmaß halten. Wenn sie dieses überschreiten, kann das Vorhandensein solcher Nebenfunktionen nachweiswürdig werden.

- c) Innerhalb der Hauptfunktion des Unternehmens sind vielfach vertikal oder horizontal kombinierte fachliche Unternehmensteile vorhanden.
- d) Der Hauptfunktion können ferner Hilfsbetriebe oder Nebenbetriebe (z. B. Kraftwerk, Kistenfabrik) angeschlossen sein.
- e) Es ist außerdem möglich, daß in einem Unternehmen verschiedenartige Grundfunktionen gleichberechtigt – wenn auch quantitativ von unterschiedlicher Bedeutung – als Hauptfunktionen nebeneinanderstehen.
14. Fachliche Unternehmensteile, die als gesonderte Darstellungseinheiten in Frage kommen, sind entweder aus betriebsorganisatorischen Gründen vorhanden und damit räumlich oder anderweitig faßbare tatsächliche Gebilde, oder sie sind vom Betriebswirt bzw. vom Statistiker gedanklich konstruierte, an der Art der Erzeugnisse oder Dienstleistungen orientierte Zurechnungsstellen. (Im ersten Fall wird häufig eine enge Verwandtschaft zu „Kostenstellen“ bestehen, während im zweiten Fall eine Anlehnung an die „Kostenträger“ vorhanden ist.) Es lassen sich also mehrere Definitionen für „fachliche Unternehmensteile“ finden, so daß auch bei der Verwendung solcher Darstellungseinheiten übereinstimmende Grundsätze nötig sind.
15. Abgesehen davon, daß die Herauslösung einzelner – meist untereinander sehr stark verzahnter – fachlicher Unternehmensteile den Statistiker teilweise vor unlösbare theoretische Probleme stellt, bringt sie ganz erhebliche praktische Schwierigkeiten mit sich. Ein wesentliches Hindernis ist schon darin zu sehen, daß von den befragten Unternehmen Aufteilungen verlangt werden müssen, bei denen sie sich in den meisten Fällen nicht auf vorhandene Buchhaltungsunterlagen stützen können. Schon aus diesem Grunde würde bei einer Verwendung fachlicher Unternehmensteile als Darstellungseinheiten eine erhebliche Mehrarbeit sowohl bei den Befragten als auch in den Statistischen Ämtern entstehen.
16. Man muß sich also fragen, ob dort, wo wirklich zwingende Gründe für fachliche Untergliederungen sprechen, die erstrebten Ziele nicht auch erreicht werden können, ohne daß die Unternehmen in eine Reihe fachlicher Unternehmensteile zerlegt werden müssen. Bei genauerer Untersuchung dieser Frage zeigt sich, daß man tatsächlich in vielen Fällen um diese problematische Zerlegung herumkommt, ohne dabei auf die gewünschte betriebswirtschaftlichen und produktionstechnischen Erkenntnisse verzichten zu müssen. Bei geschickter Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten werden viele Bedenken gegenstandslos, die – zum Teil durchaus zu Recht – gegen das Unternehmen als Darstellungseinheit bestimmter betriebswirtschaftlicher und produktionstechnischer Merkmale erhoben werden. So lassen sich z. B. das Vorhandensein und die Leistungen verschiedener „Nebenfunktionen“ oder „Nebenbetriebe“ sehr einfach und zuverlässig durch Fragen nach den Bezugs- und Absatzwegen oder durch eine nach Art der Erzeugnisse bzw. Dienstleistungen gegliederte Erfassung der Bruttoproduktion bzw. der Umsätze ermitteln.
17. Wenn die Herauslösung fachlicher Unternehmensteile bei Ausnutzung aller angedeuteten Möglichkeiten vermieden werden kann oder wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten unterbleiben muß, so lassen sich doch einzelne vom „Normalfall“ abweichende „Unternehmenstypen“ feststellen und nachweisen. Ob mehr als branchenüblich ausgeprägte Nebenfunktionen, ob vertikale oder horizontale Kombinationsteile bzw. nur Nebenbetriebe innerhalb der Hauptfunktionen vorhanden sind oder ob Kombinationen aus bzw. zwischen Hauptfunktionen vorliegen, läßt sich durch verhältnismäßig einfache Fragen nach bestimmten Tatbeständen feststellen. Man würde so interessante Merkmale zur Kennzeichnung der Unternehmen und zu ihrer Einordnung in Kombinationsklassen der Darstellungssystematik erhalten, die zur Beurteilung der statistisch nachzuweisenden Tatbestände mit großem Nutzen herangezogen werden könnten. Mit Hilfe einer entsprechend gegliederten Aufteilung der Produktion oder der Umsätze wäre es darüber hinaus möglich, z. B. den Marktanteil der einzelnen „Unternehmenstypen“ zu ermitteln. Fragt man gleichzeitig nach der Art der verbrauchten Materialien, so kann man außerdem auch auf wichtige produktionstechnische Zusammenhänge schließen, ohne daß problematische Zurechnungen nötig werden.
18. Wo man mit diesen Methoden nicht auskommen zu können glaubt, wo sich also die Zerlegung und Herauslösung von Unternehmen trotz aller Bedenken und Schwierigkeiten nicht umgehen läßt, sollte man sich auf möglichst wenige, dafür aber vorher sehr gründlich überlegte Fälle beschränken, denn die Mannigfaltigkeit der Zusammenfassung verschiedenartiger Tätigkeiten in einem Unternehmen ist außerordentlich groß. Ohne vorherige genaue Festlegung der gewünschten Aufteilungen und ohne eine entsprechende genaue Befragung der Unternehmen wird sich das Ziel einer solchen Aufteilung, möglichst „homogene“ Gebilde zu erhalten, nie erreichen lassen. Aus diesem Grunde kann bei allgemeinen Großzählungen mit notwendigerweise einfachen Fragebogen nicht erwartet werden, daß es gelingt, tiefere Einblicke in die Struktur der Unternehmen unter fachlichen Gesichtspunkten zu gewinnen oder dabei gar Unternehmensteile als besondere Darstellungseinheiten herauszulösen.
19. In der internationalen Diskussion wird im allgemeinen (zum mindesten aber für die Industriestatistik) einmütig für die Darstellung produktionstechnischer Zusammenhänge geeigneten „fachlichen Unternehmensteil“ als Darstellungseinheit das Wort geredet. Die Frage, welche Unternehmensteile unterschieden werden sollen, wird durch den Hinweis auf die Tiefe der Darstellungssystematik zu beantworten versucht. Man ist sich allerdings klar darüber, daß sich damit das Problem nur verschiebt. Es muß dann nämlich vorher entschieden werden, nach welchen Grundsätzen die Systematik gegliedert werden soll. Die Frage der Zurechnung der Nebenfunktionen und Nebenbetriebe auf die international für die Industriestatistik

tik bevorzugte Einheit des „establishment“ ist noch nicht zufriedenstellend gelöst.

20. Auch im Zusammenhang mit den in dieser Untersuchung vorgeschlagenen Lösungen sind Fragen der Darstellungssystematik zu klären. Eine Unterscheidung der eben erwähnten „Unternehmenstypen“ zwingt zu entsprechenden Vorkehrungen, nämlich zur Einführung von „Kombinationsklassen“. Da grundsätzlich die Möglichkeit einer Zuordnung aller Unternehmen nach dem jeweiligen Schwerpunkt des Unternehmens bestehen bleiben muß, sind solche Kombinationsklassen im allgemeinen nur als zusätzliche Unterteilungen vorhandener „reiner“ Positionen anzusehen. Sie sollen in erster Linie erlauben, schwerpunktmäßig zugewiesene Unternehmenstypen, die als kombinierte Unternehmen in größerem Umfange „bereichsfremde“ Tätigkeiten umfassen, ihrem Typus nach zu kennzeichnen (Beispiele s. S. 657 [im Original; in diesem Nachdruck auf S. 931 – Anmerkung der Redaktion]).
21. Für die Aufstellung bzw. für die Revision der vorhandenen Systematik (Arbeitsstättensystematik) sollte Position für Position entschieden werden, ob aus wissenschaftlichen Gründen die Heraushebung und Zusammenfassung bestimmter Unternehmenstypen erforderlich ist. Die Darstellungssystematik kann nicht allein nach logischen Prinzipien aufgebaut werden, sondern es muß empirisch festgestellt werden, welche Fälle nachweisenswert erscheinen. Hierbei erscheint es keineswegs notwendig, in jedem Fall, in dem sogenannte „reine“ Unternehmen eine eigene Position in der Systematik bilden, das Vorhandensein der gleichartigen Tätigkeit im Rahmen eines kombinierten Unternehmens unbedingt auch zum Anlaß der Schaffung von Kombinationsklassen zu nehmen. (Wenn es z. B. selbständige Garnfärbereien gibt, ist unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten zu entscheiden, ob es lohnt, aus jeder Spinnerei, die eine eigene Garnfärberei besitzt, eine Kombination „Spinnerei mit Färberei“ zu bilden oder ob es genügt, solche angeschlossenen Färbereien in der Spinnstufe zu belassen und ihr Vorhandensein nicht besonders kenntlich zu machen.)
22. Bei der Durcharbeitung der Darstellungssystematik wird insbesondere im Produktionsbereich zu beachten sein, daß die Bildung von einzelnen Positionen an der Art der Produktionsanlagen orientiert wird, denn diese bestimmen den Typus des Unternehmens. Außerhalb des Produktionsbereichs können auch andere Merkmale maßgebend sein. Auf die vorhandenen Produktionsanlagen kann sehr häufig aus der Art der hergestellten Produkte geschlossen werden. Hierfür ist es aber erforderlich, daß die Erzeugnisse in erster Linie im produktionstechnischen Zusammenhang gesehen werden (und nicht unter dem Gesichtspunkt ihres Verwendungszweckes). Für die Darstellung von Unternehmen – und damit für die Kennzeichnung von Produktionsanlagen und -einrichtungen – ist es z. B. richtiger, die Verarbeitung von Holz und damit die „Herstellung von Erzeugnissen aus Holz“ zusammenzufassen und nicht unter dem Gesichtspunkt des Verwendungszweckes der Waren eine Gruppe „Herstellung von Möbeln aller Art“ zu bilden und hierbei Produkte der Holz- und Metallverarbeitung, die im allgemeinen von sehr verschiedenartigen Produktionsanlagen (und damit von verschiedenen Unternehmen oder fachlichen Unternehmensteilen) hergestellt werden, in einer Position zusammenzufassen.
23. Die örtliche Einheit (örtliche Niederlassung) ist eine Darstellungseinheit, die durch die räumliche, also nicht durch die fachliche Aufteilung eines Unternehmens bestimmt wird. Für bestimmte Feststellungen, die regional getroffen werden müssen (z. B. Verkehrs- und Unterbringungsprobleme, Heranziehung von Arbeitskräften usw.), ist die Verwendung der örtlichen Einheit sinnvoll und notwendig. Als eine im wirtschaftlichen Leben tatsächlich vorhandene Einheit läßt sie sich überdies verhältnismäßig leicht erfassen. In der großen Mehrzahl der Fälle sind „Unternehmen“ und „örtliche Einheit“ identisch. In diesen Fällen stellen sich in bezug auf eine Zusammenfassung der Darstellungseinheiten zu fachlich homogenen Wirtschaftsbereichen für die örtlichen Einheiten genau die gleichen Probleme wie für die Unternehmen. Soweit „örtliche Einheiten“ nicht mit Unternehmen identisch sind, kann die räumliche Aufteilung der Unternehmen in manchen Fällen sicherlich zu einfacheren Gebilden führen, die fachlich leichter eingeordnet werden können. Andererseits schafft die räumliche Abtrennung von Nebenfunktionen oder Nebenbetrieben aber auch neue, die Homogenität störende Einflüsse. Als Grundlage eines in sich geschlossenen statistischen Gesamtbildes aller Tatbestände ist die örtliche Einheit nicht geeignet, da es Tatbestände – vor allem aus der Aufwands- und Ertragsrechnung und der Vermögensrechnung – gibt, die nur für das Unternehmen und nicht für die örtliche Niederlassung einen Sinn haben.
24. Wenn die hier vorgeschlagenen Grundsätze für die Wahl der Darstellungseinheit im Prinzip angenommen werden, muß noch im einzelnen Statistik für Statistik überprüft werden, wie sich die zur Zeit angewendeten Verfahren (die einigermaßen buntscheckig sind) zu diesen Grundsätzen verhalten und welche Änderungen eventuell erforderlich werden. Hierzu gehört auch das Problem, welche Fragen bei den bevorstehenden Großzählungen gestellt werden müssen, um die hier angestrebte einheitliche Zusammenfassung gleichartiger Erhebungs- und Darstellungseinheiten zu Wirtschaftsbereichen zu sichern. Dabei wird auch sehr genau geprüft werden müssen, welche Abstriche gegebenenfalls im Programm vorzunehmen sind oder welche Kompromisse und Unebenheiten in Kauf genommen werden können, wenn die praktischen Möglichkeiten der Fragestellung nicht so weit ausdehnbar sind, wie es im Interesse einheitlicher Ergebnisse aus allen Statistiken wünschenswert wäre. [uu](#)

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Neue Steuerungselemente, Qualitätsmanagement, Entlastung der Befragten		
Aufbau einer webbasierten Datenbank gesetzlicher Informationspflichten	1	27
Schätzmethoden zur Messung bürokratischer Belastungen	2	117
Überprüfung und Weiterentwicklung des Statistischen Programms		
Nanotechnologie in der amtlichen Statistik	3	209
Forschungsdatenzentren		
Daten für Forschung und Lehre zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	3	216
infiniT – Eine informationelle Infrastruktur für das E-Science Age	7	670
Mathematisch-statistische Fragen und Methoden		
Analyse der Revisionen ausgewählter Konjunkturindikatoren	5	406
Klassifikationen		
Revidierte Wirtschaftszweig- und Güterklassifikationen fertiggestellt	1	36
Informationsgesellschaft		
Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen	1	47
Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland	6	553
Bevölkerung		
Auswirkungen des demografischen Wandels – Daten der amtlichen Statistik	6	513
Generatives Verhalten der Frauenkohorten im langfristigen Vergleich	5	377
Bevölkerungsentwicklung 2007	1	55
Zensus		
Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters für den Zensus 2011	7	629

	Heft	Seite
Mikrozensus		
Ergebnisse der Interviewerbefragung im Mikrozensus	5	397
Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken	6	528
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung	9	873
Wahlen		
Europawahl 2009	4	296
Siebte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009	7	660
Grundlagen und Daten der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009	8	743
Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt		
Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters für den Zensus 2011	7	629
Der Mikrozensus im Kontext anderer Arbeitsmarktstatistiken	6	528
Unterbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung im Jahr 2008	9	886
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Unternehmensverflechtungen im statistischen Unternehmensregister	8	764
InwardFATS – Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2006	7	676
Produzierendes Gewerbe		
Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände	9	913
Umstellung der Konjunkturindizes im Produzierenden Gewerbe auf Basis 2005	3	223
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung 2006	4	311
Das GETS-Projekt: Gaslieferungen von und nach Deutschland	5	416
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Saisonale Schwankungen im Inlandstourismus	6	561
Moderates Wachstum beim Inlandstourismus 2008	5	425
Außenhandel		
Neufassung der EU-Rechtsvorschriften für die Außenhandelsstatistik	4	291
Sektorale Außenhandelsergebnisse	6	568
Deutscher Außenhandel nach Ländern	6	575
Verkehr		
Kombinierter Verkehr 2007	6	584
Seeverkehr 2008	8	774
Eisenbahnverkehr 2008	5	440
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2007	2	148
Binnenschifffahrt 2008	7	687
Gewerblicher Luftverkehr 2008	4	320
Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2008	7	697
Dienstleistungen		
Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis	3	232
Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung		
Bundesausbildungsförderung von den Anfängen bis 2007	2	157
Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium an deutschen Hochschulen	4	330

	Heft	Seite
Gesundheitswesen		
Krankenhauslandschaft im Umbruch	7	641
Öffentliche Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2007	1	68
Öffentliche Finanzen und Steuern		
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem	1	84
Öffentliche Finanzen im Jahr 2008	4	340
Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2008	8	786
Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets		
Europäische Panelerhebung über Einkommen und Lebensbedingungen	8	795
Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland	5	449
Verdienste und Arbeitskosten		
Neuberechnung der Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten	8	801
Preise		
Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2005	7	711
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2008	5	484
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005	8	809
Neuberechnung des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 2005	5	474
Das neue Verbundprogramm der Verbraucherpreisstatistik	2	169
Die neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung und Marktforschung	3	241
Preisentwicklung im Jahr 2008	1	91
Preise im Januar 2009	2	175
Preise im Februar 2009	3	252
Preise im März 2009	4	350
Preise im April 2009	5	491
Preise im Mai 2009	6	602
Preise im Juni 2009	7	724
Preise im Juli 2009	8	819
Preise im August 2009	9	908
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Rezessionen in historischer Betrachtung	3	203
Forschung und Entwicklung nach Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	2	125
Gesamtwirtschaftliche und sektorale nichtfinanzielle Vermögensbilanzen	2	137
Bruttoinlandsprodukt 2008	1	11
Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2009	9	841
Umwelt		
Neue Entgeltstatistik in der Wasser- und Abwasserwirtschaft	6	596
Gastbeiträge		
Small Area Estimation: Die Schätzer von Fay-Herriot und Battese-Harter-Fuller	2	179
Daten für Forschung und Lehre zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen	3	216
Struktur und Dynamik der Ungleichheit von Erwerbslosigkeitsrisiken	3	258

ÜBERSICHT

	Heft	Seite
Gastbeiträge		
Eignung von CORINE-Geodaten und Daten der Flächenerhebung zur Analyse der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung in Deutschland	4	355
Historische Beiträge		
Unternehmen, fachliche Unternehmensteile und örtliche Einheiten als Grundlage für die statistische Darstellung wirtschaftlicher Tatbestände	9	913

Neuerscheinungen¹⁾ vom 29. August 2009 bis 25. September 2009

• Zusammenfassende Veröffentlichungen	EUR [D]	• Fachserien	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, August 2009	15,90	Fachserie 17: Preise	
Statistik und Wissenschaft, Band 12: Forschung mit Daten der amtlichen Statistik in Niedersachsen (FoDaSt)	24,80	Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Juli 2009	8,-
		Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, August 2009 (Eilbericht)	4,50
		Reihe 7 August 2009	12,50
• Informationen des Bundeswahlleiters			
Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, Sonderheft: Die Wahlbewerber für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag 2009	18,-		
Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009, Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise	18,-		

Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Publikationsservice online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/publikationen

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Publikationsservice bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de → Presse → Terminvorschau abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/935350, Telefax + 49 (0) 7071/935335, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.